

PERIPHERIE

Konfliktfeld Stadt

Erhard Berner „Zur Wohnungsfrage“ im 21. Jahrhundert:
Marktversagen, hilflose Politik
und die globale Ausbreitung von Slums

Paul Schweizer, Paula Larruscahim & Fabio Vieira
Pixação – Differenz, Säuberungspolitiken und Widerstand
in „Global City“ São Paulo

Julia Haß Frauenamateurfußball in Rio de Janeiro –
Umkämpfter Sport- und Stadtraum

Frank Müller & Markus-Michael Müller Im- und Export
von Aufstandsbekämpfung:

Von Rio de Janeiro nach Port-au-Prince und zurück

Gregor Dobler Umkämpfter Freiraum:
Die Erfindung des Städtischen im Norden Namibias, 1950-1980

PERIPHERIE-Stichwort:

Anne Vogelpohl Recht auf Stadt

Anne Huffs Schmid Recht auf Urbanität

Rezensionen

PERIPHERIE 141

Konfliktfeld Stadt

Zu diesem Heft	3	
Iconoclasistas	7	
Erhard Berner	„Zur Wohnungsfrage“ im 21. Jahrhundert: Marktversagen, hilflose Politik und die globale Ausbreitung von Slums	10
Paul Schweizer, Paula Larruscahim & Fabio Vieira	<i>Pixação</i> – Differenz, Säuberungspolitiken und Widerstand in „Global City“ São Paulo	33
Julia Haß	Frauenamateurfußball in Rio de Janeiro – Umkämpfter Sport- und Stadtraum	57
Frank Müller & Markus-Michael Müller	Im- und Export von Aufstandsbekämpfung: Von Rio de Janeiro nach Port-au-Prince und zurück	74
Gregor Dobler	Umkämpfter Freiraum: Die Erfindung des Städtischen im Norden Namibias, 1950-1980	94

PERIPHERIE-Stichwort

Anne Vogelpohl	Recht auf Stadt.....	115
Anne Huffschmid	Recht auf Urbanität.....	118

Rezensionen

Jürgen Oßenbrügge & Anne Vogelpohl (Hg.): <i>Theorien in der Raum- und Stadtforschung. Einführungen</i> (Anne Hennings).....	123
Susan Parnell & Sophie Oldfield (Hg.): <i>The Routledge Handbook on Cities of the Global South</i> (Frank Ingo Müller).....	125

Ulrike Freitag; Nelida Fuccaro; Claudia Ghrawi & Nora Lafi (Hg.): <i>Urban Violence in the Middle East. Changing Cityscapes in the Transition from Empire to Nation State</i> (Hanna Baumann).....	127
Anne Huffschmid: <i>Risse im Raum. Erinnerung, Gewalt und städtisches Leben in Lateinamerika</i> (Laura Kemmer).....	130
Hözl, Corinna: <i>Protestbewegung und Stadtpolitik. Urbane Konflikte in Santiago de Chile und Buenos Aires</i> (Sarah Uhlmann).....	132
Eva Youkhana & Larissa Förster (Hg.): <i>Grafficity – Visual Practices and Contestations in Urban Space</i> (Paul Schweizer).....	134
Adam Branch & Zachariah Mampilly: <i>African Uprising. Popular Protest and Political Change</i> (Bettina Engels).....	136
Zivilgesellschaft in der Türkei:	
Ömer Çaha: <i>Women and Civil Society in Turkey. Women's Movements in a Muslim Society</i>	
Anıl al-Rebholz: <i>Das Ringen um die Zivilgesellschaft in der Türkei. Intellektuelle Diskurse, oppositionelle Gruppen und Soziale Bewegungen seit 1980</i> (Corinna Trogisch).....	138
Eingegangene Bücher	142
Summaries.....	143
Zu den Autorinnen und Autoren	145

Besuchen Sie uns auf unserer Internetseite:

<http://www.zeitschrift-peripherie.de>.

Dort finden Sie außer den *Calls for Papers* für die kommenden Hefte ein Formular zum Bestellen einzelner Hefte oder eines Abonnements sowie weitere Informationen zur *PERIPHERIE*.

Zu diesem Heft

Konfliktfeld Stadt

Städte sind weltweit umkämpft. Konflikte um Wohnraum, Infrastruktur, Überwachung, Stadtteilaufwertung, um ethnische Diversität, Zugang zu öffentlichen Gütern: Forderungen nach dem „Recht auf Stadt“ sind im Globalen Norden und Süden allgegenwärtig. „Stadt“ ist in diesen Konflikten nicht nur Gegenstand, sondern auch eine materielle und symbolische Bühne.

Städte werden zunehmend zu Kristallisationspunkten sozialen Wandels und zum Experimentierfeld innovativer politischer, sozialer, ökologischer und kultureller Projekte. Dabei bestehen vielfältige Verflechtungen zwischen den Entwicklungen in städtischen Räumen an unterschiedlichen Orten. Zum Teil sind es dieselben Akteur*innen (etwa Großinvestor*innen, Immobilienfirmen und Sicherheitsunternehmen), welche die Prozesse städtischer Veränderungen an unterschiedlichen Orten vorantreiben. Lokale Regierungen übernehmen andernorts erprobte Konzepte der Repression, Überwachung und der (De-)Regulierung. Diese Veränderungen des Städtischen rufen vielfältige Widerstände hervor: von alltagspraktischen Ausweichbewegungen, Anpassungen und Regelüberschreitungen über die Selbstorganisation und Selbsthilfe bis zu politischem Protest und Straßenkampf.

Städtische Konflikte werden zwar auf der Straße und auf Plätzen ausgetragen. Zugleich aber, so betont das Stichwort von *Anne Vogelpohl*, kann die Forderung nach Gestaltungsmacht der Stadt selbst zum Gegenstand von Konflikten werden. In der Forderung nach dem Recht auf Stadt drücken sich zum einen der Wunsch und die Möglichkeit aus, gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse zu benennen und zu politisieren. Zum anderen eröffnet dieser vielzitierte Slogan der politischen Praxis auch einen transnationalen Diskursraum, der Metropolen und ihre sozialen Bewegungen weltweit verbindet. In Auseinandersetzungen um das Recht auf Stadt spiegeln sich nicht nur Fragen städtischer Entwicklung, sondern vielfach breitere politische und soziale Konflikte wider, in denen sich eine Vielzahl von Bewegungen und Kämpfen (Umwelt- und geschlechterpolitische Bewegungen, Kämpfe von Erwerbslosen und Migrant*innen, Kämpfe gegen Repression, Austeritätspolitik und um Demokratie) verschränken.

Je nach räumlicher Skala eröffnen diese Konflikte unterschiedliche Perspektiven. So kann sich eine Anwohner*innenbewegung für einen

Gemeinschaftsgarten auf einer brachliegenden Fläche einsetzen, um die eigene Lebensqualität zu erhöhen. Zugleich macht ein solcher Konflikt um die Gestaltung der Stadt die Machtstrukturen sichtbar, die der Regierungsweise unserer Städte zugrunde liegen. Denn er zeigt die Alternativen zu Grundstücksprivatisierung und Immobilieninvestition, zu *top-down*-Entscheidungen und entmündigendem Expert*innenrat. Konflikte um Stadt bieten also ein großes gesellschaftliches Lernpotenzial.

Was macht das Städtische aus? Mit dieser Frage beschäftigt sich das Stichwort von *Anne Hufschmid*. Im Unterschied zur Stadt als lokalisierbaren Ort versteht sie Urbanität als analytische Kategorie. Diese erlaubt es, die soziale Dynamik und Konflikthaftigkeit städtischen Alltags- und Zusammenlebens zu erfassen. Zugleich hebt Hufschmid hervor, die Perspektive auf und aus der Erfahrung lateinamerikanische(r) Urbanität und ihre(r) Theorieproduktion könne die europäische Stadtforschung und die häufig unhinterfragte Annahme der (bürgerlichen) Stadt als öffentlich und frei zugängliche Arena als eurozentrischen normativen Diskurs entlarven. Damit regt sie dazu an, die historische Verflochtenheit von Stadtentwicklung und die koloniale Bedingtheit der Metropolen im Globalen Süden wie Norden in der Analyse städtischer Konflikte zu berücksichtigen.

Konflikte werden offen gewaltsam oder mittels alltäglicher Strategien und kreativer Protestformen ausgetragen. Das Spektrum urbaner Konflikte reicht von Kriegen und Bürgerkriegen über Aufstände bis zu sozialen und alltäglichen Kämpfen. Entsprechend heterogen sind die Konflikte, die im vorliegenden Heft vorgestellt und diskutiert werden.

Ein düsteres Bild urbaner Ungleichheit zeichnet *Erhard Berner* am Beispiel des Versagens des formellen Wohnungsmarkts zur Inklusion armer Bevölkerungsgruppen. Die Urbanisierung der Metropolen des Globalen Südens hat insbesondere seit den 1950er Jahren stark sozialräumlich segregierende und dichotome Entwicklungen gezeigt. Das schnelle Stadtwachstum, hervorgerufen durch Land-Stadt-Migration und Industrialisierung, hat das Entstehen von selbstgebauten, oftmals nicht in offiziellen Urbanisierungsplänen verzeichneten Siedlungen begünstigt. Vorschläge zur Teilkonsolidierung oder Räumung „informeller“ Stadtteile sowie zur Einschränkung ihres Wachstums waren und sind zahlreich. Dennoch bleibt der Zugang zum formalen Wohnungsmarkt den ärmeren Teilen der Bevölkerung aus systembedingten, strukturellen Gründen verwehrt. Erst eine redistributive Politik jenseits von Repression, Zwangsräumung oder auch Vernachlässigung der marginalisierten Stadtteile durch die Regierung könne die wachsende urbane Ungleichheit erfolgreich bekämpfen.

Vor ein paar Jahren besetzten Protestierende im „Arabischen Frühling“ Plätze in nordafrikanischen Städten, und die *occupy*-Bewegung nahm mit

Zelten, Transparenten und Diskussionskreisen die Plätze einiger, vorwiegend europäischer und US-amerikanischer Städte ein. Sichtbar und hörbar machten sie durch die Herstellung eines Ausnahmezustands auf die ständig wachsenden, sozialökonomischen Ungleichheiten aufmerksam. Aneignung des Stadtzentrums und kreativer Protest sind in vielen Städten aber auch routinierte widerständige Alltagspraxis. Ein Beispiel für solchen Protest gegen Aufwertung und Verdrängung ist das „Bekritzeln“ – portugiesisch: *pixação* – von Hauswänden. Mittels einer eigenen Symbolik und Sprache eignen sich Gruppen von Stadtbewohner*innen die Wände von oft leer stehenden Hochhäusern im Stadtzentrum der „global city“ São Paulo an, wie *Paul Schweizer* und *Paula Larruscahim* mit Text und Bildern zeigen.

Die Arbeiten von Henri Lefebvre haben die Stadtforschung der letzten 40 Jahre geprägt. In seinen raumtheoretischen Überlegungen stellt er Verbindungen zwischen der gebauten Stadt und dem Alltagsleben dar. Gesellschaftliche Phänomene im Allgemeinen sowie Klassengegensätze und soziale Kämpfe um Repräsentation und Sichtbarkeit im Besonderen sind mit seinem Werk *Die urbane Revolution* (1970) Gegenstand räumlicher Untersuchung geworden. Seine Überlegungen waren maßgeblich am *spatial turn* der Sozialwissenschaften beteiligt, haben zugleich die Forschungen vieler Humangeograph*innen beeinflusst und Untersuchungen zur räumlichen Reproduktion von Geschlechterverhältnissen inspiriert. Auch und gerade durch Alltagspraktiken, etwa Freizeitaktivitäten, können exkludierende soziale Strukturen reproduziert und verfestigt oder bekämpft und überwunden werden. Das zeigt *Julia Haß* am Beispiel des Amateurfrauenfußballs in Rio de Janeiro. Strukturelle Ungleichheiten und Raumnutzung sind hier eng verwoben: Die körperliche Präsenz von Frauen auf den öffentlichen Fußballfeldern der Stadt hat die stark männlich besetzte Institution Fußball geöffnet und zu einer Praktik gegen Exklusion und Diskriminierung werden lassen.

Städte nehmen auch in bewaffneten Konflikten eine große Rolle ein. Forschungen in diesem Bereich betonen die wachsende Bedeutung von Städten für transnationale Sicherheitsgovernance. Insbesondere *slums* oder *avelas* werden als Quellen der Gewalt stigmatisiert. Wie sich in einer auf Dauer angelegten Besetzung solcher Stadtteile durch Polizei und Militär geopolitische Interessen und militärische Kompetenzen verschränken, zeigen *Frank Müller* und *Markus-Michael Müller*. Sie widmen sich der Weiterentwicklung von Pazifizierungspraktiken, die seit sieben Jahren in einigen marginalisierten Stadtvierteln Rio de Janeiros erprobt werden. Damit liefern sie einen Beitrag zur Analyse der lange vernachlässigten Rolle von Staaten des Globalen Südens sowie der Militarisierung des Urbanen in der globalen Aufstandsbekämpfung.

In der Diskussion darüber, was Urbanität eigentlich ausmacht, haben die Überlegungen des Soziologen Georg Simmel zum Großstadtleben erheblichen Einfluss gehabt. Wichtiger als städtische Architektur, industrielle Produktion und Massentransport sind ihm in der Bestimmung der Urbanität die Möglichkeit zur Anonymität, die Möglichkeit, sich unerkannt im öffentlichen Raum zu bewegen, und damit die individuelle Möglichkeit, sich in den Begegnungen mit dem Fremden „neu“ zu erfinden. Diesem Grundgedanken folgend arbeitet *Gregor Dobler* die Urbanisierung im Norden Namibias auf. Die Simmel'sche Betonung auf Begegnung macht es möglich, Urbanität auch dort zu lokalisieren, wo materielle städtische Infrastrukturen und Architekturen kaum existieren. Dobler erkennt sie dort, wo Menschen politische und soziale Formen entwickeln, mit denen sie ihr Recht auf die Stadt ausdrücken und leben. Urbanität entsteht, wenn individuelle und kollektive Selbstbestimmung zur Alltagspraktik werden.

Eine Auswahl von Piktogrammen der *Iconoclasistas* illustriert die vorliegende Ausgabe. Das Duo *Pablo Ares* und *Julia Risler* aus Buenos Aires arbeitet zu Repression und Widerstand im urbanen Raum in Lateinamerika und Europa. Bei ihren öffentlichen Workshops entwerfen die Teilnehmer*innen Piktogramme und Stadtkarten, die ihre Alltagserfahrungen abbilden und strukturelle Zusammenhänge sichtbar machen.

Mit dieser ersten Ausgabe des 36. Jahrgangs gehen wichtige Neuerungen einher: Die *PERIPHERIE* erscheint jetzt im *Verlag Barbara Budrich*. Damit können einzelne Artikel *online* erworben werden. Zudem gibt es die Möglichkeit eines Online-Abonnements. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Verlag und darüber, unseren Leser*innen dieses zusätzliche Angebot unterbreiten zu können. Für den Sommer ist eine Ausgabe zu „Gewerkschaften in Arbeit“ (Nr. 142/143) geplant. Im Herbst wird die *PERIPHERIE* „Künstlerischen und politischen Aktivismus“ in den Blick nehmen. Für die erste Ausgabe des 37. Jahrgangs ist eine Auseinandersetzung mit dem Themenkomplex der zivilen Konfliktbearbeitung, der Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland für den Frieden und ihrer Rolle als Zivilmacht vorgesehen. Zu diesen und anderen Themen sind Beiträge wie immer sehr willkommen. Die entsprechenden *Calls for Papers* finden sich auf unserer Homepage, sobald sie veröffentlicht werden.

Für unsere weitgehend ehrenamtliche Arbeit sind wir auch weiterhin auf die Beiträge der Mitglieder der WVEE, der Herausgeberin der *PERIPHERIE*, und auf Spenden angewiesen. Wir freuen uns daher über neue Vereinsmitglieder ebenso wie über einmalige Spenden. Unsere Bankverbindung finden Sie, liebe Leser*innen, im Impressum.

Iconoclastas

Wir sind ein Zweierteam, das seit 2006 grafische Kunst mit Kreativ-Workshops und kollektiver Forschung kombiniert. Wir schaffen einen Raum, in dem Vorstellungskraft und Kreativität aktiviert werden. Dies ermöglicht es, zwischen verschiedenen Formaten, Mitteln und Szenarien zu wechseln, um Werkzeuge der Forschung und des Grafikdesigns zu entwickeln, die kollaborative Praktiken der Organisation und Transformation fördern.

Kritische *Mappings*, kollaborative Praktiken und grafische *Open-Source*-Ressourcen

Unsere Publikationen sprechen soziale Problematiken an und wurden in Zeitungen und Zeitschriften in verschiedenen Teilen der Welt veröffentlicht. Viele dieser Materialien bildeten die Grundlage für Ausstellungen, die nicht nur in verschiedenen argentinischen Provinzen, sondern auch in Spanien, den USA und verschiedenen lateinamerikanischen Ländern gezeigt wurden.

Seit 2008 realisieren wir Workshops zu kollektiven *Mappings*, die anhand der Erstellung von Karten und Plänen eine kollaborative Arbeit anstoßen. Wir geben den TeilnehmerInnen dabei eine Reihe von Werkzeugen an die Hand, die es ihnen ermöglichen, ihr nicht spezialisiertes Wissen und ihre Alltagserfahrungen zu teilen, um die dringendsten Probleme des jeweiligen Gebiets sichtbar zu machen und die Verantwortlichen, die Zusammenhänge und die Folgen zu identifizieren. Dieser Blick wird im Prozess des Erinnerns und Bezeichnens von Erfahrungen und Räumen der Organisierung und Transformation erweitert, um ein Netz der Solidarität und Verbundenheit zu knüpfen. Sprechen wir von Territorium, so deuten wir nicht nur auf den Raum, in dem wir uns befinden, sondern auch auf den sozialen Körper und die rebellische Subjektivität.

Durch den Gebrauch der verschiedenen grafischen und kartografischen Mittel entwickeln wir im Kollektiv kritische Erzählungen. Wir gehen davon aus, dass gegenwärtige Gesellschaften durch eine Unsicherheit der Existenz gekennzeichnet sind, die das Leben in vielen Aspekten durchzieht: die Durchdringung des städtischen Umfelds mit Überwachung, die Spaltung sozialer Beziehungen durch die Rhetorik der Angst, die Aufgabe grundlegender sozialer Rechte in den öffentlichen Institutionen, die Aufladung mit symbolischer Gewalt in den Alltagsvorstellungen, das Herabmindern gemeinsamer Erfahrungen und das Herbeireden von Wahrnehmungsformen

am Abgrund des Schreckens. Durch die Workshops gewinnen wir Werkzeuge zurück, mit denen wir kollektiv komplexe Panoramen erzeugen können, um kritische Blicke zu vertiefen. Damit unterstützen wir die Aufmerksamkeit und Handlungen, die wir zum Schutz von Gemeingütern, zum Kampf gegen Prozesse der Kolonialisierung und gegen die Privatisierung der Öffentlichkeit und für die Schaffung neuer Welten brauchen.

In den Workshops werden die verschiedenen Formen des Verstehens und Benennens des Raums durch den Gebrauch verschiedener Typen von Sprachen, wie Symbole, Grafiken und Piktogramme, gefördert, die die Kreation von Kollagen, Ausdrucksweisen, Zeichnungen und Slogans stimulieren. Die Symbole, die wir benutzen, sind speziell für ein Treffen konzipiert. Die Themen entstehen aus dem vorhergehenden Austausch mit den OrganisatorInnen, die uns einen Rahmen stecken, um das Gespräch im Workshop zu beginnen. Die Symbole funktionieren wie starke Bilder, die die kartografische Intervention auf spielerische Art dynamisieren und potenzieren. Wir arbeiten auch mit Piktogrammen, also komplexeren Bildern, die Querverbindungen zwischen verschiedenen Phänomenen und vielschichtige Markierungen erlauben sowie einen Raum für Interpretationen eröffnen. Dadurch wird die kritische Auseinandersetzung aktiviert. Ausgehend von den Gesprächen und der Schilderung von Erfahrungen, Kenntnissen und Ansichten stärken wir das Zuhören, schärfen die Sinne und vernetzen unsere Arbeit über eine gemeinsame Plattform.

Die Praktik des *Mappings* weitet sich für und durch ein dynamisches Netz von Gleichgesinnten und solidarischen Menschen aus, das durch das Teilen und Vorantreiben von Projekten und Workshops in Lateinamerika und Europa aufgebaut wurde. Durch die politische und emotionale Handlung entstanden Wanderausstellungen, spielerische Mittel und die Teilnahme an Treffen mit kulturellen, Frauen- und Studentenorganisationen sowie sozialen, Bäuerinnen-/Bauern- und indigenen Bewegungen.

Alles erzeugte Material steht zur freien Verfügung und die Webpräsenz funktioniert wie ein Multimediasupport der Verteilung, der die Vergemeinschaftlichung fördert und die Aneignung durch die *Creative Commons Lizenz* (Licencia Atribución-NoComercial-CompartirIgual 2.5 Argentina [CC BY-NC-SA 2.5]) anregt.

Autor und Autorin

Pablo Ares ist Künstler und Zeichner und arbeitet seit mehr als 25 Jahren mit grafischen Medien. Er studierte Animation in der *Filmschule von Avellaneda* und nahm an internationalen Kurzfilmfestivals teil. Mit Comics ist er seit

den 1980er Jahren verbunden, da er für bekannte argentinische Zeitschriften illustrierte. Er war von 1997 bis 2005 Mitglied der *Grupo de Arte Callejero* (GAC, Gruppe für Straßenkunst), einem Künstlerkollektiv von Aktivisten, die zusammen mit Menschenrechtsorganisationen urbane Interventionen realisierten, Ausstellungen in alternativen oder stärker institutionalisierten Kreisen durchführten, z.B. auf der Biennale von Venedig im Jahr 2003. Er zeichnet seit dem Jahr 2000 Karten und entwickelte verschiedene grafische und visuelle Mittel zur Durchführung von Workshops zu kollektiven *Mappings*. 2012 gewann er bei der *iberoamerikanischen Biennale der Zeichnung* (Bienal Iberoamericana de Diseño BID12) den großen Preis in der Rubrik „Grafische Zeichnungen und audiovisuelle Kommunikation“.

Julia Risler ist Kommunikationswissenschaftlerin und Doktorin der Sozialwissenschaften an der *Universität von Buenos Aires*. Seit 2003 nahm sie an vielen kollektiven Forschungsprojekten teil. Sie schrieb Artikel, die die Handlung der symbolischen und diskursiven Produktion und deren Dialektik mit Prozessen von Transformation und Konsensbildung analysiert. Seit 2007 ist sie Dozentin an der *Philosophischen Fakultät der Universität von Buenos Aires*. Sie entwickelte und organisierte im Kollektiv Treffen und freie Kulturfestivals, z.B. das *BaFREEci*, das Festival des freien, unabhängigen und kostenlosen Kinos (2005), und das Festival des *Potlatch*, der Geschenkkultur, in der Kulturfabrik IMPA (2004).

Kontakt:

iconoclasistas@gmail.com

<http://www.iconoclasistas.net>

<https://www.facebook.com/#!/iconoclasistas>

<http://twitter.com/#!/iconoclasistas>

<http://www.youtube.com/user/iconoclasistas>

Piktogramme

Piktogramme finden sich auf den Seiten 32, 56, 73 und 93.

Erhard Berner

„Zur Wohnungsfrage“ im 21. Jahrhundert: Marktversagen, hilflose Politik und die globale Ausbreitung von Slums

„Die Brutstätten der Seuchen, die infamsten Höhlen und Löcher, worin die kapitalistische Produktionsweise unsre Arbeiter Nacht für Nacht einsperrt, sie werden nicht beseitigt, sie werden nur – verlegt! Dieselbe ökonomische Notwendigkeit, die sie am ersten Ort erzeugte, erzeugt sie auch am zweiten.“ (Friedrich Engels, Zur Wohnungsfrage 1962 [1873]: 263)

Keywords: urban poverty, housing market failure, informal housing, slum upgrading, gentrification

Schlagwörter: Städtische Armut, Wohnungsmarkt-Versagen, Informeller Wohnungsbau, Slumsanierung, Gentrifizierung

Die Urbanisierung der Welt und das Recht auf die Stadt

Die Welt, so schrieb Kofi Annan (2001: v), ist in das urbane Jahrtausend eingetreten; dabei ist sie zu einem „Planeten der Slums“ geworden, fügte Mike Davis (2006) hinzu. Vor ein paar Jahren passierte die Menschheit einen bedeutsamen Wendepunkt: Zum ersten Mal in der Geschichte lebt heute mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in städtischen Gebieten. Städte, vor allem in Entwicklungsländern, haben nahezu das gesamte Bevölkerungswachstum der letzten Jahrzehnte aufgenommen und werden dies auch weiterhin tun. Die meisten Neuankömmlinge finden Unterkunft in überfüllten, unterversorgten, übelriechenden und lärmigen informellen Siedlungen, an Bahndämmen, Müllkippen und anderen gefährlichen Orten, ausgebeutet von Slumlords und von der Polizei schikaniert oder gar brutal vertrieben. Das Millennium-Entwicklungsziel einer „erheblichen Verbesserung der Lebensbedingungen von 100 Millionen SlumbewohnerInnen bis zum Jahr 2015“ klang ehrgeizig, aber hätte selbst im Erfolgsfall ein Wachstum unsanierter Slums um etwa 400 Millionen EinwohnerInnen bedeutet, mit anderen Worten: eine globale Kapitulation. Seither wurde es sorglos mit dem Slogan „Städte ohne Slums“ der Cities Alliance vermenget

und dazu missbraucht, die Zerstörung der informellen Siedlungen der Armen zu rechtfertigen (Huchzermeyer 2011: 1ff).

Die Klassiker der Entwicklungstheorie stimmten darin überein, dass Urbanisierung ein wesentliches Element der Modernisierung und Zivilisierung ist. Max Weber (1956 [1921]: 749ff) pries die mittelalterliche Stadt als Fusion aus Festung und Marktplatz, die dem feudalen Umland die Zukunft wies; Karl Marx und Friedrich Engels (1959 [1848]: 466) billigten selbst der kapitalistischen Stadt zu, sie befreie viele Menschen vom „Idiotismus des Landlebens“. In jüngerer Zeit wurden Städte im Norden und zunehmend auch im Süden zu Knotenpunkten der entstehenden globalen Netzwerke. John Friedmann (1986), Saskia Sassen (1991; 1994) und andere haben das System der eng miteinander verbundenen *Global Cities* bzw. einer einzigen, geografisch verteilten „Weltstadt“ konzeptualisiert. Produktion, Handel und, wohl am wichtigsten, die *Governance* der globalen Wertschöpfungsketten sind in Metropolregionen weltweit konzentriert, und mit ihnen Reichtum und Chancen: „Trotz all der realen Schrecken des heutigen Slum-Daseins ist es allemal besser, als in einem Dorf zu bleiben.“ (Kenny 2012: 29) Mit Blick auf diese Diskrepanzen gewinnt das von Henri Lefebvre (1974) proklamierte „Recht auf die Stadt“ eine aktualisierte Bedeutung: Alle Menschen sollten berechtigt sein, StadtbewohnerInnen zu werden, wenn sie dies wünschen. Dies würde den Zugang zu einer Reihe von materiellen und immateriellen Bürgerrechten implizieren, einschließlich der Rechte auf erschwinglichen Wohnraum und grundlegende Dienstleistungen, nachhaltigen Lebensunterhalt, Gesundheit, Bildung, Mobilität und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben sowie an Entscheidungen, die die Existenz der Menschen beeinflussen (Brown & Kristiansen 2009; Huchzermeyer 2011; Davy & Pellissery 2013).

Der Realisierung des Rechts auf die Stadt stehen jedoch hohe Eintrittsbarrieren entgegen. Etablierte StädterInnen, und städtische Eliten im Besonderen, sind nicht gewillt, Raum und Chancen mit Neuankömmlingen zu teilen, die sie als ignorant, unkultiviert und potenziell gefährlich betrachten; dies umso weniger, wenn jene einer anderen Nationalität, Ethnizität oder Religion angehören. Webers mittelalterliches Modell der ummauerten Zitadelle kann heute allenfalls in Stadtstaaten wie Singapur nachgeahmt werden, und die ständigen Anstrengungen, MigrantInnen und andere arme Menschen an marginale Standorte am Stadtrand abzuschieben, sind nirgendwo effektiv und nachhaltig. Aber Mauern und „Tortilla-Vorhänge“ (Boyle 1995) werden überall errichtet. Schwer bewachte *Gated Communities*, Wohnanlagen und Einkaufszentren haben sich in fast allen Metropolen des Südens (und zunehmend auch des Nordens) großflächig ausgebreitet; ihnen gegenüber

stehen die auf engstem Raum zusammengedrängten Siedlungen der Minderbemittelten. John Friedmann (2007) zufolge werden viele Städte nach den Bedürfnissen von nur 15 Prozent der Bevölkerung geplant, gebaut und verwaltet und der Rest absichtlich ignoriert. Eine reguläre, sichere und staatlichen Mindeststandards entsprechende Wohnung ist das Privileg einer Minderheit; Schätzungen von UN-Habitat zufolge sind in Ländern mit niedrigem Einkommen 64 % des Wohnungsbestandes und bis zu 85 % der Neubauten ungenehmigt (UNCHS 1996: 200).

Wohnungsbau in Selbsthilfe, abwertend als Squatting bezeichnet, hatte lange als Hindernis für geordnete Stadtplanung und -entwicklung gegolten. In den letzten vier Jahrzehnten wurde er zunehmend als das einzige Mittel anerkannt, um die immense Nachfrage nach erschwinglichen Wohnungen zu befriedigen. John Turners einflussreiches Buch *Housing by People* (1976)¹ und die erste Habitat-Konferenz in Vancouver 1976 waren Marksteine dieses Paradigmenwechsel hin zu einem „befähigenden Ansatz“.² Wohnungsökonomien erklärten, Squatting sei nicht Problem, sondern Lösung, und sehen es als Beweis für die Überlegenheit marktorientierter Lösungen über „verzerrende“ staatliche Interventionen: „SlumbewohnerInnen gehörten notgedrungen schon immer zu den am meisten marktorientierten Verbrauchern, weil sie keine anderen Optionen haben.“ (Buckley & Kalarickal 2005: 250) Die niedrige Qualität der meisten informellen Siedlungen, beengte Lebensverhältnisse und chronische Unterversorgung lassen jedoch erhebliche Zweifel an der Tragfähigkeit dieser „Lösung“ aufkommen.

Die Situation ist umso alarmierender, als es keine realistische Alternative zum weiteren Wachstum der Städte durch die Migration der Armen gibt. Ländliche Ökonomien sind nicht in der Lage, die dort wachsende Bevölkerung nachhaltig zu ernähren. Kommerzielle, industrialisierte Landwirtschaft – durch Strukturanpassung, Deregulierung und Exportorientierung gefördert – verbraucht große Landflächen, schafft aber weniger Beschäftigung als herkömmliche Methoden; Kleinbauern teilen ihre Grundstücke unter ihren Kindern auf, bis sie zum Überleben einer Familie unzureichend sind. „Überschüssige“ ländliche Arbeitskräfte haben keine Wahl, als in die Städte abzuwandern, und Unterkunft finden sie bestenfalls in Slums. Der UN-Habitat-Bericht *The Challenge of Slums* (2003: 46) fasst zusammen:

„Anstatt zum Fokus für Wachstum und Wohlstand sind die Städte zu Deponien für eine überflüssige Bevölkerung geworden, die unqualifizierten, ungeschützten

1 Harris (1998) wies zu Recht darauf hin, dass viele von Turners Ideen schon in den 1940er und 1950er Jahren von Jacob Crane formuliert worden waren.

2 Weltbank 1992; UNCHS 1996: 337ff; Pugh 1997; UN-Habitat 2005; Helmsing 2004.

und niedrig bezahlten Tätigkeiten in informellen Dienstleistungen und Handel nachgeht.“

Das oft gehörte Motto „das städtische Boot ist voll“ ist nichts als eine zynische und menschenverachtende Rechtfertigung der Privilegien jener, die einen Platz ergattert haben.

„So sind die Städte der Zukunft nicht aus Glas und Stahl erbaut, wie es frühere Generationen von Urbanisten vorausgesehen haben, sondern stattdessen weitgehend aus rohem Backstein, Stroh, recyceltem Kunststoff, Zementblöcken und Abfallholz. Anstatt in Städten aus Licht, die sich gen Himmel recken, hockt ein großer Teil der urbanen Welt des einundzwanzigsten Jahrhunderts im Elend, umgeben von Umweltverschmutzung, Exkrementen und Verfall.“
(Davis 2006: 19)

Oder in der nüchternen Bemerkung von Suketu Mehta (2004: 3): „Bombay ist die Zukunft der städtischen Zivilisation auf dem Planeten. Gott helfe uns.“

Das systemische Versagen des formellen Wohnungsmarkts

Die entscheidende materielle Grundlage für das Recht auf die Stadt ist der Zugang zu einer städtischen Unterkunft – eine triviale Aussage mit komplizierten Folgen für Wissenschaftler, politische Entscheidungsträger und besonders für die Armen selbst:

„Eine Voraussetzung dafür, in einem städtischen Umfeld zu überleben, ist die Erlaubnis zur Nutzung eines Stückes Land, um ein Haus zu bauen, eine Hütte zu errichten oder zumindest einen temporären Ort zum Schlafen, Essen und zur Verrichtung des Stuhlgangs zu finden. Eigentumsrechte regeln den Zugang zu städtischen Grundstücken und damit die Chance zu überleben.“
(Evers 1984: 481)

Eine große Menge an Literatur hat gezeigt, dass diese Eigentumsrechte in der Realität der Städte des Südens sehr oft unklar und umstritten, in der Praxis aber bei reichen und mächtigen Minderheiten konzentriert sind. Die Diagnose des Marktversagens beim Ausgleich von Angebot und Nachfrage von städtischen Grundstücken und Gebäuden ist keinesfalls neu, sondern wurde bereits von Friedrich Engels mit bis heute unübertroffener Klarheit gestellt:

„Die Ausdehnung der modernen großen Städte gibt in gewissen, besonders in den zentral gelegenen Strichen derselben dem Grund und Boden einen künstlichen, oft kolossal steigenden Wert; die darauferrichteten Gebäude, statt diesen Wert zu erhöhen, drücken ihn vielmehr herab, weil sie den veränderten Verhältnissen nicht mehr entsprechen; man reißt sie nieder und ersetzt sie durch andre. (...) Das Resultat ist, daß die Arbeiter vom Mittelpunkt der Städte an den Umkreis gedrängt, daß Arbeiter- und überhaupt kleinere Wohnungen

selten und teuer werden und oft gar nicht zu haben sind, denn unter diesen Verhältnissen wird die Bauindustrie, der teurere Wohnungen ein weit besseres Spekulationsfeld bieten, immer nur ausnahmsweise Arbeiterwohnungen bauen.“ (Engels 1962 [1873]: 215)

In den heutigen „modernen großen Städten“ konzentriert sich immer noch fast alle formelle Bautätigkeit in *High-End*-Märkten für Gewerbe- und Wohnimmobilien, begleitet von allgegenwärtiger Spekulation und regelmäßigen Korruptionsskandalen, hohen Leerstandsraten und dem gelegentlichen Platzen einer Blase. Der gewaltigen Nachfrage von MigrantInnen und anderen Gruppen mit niedrigem Einkommen steht kein nennenswertes formelles Angebot gegenüber. Von der Weltbank (1989; 1992) initiierte Bemühungen, die „Wohnungsmärkte für die Armen zu öffnen“, haben enttäuschende Ergebnisse erbracht, der kommerzielle Bausektor produzierte trotz innovativer Anreize weiterhin kaum preiswerten Wohnraum (Jones 1996: 248; Pugh 1995; Forrest 2013: 309).

Die Diagnose der systemischen Inelastizität des Wohnungsmarktes – eines „ständigen Zustands des Ungleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage“ (Baken & van der Linden 1993: 5) – ist heute weitgehend unbestritten. Da das verfügbare Bauland begrenzt ist, führt der Anstieg des Bedarfs durch die rapide Urbanisierung nicht zu einer entsprechenden Erhöhung der Produktion, mit der unvermeidlichen Folge explodierender Preise (vgl. für einen Überblick Buckley & Kalarickal 2005: 238f). Wirtschaftswissenschaftler haben überzeugende empirische Belege dafür vorgelegt, dass eine verfehlte Politik des Staates zur unelastischen Versorgung beiträgt. Das Festhalten an oft aus der Kolonialzeit übernommenen Bauvorschriften, z.B. in Bezug auf Mindestgröße, verwendbare Baumaterialien, Stromversorgung und Sanitärausstattung (Hardoy & Satterthwaite 1989: 38ff), illegalisiert alle Entwicklungen, die diesen unrealistischen Standards nicht genügen. Überdies stehen riesige Brachflächen im Besitz der öffentlichen Hand für eine produktive und sozial nützliche Verwendung nicht zur Verfügung. Nicht schlüssig ist hingegen die Evidenz über den *Grad* der Kausalität zwischen Staatsintervention und Inelastizität. Was fehlt, ist ein einziger dokumentierter Fall einer Großstadt, die es geschafft hat, durch Deregulierung und umfangreiche Privatisierung staatlichen Landes legalen Wohnraum für (fast) alle EinwohnerInnen, einschließlich der Zuwanderer und Zuwanderinnen, zur Verfügung zu stellen (Jones 1996: 248). Eine alternative Lesart der Daten legt nahe, dass auch eine optimale regulatorische Umgebung den Marktanteil der informellen Bautätigkeit auf nicht viel weniger als die von UN-Habitat als Untergrenze postulierten 60 % verringern kann; und dass er unter schlechter Regierungsführung wie in Äthiopien, Afghanistan und

im Tschad fast 100 % erreicht (Davis 2006: 23). Die Inelastizität des Angebots ist nicht (nur) das Resultat unangemessener Politik, sondern inhärente Charakteristik der essenziellen Grundlage des Wohnungsbaus, nämlich des städtischen Lands.

Land als solches kann offensichtlich nicht produziert werden. Um die nutzbare Fläche zu vergrößern, wird in innerstädtischen Gebieten immer weiter in die Höhe gebaut und am Stadtrand neues Bauland erschlossen. Beide Strategien kommen jedoch kaum der Masse der Bevölkerung zugute, sondern erweitern nur das Angebot im bereits übertourten oberen Marktsegment. Mehrstöckige Entwicklung erfordert komplette, teure Sanitär- und Elektro-Versorgung und, schon aus Sicherheitsgründen, konsequente Umsetzung der Bauvorschriften, die die Kosten weiter in die Höhe treibt. Die endlosen Reihenhaussiedlungen in den Vorstädten hingegen zwingen ihre BewohnerInnen zu stundenlangem Pendeln zum Arbeitsplatz, was nur für die motorisierte Mittelschicht praktikabel ist. Auch dort, wo öffentliche Verkehrsmittel zur Verfügung stehen, sind Kosten und Zeitaufwand und Geld für die arme Mehrheit unerschwinglich.

Das Angebot an bezahlbarem Wohnraum wird durch Spekulation weiter eingeschränkt. Land ist ein Vermögenswert, dessen „lukrativste Verwendung“ nicht unbedingt eine produktive ist (Eggertsson 1996: 9). Pal Baross (1990) bietet eine systematische Darstellung der Logik, die die Preise für ungenutztes Land in die Höhe treibt. Nach Baross ist der formelle (private wie öffentliche) Wohnungsbau durch die Sequenz Planung-Versorgung-Bau-Nutzung charakterisiert. In jeder dieser Phasen findet ein massiver Preisanstieg statt. In Rio de Janeiro zum Beispiel werden der „Land-Konversionsfaktor“ (Preiserhöhung durch Planung) auf 40 und der „Land-Entwicklungsmultiplikator“ (Preiserhöhung durch Versorgung und Infrastruktur) auf weitere 11 geschätzt (UNCHS 1996: 250f). Wer sich Bauerwartungsland frühzeitig sichert, kann somit einen schnellen und risikolosen Profit von bis zu 44.000 % einstreichen, für korrupte Regierungsangestellte und ihre Klientel eine unwiderstehliche Versuchung. Für potenzielle BauherrInnen werden die Folgen der echten und künstlichen Knappheit schließlich dadurch verschärft, dass sie die kompletten Kosten für Land, Versorgung und Bau auf einen Schlag aufbringen müssen, was zunehmend die Sparkapazität und Bonität auch regulärer ArbeitnehmerInnen in reichen Ländern überfordert:

„Die Wohnungsfinanzierung in London gilt als effizienter als in vielen anderen Städten, ohne zu erwähnen, dass die meisten Haushalte sich für etwa 20-25 Jahre verschulden müssen, dass viele dieser Schulden nur durch Erbschaften und nicht aus dem Einkommen getilgt werden können und dass bei etwa 20 Prozent der Haushalte die Schulden den Wert der Wohnung übersteigen.“ (Jones 1996: 253)

Dort und überall im Norden kann die *Subprime*-Krise nach 2008 als Mentelektel dieses Modells gelesen werden. Für die übergroße Mehrheit der Bevölkerung in den Entwicklungsstädten war, ist und bleibt der formelle städtische Wohnungsbau eine „Architektur, die *nicht* funktioniert“ (vgl. Turner 1968).

Neben der Inelastizität des Angebots tragen auch besondere Merkmale der Nachfrage nach Wohnungen zum Marktversagen bei. Die meisten Wohnungssuchenden sind auf ihre Arbeitskraft angewiesen, um die notwendige Kaufkraft zu erzeugen. Der Arbeitsmarkt in den Entwicklungsländern ist jedoch extrem elastisch – dies umso mehr nach der Ära der Strukturanpassung, die zu einem starken Rückgang der regulären Beschäftigung und damit zum „*Big Bang* der städtischen Armut“ (Davis 2006: 152) geführt hatte. Selbst in boomenden Städten reichen zusätzliche Beschäftigung und Chancen für kleine Unternehmen kaum aus, die noch schneller wachsende Zahl der Zuwanderer und Zuwanderinnen zu versorgen, mit dem Ergebnis stagnierender oder sogar fallender Realeinkommen (z.B. Benjamin 2000 über Indiens Software-Hauptstadt Bangalore). Noch schlimmer ist natürlich die Situation der Urbanisierung ohne Wirtschaftswachstum, wie sie für viele afrikanische Länder und Teile Südasiens charakteristisch ist. Durch den schiereren Mangel zur Abwanderung in die Städte gezwungen, können sich die MigrantInnen glücklich schätzen, wenn ihr Einkommen zur Befriedigung der Grundbedürfnisse ausreicht. Ebenso wie die Legionen der informellen ArbeiterInnen und SubsistenzunternehmerInnen (Berner u.a. 2011), aber auch Bauhandwerker, Fahrer, Reinigungskräfte, Wachpersonal usw. können sie nur einen Bruchteil der Kosten für reguläre Mietwohnungen aufbringen.

Schließlich sind die städtischen Armen notgedrungen fast ebenso wählend bei der Standortwahl wie kommerzielle InvestorInnen, und unglücklicherweise haben sie dieselben Präferenzen. Da sie sich weite Wege zum Arbeitsplatz nicht leisten können, müssen sie in der Nähe von Beschäftigungs- und Geschäftsmöglichkeiten bleiben und haben keine Verwendung für die Ausweichquartiere am Stadtrand, die ihnen (im besten Fall) von wohlmeinenden StadtplanerInnen angeboten werden. Das Ergebnis ist das allgegenwärtige Bild der „dualen“ oder „polarisierten Stadt“, das unmittelbare räumliche Nebeneinander von Überfluss und Elend, Hochhäusern und Hütten, Zitadellen und Ghettos (Berner 2001a; Sassen 1991; 1994; Castells 1991; Marcuse 1997). In einem in der *New York Times* erschienenen Artikel schreibt Somini Sengupta (2008) über „zwei Welten auf beiden Seiten der Straße“:

„Indien hat seit jeher seine Oberschicht sowie Legionen der ärmsten Menschen der Welt. Aber heute wird die Kluft zwischen diesen Welten durch eine Vielzahl von [*Gated Communities* wie] Hamilton Courts sichtbar gemacht, die sich gegen die Slums ihrer DienstbotInnen pressen.“

Chris Hamnett (1994: 422) hat die Allgemeingültigkeit der Dualstadt-These in Frage gestellt und postuliert, dass große, fortdauernde Einwanderung und damit ein großes Angebot an NiedriglohnarbeiterInnen Bedingungen für die Polarisierung sind. Diese Bedingungen sind offensichtlich in den meisten Entwicklungsstädten gegeben. Darüber hinaus ist dort die Ungleichheit der Wohnverhältnisse noch viel stärker ausgeprägt als die Einkommensungleichheit, da sich auch viele FacharbeiterInnen, Angestellte und KleinunternehmerInnen keine reguläre Wohnung leisten können. Das Versagen der formellen Wohnungsmärkte ist somit systemisch, strukturell und unvermeidlich.³

Leistungen und Fehlleistungen informeller Märkte

Angesichts von Marktversagen und staatlicher Fehlsteuerung müssen sich die meisten StadtbewohnerInnen in den Entwicklungsländern auf ihre Eigeninitiative verlassen, um eine Unterkunft zu finden (Fekade 2000). Ausgedehnte informelle (d.h. ungenehmigte und ungeplante) Siedlungen in den und um die meisten Städte der Welt demonstrieren die Kapazität des Selbsthilfe-Wohnungsbaus. Natürlich sind sie nach konventionellen Maßstäben schäbig, schmutzig und beengt; ihr Image als „Slums“ täuscht jedoch über ihren enormen ökonomischen Wert und ihre unverzichtbare Rolle für die städtische Wirtschaft hinweg.⁴ Nicht nur Unternehmen und Beschäftigte des informellen Sektors, sondern auch große Teile der Mittelschichten und sogar Staatsbedienstete haben keinen Zugang zu legalem und angemessenem Wohnraum. Die Rolle der Squatter-Kolonien ist eher fundamental als marginal: Die städtische Wirtschaft wird durch ihre Existenz massiv subventioniert und kann ohne diese Subvention nicht funktionieren und wettbewerbsfähig sein (Bernier 1997b: 169; Aldrich & Sandhu 1995a: 20).

Das Geheimnis der Effizienz informeller Märkte ist ganz einfach: Die herkömmliche Sequenz Planung-Versorgung-Bau-Nutzung wird im Prinzip umgekehrt. Der Prozess beginnt mit der Besetzung verfügbarer (ungenutzter, unbewachter) Grundstücke durch den Bau von Hütten und Verschlägen.

3 In vielen Ländern des Nordens hat staatlicher Sozialwohnungsbau zu – jeweils historisch temporären und umstrittenen – Lösungen der Engels'schen Wohnungsfrage beigetragen. Entsprechende Aktivitäten blieben in den (nicht-kommunistischen) Entwicklungsländern quantitativ nahezu irrelevant. Bemerkenswerte Ausnahmen waren Singapur und Hongkong, die den einzigartigen Vorteil nutzten, als Stadtstaaten die Zuwanderung und damit Nachfrage nach Wohnraum kontrollieren zu können (vgl. Forrest 2013).

4 Diese Werte werden immer noch wahllos durch Abbruch zerstört. So wurden in Mumbai allein zwischen Oktober 2004 und Januar 2005 fast eine halbe Million Slumbewohner in einer massiven und brutalen Kampagne vertrieben (Arabindoo 2011: 639).

Weitere Baumaßnahmen sowie die Verbesserung der Infrastruktur und Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen werden schrittweise über einen Zeitraum von 20 Jahren und mehr durchgeführt; eine Ex-post-Planung und Konsolidierung findet – wenn überhaupt – erst am Ende der Sequenz statt (Berner 2001b). Inkrementelle Entwicklung hat eine Vielzahl von Vorteilen (nicht nur) für arme StadtbewohnerInnen. Spekulation findet kaum statt, da es keinen vorhersehbaren kurzfristigen Preisanstieg gibt und unbebaute Grundstücke einfach von anderen besetzt werden können. Am wichtigsten aber ist es, dass die BesetzerInnen ihre Investitionen flexibel über einen langen Zeitraum verteilen und den Höhen und Tiefen ihres städtischen Schicksals anpassen können: sanieren und ausbauen, wenn das Einkommen dafür ausreicht, und während der unvermeidlichen Krisen durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit pausieren.

„Letztlich ist der Unterschied zwischen den beiden Systemen wahrscheinlich nicht die Preisdifferenz an sich, sondern die Art, wie Familien mit niedrigem Einkommen ihre Ausgaben für den Wohnungsbau zeitlich strecken können.“
(Baross 1990: 7)

Die entscheidende Frage ist, wie, oder genauer gesagt *wo*, informelle Siedlungen entstehen. Die Begriffe „Spontansiedlungen“ und „heimliche Landaufteilung“ legen nahe, dass städtische Grundstücke von unternehmungslustigen Einzelpersonen und Familien einfach besetzt werden können. Dieses Bild ist irreführend. Auch für die bescheidensten Ansprüche muss ein Grundstück zwei minimale Voraussetzungen erfüllen: Verfügbarkeit von Wasser und Erreichbarkeit durch irgendeine Form öffentlicher Verkehrsmittel. Zudem darf es sich nicht allzu weit von den Orten der Beschäftigung, also Industrie-, Handels- und Dienstleistungszentren, befinden. Wenn ungenutztes, unbewachtes Land von solchen Qualitäten überhaupt vorhanden ist, dann ist es in der Regel *gefährlich*. Berghänge und Flussufer setzen ihre AnwohnerInnen dem Risiko von Erdbeben und Überschwemmungen aus, besonders in tropischen Ländern mit ausgeprägten Regenzeiten. BewohnerInnen von Mülldeponien und stark verschmutzten Industriegebieten geht es nicht viel besser, aber sie profitieren von den dort vorhandenen Erwerbsmöglichkeiten. Zu Spekulationszwecken zurückgehaltene Grundstücke in zentralen Lagen schließlich werden durch Mauern, Stacheldraht und Wachpersonal vor EindringlingInnen geschützt. Selbst für einen Schlafplatz auf dem Bürgersteig müssen Obdachlose Schmiergelder zahlen. Die Zeiten kostenloser Landnahme durch illegale SiedlerInnen sind fast überall vorbei (Murphy 1993: vii; Durand-Lasserve & Royston 2002: 5).

Stattdessen hat sich die extra-legale, kommerzielle Landaufteilung als dominanter Modus der Wohnungsproduktion etabliert: „Illegale oder informelle Bodenmärkte... haben das Land für die meisten Ergänzungen des Wohnungsbestandes in den meisten Städten des Südens in den letzten 30 oder 40 Jahren zur Verfügung gestellt.“ (UNCHS 1996: 239) Wie im Fall des informellen Sektors insgesamt ist die Definition der extra-legalen Landaufteilung grundsätzlich residual: Es handelt sich um Land-Transaktionen, die nicht von den Behörden kontrolliert und registriert werden. Dies impliziert, dass Häuser ohne Genehmigung gebaut werden und ihre Qualität sowie die vorhandene Infrastruktur unter normalen Standards liegen können – und genau dies macht sie für Gruppen mit niedrigem Einkommen erschwinglich (Payne 1989: 2). Das so genutzte Land liegt meistens am Stadtrand und ist oft für andere Zwecke ausgewiesen, z.B. für Landwirtschaft, als Freizeit- oder Naturschutzgebiet.

Neben diesen Gemeinsamkeiten gibt es bemerkenswerte Unterschiede in der Rechtsstellung der Siedlungen in einer Grauzone zwischen semilegal und vollständig illegal (Baken & van der Linden 1992: 29; Durand-Lasserve & Royston 2002: 5). Private LandbesitzerInnen können selbst als EntwicklerInnen agieren und Grundstücke unter der Hand verkaufen oder vermieten; dies Verfahren kann als halblegal angesehen werden, da keine Eigentumsrechte verletzt werden. Darüber hinaus ist diese Art von „tolerierter Invasion“ von Vorteil für alle Beteiligten. Die SiedlerInnen finden Unterkunft und relative Sicherheit vor Vertreibung zu einem (zumindest anfangs) moderaten Preis; dafür akzeptieren sie, dass sie die bestenfalls minimale Infrastruktur aus eigener Kraft schaffen und verbessern müssen. Die GrundbesitzerInnen erzielen nicht nur einen direkten Gewinn aus Vermietung oder „Verkauf“, sondern profitieren langfristig von der mit der De-facto-Umwandlung ihres Brachlands in ein Wohngebiet verbundenen Wertsteigerung. Da sie in der Regel die formellen Besitztitel behalten, können sie die Mieten kontinuierlich erhöhen und später sogar die BewohnerInnen zu illegalen BesetzerInnen erklären, um das Land nach deren Vertreibung noch einmal regulär zu verkaufen (Berner 1997a: 140ff).

Im Zuge der Kommerzialisierung der städtischen Grundstücksmärkte wird das Landaufteilungs-Geschäft zunehmend von professionellen, straff organisierten Syndikaten übernommen, die riesige Gewinne aus den Wohnbedürfnissen von Gruppen mit niedrigem Einkommen ziehen (Payne 1989; Amis 1984; Rakodi 1997). Hierzu müssen sie zunächst effektive Kontrolle über ein geeignetes Stück Land etablieren. Regelrechter Landraub gegen den ausdrücklichen Willen der BesitzerInnen scheint dabei selten zu sein, es sei denn, die Syndikate haben politische Rückendeckung (Baken & van

der Linden 1992: 23). Besonders bei Land im Besitz der öffentlichen Hand sind fast immer lokale AdministratorInnen, PolizistInnen und/oder militärisches Personal in den Syndikaten involviert – entweder aktiv oder als EmpfängerInnen von Schmiergeldern.

„Im Extremfall manipulieren PolitikerInnen und Staatsbedienstete die Regelungen, um künstliche Knappheit zu schaffen und Menschen in den informellen Sektor zu treiben, wo sie dann von den gleichen Staatsbediensteten, die als private EntwicklerInnen, aber unter Verwendung von öffentlichen Flächen auftreten, beliefert werden.“ (Jones 1996: 250)

Je nach Kultur und Rechtssystem haben weitere lokale MachthaberInnen wie Stammeshäuptlinge (die in Teilen von Afrika das traditionelle Recht haben, über die Landnutzung zu entscheiden) oder ParteifunktionärInnen (die in einigen sozialistischen Ländern die gleiche Rolle spielen) ihre Hand im Spiel.

Die Anfangsinvestitionen der EntwicklerInnen in die Infrastruktur sind auf die grundlegendsten Bedürfnisse beschränkt. Wie bereits erwähnt, steht die Verfügbarkeit von Wasser an erster Stelle; hierzu werden Brunnen gebohrt oder ein Lieferservice organisiert und aus dem Wasserverkauf zusätzlicher Profit geschlagen. Die zweite Voraussetzung ist die Bereitstellung öffentlicher Verkehrsmittel, mit denen die Menschen ihre Arbeitsplätze erreichen können; diese Aufgabe übernehmen informelle Rikschas, Motorradtaxi oder Kleinbusse. Umweltbelange, z.B. sanitäre Einrichtungen und Müllabfuhr, stehen offensichtlich auf der Prioritätenliste weit unten. Das „erschlossene“ Land kann dann unterteilt und „verkauft“ werden – was tatsächlich verkauft wird, ist die faktische Erlaubnis zur Besetzung, und niemand hält diese für einen gültigen Rechtstitel (Payne 2004). Die erste Welle der Landnahme wird üblicherweise in einer größeren Gruppe organisiert, um die Anfälligkeit der Siedlung in der kritischen Anfangsphase zu reduzieren; dieses Verfahren kann leicht für eine nicht-kommerzielle Invasion gehalten werden.⁵ Die „Schattenpreise“ in einer Stadt hängen ähnlich wie die formellen Landpreise vom Standort und der Qualität der Infrastruktur ab, außerdem von der (tatsächlichen oder vermeintlichen) Sicherheit vor Vertreibung. Die KäuferInnen sind oft MieterInnen aus anderen Slums, die genug gespart (oder Zugang zu ausreichendem Kredit) haben, um den nicht unbeträchtlichen „Eintrittspreis“ aufzubringen und in Zukunft keine Miete mehr zahlen zu müssen (van der Linden 1994).

5 Nicht-kommerzielle Invasionen kommen tatsächlich vor, aber wahrscheinlich weit weniger häufig als in der Literatur zuweilen behauptet. Darüber hinaus gibt es Hinweise darauf, dass sie bestimmte Bedingungen erfordern, etwa reichlich vorhandenes öffentliches Land von niedriger Qualität (Baken & van der Linden 1992: 23) oder besondere politische Umstände (UNCHS 1996: 244).

Einsparungen bei der Miete sind jedoch nicht die einzige Motivation für Gruppen mit niedrigem Einkommen, nach Wohneigentum zu streben. Ein Haus, und sei es nur eine Hütte in einer informellen Siedlung, ist immerhin ein Vermögenswert, der wahrscheinlich im Zuge der Stadtentwicklung weiter wachsen wird. In neueren Debatten über Armut wird der Mangel an Vermögen als wichtiger Aspekt der Vulnerabilität der Armen identifiziert (z.B. Moser 1998). Der inkrementelle Ausbau des Hauses ist aus dieser Sicht eine Form des Sparens, der Investition von Arbeit und Kapital, um den Vermögenswert zu mehren. Die Vermietung von Betten, Zimmern oder ganzen Anbauten bietet eine zusätzliche, stabile Einnahmequelle für einen ansonsten volatilen Lebensunterhalt, verschärft aber natürlich gleichzeitig die drangvolle Enge in den Slums. Jorge Hardoy und David Satterthwaite (1989: 62) zitieren einen brasilianischen *Squatter*, um zu unterstreichen, dass es nicht nur um materielle Einsätze geht: „Der Wert meines Hauses – 26 Jahre des Kampfes“.

Angesichts der eindrucksvollen Leistungen des informellen Wohnungsbaus ignorieren dessen ProtagonistInnen in der Nachfolge von John Turner (z.B. Neuwirth 2005) inhärente Mängel und Dysfunktionalitäten. *Squatting* (und von *Squatters* mieten, vgl. Rakodi 1995) ist unter dem Strich keine billige Art und Weise, in der Stadt zu leben. Zusätzlich zu „Eintrittspreisen“ und anderen illegalen Zahlungen sind die Kosten für Wasser und Strom in der Regel viel höher als für reguläre BezieherInnen. Unter Berücksichtigung der defizitären Wohnbedingungen zahlen die BewohnerInnen informeller Siedlungen oft ebenso viel Geld pro Quadratmeter wie anderswo, zuweilen sogar mehr. Der schwerwiegendste Nachteil ist jedoch die *Unsicherheit*, die unvermeidlich mit der Informalität verbunden ist. Ohne Besitztitel oder Mietvertrag haben die BewohnerInnen niemals Gewissheit, dass nicht am nächsten Tag Bulldozer vor der Siedlung auffahren und die Ersparnisse vieler Jahre vernichten. In dieser Situation sind sie gezwungen, ihr Eigentum möglichst mobil zu halten, und investieren selten Geld in produktive Maschinen und kommunale Infrastruktur. Die Slum-Ökonomie wird oft als besonders dynamisch gefeiert: „Kibera [großer Slum in Nairobi, E.B.] ist möglicherweise der unternehmerischste Ort auf dem Planeten.“ (The Economist 2012: 76) Ohne Sicherheit vor Vertreibung bleibt die Wirtschaft jedoch generell unausgewogen und involutionär. (Zu) viele Menschen engagieren sich in Handel, Dienstleistungen, Kleinhandwerk und auch Landwirtschaft, während es praktisch keine Fertigungsbetriebe gibt (Berner u.a. 2011). Schließlich ist die Unsicherheit ein wesentlicher Grund für die Persistenz von unhygienischen Bedingungen. Umweltsanierung erfordert erhebliche Investitionen und langfristiges Engagement der BewohnerInnen,

z.B. für Müllentsorgung, Sanitäreanlagen und Abwasserkanäle. Ohne die Gewissheit, die Verbesserungen langfristig genießen zu können, sind solche Beiträge nicht zu erwarten (Lee, 1998). Chronische Unterinvestition als Folge „destruktiver Unsicherheit“ (Wood 2003) wird so zu einer Hauptursache fortdauernder städtischer Armut.

Legalisierung, Sanierung – und Gentrifizierung

Seit den 1970er Jahren sind Partizipation und Selbsthilfe zu Schlagworten in der Wohnungsdebatte geworden. Großflächige Abriss- und Vertreibungsaktionen gerieten zu Recht als unmenschlich in Verruf und erwiesen sich überdies als nicht nachhaltig, da kaum eine(r) der Betroffenen dauerhaft die Stadt verließ und für jeden planierten Slum mehrere neue entstanden. Andererseits wurde die Fähigkeit der Regierungen, die Nachfrage durch öffentlichen Wohnungsbau zu bewältigen, zunehmend in Frage gestellt. Programmatisch wurde nun in Anknüpfung an John Turners Ideen ein „befähigendes“ Vorgehen gefordert, das als Slumsanierung und *Sites & Services* (S&S) Eingang in die Entwicklungspraxis fand. Die beiden Ansätzen zugrundeliegende Logik ist einleuchtend: Offensichtlich ist es effizienter, bestehende Siedlungen zu verbessern und mit Infrastruktur zu versorgen, als sie von Grund auf neu zu errichten; und rationeller, NeusiedlerInnen erschlossene Grundstücke zur Selbsthilfe zur Verfügung zu stellen, als lediglich der unkontrollierten Ausbreitung neuer Slums zuzusehen. Der überzeugenden Theorie folgte indes eine inkonsistente und von faulen Kompromissen geprägte Praxis, und über Jahrzehnte blieben die Ergebnisse von Sanierungs- und S&S-Programmen insgesamt enttäuschend (UNCHS 1996: 344ff). Besonders der letztere Ansatz, der staatlich gesteuerte Selbsthilfe-Wohnungsbau, erwies sich im Hinblick auf Effizienz und Kostendeckung als mangelhaft und ist seit langem auch von seiner Hauptprotagonistin, der Weltbank, aufgegeben worden (Zanetta 2001; UN-Habitat 2003: 127). Das Scheitern von S&S lässt sich vollständig auf Basis der bisherigen Analyse erklären: Eine inkrementelle Entwicklung *nach* dem steilen Preisanstieg durch Landkonversion und Versorgung zu beginnen, ist ein absurdes Unterfangen, und die notwendige Bereitstellung von Land zu einem Bruchteil des überhöhten Marktpreises überfordert den politischen Willen der meisten Regierungen. In der Praxis wurden fast alle S&S-Projekte in abgelegenen Randlagen durchgeführt, nicht selten 30 bis 40 Kilometer von den Stadtzentren entfernt. In einem typischen Fall aus Pakistan wurden von 15.000 entwickelten Grundstücken nur 35 von SiedlerInnen bezogen; der Rest blieb vakant (Siddiqui & Khan 1994: 279). An zentraleren Standorten

fiel das Land an wohlhabendere Gruppen, oft nachdem es durch die Hände einer Reihe von Spekulanten gegangen war (van der Linden 1986).⁶

In der Folge wurde partizipative Sanierung zur alternativlosen Wohnungsbaupolitik in den Entwicklungsländern (UN-Habitat 2003: 132; Gruffydd Jones 2012) – mit der regelrecht zynischen Implikation, dass die Produktion neuer Massenunterkünfte komplett der illegalen Entwicklung überlassen wird. Erfahrungen mit Sanierungsprogrammen sind jetzt breit und recht gründlich dokumentiert (s. für eine Sammlung Mitlin & Satterthwaite 2004). Viele Befunde sind eher kritisch. Herbert Werlin (1999) zum Beispiel geht so weit, die Slumsanierung einen „Mythos“ zu nennen. Während wir diese Kritik weitgehend teilen und sie durch ein zusätzliches Argument ergänzen werden, ist es schwierig, tatsächlich realistische Alternativen zu benennen. Wenn weder Regierungen noch der Privatsektor in der Lage sind, erschwinglichen Wohnraum zu erzeugen, dann gibt es keine andere Möglichkeit als eine Politik, die die mangelhaften Resultate der informellen Entwicklung zu verbessern sucht.

Die meisten ForscherInnen sind sich darin einig, dass Sicherheit vor Vertreibung eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche und nachhaltige Sanierung ist; Regularisierung hat der physischen Verbesserung *vorauszu-gehen*. Nennenswerte Eigenleistungen können von SlumbewohnerInnen nur dann erwartet werden, wenn sie einigermaßen sicher sind, die Früchte ihrer Investitionen in Renovierung und Infrastruktur auf absehbare Zeit selbst genießen zu können. Allerdings werfen Modalitäten und Preisgestaltung der Regularisierung knifflige Fragen auf. Hernando de Sotos (2000) Vorschlag, „totes Kapital“ im Wert von Billionen Dollar durch die Vergabe von Besitztiteln an informelle SiedlerInnen „wiederzubeleben“, beruht auf der Annahme, dass jenen das besetzte Land zumindest de facto gehört; in der Praxis ist dies fast nie der Fall (Gilbert 2002). Besitzübertragung ohne Entschädigung käme einer Enteignung der privaten EigentümerInnen und Amnestie für Landraub gleich oder würde den Vorwurf der Verschwendung öffentlichen Eigentums provozieren. Das Modell von Lima, wo Piraten-Urbanisationen auf peri-urbanem, aridem Regierungsland in großem Umfang legalisiert wurden, kann also nicht ohne weiteres repliziert werden.

6 Das *Khuda-ki-Basti*-Programm in der pakistanischen Stadt Hyderabad war ein interessanter Versuch, aus der Sackgasse des S&S-Ansatzes zu entkommen. In Nachahmung der illegalen EntwicklerInnen bot das Programm nur Versorgung mit Wasser und Zufahrtsstraßen; Landnutzungsrechte (keine regulären Besitztitel) waren an die tatsächliche Nutzung gebunden; und ein vierwöchiger Zwangsaufenthalt in *Reception Camps* schreckte Nicht-Bedürftige effektiv ab (Siddiqui & Khan 1994; van der Linden 1997; für eine Diskussion Berner 2001b). Trotz ihres beachtlichen Erfolgs wurde die Strategie weder in Pakistan noch anderswo repliziert.

Anderswo müssen bei den Preisverhandlungen mit den LandbesitzerInnen Kompromisse gefunden und eine Entscheidung darüber getroffen werden, ob durch öffentliche Subventionen die Erschwinglichkeit verbessert werden sollte. Nicht selten weichen Regierungen diesem Problem aus und lassen die Besitzverhältnisse ungeklärt, mit vorhersehbaren negativen Auswirkungen auf Mobilisierung und Partizipation. Es sollte erwähnt werden, dass illegale Besetzung eine unabdingbare Voraussetzung für sinnvolle Verhandlungen darstellt; ohne sie wäre kein(e) LandeigentümerIn zu Kompromissen beim Preis bereit (Mitlin & Satterthwaite 2004a: 263). Da es für die BesitzerInnen mühsam, teuer und riskant ist, effektive Kontrolle über das besetzte Land zu etablieren, gibt es einen Anreiz, einem Nachlass zustimmen. Im Fall des *Community Mortgage Program* (CMP) auf den Philippinen mussten die BewohnerInnen nur etwa 15-20 % des Marktpreises vergleichbaren Brachlands in der Nähe ihrer Siedlungen bezahlen (Berner 1997c: 223).

Ein mit der Preisfrage verbundenes, aber weit weniger gut dokumentiertes Problem der Legalisierung ist die Gentrifizierung, die sie sehr häufig zur Folge hat. Für einen erheblichen Teil der Bevölkerung eines Slums liegt das jeweils aktuelle Kostenniveau an der Belastbarkeitsgrenze, und sie sind nicht in der Lage, die im Zuge der Legalisierung fälligen Eigenbeiträge aufzubringen. Auch im Falle des CMP – weithin als Modellprogramm für umfassende Regularisierung gepriesen – war etwa ein Drittel der BewohnerInnen nicht fähig oder bereit dazu, sich an der Rückzahlung des Gemeinschaftsdarlehens zu beteiligen.

„Die Programmteilnehmer müssen folglich nicht nur für ihr eigenes Land bezahlen, sondern auch für das, auf dem Nichtmitglieder leben. Auf der anderen Seite existiert eine rege Nachfrage nach den umstrittenen Grundstücken innerhalb und außerhalb der Siedlung. Viele Bewohner wollen ihre bedrängten Wohnverhältnisse verbessern, Räume zur Vermietung ausbauen oder Verwandte aus der Provinz nach Manila holen; für andere ist das ehemalige *Squatter*-Land einfach ein extrem preiswertes Angebot.“ (Berner 1997c: 224)

In der Folge kam es zu Anfeindungen und Konfrontationen bis hin zu gewaltsamer Vertreibung. Individuelle Besitztitel in anderen Programmen veranlassen weniger wohlhabende HausbesitzerInnen zum Verkauf, spätestens in der nächsten Einkommenskrise; aufgrund von Informationsdefiziten erzielen sie dabei oft viel weniger als den Marktpreis.

Der Prozess der Verdrängung durch den Markt verschärft sich naturgemäß durch die Kosten der physischen Sanierung, verbunden mit erhöhter Attraktivität für externe InteressentInnen. Dabei wirkt sich die Regularisierung der Versorgung mit Wasser und Strom erst einmal positiv aus. Vor der Sanierung zahlen die SiedlerInnen hierfür oft sehr hohe Preise und tragen

eine schwere Gesundheitsbelastung durch unsauberes Wasser, schlechte sanitäre Anlagen und nicht existierende Müllbeseitigung. Möglichen Einsparungen steht jedoch in der Regel eine Kostenbeteiligung gegenüber. Am schwersten betroffen sind dabei die MieterInnen, die in den meisten Slums die (ärmere) Mehrheit bilden; die Verbesserung von Sicherheit und Qualität begründet massive Mieterhöhungen, nicht selten um ein Mehrfaches. Der Exodus der Armen vollzieht sich in der Regel unbemerkt von den InitiatorInnen der Projekte, seien es Regierungen oder NGOs. Eine Beschleunigung des langwierigen Prozesses der inkrementellen Verbesserung durch externe Intervention ist sicherlich wünschenswert, und ganz ohne Gentrifizierung ist Sanierung vermutlich nicht zu haben. Die Geschwindigkeit aber, mit der solche Programme bis heute implementiert werden, überfordert einen Großteil der BewohnerInnen und führt zu Verdrängung und Homogenisierung auf Kosten der Armen.

Was ist zukunftsfähige Wohnungspolitik?

Sowohl der (formelle) Markt als auch der Staat haben bei der Versorgung der wachsenden Stadtbevölkerungen mit Wohnraum auf der ganzen Linie versagt, und nichts spricht dafür, dass sich dieser Befund in den kommenden Jahrzehnten ändern wird. Von den Kräften des Marktes eine rationale Nutzung städtischen Landes zu erwarten, hat sich als Fehler erwiesen, von einer gerechten Verteilung ganz zu schweigen. Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen können viel mehr Geld für die Nutzung des begrenzten urbanen Raums bieten als alle BewohnerInnen bis auf die reichsten Gruppen. Auch in den reichen Ländern des Nordens ist das systemische Marktversagen bei der Versorgung mit bezahlbaren Wohnungen evident; hier reagieren die Regierungen mit spezifischen Kombinationen aus Flächennutzungsplänen, Mietpreiskontrolle, Subventionen für Sozialwohnungen und Mietbeihilfen. Angesichts weit krasserer Einkommensungleichheit in den Entwicklungsstädten ist dort staatliche Intervention von noch entscheidenderer Bedeutung, aber sie muss viel durchdachter sein als die gängigen Mischungen aus fahrlässiger Toleranz, brutaler Zwangsräumung, marktfundamentalistischer Privatisierung und populistischer Verteilung von Besitztiteln. Angesichts begrenzter Ressourcen und Kapazitäten sollten Regierungen die Rolle von Wohnungsversorgern ganz aufgeben und die Richtung eines wirklich „befähigenden“ Ansatzes einschlagen (UN-Habitat 2005). Dies bedeutet zuerst und vor allem die Anerkennung der inkrementellen Entwicklung als einziges praktikables Prinzip der Produktion bezahlbaren Wohnraums. Slums mit Hütten, Plumpsklos, Brunnen und ungepflasterten Wegen sind

keine Symbole des städtischen Scheiterns, sondern vielmehr erste Schritte in Richtung Erfolg. Im Idealfall würden die Regierungen von den informellen Märkten lernen und das zu Unrecht diskreditierte Prinzip des staatlich gesteuerten Selbsthilfe-Wohnungsbaus wiederentdecken. Das Scheitern des S&S-Ansatzes war ja nach der hier vertretenen Argumentation keineswegs zwangsläufig, sondern dem Festhalten an überhöhten Marktpreisen für Bauland geschuldet. Eine innovative Politik entlang des Modells Khuda-ki-Basti (s. Fußnote 6) würde Land in geeigneten Lagen zu einem Bruchteil des Marktpreises akquirieren, die Versorgung mit Infrastruktur auf ein absolutes Minimum reduzieren, alle qualitätsrelevanten Vorschriften aussetzen und die Grundstücke mit Hilfe der Zivilgesellschaft unter bedürftigen MigrantInnen, MieterInnen und UmsiedlerInnen verteilen. Alle Ansprüche auf Land sollten an die tatsächliche Nutzung gebunden und brachliegendes Spekulationsland nach einer Warnfrist enteignet werden. Die vielbeschworene Landknappheit ist lediglich ein ideologisches Konstrukt, da der Bedarf recht begrenzt ist. In den meisten Entwicklungsstädten drängt sich die Hälfte der Bevölkerung auf 5-10 % der Landfläche, während Regierungen und Konzerne ihre riesigen Grundstücke eher extensiv nutzen; selbst eine Verdopplung der Fläche für Massenwohnungen würde niemanden zu unzumutbaren Opfern zwingen.

Angesichts des politischen Einflusses, den sowohl GrundbesitzerInnen als auch illegale EntwicklerInnen in den meisten Ländern haben, ist jedoch eine umfassende städtische Landreform keine sehr realistische Perspektive. Nur wenige Regierungen gewähren den Armen freiwillig den Zugang zu wertvollem privaten oder öffentlichen Grund und Boden. Erst nachdem jene es durch eigene Initiative und unter Verletzung der Gesetze und Vorschriften besetzt haben, gibt es Spielraum für Verhandlungen und Kompromisse. Wie ernüchternd diese Erkenntnis für StadtplanerInnen auch sein mag: Auch institutionelle Reformen und befähigende Strategien können die informellen Märkte nicht ersetzen, sondern sind fundamental abhängig von deren Funktion.

Eine Behebung der systemischen Mängel des informellen Wohnungsbaus bleibt somit die größte Herausforderung. Sanierungspolitik muss mit der Anerkennung der grundlegenden Bedeutung und des enormen wirtschaftlichen und sozialen Werts der bestehenden Wohnungen beginnen, gleichgültig ob sie legal gebaut wurden oder nicht. Dies impliziert eine großangelegte Konsolidierung und Legalisierung von *Squatter*-Siedlungen. Die latente Bedrohung durch Vertreibung und Zerstörung ist nicht nur entscheidender Faktor der Vulnerabilität, sondern wird zu einem Hindernis für Investitionen in Häuser, Infrastruktur und produktive Unternehmen. Vollständige, individuelle und veräußerbare Besitztitel sind jedoch nur in seltenen Fällen

die geeignetste Möglichkeit zur Gewährleistung von Sicherheit. Sie erhöhen die Kosten für die Regierung und/oder die Begünstigten und machen den Verkauf der Immobilie an externe InteressentInnen zu einer attraktiven Option, insbesondere für die Ärmsten. Es besteht daher die Notwendigkeit, die ganze Bandbreite von Lösungen für die Sicherheit der Wohnung, darunter Moratorien für Abbruch, langfristige Mietverträge und Gemeinschaftstitel, zu prüfen und möglicherweise von einer Option zur nächsten fortzuschreiten, während sich die Siedlung konsolidiert (Payne 2005).

Gentrifizierung ist auch bei der physischen Slumsanierung ein kritisches Thema und sollte beim Monitoring und der Evaluation aller Maßnahmen sorgfältig erfasst werden. Die Vertreibung einiger der ärmsten BewohnerInnen ist wohl nicht völlig vermeidbar, aber wenn Verbesserungen nicht maßvoll und über einen längeren Zeitraum gestreckt vorgenommen werden, wird deren Anteil massiv steigen. Inkrementelle Sanierung bedeutet einen Paradigmenwechsel für Regierungen, Spenderorganisationen und NGOs. Diana Mitlin und David Satterthwaite fordern ein „anderes Modell der externen Unterstützung als herkömmliche Projektzyklen, die durch Exit-Strategien abgeschlossen werden. Benötigt werden nicht so sehr spezifische Projekte (beispielsweise Sanierung oder die Installation von Wasserleitungen), sondern die *kontinuierliche Unterstützung* lokaler Initiativen“ (Mitlin & Satterthwaite 2004b: 295; Hervorhebung E.B.). So wie der Wohnungsbau selbst müssen Slumsanierung und Regularisierung als inkrementelle Prozesse ablaufen, die in ihrem Tempo an die Kapazitäten der Bewohner angepasst sind. Politiker und Stadtplaner müssen in Jahrzehnten statt in Monaten denken.

In nicht allzu ferner Zukunft wird rund ein Drittel der Weltbevölkerung in Slums leben, und dies ist nicht einmal eine schlechte Nachricht:

„Alles in allem ist das Wachstum der Slums eine Kraft für das Gute. Es könnte zu einem noch stärkeren Motor der Entwicklung werden, wenn unsere Führer aufhörten, Slums als ein zu beseitigendes Problem zu sehen, und sie stattdessen als Wohnorte einer Bevölkerung zu behandeln, die berechnete Ansprüche auf Sicherheit, asphaltierte Straßen, Wasser- und Abwasserleitungen, Schulen und Kliniken hat.“ (Kenny 2012: 30)

Viele dieser Slums werden Orte von Elend, Verzweiflung und Gewalt bleiben; andere werden Orte der Hoffnung sein, in denen die BewohnerInnen ihre Situation schrittweise verbessern und die unvermeidlichen Krisen überwinden; und die meisten werden sicherlich beides sein. Der Anteil der Menschen in beiden Kategorien hängt entscheidend von der Bereitschaft und Kompetenz der Regierungen ab, eine aktive, innovative und notwendigerweise redistributive Wohnungspolitik zu betreiben. Bisher gibt es weltweit nicht

allzu viele Gründe zum Optimismus bezüglich einer nachhaltigen Lösung der „Wohnungsfrage“; Engels' Analyse bleibt auch nach 140 Jahren von beklemmender Aktualität.

Literatur

- Aldrich, Brian C., & Ravinder Sandhu (1995) (Hg.): *Housing the Urban Poor: Policy and Practice in Developing Countries*. London
- Aldrich, Brian C., & Ravinder Sandhu (1995a): „The Global Context of Housing Poverty“. In: Aldrich & Sandhu 1995, S. 17-33.
- Amis, Philip (1984): „Squatters or Tenants. The Commercialization of Unauthorized Housing in Nairobi“. In: *World Development*, Bd. 12, Nr. 1, S. 87-96, [http://dx.doi.org/10.1016/0305-750x\(84\)90037-8](http://dx.doi.org/10.1016/0305-750x(84)90037-8).
- Annan, Kofi (2001): „Foreword“. In: United Nations Centre for Human Settlements – UNCHS: *Cities in a Globalizing World: Global Report on Human Settlements 2001*. London, S. v, <http://dx.doi.org/10.1080/13604813.2011.609002>
- Arabindoo, Pushpa (2011): „Rhetoric of the Slum: Rethinking Urban Poverty“. In: *City*, Bd. 15, Nr. 6, S. 636-646., <http://dx.doi.org/10.1080/13604813.2011.609002>
- Baken, Robert-Jan, & Jan van der Linden (1992): *Land Delivery for Low Income Groups in Third World Cities*. Aldershot.
- Baken, Robert-Jan, & Jan van der Linden (1993): „‘Getting the Incentives Right’: Banking on the Formal Private Sector“. In: *Third World Planning Review*, Bd. 15, Nr. 1, S. 1-22, <http://dx.doi.org/10.3828/twpr.15.1.qu1m24808613735r>
- Baross, Pal (1990): „Sequencing Land Development. The Price Implications of Legal and Illegal Settlement Growth“. In: Baross, Pal, & Jan van der Linden (Hg.): *The Transformation of Land Supply Systems in Third World Cities*. Aldershot, S. 57-82.
- Benjamin, Solomon (2000): „Governance, Economic Settings and Poverty in Bangalore“. In: *Environment and Urbanization*, Bd. 12, Nr. 1, S. 35-56, <http://dx.doi.org/10.1177/095624780001200104>.
- Berner, Erhard (1997a): *Defending a Place in the City. Localities and the Struggle for Urban Land in Metro Manila*. Quezon City.
- Berner, Erhard (1997b): „Opportunities and Insecurities. Globalisation, Localities and the Struggle for Urban Land in Manila“. In: *European Journal of Development Research*, Bd. 9, Nr. 1, S. 167-182, <http://dx.doi.org/10.1080/09578819708426682>.
- Berner, Erhard (1997c): „Armutsbekämpfung und die Bekämpfung der Ärmsten: Landtransfer-Programme in philippinischen Städten“. In: Internationales Asienforum, Bd. 28, Nr. 2-3, S. 211-228.
- Berner, Erhard (2001a): „Global Citadels and Ghettos. The Dynamics of Inclusion and Exclusion in Metro Cebu“. In: *Philippine Quarterly of Culture and Society*, Bd. 29, Nr. 2, S. 211-225.
- Berner, Erhard (2001b): „Learning from Informal Markets. Innovative Approaches to Land and Housing Provision“. In: *Development in Practice*, Bd. 11, Nr. 2-3, S. 292-307, <http://dx.doi.org/10.1080/09614520120056423>
- Berner, Erhard; Georgina Gomez & Peter Knorrinda (2011): „‘Ein bisschen weniger arm’: Die Logik der Subsistenzunternehmer“. In: *PERIPHERIE*, Nr. 121, S. 7-26.
- Boyle, Tom Coraghessan (1995): *The Tortilla Curtain*. New York, NY.
- Brown, Alison, & Anneli Kristiansen (2009): *Urban Policies and the Right to the City. Rights, Responsibilities and Citizenship*. Genf & New York, NY.

- Buckley, Robert M., & Jerry Kalarickal (2005): „Housing Policy in Developing Countries. Conjectures and Refutations“. In: *World Bank Research Observer*, Bd. 20, Nr. 2, S. 233-257, <http://dx.doi.org/10.1093/wbro/lki007>.
- Castells, Manuel (1991): *The Informational City. Information Technology, Economic Restructuring, and the Urban-regional Process*. Oxford & Cambridge.
- Davis, Mike (2006): *Planet of Slums*. London & New York, NY.
- Davy, Benjamin, & Sony Pellissery (2013): „The Citizenship Promise (Un)Fulfilled. The Right to Housing in Informal Settings“. In: *International Journal of Social Welfare*, Bd. 22, Nr. 1, S. 68-84, <http://dx.doi.org/10.1111/ijsw.12033>
- Durand-Lasserve, Alain, & Lauren Royston (2002): „International Trends and Country Contexts. From Tenure Regularization to Tenure Security“. In: Durand-Lasserve, Alain, & Lauren Royston (Hg.): *Holding Their Ground. Secure Land Tenure for the Urban Poor in Developing Countries*. London, S. 1-36.
- The Economist* (2012): „Boomtown Slum“. 22. Dezember, S. 72-76.
- Eggertsson, Thrainn (1996): „Empirical Work in Institutional Economics. An Overview“. In: Alston, Lee J.; Thrainn Eggertsson & Douglass C. North (Hg.): *Empirical Studies in Institutional Change*. Cambridge, S. 6-24.
- Engels, Friedrich (1962 [1873]): „Zur Wohnungsfrage“. In: Marx, Karl, & Friedrich Engels: *Werke*, Bd. 18. Berlin, S. 209-287, http://www.mlwerke.de/me/me18/me18_209.htm, letzter Aufruf: 15.2.2016.
- Evers, Hans-Dieter (1984): „Urban Landownership, Ethnicity and Class in Southeast Asian Cities“. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, Bd. 8, Nr. 4, S. 481-496, <http://dx.doi.org/10.1111/j.1468-2427.1984.tb00621.x>
- Fekade, Wubalem (2000): „Deficits of Formal Urban Land Management and Informal Responses under Rapid Urban Growth. An International Perspective“. In: *Habitat International*, Bd. 24, Nr. 2, S. 127-150, [http://dx.doi.org/10.1016/S0197-3975\(99\)00034-X](http://dx.doi.org/10.1016/S0197-3975(99)00034-X).
- Forrest, Ray (2013): „Reflections“. In: Chen, Jie; Mark Stephens & Yanyun Man (Hg.): *The Future of Public Housing: Ongoing Trends in the East and the West*. Heidelberg, S. 303-310, http://dx.doi.org/10.1007/978-3-642-41622-4_17.
- Friedmann, John (1986): „The World City Hypothesis“. In: *Development and Change*, Bd. 17, Nr. 1, S. 69-84, <http://dx.doi.org/10.1111/j.1467-7660.1986.tb00231.x>.
- Friedmann, John (2007): „The Wealth of Cities. Towards an Assets-based Development of Newly Urbanizing Regions“. In: *Development and Change*, Bd. 38, Nr. 6, S. 987-998, <http://dx.doi.org/10.1111/j.1467-7660.2007.00461.x>.
- Gilbert, Alan (2002): „On the Mystery of Capital and the Myths of Hernando de Soto“. In: *International Development Planning Review*, Bd. 24, Nr. 1, S. 1-19, <http://dx.doi.org/10.3828/idpr.24.1.1>.
- Gruffydd Jones, Branwen (2012): „‘Bankable Slums’. The Global Politics of Slum Upgrading“. In: *Third World Quarterly*, Bd. 33, Nr. 5, S. 769-789, <http://dx.doi.org/10.1080/01436597.2012.679027>.
- Hamnett, Chris (1994): „Social Polarization in Global Cities. Theory and Evidence“. In: *Urban Studies*, Nr. 31, Bd. 3, S. 401-424, <http://dx.doi.org/10.1080/00420989420080401>.
- Hardoy, Jorge E., & David Satterthwaite (1989): *Squatter Citizen. Life in the Urban Third World*. London.
- Harris, Richard (1998): „A Crank’s Fate and the Feting of a Visionary. Reflections on the History of Aided Self-help Housing“. In: *Third World Planning Review*, Bd. 20, Nr. 2, S. iii-viii, <http://dx.doi.org/10.3828/twpr.20.3.y503khw68lr62v70>.
- Helmsing, Bert A.H.J. (2004): „Local Governance Hybrids. Enabling Policies and Citizen Approaches to Poverty Reduction“. In: Spoor, Max (Hg.): *Globalisation, Poverty And Conflict. A Critical „Development“ Reader*. Dordrecht, S. 177-198.

- Huchzermeyer, Marie (2011): *Cities with 'Slums'. From Informal Settlement Eradication to a Right to the City in Africa*. Claremont, CA.
- Jones, Gareth A. (1996): „The Difference between Truth and Adequacy. (Re)Joining Baken, van der Linden and Malpezzi“. In: *Third World Planning Review*, Bd. 18, Nr. 2, S. 243-256, <http://dx.doi.org/10.3828/twpr.18.2.w237177g148g65tw>.
- Kenny, Charles (2012): „In Praise of Slums“. In: *Foreign Policy*, Nr. 195, S. 29-30.
- Lee, Yok-Shiu F. (1998): „Intermediary Institutions, Community Organizations and Urban Environmental Management. The Case of three Bangkok Slums“. In: *World Development*, Bd. 26, Nr. 6, S. 993-1011, [http://dx.doi.org/10.1016/s0305-750x\(98\)00034-5](http://dx.doi.org/10.1016/s0305-750x(98)00034-5).
- Lefebvre, Henri (1974): *Le droit à la ville suivi de Espace et politique*. Paris.
- Marcuse, Peter (1997): „The Enclave, the Citadel, and the Ghetto. What has Changed in the Post-Fordist U.S. City“. In: *Urban Affairs Review*, Bd. 33, Nr. 2, S. 228-264, <http://dx.doi.org/10.1177/107808749703300206>.
- Marx, Karl, & Friedrich Engels (1959 [1848]): „Manifest der Kommunistischen Partei“. In: Marx, Karl, & Friedrich Engels: *Werke*, Bd. 4. Berlin, S. 459-493, http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_459.htm, letzter Aufruf: 15.2.2016.
- Mehta, Suketu (2004): *Maximum City. Bombay Lost and Found*. Neu-Delhi.
- Mitlin, Diana, & David Satterthwaite (2004) (Hg.): *Empowering Squatter Citizen. Local Government, Civil Society and Urban Poverty Reduction*. London.
- Mitlin, Diana, & David Satterthwaite (2004a): „Addressing Deprivations in Urban Areas“. In: Mitlin & Satterthwaite 2004, S. 245-277.
- Mitlin, Diana, & David Satterthwaite (2004b): „The Role of Local and Extra-local Organizations“. In: Mitlin & Satterthwaite 2004, S. 278-306.
- Moser, Caroline O.N. (1998): „The Asset Vulnerability Framework. Reassessing Urban Poverty Reduction Strategies“. In: *World Development*, Bd. 26, Nr. 1, S. 1-19, [http://dx.doi.org/10.1016/s0305-750x\(97\)10015-8](http://dx.doi.org/10.1016/s0305-750x(97)10015-8).
- Murphy, Denis (1993): *The Urban Poor. Land and Housing*. Bangkok.
- Neuwirth, Robert (2005): *Shadow Cities. A Billion Squatters, a New Urban World*. London.
- Payne, Geoffrey (1989): *Informal Housing and Subdivisions in Third World Cities. A Review of the Literature*. Oxford.
- Payne, Geoffrey (2004): „Land Tenure and Property Rights. An Introduction“. In: *Habitat International*, Bd. 28, Nr. 2, S. 167-179, [http://dx.doi.org/10.1016/S0197-3975\(03\)00066-3](http://dx.doi.org/10.1016/S0197-3975(03)00066-3).
- Payne, Geoffrey (2005): „Getting Ahead of the Game. A Twin-track Approach to Improving Existing Slums and Reducing the Need for Future Slums“. In: *Environment & Urbanization*, Bd. 17, Nr. 1, S. 135-145.
- Pugh, Cedric (1995): „The Role of the World Bank in Housing“. In: Aldrich & Sandhu 1995, S. 34-92.
- Pugh, Cedric (1997): „The Changing Roles of Self-help in Housing and Urban Policies, 1950-1996“. In: *Third World Planning Review*, Bd. 19, Nr. 1, S. 91-109, <http://dx.doi.org/10.3828/twpr.19.1.6853555251w7183>.
- Rakodi, Carole (1995): „Rental Tenure in the Cities of Developing Countries“. In: *Urban Studies*, Bd. 32, Nr. 4-5, S. 791-811, <http://dx.doi.org/10.1080/00420989550012898>.
- Rakodi, Carole (1997): „Residential Property Markets in African Cities“. In: Rakodi, Carole (Hg.): *The Urban Challenge in Africa. Growth and Management of its Large Cities*. Tokyo, S. 371-410.
- Sassen, Saskia (1991): *The Global City. New York, London, Tokyo*. New York, NY.
- Sassen, Saskia (1994): *Cities in a World Economy*. Thousand Oaks, CA.
- Sengupta, Somini (2008): „Inside Gate, India's Good Life; Outside, the Servants' Slums“. In: *New York Times*, 9. Juni.

- Siddiqui, Tasneem A., & M. Azhar Khan (1994): „The Incremental Development Scheme“. In: *Third World Planning Review*, Bd. 16, Nr. 3, S. 277-291, <http://dx.doi.org/10.3828/twpr.16.3.156331422q67067q>.
- Soto, Hernando de (2000): *The Mystery of Capital. Why Capitalism Triumphs in the West and Fails Everywhere Else*. New York, NY.
- Turner, John F.C. (1968): „The Squatter Settlement. An Architecture that Works“. In: *Architectural Design*, Bd. 38, Nr. 4, S. 357-360.
- Turner, John F.C. (1976): *Housing by People. Towards Autonomy in Building Environments*. London.
- UNCHS – United Nations Centre for Human Settlements (1996): *An Urbanizing World. Global Report on Human Settlements 1996*. Oxford.
- UN-Habitat – United Nations Human Settlements Programme (2003): *The Challenge of Slums. Global Report on Human Settlements 2003*. London.
- UN-Habitat – United Nations Human Settlements Programme (2005): *Enabling Shelter Strategies. Review of Experience from Two Decades of Implementation*. New York, NY.
- van der Linden, Jan (1986): *The Sites and Services Approach Reviewed*. Aldershot.
- van der Linden, Jan (1994): „Editorial. Where do we go from here?“ In: *Third World Planning Review*, Bd. 16, Nr. 3, S. 223-229, <http://dx.doi.org/10.3828/twpr.16.3.2680u3780294885k>.
- van der Linden, Jan (1997): „On Popular Participation in a Culture of Patronage. Patrons and Grassroots Organizations in a Sites and Services Project in Hyderabad, Pakistan“. In: *Environment and Urbanization*, Bd. 9, Nr. 1, S. 81-90, <http://dx.doi.org/10.1177/095624789700900108>.
- Weber, Max (1956 [1921]): *Wirtschaft und Gesellschaft*, Band 2. Tübingen.
- Werlin, Herbert (1999): „The Slum Upgrading Myth“. In: *Urban Studies*, Bd. 36, Nr. 9, S. 1523-1534, <http://dx.doi.org/10.1080/0042098992908>.
- Wood, Geof (2003): „Staying Secure, Staying Poor. The ‘Faustian Bargain’“. In: *World Development*, Bd. 31, Nr. 3, S. 455-471, [http://dx.doi.org/10.1016/s0305-750x\(02\)00213-9](http://dx.doi.org/10.1016/s0305-750x(02)00213-9).
- Weltbank (1989): *Malaysia. The Housing Sector, Getting the Incentives Right*. Washington DC.
- Weltbank (1992): *Housing. Enabling Markets to Work*. Washington DC.
- Zanetta, Cecilia (2001): „The Evolution of the World Bank’s Urban Lending in Latin America: From Sites and Services to Municipal Reform and Beyond“. In: *Habitat International*, Bd. 25, Nr. 4, S. 513-533, [http://dx.doi.org/10.1016/S0197-3975\(01\)00022-4](http://dx.doi.org/10.1016/S0197-3975(01)00022-4).

Anschrift des Autor:

Erhard Berner

berner@iss.nl

Paul Schweizer, Paula Larruscahim, & Fabio Vieira

Pixação – Differenz, Säuberungspolitiken und Widerstand in „Global City“ São Paulo

Keywords: resistant everyday practice, *pixação*, São Paulo, post-colonial urban studies, visual intervention in public space, graffiti

Schlagwörter: widerständige Alltagspraxis, *Pixação*, São Paulo, postkoloniale Stadtforschung, visuelle Intervention im öffentlichen Raum, Graffiti

„Die Praktiken des Widerstands sind vielfältig und sie bilden sich entsprechend der bestehenden Konflikte heraus. Sie können im simplen Akt der Transgression von Gesetzen und Normen bestehen, bis hin zur Beteiligung in weitreichenderen Organisationen“ (Ribeiro 2015: 184).¹

In den letzten Jahren wird Brasilien weithin als Schwellenland oder „emerging economy“ diskutiert. São Paulo erscheint in diesem Entwicklungsnarrativ als moderne Wirtschaftsmetropole, der eine Vorreiterrolle für die Entwicklung des Landes zukommt. Stadtpolitiken, die sich in den letzten Jahrzehnten an euro-amerikanischen Weltstadtmodellen orientiert haben, zielen darauf ab, São Paulos Rolle als Steuerzentrum der globalen Ökonomie zu festigen. Elemente, die nicht ins Bild dieser modernen, weißen „global city“ São Paulos passen, werden dabei immer weiter in die Unsichtbarkeit gedrängt.

In eben diesem Kontext entstand in den 1980er Jahren das Phänomen des „*Pixação*“ (von „*pichação*“, portugiesisch etwa „Schmiererei“, „Kritzelei“). Mit erstaunlicher Konsequenz gelingt es den „*Pixadores*“ (Personen, die *Pixação* praktizieren) seit Jahrzehnten, sich allen Säuberungspolitiken zu widersetzen und die Fassaden gerade der repräsentativen Hochhäuser in den zentrumsnahen Stadtteilen mit ihren in schwarzer, verschlungener Typographie angebrachten Signaturen zu „bekritzeln“. Mainstream-Medien und Politiker_innen kategorisieren *Pixação* als „Dreck“, „visuelle Verschmutzung“, „Gefahr“ und erklären die Bekämpfung „der Plage“ zu einem politischen Ziel größter Wichtigkeit. Immer wieder heben sie *Pixação* auf den Rang der wichtigsten zu bekämpfenden Probleme: „[...] es gibt heute drei große Probleme in São Paulo: *pichação*, herumliegender Müll und Kabeldiebstähle.“

1 Übersetzungen aus dem Portugiesischen und dem Englischen im Folgenden durch die Autor_innen, falls nicht anders gekennzeichnet.

Abb. 1: Auf den Dächern São Paulos



Quelle: Alle Abbildungen von Fabio Vieira, soweit nicht anders gekennzeichnet

(Folha de São Paulo, 3.10.2004). Kommentator_innen werden es nicht müde, Öl ins Feuer zu gießen und harte Maßnahmen zu fordern: „Pichação und die *Pixadores* sind zu einer sozialen Epidemie geworden und als solche sollten sie auch behandelt werden.“ (Correio Popular, 16.3.2003).

Für viele Jugendliche aus den peripheren Stadtteilen der brasilianischen Metropole ist „das Pixo“, wie *Pixação* in der Szene oft genannt wird, ein Weg, sich zu amüsieren, die Stadt zu erleben und zu leben; auch jene Stadtteile die ihnen sonst unzugänglich bleiben, sei es durch physische Distanz kombiniert mit hohen Preisen des öffentlichen Nahverkehrs, sei es durch soziale Schranken, die sich in mit Stromzäunen bestückten Mauern, Sicherheitsdiensten und gewalttätigen Polizeipraktiken manifestieren. Und nicht zuletzt ist *Pixação* ein Weg, der eigenen Existenz und Aktivität Sichtbarkeit zu verleihen, auch dort wo diese gemeinhin verwehrt wird. In diesem Sinne diskutieren wir *Pixação* im vorliegenden Aufsatz als widerständige Alltagspraxis, die nicht zwangsläufig explizit politische Inhalte transportiert, aber im sozialen Kontext, in den sie eingebettet ist, als konkret widerständig und politisch gewertet werden kann.

Darüber hinaus organisieren sich *Pixadores* seit einigen Jahren zunehmend, um bestimmte Forderungen effektiver artikulieren zu können. Diese Aktionen, in denen abweichend von der sonst üblichen Praxis keine

Namen, sondern explizit politische Inhalte an für die jeweilige Thematik symbolträchtigen Orten gesprüht werden, befassen sich mit Themen wie Polizeigewalt und sind insbesondere seit der landesweiten Protestwelle im Juni 2013 zunehmend mit sozialen Bewegungen und aktuellen politischen Kämpfen vernetzt.

Jüngst greifen europäische Akteur_innen aus dem Bereich Graffiti Techniken des *Pixação* auf. Politische Forderungen aus São Paulo tauchen auf den Wänden europäischer Städte auf. In diesem Sinne ist die von Theoretiker_innen der postkolonialen Stadtforschung beklagte Unfähigkeit, einen multidirektionalen Wissensaustausch zwischen globalem Norden und Süden zu etablieren, in der Praxis visueller Interventionen im öffentlichen Raum bereits überwunden.

Wir stützen unsere Argumentation auf Forschungen, die wir unabhängig voneinander aus den disziplinären Hintergründen der kritischen Kriminologie bzw. kritischen Stadtforschung seit 2013 in São Paulo durchführten: auf ethnographische Feldforschung mit *Pixadores* (2013 bis 2014), auf Interviews mit Vertreter_innen städtischer Institutionen (Februar bis März 2015) sowie auf Erfahrungen aus mit Jugendlichen in den Peripherien der Metropole durchgeführten Bemalungsprojekten.

Abb. 2: Das Zentrum São Paulos: Apartmentblocks, Verwaltungsgebäude, Kolonialgeschichte und Pixação



Es kann uns in diesem kurzen Text nicht darum gehen, zu definieren, was *Pixo* ist oder wie „es“ funktioniert. Die unter der Bezeichnung „*Pixação*“ zusammengefassten Praktiken, ihre Akteur_innen, sozialen Hintergründe, Motivationen, usw. sind zu komplex und heterogen, um alleingültige Darstellungen und Interpretationen gelten zu lassen.

São Paulo – Wirtschaftsmetropole, Weltstadt, *global city*

Brasiliens wirtschaftliche und politische Entwicklung wurde zuletzt viel beschrieben – „vom Schuldenstaat zu einer der weltweit am schnellsten wachsenden Wirtschaften“ (Rohter 2012); „Demokratie und Wirtschaft von der Pleite zum Boom“ (Montero 2014: 20ff). In diesem Diskurs wird São Paulo als „Brasiliens Kraftwerk“ (Yang & Anaya 2014: 12) oder als „Business-, Finanz- und Kulturhauptstadt“ (Reid, 2014: 14) hervorgehoben und als Beweis und Symbol für Brasiliens Modernität und Entwickeltheit angeführt. Während Städte wie Rio de Janeiro oder Salvador da Bahia als „tropische“, „exotische“ Metropolen der afro-brasilianischen Kultur, des Karnevals und der Favelas präsentiert werden, gilt São Paulo als Wirtschaftsmetropole, in der sich „alles ums Geschäft dreht“, nicht um gute Laune und exotische Partys (Reid 2014: 14).

Im Gegensatz zum Entwicklungs- oder Schwellen-Narrativ, ist der Alltag vieler *Paulistanos* (Bewohner_innen der Metropolregion São Paulo) eher durch vielfältige Exklusion als durch Zugänge und Schwellen gekennzeichnet, so dass man São Paulo begründeter Weise als „Stadt der Wände“ (Caldeira 2000) bezeichnen kann. Ökonomische Ungleichheiten, die sich stark in der Stadtstruktur widerspiegeln, bilden die Grundlage nicht nur für materielle Armut, sondern auch für den Ausschluss vieler Bevölkerungsgruppen aus dem formellen kulturellen Leben, von Bildungsangeboten und politischen Entscheidungsprozessen. Die Stadtteile und geschlossenen Apartmentkomplexe der Mittel- und Oberschicht, die vor allem südlich und westlich an das Zentrum angrenzen, sind durch Mauern, Elektrozäune und Schranken von den „Quebradas“, den peripheren Stadtteilen der ärmeren Bevölkerung, getrennt. Während sich in Rio de Janeiro auch im Zentrum und den reichen Stadtteilen der Südzone meist eine „Comunidade“² in unmittelbarer Nähe befindet, ist São Paulos Stadtstruktur konzentrisch. Armut wird in die weit entfernte Peripherie verdrängt, so dass die entsprechenden Bevölkerungsgruppen durch stundenlange Fahrten und hohe Preise des

2 Um den mit negativen Stigmata belegten Begriff „Favela“ zu umgehen, wird von deren Bewohner_innen oft der Begriff „Comunidade“ – „Gemeinschaft“ – verwendet, der sich auf Ideale gemeinsamer Identität und des solidarischen Zusammenlebens in den „Favelas“ bezieht.

öffentlichen Nahverkehrs zusätzlich benachteiligt werden. Die paulistansche kritische Stadtforschung bedient sich Henri Lefebvres Terminologie und spricht von der „Verallgemeinerung der sozialräumlichen Segregation“ (Ribeiro 2015: 175; vgl. auch Corrêa u.a. 2013)³.

Stadtforscher_innen, Planer_innen und Politiker_innen haben lange nach dem passenden Konzept gesucht, um São Paulos „herausragender Rolle“ und „Modernität“ gerecht zu werden. In den letzten zwei Jahrzehnten wurden zunehmend Weltstadt- oder *global-city*-Zuschreibungen⁴ angestrengt. Erst kürzlich untersucht Rosangela Silva Sousa (2015) wie diese theoretischen Modelle, die auf Grundlage von Erfahrungen im globalen Norden entwickelt wurden, für das Verständnis der urbanen Realität São Paulos genutzt werden können. Neben der Verwendung dieser Begriffe als Analysewerkzeuge, funktionieren sie auch als „strategische Paradigmen“. Im globalen Norden entwickelte Weltstadt- oder *global-city*-Modelle werden damit zu Leitbildern für Stadtpolitiken, deren vorrangiges Ziel es ist, São Paulos Position in der Weltwirtschaft zu konsolidieren (Sousa 2008: 197)⁵. Studien wie der von der Weltbank finanzierte Bericht „Rio – São Paulo, cidades mundiais“ (Lima & Rezende 1999) erklären die Festigung des Weltstadt-Status São Paulos zur obersten Leitlinie für die Politik. Die Erfüllung der von diesen Modellen nahegelegten Kriterien und „westlichen Weltstadt-Standards“ (Robinson 2002: 532) wird hier als einziger Ausweg aus der „Unterentwicklung“ präsentiert (vgl. Ablas 2003; Ferreira 2000).

Autor_innen wie Jenny Robinson (2005), Ananya Roy und Aihwa Ong (2011), u.a. haben dargelegt, wie sich standardisierte, im euro-amerikanischen Kontext entwickelte Konzepte als ungeeignet erweisen, die multiplen urbanen Realitäten des 21. Jahrhunderts zu analysieren und zu regulieren, und fordern eine Theoretisierung, die auch auf Erfahrungen der Metropolen des globalen Südens aufbaut. João Sette Whitaker Ferreira (2003: 11ff) und Mariana Fix (2007; 2001) zeigen, dass unter dem *global-city*-Modell vorangetriebene „Revitalisierungspolitiken“ in São Paulo ökonomische Ungleichheit und soziale Exklusion weiter verstärken. Darum bemüht, São Paulo als, nach westlichen Standards, moderne Wirtschaftsmetropole zu präsentieren, strengen sich Stadterneuerungs-, (Re-)Vitalisierungs- und

3 Im brasilianischen Original „generalização da segregação socioespacial“. Lefebvre spricht von „ségrégation généralisée“ (Lefebvre 2009:106; 1970:186). In der deutschen Übersetzung von „La révolution urbaine“ wird dagegen der Begriff „allgemeine Absonderung“ (Lefebvre 2003:150) verwendet.

4 Trotz der Differenzen der „global city“ (vgl. Sassen 2001) und „world city“ Konzepte (vgl. Taylor 2004) werden diese im hier zu untersuchenden Fall São Paulos oft synonym verwendet.

5 Für eine empirische Studie zum „Global City Projekt“ in Städten des globalen Südens, vgl. z.B. Boris Michels Arbeit in der philippinischen Hauptstadt Manila (Michel 2010).

Abb. 3: Alltag im Zentrum São Paulos



Sanierungspolitiken an, alles, was nicht in dieses Bild passt, aus den repräsentativen Orten im Stadtzentrum zu vertreiben und letztlich jeder Sichtbarkeit zu berauben. Im Folgenden werden einige Maßnahmen beschrieben, die in den letzten Jahren angewandt wurden, um den öffentlichen Raum der repräsentativen Stadtteile São Paulos zu regulieren. Eingebettet in Diskurse der „Sauberkeit“ und „Säuberung“ bilden diese den Kontext, in dem sich die Praxis des *Pixação* entwickelt.

Politiken der Revitalisierung, Politiken der Säuberung

Das Zentrum São Paulos war lange Zeit Ort des Aufeinandertreffens von verschiedenen, differenten São Paulos⁶. Einerseits befindet sich dort nach wie vor ein großer Teil der Verwaltungsgebäude und Büroflächen sowie die architektonischen und städtebaulichen Symbole des wirtschaftlichen Aufstiegs und der „Modernisierung“ São Paulos – der Luz-Bahnhof (1901), das Teatro Municipal (1911), der Círculo Itália (1965) und Oscar Niemeyers Copan-Gebäude (1966). Andererseits sind im Zentrum auch viele Elemente „anderer“, vermeintlich „unterentwickelter“ Seiten São Paulos sichtbar, nicht zuletzt durch die mehr als 3.000 wohnungslosen Menschen repräsentiert, die jede Nacht auf den Straßen des Zentrums schlafen (Fórum Centro Vivo 2006: 123), und durch das berüchtigte Crackolândia – die Straßenzüge nahe des Luz-Bahnhofs, in denen die offene Drogenszene sehr präsent ist und die vielfach „als eines der größten Probleme des Zentrums“ (Raupp & Adorno 2011: 2615) bezeichnet werden.

In den letzten Jahren wurden, verpackt in Rhetoriken der „Regenerierung“ und „Revitalisierung“ (Souza 2013), eine Reihe von extrem repressiven Maßnahmen durchgeführt, die im Wesentlichen die Vertreibung unerwünschter Bevölkerungsgruppen zum Ziel hatten. Das *Fórum Centro Vivo* (2006: 12) spricht von einer „regelrechten Hygienisierung und sozialen Säuberung“. Unter dem Namen „Operação Limpa“ („Operation Sauber“) erhöhte die Polizei den Druck auf Wohnungslose, informelle Straßenhändler_innen und Abfallsammler_innen. Die extrem gewaltsamen Maßnahmen konnten allerdings nicht verhindern, dass diese sich einige Blocks weiter wieder ansiedelten. Jüngere Säuberungspolitiken, wie die „Operação Integrada

6 Schon im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert führte die Stadtverwaltungen Hygienisierungspolitiken im Zentrum aus, um die Symbolkraft desselben als Beweis für die Modernität São Paulos zu sichern. Inspiriert von Haussmann'schen Politiken, die einige Jahrzehnte früher in europäischen Metropolen angewandt worden waren (vgl. Harvey 2003), bedienten sich diese Politiken hygienistischer Diskurse, um die „gefährlichen Klassen“ zu kontrollieren (Chalhoub 1996) und die ärmeren Bevölkerungsgruppen, insbesondere jene, die auf der Straße lebten, aus dem Bild des Zentrum verschwinden zu lassen (Sobrinho 2013).

Abb. 4: Hoch oben ...



Centro Legal“ („Integrierte Operation für Recht im Zentrum“) im Jahr 2009 oder die „Operação Sufoco“ („Operation Erstickung“) im Jahr 2012, brachten ähnlich repressive Maßnahmen zur Anwendung (Carta Maior, 11.2.2014).

In Diskurse der Sauberkeit war auch das 2006 verabschiedete „Saubere Stadt“-Gesetz eingebettet, das die Reduktion „visueller Verschmutzung“ (Cidade Limpa o.J.) im öffentlichen Raum São Paulos und „die Teile, aus denen sich die städtische Landschaft zusammensetzt, zu ordnen“⁷ vorsieht. Wie Teresa Caldeira (2012) bemerkt, war das „Saubere Stadt“-Programm insofern erfolgreich, als in seiner Folge ein großer Teil der Werbung im öffentlichen Raum entfernt wurde, nicht aber in der Bekämpfung des im Diskurs um visuelle Verschmutzung wohl größten Feindbildes – *Pixação*.

Pixação

Das Wort „pixação“ stammt von „piche“, portugiesisch für Teer oder Pech. Davon abgeleitet bedeutet „pichação“ im heutigen Sprachgebrauch so viel wie „Kritzelei“, mit einer sehr abwertenden Konnotation. Die Abwandlung der Schreibweise von „pichação“ zu „pixação“, bei unveränderter Aussprache, wird zur Bezeichnung der spezifischen Subkultur des *Pixação* gebraucht, von der im Folgenden die Rede sein wird.⁸ Diese entsteht seit den 1980er Jahren in der Metropolregion São Paulo, und sehr bald auch in anderen brasilianischen Großstädten. Seitdem verbreiten *Pixadores* ihre Signaturen auf allen nur denkbaren Oberflächen im öffentlichen Raum brasilianischer Metropolen, vom Zentrum bis in die Peripherien. Wenn in Europa über *Pixação* gesprochen wird, wird dieses oft als eine brasilianische Form des Graffitis beschrieben. Diese Bezeichnung ist aber nur begrenzt sinnvoll. Auch in Brasilien existieren Formen des Graffiti und Street Art, die vom Graffiti in Nordamerika und Europa inspiriert sind und diesem in vielem ähneln – verwendete Techniken, stilistische Muster und schließlich Adaption durch den Kunstmarkt. Dagegen bleibt *Pixação* in vielerlei Hinsicht einzigartig und tief im spezifischen Kontext brasilianischer Metropolen verwurzelt. Auch im nordamerikanisch-europäischen Graffiti bezeichnet die oft als Ursprung des Graffitis zelebrierte Kategorie des „Tags“ einfarbig angebrachte, stilisierte Schriftzüge. *Pixação* dagegen ist nicht eins von vielen stilistischen Elementen, sondern eine eigene Subkultur, deren Akteur_innen sich in erster

7 Lei Cidade Limpa, Câmara Municipal de São Paulo, Pub. L. No. 14.223/2006 (26.9.2006).

8 Während wir diese orthografische Unterscheidung für sinnvoll halten, um miteinander verwandte und doch unterschiedliche Phänomene präzise zu bezeichnen, sprechen viele Kommentator_innen indifferent von *Pichação* (mit „ch“). Dementsprechend taucht die Schreibweise mit „ch“ in diesem Text gelegentlich in wörtlichen Zitaten auf, auch an Stellen, an denen wir von „Pixação“ (mit „x“) sprechen würden.

Linie dieser Technik widmen und in der sich eigene Unterkategorien herausgebildet haben. Im Gegensatz zum seit den 1960er Jahren aufgekommenen politischen oder humoristischen Parolen-*Pichação* (geschrieben mit „ch“) schreiben *Pixadores* vor allem Namen von Einzelpersonen oder Gruppen. Dabei entwickelten sie eigene stilistische Muster und kontinuierlich neue Techniken, um auch die am schwersten zugänglichen, symbolträchtigsten und meist überwachten Wände der Stadt zu „bekritzeln“⁹. Die verschlungene Typografie, die meist mit schwarzer Streichfarbe angebracht wird, entzieht sich jeder hegemonialen Ästhetik – im Gegensatz zum New-York-Graffiti der 1970er Jahre, welches Elemente aus Popkultur und Werbeindustrie aufgriff und sehr bald auch von Popkultur und Werbeindustrie aufgegriffen wurde.¹⁰

Obwohl *Pixação* inzwischen im öffentlichen Raum aller brasilianischen Großstädte präsent ist, genießt das paulistanische *Pixo* immer noch die größte Sichtbarkeit in den Medien sowie im sozialwissenschaftlichen und im (internationalen) öffentlichen Diskurs. Szeneintern hat inzwischen eine Vernetzung zwischen *Pixadores* verschiedener Städte stattgefunden. In Szenefilmen wie „100 Comédia Brasil“ (Cripta Djan 2006) sind Reisen und Zusammentreffen der *Pixadores* aus verschiedenen Stadtregionen dokumentiert. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit *Pixação* beschränkt sich weitestgehend auf São Paulo und einzelne weitere Großstädte, wie Rio de Janeiro (Coelho de Oliveira 2015; 2009), Belo Horizonte (Pennachin 2011) und Salvador de Bahia (Alencar 2012). In den stark unterschiedlichen Entstehungskontexten entwickelten sich lokal sehr heterogene Ausprägungen des *Pixação*, die sich an die jeweiligen Gegebenheiten der verschiedenen Städte anpassen. So sind die Schriftzüge in Salvador da Bahia oft ausladend und durch geschwungene Linien verlängert, in Rio de Janeiro dagegen meist kompakt und verhältnismäßig klein. São Paulo unterscheidet sich städtebaulich stark von Rio de Janeiro oder Salvador de Bahia, insbesondere durch das Ausmaß der Vertikalisierung. Dementsprechend folgt die Typografie des *Pixação* in São Paulo meist einer geraden Linie in der Horizontalen und versucht möglichst viel Platz einzunehmen. So lässt sie sich auf São Paulos Hochhäusern auch noch in extremer Höhe leserlich anbringen. Besondere Aufmerksamkeit erlangte das paulistanische *Pixo* durch die in São Paulo übliche Praxis, Hochhausfassaden der zentralen, repräsentativen Stadtteile von außen zu erklimmen, meist ohne jegliche Sicherung.

9 Abgeleitet vom Substantiv „Pixação“ wird die Tätigkeit des Anbringens von *Pixação* mit dem Verb „pixar“ bezeichnet.

10 Für eine Diskussion ähnlicher Stilelemente und Strategien in *Graffiti Streetart* und kommerzieller Werbung s. Gretzki 2015.

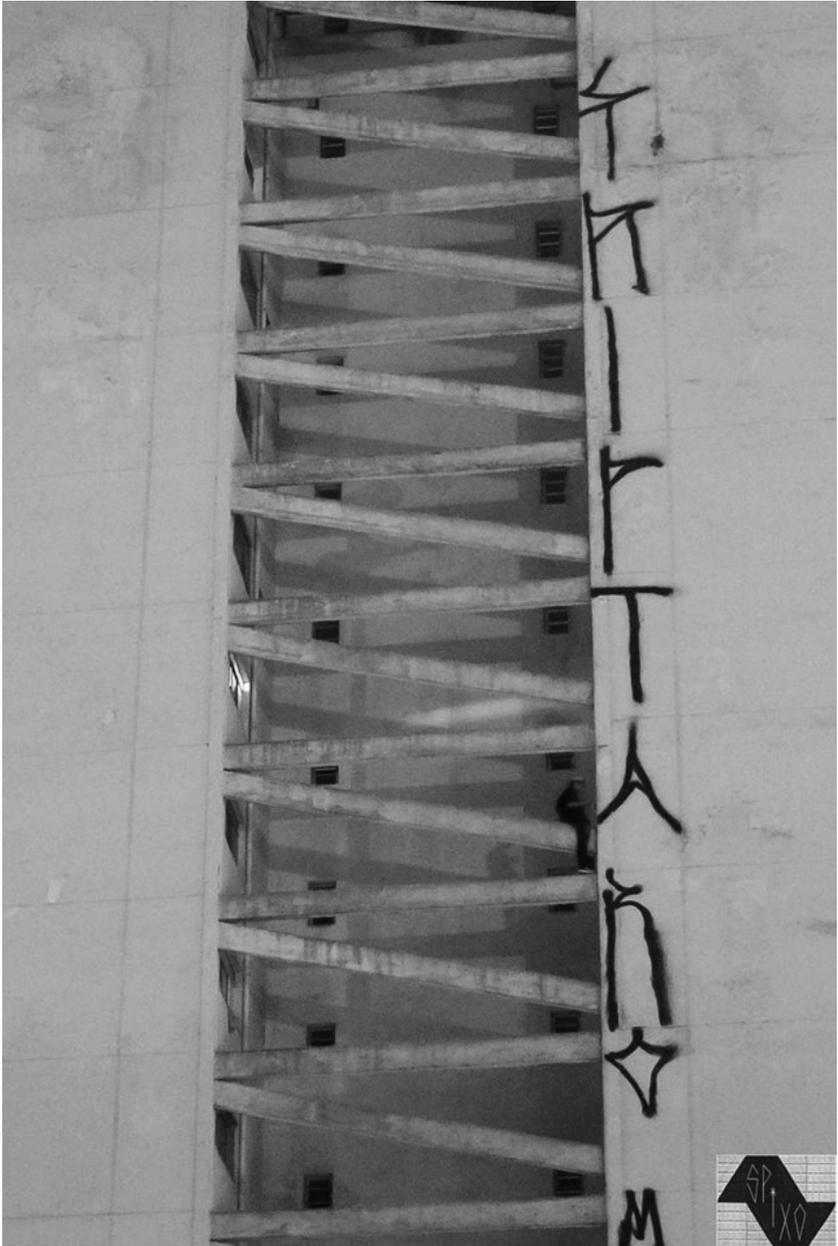
Immer wieder stellen Wissenschaftler_innen und Journalist_innen ambitiöse Vermutungen über die Motivation der *Pixadores* auf. In europäischen Medien erschienen über *Pixação* zuletzt Artikel mit Titeln wie: „Das Alphabet der Wut“ (Fischermann 2015) oder „São Paulos ‘zornige’ Alternative zu Graffiti“ (Siwi 2016). Diesen reißerischen Erzählungen von vom „Hass auf die Stadt“ (ebd.) motivierten benachteiligten Jugendlichen widersprechend erklärt der *Pixador* Dilan¹¹: „Wir lieben die Stadt. Durch *Pixação* amüsieren wir uns köstlich.“ (Telefongespräch, 10.1.2016). Alexandre Barbosa Pereira (2010) betont, dass ein Großteil der praktizierenden *Pixadores* in São Paulo den marginalisierten Klassen angehöre und in den „Quebradas“ in der Peripherie der Metropolregion lebe. Sicher ist, dass viele Jugendliche aus der Peripherie sich stark mit *Pixação* identifizieren. „Graffiti, Kunst – davon hab ich nicht viel Ahnung. Ich werfe mein Pixo!“, erklärt uns ein Jugendlicher in der nördlichen Peripherie während eines Bemalungsprojekts (März 2015). In den 1980er und 1990er Jahren arbeiteten viele *Pixadores* z.B. als „office boys“ (Kuriere) im Zentrum und trafen sich nach der Arbeit an den sogenannten „Points“. Diese Treffpunkte bestehen bis heute und bieten *Pixadores*, selbst jenen aus den abgelegensten Stadtteilen, die Möglichkeit, sich zu treffen, auszutauschen, in „Grifes“ (Vereinigungen von *Pixadores*) zu organisieren und zu gemeinsamen Unternehmungen aufzubrechen. Jeden Donnerstagabend treffen sich hunderte *Pixadores* am zentralen „Point do Centro“ – Informationen werden ausgetauscht, Geschichten erzählt, Blätter bekritzelt, sogenannte „Folhinhas“, und mit anderen *Pixadores* getauscht, es wird diskutiert, gestritten, gefeiert... Andere, kleinere Points finden wöchentlich in abgelegeneren Stadtteilen statt. *Pixadores* verfügen so über ein durch die gemeinsame Praxis vermitteltes Netzwerk sozialer Beziehungen, das die gesamte Metropolregion, einschließlich ihrer Peripherien, abdecken kann.¹² Auch wenn die Identifikation mit der „Quebrada“ (also der Herkunft aus peripheren Stadtteilen) und die Abgrenzung von „den Boys“ (wie Angehörige der Mittel- und Oberklasse abwertend genannt werden) in der Szene sehr präsent sind, bleibt es wichtig, festzustellen, dass *Pixadores* keine auch nur annähernd homogene Gruppe darstellen. Weder sind sie nur männlich, noch ausschließlich jung und arm. Im Gespräch über einen *Oldschool-Pixador*, über den in der Szene gesagt wird er sei „Boy“, sagt uns Wilson, ein *Pixador* aus dem Stadtteil Capão Redondo im armen Südwesten der Metropole:

„Pixação ist ein Instrument in dem alle vereint sind. Reiche, Arme, wohnst du in der Peripherie, wohnst du im Zentrum, das ist es was ich geil daran finde...“

11 Namen von Informant_innen wurden durch die Autor_innen geändert.

12 Für eine detaillierte Beschreibung der *Pixação*-Szene in São Paulo, s. insbesondere Pereiras Arbeiten (z.B. Pereira 2013; 2010).

Abb. 5: ... höher und höher!



Im *Pixação* gibt es keine Ausschlüsse, keinen Rassismus, sie ist für alle!“
(Persönliches Gespräch, 23.3.2015)

***Pixação* in Medien- und juridischem Diskurs**

„Ein Gespenst geht um in Brasilien – das Gespenst des *Pixação*.“

Die Philosophin Márcia Tiburi bedient sich der berühmten Marx-Engels'schen Metapher, um zu unterstreichen, wie sehr *Pixação* den wunden Punkt der brasilianischen bürgerlichen Gesellschaft trifft und Debatten, Hassreden und Forderungen nach harten Maßnahmen auslöst (Tiburi 2011: 40).

Schon 1988 kündigte Bürgermeister Jânio Quadros an, *Pixadores* mit der „härtesten Strenge“ zu bestrafen – bald könnten diese „im Knast schmieren“ (Suplemento do Diário Oficial do Município de São Paulo 1988). 1998 wurden Graffiti und *Pixação* in einem neuen Gesetz für „Verbrechen gegen die Umwelt“¹³ auf Bundesebene als Akte des „Beschmutzens“, „Verunstaltens“ und „gegen die städtische Ordnung und das kulturelle Erbe“ definiert. In einer Änderung des Gesetzes wurde Graffiti, wenn es mit der Absicht, das bemalte Objekt „künstlerisch aufzuwerten“ angebracht wurde, 2011 entkriminalisiert. *Pixação* bleibt ein „Verbrechen gegen die Umwelt“. Aktuell steht eine Gesetzesänderung zur Abstimmung, die nicht nur vorsieht die vorgesehenen Gefängnisstrafen für *Pixadores* zu erhöhen, sondern den „Täter_innen“ auch das Recht auf staatliche Sozialleistungen zu entziehen.

Mit Blick auf die Kriminalisierung von *Pixação* bemerkt Caldeira (2013) aktuelle Säuberungspolitiken in São Paulo seien, nicht wie im späten 19. Jahrhundert auf die Körper der „gefährlichen Klassen“ (Chalhoub 1996), sondern auf die Masse der Zeichen in der Stadt fokussiert. Dem ist nur teilweise zuzustimmen. Denn wie oben gezeigt, sehen jüngste Politiken wie „Operação Limpa“ vor, bestimmte Gruppen aus dem öffentlichen Raum der zentralen Stadtteile zu entfernen. Am Beispiel *Pixação* und dem „Saubere Stadt“-Programm kann man zeigen, dass die Kontrolle der Zeichen (Caldeira 2013, vgl. Baudrillard 1978) ein wichtiges Bestreben aktueller Politiken ist. Doch auch im Falle des *Pixo* wird die Kontrolle der Zeichen letztlich an den Körpern der Subjekte ausgeübt.

Denn während im Kongress in Brasília darüber diskutiert wird, Haftstrafen zu erhöhen, scheint sich die Frage nach der gesetzlich vorgesehenen Strafe auf den Straßen São Paulos gar nicht zu stellen. In den „Quebradas“ wissen selbst Jugendliche, die angeben, nur ein paar Male *Pixação* gemacht zu haben, was passiert wenn sie erwischt werden: das berühmte „Farbbad“.

13 Lei dos Crimes contra o Meio Ambiente, Congresso Nacional, Pub. L. No. 9.605/1998 (12.2.1998).

Abb. 6: „A escada humana“ – „die menschliche Leiter“



„Wenn die Bullen kommen, musst du als erstes deine Caps [Ventile der Sprühdosen] loswerden!“ erklärt uns ein junger *Pixador* (März 2015). Andere *Pixadores* berichten von der gängigen Praxis der Polizei, gestellten Personen mit deren Farbe die Hände, das Gesicht oder die Genitalien zu bemalen. Dazu kommen Beleidigungen, oft Schläge und Bedrohungen, makabre „Spiele“ wie „russisches Roulette“ oder sogar Hinrichtungen. So wurden im Juli 2014 zwei *Pixadores*, die von der Polizei festgesetzt worden waren und sich ergeben hatten, erschossen (vgl. Franzen 2015).¹⁴

Pixação – widerständige Alltagspraxis

Sozialwissenschaftler_innen haben immer wieder versucht, die politische Bedeutung von *Pixação* zu definieren – als „Politik der Armen“ (Franco u.a. 2012), „urbaner Protest“ (Larruscahim 2014), „Alphabet des Klassenkampfes“ (Warsza 2012) oder Kampf um „das visuelle Recht auf die Stadt“ (Tiburi 2011). Die Akteur_innen, die angewandten Techniken sowie die persönlichen Hintergründe und Motivationen sind vielfältig, es geht uns hier also nicht darum, eine eindeutige und allgemeingültige Deutung des *Pixação* aufzustellen. Sicher ist, dass *Pixação* in den meisten Fällen keine explizit politischen Inhalte transportiert, sondern Signaturen von Individuen oder Gruppen, deren Inhalt also in nicht mehr – und nicht weniger (!) – als den individuellen oder kollektiven Erfahrungen dieser Subjekte besteht. Im Gespräch geben viele *Pixadores* an, dass ihre Motivation im Wesentlichen darin bestehe, sich zu amüsieren. In diesem Sinne schlagen wir vor, *Pixação* nicht gerade als „Klassenkampf“, wohl aber als widerständige Alltagspraxen zu diskutieren.

Pixação praktizierend erleben und leben Jugendliche und Erwachsene (denn entgegen der weit verbreiteten Annahme sind viele *Pixadores* tief in ihren 30ern oder 40ern) ihre Stadt, und zwar auch jene Stadtteile, die ihnen sonst unzugänglich bleiben – sei es durch physische Distanz kombiniert mit hohen Preisen des öffentlichen Nahverkehrs, sei es durch soziale Schranken, die sich in mit Stromzäunen bestückten Mauern, Sicherheitsdiensten und gewalttätigen Polizeipraktiken materialisieren. Im Kontext der „Verallgemeinerung der sozialräumlichen Segregation“ (Ribeiro 2015: 175) beinhalten die von Pereira (2010) beschriebenen sozialen Netzwerke an sich schon ein widerständiges Moment. Der *Pixador* Dilan erklärt:

14 Zur gängigen Praxis der Hinrichtung durch die Polizei in Rio de Janeiro und São Paulo s. auch den Human Rights Watch Bericht „Lethal Force“ (Delgado 2009).

„Machen einen Stromzaun hin, eine Kamera, was weiß ich – eine Alarmanlage, wir werden immer versuchen, darüber zu klettern. Deshalb ist Píxo Guerilla. Die Stadt segregiert sich immer weiter und versucht uns abzutrennen, aber wir klettern über diese Mauern und durchbrechen diese Segregation. [...] Und das Netzwerk, das wir durch Píxação bilden. Píxação verbindet alle Regionen von São Paulo.“ (persönliches Gespräch, 15.2.2015)

In Ana Fani Alessandri Carlos' Worten kann *Píxação* dann als eine Praxis verstanden werden, durch die das Individuum einen Teil der ihm entzogenen Soziabilität zurückerlangt (Carlos 2013: 95). Widerständiges Potenzial birgt *Píxação* auch insofern, als es das Verhältnis der praktizierenden Subjekte zu ihrem städtischen Lebensumfeld verändert. Während São Paulo als „City of Walls“ (Caldeira 2000) für viele Bewohner_innen zu einem „Raum der Zwänge, Unzugänglichkeiten, Regeln und Normen“ geworden ist und diesen so als eine „ihnen äußerliche Macht“ erscheint, können Praktiken wie *Píxação* dazu beitragen, die Stadt wieder als kollektives soziales Produkt zu begreifen, in dem Intervention und Aneignung möglich sind (Carlos 2013: 95).

Gerade im Kontext aktueller Revitalisierungs- und Säuberungspolitiken kann *Píxo* als eine (nicht wenig erfolgreiche) Anstrengung gesehen werden, „andere“ São Paulos, denen Sichtbarkeit oft verwehrt bleibt, explizit zu machen. *Píxação* kann so als Ausdruck von Differenz in der Metropole des 21. Jahrhunderts (Roy 2009) gedeutet werden, der jede Anstrengung, eine eindimensional, nordamerikanisch-europäisch inspirierte Modernität und die dazugehörigen ästhetischen Zwänge zu etablieren, in die Schranken weist. So ist *Píxação* für Tiburi als Attacke auf die autoritäre, ausschließende Ästhetik dieser Modernität zu verstehen, als „Attacke auf den geschlossenen Block [...] aufgeräumter, sauberer Personen, der sich durch den Hass auf den Anderen, Differenten, Ausgeschlossenen schützt“ (Tiburi 2011:43).

Píxação als Instrument politischen Protests

In den letzten Jahren waren Akteur_innen des *Píxação* auch aktiv in breitere Protestbewegungen involviert. Es wäre wohl falsch zu sagen, dass *Píxação* dadurch expliziter politisch wurde. Eher kann man beobachten, dass dessen Techniken und Ressourcen für einige soziale Bewegungen nutzbar gemacht wurden. Insbesondere während der Proteste im Juni 2013, die wegen der geplanten Erhöhung der Nahverkehrspreise begonnen hatten und täglich landesweit bis zu 3.000.000 Menschen auf die Straße brachten (in São Paulo bis zu 250.000 in einer einzigen Demonstration; Secco 2013), beteiligten sich *Pixadores* an Demonstrationen, gestalteten Banner und brachten Parolen des Protests auf den Wänden des öffentlichen Raums an.

Abb. 7: Juni 2013 – Pixadores während einer Demonstration gegen die Erhöhung der Nahverkehrspreise



In diesem Zusammenhang entstand auch das „Pixo Manifesto Escrito“ („Pixo-geschriebenes Manifest“), ein Zeichen, das von verschiedenen *Pixadores* genutzt wird und ausdrücklich allen zur Nutzung offen steht, um explizit politische Aktionen durchzuführen. Dadurch werden diese Aktionen von der individuellen Identität der jeweiligen *Pixadores* losgelöst, was die Gefahr von politischer Verfolgung verringert, aber auch die allgemeine gesellschaftliche Relevanz der jeweils unterstützten Kämpfe unterstreicht. *Pixador Brito* erzählt:

„Die Idee ist ungefähr, dass es [das *Pixo Manifesto Escrito*] etwas für alle ist. So wie es das Symbol der Anarchie ist. Etwas, das keinen Besitzer hat. Wer sich mit Anarchie identifiziert, weiß was zu tun ist, né?! [...] Damals [während der Proteste 2013] gingen alle einfach raus und machten...“ (Persönliches Gespräch, 15.3.2015).

Gezielt eingesetzt wurde das *Pixo Manifesto Escrito* seit den Protesten 2013 auf Demonstrationen oder in Aktionen für politische Forderungen an für die jeweilige Thematik symbolischen Orten. Meist beachtet war in diesem Zusammenhang wohl die Bemalung des „Monumento às Bandeiras“, einem Denkmal für die *Bandeirantes* – portugiesische Expeditionsgruppen, die ab dem 17. Jahrhundert das brasilianische Hinterland besiedelten und dabei die indigene Bevölkerung abschlachteten oder versklavten. Das Monument vor

Abb. 8: „Bandeirantes Mörder“ – das Monumento às Bandeiras, im Zentrum das Zeichen „Pixo Manifesto Escrito“



dem Haupteingang des Ibirapuera-Parks, wohl einem der repräsentativsten Orte São Paulos, wurde im Oktober 2013 mit den Parolen „Nein zur Pec 215 [einer Gesetzesänderung die vorsah, die Rechte indigener Gruppen auf Land erheblich einzuschränken]“, „Bandeirantes Mörder“ und dem Zeichen des „Pixo Manifesto Escrito“ besprüht. Im Interview gibt einer der an der Aktion beteiligten *Pixadores* an: „All diese Monumente sind Symbole der Unterdrückung. [...] Wir wurden von einer westlichen Zivilisation zivilisiert, die hier ankam und unsere Kultur zerstörte.“ (Paiva 2013).

Nach dem oben erwähnten Mord an den *Pixadores* „Jets Ald“ und „Anormal Nani“ durch Polizisten am 31.7.2014 nutzten *Pixadores* ihre sozialen Netzwerke, organisierten sich und mobilisierten zu einer Demonstration, die vom „Point“, dem wöchentlichen Treffpunkt im Zentrum, bis zum Justizministerium des Staats São Paulo führte. So gelang es ihnen, dem Fall einige Sichtbarkeit in den Medien zu verleihen. Nachdem unmittelbar nach dem Mord noch über einen Schusswechsel zwischen Polizisten und „bewaffneten Dieben“ spekuliert worden war (Estadão, 1.8.2014), wurde nun auch die These der Hinrichtung vorgebracht (G1, 7.8.2014). Die Ermittlungen gegen die beteiligten Beamten sind bis heute nicht abgeschlossen. Erst im April 2015 wurden die fünf angeklagten Polizisten festgenommen, doch bereits nach neunzehn

Tagen wieder frei gelassen. Daraufhin demonstrierten im Mai 2015 erneut hunderte *Pixadores* im Zentrum São Paulos (Ponte Jornalismo, 12.6.2015).

Pixação in Europa?

Oben wurde beschrieben, wie *Pixação* aus dem spezifischen Kontext São Paulo im späten 20. Jahrhundert entstanden ist, und vorgeschlagen, es in diesem Zusammenhang zu analysieren. Doch es ist nicht statisch, weder in São Paulo, noch in anderen brasilianischen Metropolen, in denen es ebenfalls praktiziert wird und sich weiterentwickelt. In den letzten Jahren weckte es zunehmend Interesse in Europa nicht nur bei europäischen Sozialwissenschaftler_innen und Akteur_innen aus den Bereichen Kunst und Film, sondern vor allem auch von Seiten der Akteur_innen verwandter Praktiken in europäischen Großstädten. Im Film *Berlin Kidz 2013* erklären sich Berliner *Graffitiwriter* als von *Pixação* inspiriert. Im Film sind Szenen zu sehen, in denen diese gemeinsam mit *Pixadores* in São Paulo aktiv werden. Auch *Pixadores* erzählen vom freundschaftlichen Kontakt und Austausch mit den „Gringos“. Tatsächlich tauchen in Städten wie Berlin in den letzten Jahren zunehmend visuelle Interventionen auf, die eindeutig Techniken des *Pixação* nutzen und auch stilistisch von diesem beeinflusst sind.

In den letzten Monaten wurden in verschiedenen europäischen Städten Wände in der Nähe brasilianischer Auslandsvertretungen mit dem Zeichen des „Pixo Manifesto Escrito“ und Forderungen nach einem Ende der Polizeigewalt in Brasilien beschrieben. In Amsterdam wurde am 31. Juli zum Jahrestag des Mordes an den beiden *Pixadores* das brasilianische Konsulat besprüht: „STOP POLICE VIOLENCE – R.I.P. Jets Ald & Anormal Nani 31/7/2014“ (Anonym 2015).

Abb. 9: „Policia Assassinos“ und das Zeichen „Pixo Manifesto Escrito“ auf der Außenwand des Märkischen Museum, gegenüber der brasilianischen Botschaft in Berlin



Quelle: Anonym 2015

Lokaler Kontext und multidirektionaler Austausch

Praktiken, die unter dem Begriff *Pixação* zusammengefasst werden, sind vielfältig. Gemeinsam ist ihnen der spezifische Kontext, in dem diese ursprünglich entstanden sind – die Metropolregion São Paulo im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert. In diesem Sinne schlagen wir vor, *Pixação* in diesem Kontext als widerständige Alltagspraxis zu diskutieren. Diese muss nicht zwangsläufig explizit politische Inhalte transportieren, sondern enthält Strategien der Resilienz und Resistenz. Konkrete, alltägliche Probleme wie sozialräumliche Segregation, exkludierender Städtebau, restriktive Regulation des öffentlichen Raums und Polizeigewalt werden durch die Praxis des *Pixação* nicht nur thematisiert und expliziert, sondern auch punktuell überwunden. Punktuell – an Millionen von Punkten auf den Fassaden der Metropole.

Darüber hinaus haben jüngste Entwicklungen gezeigt, dass Wissen, Techniken und soziale Netzwerke, welche Subjekte sich durch die Praxis des *Pixação* angeeignet haben, für (urbane) soziale Bewegungen nutzbar gemacht werden können. So organisierten sich *Pixadores* nicht nur in Angelegenheiten, die speziell sie betreffen, sondern auch in breiteren politischen Kämpfen – beispielsweise gegen Polizeigewalt und für bezahlbare Nahverkehrspreise.

Zuletzt ist zu beobachten, dass Praktiken des *Pixação* zwar in einem spezifischen Kontext entstehen, aber auch in andere hineingetragen werden und sich dort spezifisch weiterentwickeln und dies nicht nur innerhalb Lateinamerikas, sondern auch in Kontexten im globalen Norden. Mit Roys Worten könnte man sie als „located“ und „dislocated“ zugleich bezeichnen (Roy 2009). In diesem Sinne ist der von Theoretiker_innen der postkolonialen Stadtforschung beklagte einseitige Transfer von Wissen und Analysemodellen vom globalen Norden in den globalen Süden (ebd.: 828) in der Praxis visueller Interventionen im öffentlichen Raum längst überwunden. Die spezifische Erfahrung São Paulos und die aus dieser entwickelten Alltagspraxen, werden für die Praxis in europäischen Städten nutzbar gemacht.

Literatur

- Ablas, Luiz (2003): „São Paulo: cidade mundial ou metrópole subdesenvolvida?“. In: *São Paulo em Perspectiva, Revista da Fundação SEADE*, Bd. 7, Nr. 1, S. 45-49.
- Alencar, Roca (2012): „Pixo logo Existo: notas etnográficas sobre pixadores de Salvador“. In: *Desafios Antropológicos Contemporâneos*. São Paulo.
- Anonym (2015): *Polizeigewalt in Brasilien und Kriminalisierung von Armut*. <https://linksunten.indymedia.org/en/node/151016>, letzter Aufruf: 22.8.2015.
- Baudrillard, Jean (1978): *Kool Killer oder Der Aufstand der Zeichen*. Berlin.

- Berlin Kidz 2013. <https://vimeo.com/122922831>, letzter Aufruf: 5.8.2015.
- Caldeira, Teresa (2000): *City of Walls. Crime, Segregation, and Citizenship in São Paulo*. Berkeley, CA.
- Caldeira, Teresa (2012): „Imprinting and Moving Around: New Visibilities and Configurations of Public Space in São Paulo“. In: *Public Culture*, Bd. 24, Nr. 2, S. 385-419, <http://dx.doi.org/10.1215/08992363-1535543>.
- Caldeira, Teresa (2013): „Rewriting the City – São Paulo’s Ubiquitous Graffiti and Pixação are Subverting Notions of Power and Authorship in the Production of Urban Public Texts“. In: *Cityscapes – Re-thinking Urban Things*, Bd. 3, <http://www.cityscapesdigital.net/2013/05/12/rewriting-the-city/>, letzter Aufruf: 28.6.2015.
- Carlos, Ana Fani Alessandri (2013): „A prática espacial urbana como segregação e o ‘Direito à Cidade’ como horizonte utópico“. In: *Corrêa u.a.* 2013, S. 95-110.
- Carta Maior (11.2.2014): „Braços Abertos e Sufoco: sobre a situação na ‘Cracolândia’“. In: *Carta Maior*. <http://cartamaior.com.br/?Editoria/Direitos-Humanos/Bracos-Abertos-e-Sufoco-sobre-a-situacao-na-Cracolandia-5/30235>, letzter Aufruf: 2.7.2015.
- Chalhoub, Sidney (1996): *Cidade febril: Cortiços e epidemias na corte imperial*. Rio de Janeiro.
- Cidade Limpa (o.J.): *Conheça a lei*. http://ww2.prefeitura.sp.gov.br/cidadelimpa/conheca_lei/conheca_lei.html, letzter Aufruf: 4.2.2015.
- Coelho de Oliveira, Gustavo Rebelo (2009): *PiXação. Arte e pedagogia como crime*. Rio de Janeiro.
- Coelho de Oliveira, Gustavo Rebelo (2015): *PiXadores, torcedores, bate-bolas e funkeiros. Doses do enigma no reino da humanidade esclarecida*. Rio de Janeiro.
- Corrêa, Roberto Lobato; Silvana Maria Pintaudi & Pedro de Almeida Vasconcelos (2013) (Hg.): *A cidade contemporânea: segregação espacial*. São Paulo.
- Correio Popular (16.3.2003): „Pichação já se tornou uma epidemia social: cada vez mais ousados – pichadores contribuem para aumentar a poluição visual da região central e dos bairros de Campinas“. In: *Correio Popular*.
- Cripta Djan (2006): *100 Comédia Brasil*.
- Delgado, Fernando Riberio (2009): *Lethal force: police violence and public security in Rio de Janeiro and São Paulo*. Human Rights Watch, New York, NY.
- Estadão (1.8.2014): „Dois suspeitos morrem em tiroteio dentro de condomínio na Mooca“. In: *Estadão*, <http://sao-paulo.estadao.com.br/noticias/geral,dois-suspeitos-morrem-em-tiroteio-dentro-de-condominio-na-mooca,1537357>, letzter Aufruf: 4.8.2015.
- Franzen, Niklas (2015): „Sprüher in São Paulo von Polizei ermordet?“ In: *amerika21*. 6.2.2015, <https://amerika21.de/2015/02/111757/sprueher-mord-sao-paulo>, letzter Aufruf: 5.8.2015.
- Ferreira, João Sette Whitaker (2000): „Globalização e urbanização subdesenvolvida“. In: *São Paulo em Perspectiva*, Bd. 14, Nr. 4, S. 10-20, <http://dx.doi.org/10.1590/S0102-8839200000400003>.
- Ferreira, João Sette Whitaker (2003): „São Paulo, o mito da cidade-global: ideologia e mercado na produção da cidade“. In: *VI Seminário Internacional da Unidade Temática de Desenvolvimento Urbano da Rede de Mercocidades*. Rio Claro, São Paulo.
- Fischermann, Thomas (2015): „Das Alphabet der Wut – Sie wohnen in Slums, bemalen Häuserwände und fühlen sich vom Staat verraten: Wie die Sprayer von São Paulo um Geltung kämpfen.“. In: *Zeit Online*, 3.12.2015, <http://pdf.zeit.de/2015/47/sao-paulo-jugendliche-favelas-sprayer.pdf>, letzter Aufruf: 6.12.2015.
- Fix, Mariana (2001): *Parceiros da exclusão: duas histórias da construção de uma „nova cidade“ em São Paulo: Faria Lima e Agua Espraiada*. São Paulo.
- Fix, Mariana (2007): *São Paulo cidade global: fundamentos financeiros de uma miragem*. São Paulo.

- Folha de São Paulo (3.10.2004): „É vandalismo mesmo”, diz grafiteiro – Prédios e espaços públicos são marcados com símbolos de indivíduos e gangues que disputam espaço e visibilidade“. In: *Folha de São Paulo*. <http://www1.folha.uol.com.br/fsp/cotidian/ff0310200415.htm>, letzter Aufruf: 29.6.2015.
- Fórum Centro Vivo (2006): *Violações dos Direitos Humanos no Centro de São Paulo: propostas e reivindicações para políticas públicas – Dossiê de Denúncia*. <http://www.polis.org.br/uploads/977/977.pdf>, letzter Aufruf: 30.6.2015.
- Franco, Sérgio; Djan Ivson Silva; Rafael Pixobomb & Joanna Warsza (2012): „The Politics of the Poor – in Conversation, March 29 2011, São Paulo“. In: Warsza & Żmijewski 2012, S. 208-227.
- G1 (7.8.2014): „Pichadores protestam contra morte de colegas por PMs em SP Grupo vai fazer caminhada até a sede da Secretaria da Segurança. Quatro policiais tiveram a prisão temporária decretada pela Justiça“. In: *G1 São Paulo*. <http://g1.globo.com/sao-paulo/noticia/2014/08/pichadores-protestam-contra-morte-de-colegas-em-acao-da-pm-em-sp.html>, letzter Aufruf: 5. 8.2015.
- Gretzki, Allan (2015): „Graffiti, Street Art und Culture Jamming zwischen urbanem Protest und Kommerzialisierung“. In: Youkhana, Eva, & Larissa Förster (Hg.): *Graffcity. Visual Practices and Contestations in Urban Space*. Paderborn, S. 235-266.
- Harvey, David (2003): *Paris, Capital of Modernity*. New York, NY.
- Larruscahim, Paula (2014): „From graffiti to pixação – Urban protest in Brazil“. In: *Tijdschrift over Cultuur & Criminaliteit*, Bd. 4, Nr. 2, S. 69-84.
- Lefebvre, Henri (1970): *La Révolution urbaine*. Paris.
- Lefebvre, Henri (2003): *Die Revolution der Städte*. Dresden.
- Lefebvre, Henri (2009): *Le droit à la ville*. Paris.
- Lima, Ricardo, & Fernando Rezende (1999): *Rio-São Paulo, cidades mundiais*. Rio de Janeiro.
- Michel, Boris (2010): *Global City als Projekt. Neoliberale Urbanisierung und Politiken der Exklusion in Metro Manila*. Bielefeld.
- Montero, Alfred P. (2014): *Brazil. Reversal of Fortune*. Cambridge & Malden, MA.
- Paiva, Marcelo Rubens (2013): *Bandeirantes assassinos estado – Blogs Marcelo Rubens Paiva*. <http://cultura.estadao.com.br/blogs/marcelo-rubens-paiva/bandeirantes-assassinos/>, letzter Aufruf: 30.6.2015.
- Pennachin, Deborah Lopes (2011): *Subterrâneos e superfícies da arte urbana. Uma imersão no universo dos sentidos do graffiti e da pixação na cidade de São Paulo*. Belo Horizonte.
- Pereira, Alexandre Barbosa (2010): „As Marcas da Cidade: a Dinâmica da Pixação em São Paulo“. In: *Lua Nova*, Nr. 79, S. 143-162, <http://dx.doi.org/10.1590/S0102-64452010000100007>.
- Pereira, Alexandre Barbosa (2013): „Cidade de riscos: notas etnográficas sobre pixação, adrenalina, morte e memória em São Paulo“. In: *Revista de Antropologia da USP*, Bd. 56, Nr. 1, S. 81-110.
- Ponte Jornalismo (12.6.2015): „Ato protesta contra libertação de PMs que mataram pichadores“. In: *Ponte Jornalismo*, <http://ponte.org/ato-protesta-contra-libertacao-de-pms-que-mataram-pichadores/>, letzter Aufruf: 5.8.2015.
- Raupp, Luciane, & Rubens de Camargo Ferreira Adorno (2011): „Circuitos de uso de crack na região central da cidade de São Paulo (SP, Brasil) – Crack usage circuits in the downtown area of the city of São Paulo (SP, Brazil)“. In: *Ciência & Saúde Coletiva*, Bd. 16, Nr. 5, S. 2613-2622, <http://dx.doi.org/10.1590/S1413-81232011000500031>.
- Reid, Michael (2014): *Brazil: The Troubled Rise of a Global Power*. New Haven, CT.
- Ribeiro, Fabiana Valdoski (2015): „Produção Contraditória do Espaço Urbano e Resistências“. In: Carlos, Ana Fani Alessandri: *Crise urbana*. São Paulo. S. 171-186.

- Robinson, Jenny (2002): „Global and World Cities. A View from off the Map“. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, Bd. 26, Nr. 3, S. 531-554, <http://dx.doi.org/10.1111/1468-2427.00397>.
- Robinson, Jenny (2005): *Ordinary Cities. Between Modernity and Development*. London & New York, NY.
- Rohter, Larry (2012): *Brazil on the Rise*. Reprint. New York, NY.
- Roy, Ananya (2009): „The 21st-Century Metropolis. New Geographies of Theory“. In: *Regional Studies*, Bd. 43, Nr. 6, S. 819-830, <http://dx.doi.org/10.1080/00343400701809665>.
- Roy, Ananya, & Aihwa Ong (2011): *Worlding Cities*. Chichester & Malden, MA, <http://online-library.wiley.com/doi/10.1002/9781444346800.fmatter/summary>, letzter Aufruf: 3.8.2015.
- Sassen, Saskia (2001): *The Global City. New York, London, Tokyo*. New York, NY.
- Secco, Lincoln (2013): „As Jornadas de Junho“. In: *Cidades Rebeldes – Passe livre e as manifestações que tomaram as ruas do Brasil*. São Paulo.
- Sobrinho, Afonso Soares de Oliveira (2013): *São Paulo e a ideologia higienista entre os séculos XIX e XX. A utopia da civilidade*. <http://www.scielo.br/pdf/soc/v15n32/09.pdf>, letzter Aufruf: 15.5.2015.
- Sousa, Rosângela Silva (2008): *Uma investigação sobre as teorias da cidade mundial, cidade global, cidade pós-moderna e sua relação com a cidade de São Paulo*. Masterarbeit, Universität von São Paulo.
- Sousa, Rosângela Silva (2015): *São Paulo, cidade mundial / global / pós-moderna? Uma investigação acerca do tema*. Saarbrücken.
- Souza, Marcelo J. Lopes de (2013): „Semântica urbana e segregação: Disputa simbólica e embates políticos na cidade ‘empresarialista’“. In: Corrêa u.a. 2013, S. 127-146.
- Suplemento do Diário Oficial do Município de São Paulo (1988): „Junea e Bilão vão ‘pichar a cadeia’“. In: *Suplemento do Diário Oficial do Município de São Paulo*.
- Taylor, Peter J. (2004): *World City Network. A Global Urban Analysis*. London.
- Siwi, Marcio (2016): „Pixação. The Story behind São Paulo’s „Angry“ Alternative to Graffiti“. In: *The Guardian*, 6.1.2016, <http://www.theguardian.com/cities/2016/jan/06/pixacao-the-story-behind-sao-paulos-angry-alternative-to-graffiti>, letzter Aufruf, 17.2.2016.
- Tiburi, Márcia (2011): „Direito Visual à Cidade – A Estética da Pixação e o caso de São Paulo“. In: *Filosofia Pop*. http://www.redobra.ufba.br/wp-content/uploads/2013/12/revista_redobra12_virtual.pdf#page=40, S. 39-53, letzter Aufruf: 8.6.2015.
- Warsza, Joanna, & Artur Żmijewski (2012) (Hg.): *Forget Fear – 7th Berlin Biennale of Contemporary Art*. Berlin Biennale of Contemporary Art. Köln.
- Warsza, Joanna (2012): „An Alphabet of Class Struggle. Introduction“. In: Warsza & Żmijewski 2012, S. 206f.
- Yang, Philip, & Emilia Patiño Anaya (2014): *Dawn of the Smart City? – Perspectives from New York, Ahmedabad, Sao Paulo and Beijing*. Washington DC., <http://www.newsecuritybeat.org/2014/06/dawn-smart-city-perspectives-york-ahmedabad-sao-paulo-beijing/>, letzter Aufruf: 4.6.2015.

Anschrift der Autorin:

Paula Larruscahim
 pg247@kent.ac.uk

Anschrift des Autors:

Paul Schweizer
 paul.schweizer@stud.uni-frankfurt.de

Anschrift des Fotografen:

Fabio Vieira
 fabiovieirafotorua@yahoo.com.br

Julia Haß

Frauenamateurfußball in Rio de Janeiro – Umkämpfter Sport- und Stadtraum

Keywords: Gender, urban space, sport, amateur football, Brazil

Schlagwörter: Geschlechterverhältnisse, Stadtraum, Sport, Amateurfußball, Brasilien

Amateurfußball gilt in Brasilien, wie in anderen Ländern, in denen Fußball als Nationalsport angesehen wird, als männliche Sportpraxis. Verstanden als das intensive und organisierte Fußballspielen in der Freizeit, hat sich Amateurfußball im 20. Jahrhundert als eine ausgedehnte Freizeitkultur in brasilianischen Städten herausgebildet. Fußballflächen und -plätze sind im Stadtraum der brasilianischen Metropolen von besonderer Bedeutung. Sie sind überall sichtbar und Fußball spielende Akteure, Teams sowie Wettkämpfe bestimmen das soziale Leben und den Alltag in der Stadt.

Jungen und Männer hatten in Brasilien von Beginn des 20. Jahrhunderts an einen vergleichsweise einfacheren Zugang zu öffentlichen Sport- und Fußballorten als Frauen. Aus- und abgrenzende Prozesse fanden zwar anfangs ebenso im Männerfußball statt. So bildeten die großen Fußballvereine in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts Orte, an denen die weiße Mittel- und Oberschicht Spieler der Unterschicht ausschloss.¹ Mit der fortschreitenden Professionalisierung in den 1920er Jahren öffneten sich die Fußballplätze und Clubs jedoch für Personen afrobrasilianischer Herkunft und unterer sozialer Schichten (Filho 1964: 31). Frauen hingegen bildeten eine Minderheit. Verbote verhinderten lange Zeit die aktive Ausübung des Sports durch Frauen, Vereine schlossen Frauen als Spielerinnen aus. Ein 1941 verabschiedetes Gesetz, das Frauen offiziell das Fußballspielen verbot, wurde erst 1979 aufgehoben (Rial 2013: 121). Vor allem in Rio de Janeiro und São Paulo, den Geburtsstätten des brasilianischen Fußballs, bildeten sich

1 Männliche Angehörige der weißen brasilianischen Oberschicht errichteten die ersten Fußballplätze auf privaten Grundstücken. Spieler unterer sozialer Statusgruppen und afrobrasilianischer Herkunft hatten zu diesen keinen Zugang. Sie nutzten infolgedessen unter anderem trocken gelegte Flussläufe am Stadtrand oder in urbanen Vororten für das Fußballspiel (Fermio Beverari 2009: 6).

städtische Sport- und Amateurfußballräume zu exklusiv männlichen Räumen heraus und wurden eng mit traditionellen Auffassungen von Männlichkeit verknüpft (Damo 2005: 151f, 158).

Fußball spielt in Brasilien seit seiner Einführung Ende des 19. Jahrhunderts eine besondere gesellschaftliche Rolle. Seit den 1920er Jahren stellen Amateur- und professioneller Fußball Orte der sozialen und nationalen Integration dar. Im Zuge des Vereinigungs- und Konstruktionsprozesses einer neuen brasilianischen Nation war es bereits wenige Jahrzehnte nach der Abschaffung der Sklaverei (im Jahr 1888) Personen afrobrasilianischer Herkunft möglich, an ihnen teilzunehmen. Seitdem hat Fußball in Brasilien den Ruf, ein Beispiel für die Umsetzung demokratischer Prinzipien und der Gleichstellung von Personen unterschiedlicher Hautfarbe und sozialer Herkunft zu sein. Fußball wurde zum nationalen Symbol (vgl. Soares 2000: 113). Als unterschiedliche Gruppen europäischer Auswanderer im Vorfeld und nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Brasilien eintrafen, galt der alltägliche Straßenfußball als eine Praxis, die den Einwandererkindern die Integration in den brasilianischen Großstädten ermöglichte. Das gemeinsame Fußballspiel trug im Kontext der Fremdheit zur Schaffung eines gemeinsamen brasilianischen Zugehörigkeitsgefühls bei. Heute hat Fußball in Brasilien, dem fünfmaligen Weltmeister im Herrenfußball, weiterhin eine zentrale Bedeutung für das nationale Selbstverständnis. Dies wurde bei der letzten Herrenfußballweltmeisterschaft 2014 in Brasilien für das internationale Fernsehpublikum sichtbar, als das unerwartete Ausscheiden der Nationalmannschaft im eigenen Land bei Stadionbesucher*innen und in großen Teilen der Bevölkerung große Traurigkeit und einen Schock auslöste.

Brasilianische Frauen sind trotz einer weiterhin bestehenden männlichen Dominanz heute als Spielerinnen entschieden präsenter. Ende der 1990er und im Laufe der 2000er Jahre wurden in brasilianischen Großstädten wie São Paulo und Rio de Janeiro neue Frauenfußballligen und -teams gegründet. Sportclubs wie die Traditionsvereine *América Futebol Clube* in Rio de Janeiro oder *Santos Futebol Clube* in São Paulo öffneten ihre Türen für den Frauenfußball. Die Frage, wie Frauen in diese urbanen und privilegierten sozialen Sporträume vordringen und in ihnen zur Wahrnehmung gelangen können, geht aufgrund der jahrzehntelangen männlichen Dominanz und der gesellschaftlichen Bedeutung der Sportart weit über eine bloße Frage des Frauensports hinaus.

Physische Praktiken wie der Amateurfußball haben einen starken räumlichen Bezug (vgl. Van Ingen 2003: 203). Anhand der auf den materiellen Raum bezogenen theoretischen Ansätze der kanadischen Geographin Cathy van Ingen (2003), der US-amerikanischen Historikerin Anne

Enke (2007) sowie des französischen Raumforschers Henri Lefebvre (1991) analysiere ich in diesem Beitrag die sport- und geschlechterspezifischen Dynamiken im Frauenamateurfußball in Rio de Janeiro. Ich konzentriere mich dabei auf die zwei Teams *América Futebol Clube* und *Estrela Nova* sowie das soziale Fußballprojekt *Craque do Amanhã*. In meinem Beitrag vertrete ich die These, dass es sich bei dem Frauenamateurfußball um ein *gendered* und *contested space*, einen von ungleichen Geschlechterverhältnissen geprägten Raum handelt, in dem zwischen dominierenden und marginalisierten Akteur*innen Aushandlungsprozesse stattfinden. Im Anschluss an Doreen Massey (1994) und Van Ingen definiere ich Raum als einen lokalen geographischen und sozialen Ort, der von gesellschaftlichen Akteur*innen angeeignet und gestaltet wird. *Gender* verstehe ich als eine sozial konstruierte und demnach sozial veränderbare Kategorie, auf Grundlage derer – und in ihrer Verflechtung mit Kategorien wie *race*, Alter oder Sexualität – Macht ausgeübt wird und Personen diskriminiert werden (vgl. Anthias & Yuval-Davis 1992). Ich beziehe mich in diesem Beitrag mit dem Konzept *Gender* in erster Linie auf die Unterscheidung zwischen den Kategorien „Mann“ und „Frau“.

Der Beitrag ist wie folgt aufgebaut: Im ersten Teil werde ich die zentralen Punkte der Diskussion zu Geschlechterbeziehungen, Stadtraum und Sport nachzeichnen und die theoretischen Ansätze von Enke und Van Ingen erläutern. Anschließend folgt eine Beschreibung des Frauenamateurfußballs in Rio de Janeiro aus historischer und gegenwärtiger Perspektive. In den nachfolgenden Teilen schließen Überlegungen zu den geschlechterspezifischen Aushandlungsprozessen auf den Fußballplätzen Rio de Janeiros und im Bereich des Frauenamateurfußballs sowie eine Zusammenfassung an.

Der Beitrag beruht auf qualitativen Daten, die ich während zweier Feldforschungsaufenthalte von je sechs und zehn Wochen in Rio de Janeiro in den Jahren 2012 und 2015 erhoben habe. Die Daten basieren auf teilnehmenden Beobachtungen bei Trainingseinheiten von mehreren weiblichen Amateurfußballteams, Turnieren des Männer- und Frauenamateurfußballs sowie auf zwölf qualitativen Leitfadeninterviews mit Spieler*innen, Organisator*innen und Mitgliedern Fußball affiner NGOs.

Die Dominanz von Männern im Amateurfußball stellt weltweit und in vielen lateinamerikanischen Ländern ein weit verbreitetes Phänomen dar. Der Fall des Frauenamateurfußballs in Rio de Janeiro erleichtert das Verständnis geschlechterspezifischer Aushandlungsprozesse in lateinamerikanischen Stadt- und Sportkontexten.

Geschlechterbeziehungen in der Stadtraum- und Sportforschung

Der Stadtraum ist ein Ort, der von den Akteur*innen, die ihn nutzen, gestaltet wird, an dem Macht ausgeübt wird, sich hierarchische Strukturen widerspiegeln und Ungleichheit herrscht. Hierauf hat bereits Lefebvre (1991) verwiesen. Der urbane Raum steht im engen Zusammenhang zum Herrschaftssystem der jeweiligen Zeit. Die verschiedenen gesellschaftlichen Akteur*innen sind an der Produktion der geographischen und städtischen Räume beteiligt, eignen sich Straßen und Plätze an und gestalten sowie prägen diese durch ihre Praktiken (Rau 2013: 52). In ihrem Buch *Space, Place and Gender* beschreibt die Geographin Massey (1994) das Verhältnis von Stadtraum und Geschlechterbeziehungen.² Ihr zufolge manifestiert sich die Dominanz von Männern über Frauen in bestimmten sozialen Bereichen an Plätzen und Orten und wird durch Diskurse und physische Praktiken in Räumen forciert. Geschlechteridentitäten entwickeln und verfestigen sich in räumlichen Verhältnissen (ebd.: 186). Das bedeutet, in Räumen wie dem Elternhaus erlernen Jungen und Mädchen mit Männlichkeit und Weiblichkeit assoziierte Werte und Verhaltensformen und Geschlechterhierarchien.

Dass sich Geschlechter- und soziale Identitäten auch in Sporträumen herausbilden und sich diese oftmals durch asymmetrische Machtbeziehungen und Diskriminierungen bezüglich des Geschlechts, der Sexualität, von *race* sowie der Verflechtung dieser Kategorien auszeichnen, erläutert Van Ingen (2003: 207). Sie verwendet den Begriff *geography of power* um die Verräumlichung von (ungleichen) Machtbeziehungen im Sport zu beschreiben und erklärt, dass in vielen Sportkontexten die Vorstellung von „weißer, heterosexueller Maskulinität“ dominiert (ebd.: 208, 212). Akteur*innen, die den hegemonialen Kategorien spezifischer Sporträume nicht entsprechen, befinden sich demnach in diesen in einer unterlegenen Position oder werden ausgeschlossen. Da der Sportraum durch die sozialen Praktiken von Akteur*innen sowie durch gesamtgesellschaftliche Umbruchprozesse kontinuierlich gestaltet und verändert wird, haben marginalisierte Gruppen und Personen in ihm die Möglichkeit sich gegen bestehende Machtordnungen aufzulehnen (ebd.: 210f).

Das Beispiel für einen von asymmetrischen geschlechterspezifischen Machtbeziehungen geprägten Sportraum, an dem bestehende

2 Ende der 1970er Jahre gründete eine Gruppe englischsprachiger feministischer Geograph*innen die *Women and Geography Study Group*, heute: *Gender and Feminist Geographies Research Group*. Zu den zentralen Autor*innen gehören unter anderen Doreen Massey und Linda McDowell. Die Gruppe untersucht geschlechterspezifische Ungleichheiten in der Planung und Nutzung von Stadträumen und betrachtet die Rolle weiblicher Akteure im Stadtraum.

Machtverhältnisse angefochten werden, gibt Enke in ihrer Monografie *Finding the Movement: Sexuality, Contested Space, and Feminist Activism* (2007). Anhand von Interviews und der Analyse von Zeitungsartikeln untersucht Enke die Konflikte, die durch die Sportplatznutzung eines weiblichen Softball-Teams in einem zentralen, öffentlichen Park in Detroit in den 1960er und 1970er Jahren ausgelöst wurden (ebd.: 4).³ Die Sportanlagen des Parks wurden überwiegend von männlichen Angehörigen der weißen Mittelschicht genutzt. Weibliche Sportlerinnen wurden innerhalb des patriarchal geprägten Sport- und Raumkontextes ausgeschlossen. Als das Frauen-Softball-Team *motown soul sisters*, das zu einem hohen Anteil aus afroamerikanischen Spielerinnen bestand, begann, einen der Sportplätze für ihre Trainingseinheiten zu nutzen und durch sportliche Erfolge Aufmerksamkeit erlangte, führte dies zu Konfrontationen. Die temporäre Aneignung des Ortes durch die Frauen stellte in den Augen der bisherigen Nutzer einen provozierenden Akt dar. Der Sportplatz verwandelte sich in einen umkämpften Raum, in dem nicht allein die Nutzung, sondern zudem gesellschaftliche Paradigmen zu Geschlechter- und sozialen Identitäten verhandelt wurden (ebd.: 7). Mit ihrer Präsenz auf den Sportplätzen stellten die Sportlerinnen bisher geltende Machtverhältnisse in Frage.

Die Bedeutung geschlechterspezifischer Konflikte und Aushandlungsprozesse in lateinamerikanischen Großstädten veranschaulicht die Soziologin Paula Soto Villagrán (2013) in ihrem Aufsatz „Zum Geschlecht (in) der Stadtforschung“. Sie präsentiert die Arbeiten lateinamerikanischer Stadtforscher*innen zu urbanen weiblichen Akteuren, die durch ihren zivilgesellschaftlichen Aktivismus sowie durch Alltagspraktiken Widerstand gegen patriarchale Strukturen in der Stadt ausüben. Die Akteurinnen sind weibliche Straßengang-Anführerinnen, die sich durch ein selbstsicheres Auftreten und entsprechende Bandenpraktiken ehemals von Männern dominierte Straßen und Plätze aneignen, und Großstadtbewohnerinnen, die durch ihr Engagement in Nachbarschaftsvereinigungen Einfluss auf die Gestaltung des Wohn- und Stadtraums nehmen (Soto Villagrán 2013: 188). Durch die alltäglichen Praktiken auf der Straße und ihren Aktivismus beeinflussen und bestimmen Frauen die Raum- und Stadtnutzung.

Ich nutze Enkes und Van Ingens theoretische Ansätze zu *contested* und *gendered space* und *geography of power* sowie Soto Villagráns Beschreibungen weiblicher urbaner Akteure in lateinamerikanischen Großstädten um

3 Enke beschreibt in ihrem Buch unterschiedliche Formen der urbanen Raumaneignung durch weibliche und teilweise (aber nicht ausschließlich) feministische Akteure aus einer historischen Perspektive. In dem für diesen Beitrag relevanten Aufsatz untersucht sie Stadträume in drei ausgewählten US-amerikanischen Städten in den 1960er und 1970er Jahren.

geschlechterspezifische Aushandlungsprozesse im Kontext von sportiven Stadträumen in Rio de Janeiro zu analysieren. Ich verstehe unter *gendered* und *contested space* Sport- und Stadträume, die sich durch ungleiche Machtverhältnisse sowie normative Vorstellungen von Geschlechterrollen, Klasse, *race* und Sexualität charakterisieren, jedoch von marginalisierten Akteur*innen in Frage gestellt werden. Ebenso bedeutend ist für mich die Vorstellung von urbanen Akteur*innen, die durch ihr zivilgesellschaftliches Engagement Geschlechterungleichheiten in sozialen und materiellen Räumen in lateinamerikanischen Großstädten in Frage stellen (Soto Villagrán 2013).

Frauenamateurfußball in Rio de Janeiro in der Vergangenheit und heute

Seit der Einführung der Sportart in Brasilien Ende des 19. Jahrhunderts spielten einzelne Frauen in Rio de Janeiro in organisierter Form Fußball. 1913 dokumentierten erstmals Zeitungen in São Paulo die Amateurspiele zwischen weiblichen Teams (Rigo u.a. 2008: 174). Von Beginn an wurden Frauen jedoch von gesellschaftlichen Akteuren wie den Medien oder von den eigenen Familien an der Ausübung der Sportart gehindert. Anders als Männer erhielten sie von ihrem Umfeld keine Unterstützung. Wenn Spiele zwischen weiblichen Amateurteams stattfanden, wie dies beispielsweise zu Beginn der 1940er Jahre in Rio de Janeiro der Fall war, kommentierten das männliche Publikum und Journalisten diese in den Lokalzeitungen mit spöttischen und abwertenden Aussagen (ebd.: 174; Goellner 2005: 146). Zu diesem Zeitpunkt herrschte die patriarchale Vorstellung, dass für Frauen und Männer klar definierte Positionen und Rollen in der Gesellschaft vorgesehen waren. Frauen und Männer wurden von einer Mehrheit als von Natur aus grundlegend unterschiedlich und ungleich wahrgenommen, wobei erstere aufgrund ihrer biologischen Voraussetzungen als schwächer galten. Der Platz der Frau war dem häuslichen Raum zugeordnet. Aufgaben, die das öffentliche Leben betrafen, wurden hingegen der Verantwortung von Männern zugeschrieben. Sport galt als einer der Bereiche, in dem die Teilnahme von Frauen innerhalb konservativer Kreise, nicht nur in Brasilien, sondern auch in vielen anderen Teilen der Welt, in besonders entschiedener Weise abgelehnt wurde. Die Besonderheiten des weiblichen Körpers und seine vorgebliche Verletzlichkeit waren Argumente, um die Unvereinbarkeit von Frauen und Sport zu belegen und in vielen Ländern für den Ausschluss von Frauen aus bestimmten Sportarten zu plädieren, beziehungsweise diesen per Gesetz durchzusetzen. In Brasilien verbot der Nationale Sportrat 1941 Frauen das Fußballspielen. Trotz der Existenz einiger weiblicher Fußballgruppen

entwickelten sich durch den Ausschluss der Frauen Amateur- und professioneller Fußball in Brasilien in der Folge als männliche Bereiche (vgl. Goellner 2005: 147, Rigo u.a. 2008: 174).⁴

Als Frauen nach der Aufhebung des Verbots im Jahr 1979 erneut in größeren Zahlen Fußball spielten, besaßen Männer nicht nur in Bezug auf die Spielpraxis einen großen Vorsprung. Sie hatten die Sportart jahrzehntelang geprägt und ihr spezifische, kulturelle Bedeutungen verliehen. Hegemoniale Vorstellungen von Attributen der Männlichkeit wie physische Kraft und Kampfgeist bestimmten den Amateurfußball. Infolgedessen betrachtete die brasilianische Gesellschaft in den 1980er Jahren Fußball spielende Frauen mit Skepsis (Goellner 2005: 148). Frauen mussten gegen die dominierende Vorstellung ankämpfen, dass sie aufgrund ihres Geschlechts nicht in der Lage seien, Fußball zu spielen. Wenn sie bewiesen, dass sie spielen konnten, wurden oftmals die Geschlechteridentität und die sexuellen Neigungen der Spielerinnen von ihrer sozialen Umgebung, Familienangehörigen, Bekannten oder männlichen Mitspielern, hinterfragt. So wurde das Fußballspielen bei Frauen mit einem „männlichen“ Charakter oder einer homosexuellen Orientierung und somit einem nicht der Norm entsprechenden Geschlechterbild assoziiert. Auf der anderen Seite erlebten professionelle⁵ Spielerinnen in den 1980er und 1990er Jahren, dass ihr äußeres Erscheinungsbild in medialen Berichterstattungen hervorgehoben wurde und spielerische Fertigkeiten unkommentiert blieben. Nicht das Fußballspiel von Frauen, sondern ihr Aussehen stand im Zentrum der Aufmerksamkeit. Nicht nur in der brasilianischen Öffentlichkeit, auch in den zentralen Institutionen des brasilianischen Fußballs, der Nationalen Fußballvereinigung und den großen Sport- und Fußballclubs, existierte wenig Interesse an Fußball spielenden Frauen. Der Widerstand gegenüber weiblichen Akteuren in dieser Sportart führte dazu, dass sich Frauenamateur- sowie Frauenprofifußball in großen Teilen Brasiliens in den folgenden Jahrzehnten nur unter enormen Schwierigkeiten, wie fehlenden und kontinuierlich stattfindenden, professionell organisierten Turnieren, entwickeln konnten. Infolge der geringen Unterstützung für den Frauenamateur- und professionellen Fußball in Brasilien,

4 In anderen Ländern verboten die nationalen Sport- oder Fußballvereinigungen Frauen ebenfalls das Fußballspielen. Der Deutsche Fußballverband verbot seinen Vereinen zwischen 1955 und 1970 Fußball für Frauen anzubieten. Die englische Fußballvereinigung diskriminierte über mehrere Jahrzehnte hinweg weibliche Fußballteams.

5 Ich beziehe mich mit dem Begriff „professionell“ auf Spielerinnen, die in den höchsten Ligen spielen, an nationalen und internationalen Wettkämpfen teilnehmen und auf diese Weise gelegentlich Aufmerksamkeit von den Medien, jedoch für ihr Spielen nur geringe finanzielle Leistungen erhalten. Eine finanzielle Autonomie durch das Fußballspielen ist nur in seltenen Fällen im brasilianischen Frauenfußball möglich.

sind das relativ gute Abschneiden der brasilianischen Frauennationalmannschaft bei internationalen Wettkämpfen in den 1990er und 2000er Jahren (Silbermedaille bei den Olympischen Spielen 2004) sowie die fünffache Auszeichnung der brasilianischen Spielerin Marta Vieira da Silva als weltbeste Spielerin, als außerordentlich gute sportliche Leistungen zu bewerten (vgl. Goellner 2005: 148f, Franzini 2005: 325).

Der Staat Rio de Janeiro gilt, meinen Interviews mit Expert*innen des Frauenfußballs in Rio de Janeiro zufolge, heute im nationalen Vergleich als einer der Standorte mit einer sehr geringen Unterstützung für Frauenamateurfußball. Im Rahmen meiner Feldforschung 2012 erfuhr ich, dass es in der Stadt wenige Strukturen, Vereine oder Teams gibt, die es Fußball interessierten Mädchen ermöglichen, in ihrer Freizeit Fußball zu spielen (vgl. Haß 2013). Im Sportunterricht an Schulen werden Mädchen dazu ermutigt, andere Sportarten als Fußball, wie Volley- oder Handball auszuprobieren. Fußball spielende Mädchen und Frauen erhalten von ihren Familien oftmals keine oder eine nur geringe Unterstützung für ihr Hobby. Während das Fußballspielen der Jungen als etwas Natürliches wahrgenommen wird, wird die Praxis bei Mädchen oftmals von den Eltern mit Skepsis betrachtet. In einigen Fällen verbieten die Eltern den Mädchen das Spielen im Team.

Dennoch hat die Bedeutung von Frauenamateurfußball in Rio de Janeiro zugenommen. Neben der Gründung zahlreicher weiblicher Amateurfußballteams in den vier populärsten Fußballvarianten, *futebol society*, Kleinfeldfußball auf Kunstrasenplätzen mit sieben Spielerinnen in jedem Team, *futsal* (oder Hallenfußball), Strandfußball und Feldfußball mit elf Spielerinnen pro Mannschaft, sind neue Organisationen und Ligen entstanden, die Amateurfußballturniere für Frauen organisieren.⁶ In den letzten Jahren gründeten sich zudem Nichtregierungsorganisationen wie *Streetfootballworld* und *Estrela Nova* und soziale Fußballprojekte wie *Craque do Amanhã*, die Mädchen und Frauen mit sozial schwachem Hintergrund in ihrer sportlichen Ausbildung sowie ihrer persönlichen Entwicklung fördern.⁷ Im Amateurfußball trainieren die Spielerinnen einer Mannschaft zu festen Zeiten, in der Regel mehrmals wöchentlich, auf einem Fußballplatz. An den Wochenenden finden

6 Anders als in Deutschland wird Amateurfußball in Brasilien von regionalen Sportvereinigungen und teilweise von Privatpersonen koordiniert. Das Angebot an Turnieren hängt daher oft vom Engagement und den finanziellen Ressourcen einzelner privater Akteur*innen ab. In Deutschland hingegen organisiert der Deutsche Fußballverband den Amateurfußball und gewährleistet das kontinuierliche Stattfinden von Wettkämpfen und Ligen im Herren-, Frauen- sowie Kinder- und Jugendbereich.

7 *Streetfootballworld* ist eine internationale NGO, die soziale Fußballprojekte, unter anderem mit dem Ziel der Herstellung von Geschlechtergleichheit, umsetzt. Seit wenigen Jahren hat die NGO einen Sitz in Rio de Janeiro.

Turniere oder Freundschaftsspiele gegen Teams mit einem ähnlichen Leistungsniveau in öffentlichen oder privaten Fußballräumen statt. Von anderen Fußballformen wie dem Straßenfußball unterscheidet sich Amateurfußball unter anderem durch die Intensität sowie die Verbindlichkeit, mit der die Spielenden den Sport ausüben. Frauen und Männer spielen in Wettkämpfen und in der Regel im Training getrennt voneinander Fußball.⁸

Frauen als Spielerinnen und Trainerinnen auf den Fußballplätzen des Aterro do Flamengo in Rio de Janeiro

Die Fußballplätze im Park Aterro do Flamengo stellen einen wichtigen Ort für den Freizeit- und Amateurfußball Rio de Janeiros dar. Aufgrund der zentralen Lage sowie der Tatsache, dass die Fußballplätze kostenlos nutzbar sind, treffen sich Freizeit- und Amateurfußballspieler*innen aus der ganzen Stadt in dem 1965 als öffentlichem Naherholungsraum errichteten Park. An den Nachmittagen und Abenden, den wichtigsten Tageszeiten für Freizeit- und Amateurfußball, bieten überwiegend männliche Straßenverkäufer Snacks und alkoholische Getränke an. An Wochenenden zelebrieren viele Teams mit einem Grill-Event auf dem Gelände das gemeinsame Spielen. Aufgrund des jahrzehntelangen Ausschlusses der Frauen wurden die Fußballplätze des Aterro do Flamengo und die umliegenden Grünanlagen stets von Fußball spielenden und zuschauenden Männern dominiert (Canegal de Almeida 2012: 4, 10). Vergleichbar mit den narrativen und theoretischen Darstellungen von Enke und Van Ingen war der Amateur- und Freizeitfußballraum von ungleichen Machtbeziehungen und einer ungleichen *geography of power* geprägt, in denen Frauen eine marginalisierte Minderheit bildeten (vgl. Van Ingen 2003; Enke 2007).

Heute nutzen mehrere Frauenteam die Fußballplätze des Aterro do Flamengo. Das Team *América Futebol Clube* trainiert jeden Samstagnachmittag auf einem der Kunstrasenplätze des Parks. Eine Phase des Trainings bestreitet das Team zudem am wenige hundert Meter entfernten Strand im Stadtteil Flamengo. Die Amateurmansschaft wurde 2009 gegründet, gehört zum gleichnamigen traditionellen Herrenfußballverein und gilt als eines der leistungsstärksten weiblichen Kleinfeldfußballteams der Stadt. An Wochenenden nimmt das Team erfolgreich an Turnieren wie dem *campeonato carioca* oder der *supercopa* in *futebol society*, Strandfußball und *futsal* teil. Eine finanzielle Unterstützung für Materialien und die Transportkosten zu

8 Die Trennung zwischen den Geschlechtern in den Fußballteams wird von einigen Vereinen und NGOs in Rio de Janeiro im Rahmen von Trainingseinheiten oder Freundschaftsspielen aufgehoben, z.B. vom Team *Estrela Nova* (s.u.).

Turnieren erhält das Team aus der Hand privater Förder*innen. Einige der vierzig zwischen 16 und 42 Jahre alten Spielerinnen gehen zur Schule oder studieren, andere Frauen sind berufstätig.

Abb. 1: Training des Frauenteam von América Futebol Clube auf dem Aterro do Flamengo, Rio de Janeiro, 2015



Quelle: Julia Haß

Während des Trainings tragen die Frauen Trikots und Trainingskleidung, die ihre Zugehörigkeit zum Verein kennzeichnen. Auch für unerfahrene Beobachter*innen kann erkennbar werden, dass die Spielerinnen von *América Futebol Clube* ausgeprägte spielerische und technische Fähigkeiten besitzen. Nur Frauen, die einen Leistungstest bestehen, werden im Team akzeptiert.

Die Mannschaft zeichnet sich durch ein überwiegend weibliches Trainer*innen-Kollektiv aus. Neben den Trainerinnen für *futebol society*, für Strandfußball, für die physische Kondition sowie für Assistenzaufgaben, sind allein der Torwarttrainer sowie der Physiotherapeut Männer. Die weibliche Dominanz unter den Trainer*innen stellt eine Seltenheit bei den Frauenteamen der höchsten Amateurfußballligen von Rio de Janeiro dar, wie mir der Manager des Amateursportbereichs von *América Futebol Clube* und Gründer des Frauenteamen, Julio, bestätigte⁹. Da Fußball in der brasilianischen Gesellschaft heute weiterhin als männliche Sportart wahrgenommen wird, werden Männern auf Grundlage ihres Geschlechts gesellschaftlich

⁹ Interview mit Julio am 13.11.2015, Manager des Amateursportbereichs von *América Futebol Clube*.

Kompetenzen zugesprochen, die Frauen verweigert werden. Die weiterhin bestehenden ungleichen Machtbeziehungen lassen sich demnach auch auf der Funktionärsebene des Frauenamateurfußballs nachvollziehen. Das Trainer*innen-Kollektiv von *América Futebol Clube* setzt sich jedoch bewusst mehrheitlich aus Frauen zusammen. Die Vorstellung, dass Frauen nicht in der Lage seien, als Trainerinnen leistungsstarke Fußballteams zu führen, soll durch die Präsenz der Frauen auf den Trainerbänken korrigiert werden. Dies gilt ebenso für die Spielerinnen von *América Futebol Clube*, die von Zuschauer*innen und Parknutzer*innen gelegentlich mit anerkennenden Worten bedacht werden. Das offensichtliche Beherrschen des Fußballspiels durch die Spielerinnen trägt dazu bei, diskriminierende Praktiken gegenüber Fußball spielenden Frauen stark in Frage zu stellen.

Einige Aussagen von Julio revidieren hingegen die ermächtigenden Prozesse, die den Verein und das Training von *América Futebol Clube* kennzeichnen. Das Team sei verpflichtet, sich während des Trainings im stadtweit bekannten Park stets in spielerisch überzeugender und vorbildlicher Weise zu präsentieren. In Rio de Janeiro haben nur wenige der größeren Fußballvereine ein Frauenteam und die Unterstützung der traditionellen Sportclubs für Frauenamateur- oder professionellen Fußball ist gering. Bei den Clubvorsitzenden in negativer Weise aufzufallen, könnte laut Julio für die Mannschaft zu Komplikationen führen. Die Befürchtung, dass ein unvoreilhafter Auftritt des Frauenteam in einem öffentlichen Fußballraum und an einem zentralen städtischen Ort negative Folgen für die Zukunft des Teams haben könnte, ist aussagekräftig bezüglich der lokalen Machtverhältnisse. Weibliche Akteure sind noch kein selbstverständlicher Teil des Sportraums von Rio de Janeiro und müssen innerhalb traditioneller Amateurfußballstrukturen um ihr Bestehen bangen und kämpfen.

Trotz des Drucks, der auf leistungsstarken weiblichen Amateurteams wie *América Futebol Clube* lastet, hat das Spielen im Park Aterro do Flamengo im Sinne von Enke (2007) und Van Ingen (2003) eine stärkende Wirkung. Die Präsenz von Frauen und die temporäre Aneignung eines Fußballplatzes durch die Spielerinnen stellen den alleinigen Anspruch männlicher Akteure auf diesen Ort in Frage. Während und nach Beendigung des Trainings verhalten sich die Frauen außerdem anders als viele Männerteams im Park Aterro do Flamengo und prägen auf diese Weise den Ort. Sie üben die Sportart nicht mit unbekleidetem Oberkörper aus oder konsumieren kollektiv alkoholische Getränke nach dem Training, wie dies bei männlichen Sportakteuren in dem Park zu beobachten ist und wie es mit hegemonialen Formen von Maskulinität assoziiert werden kann. Stattdessen sitzen sie während der Pause oder nach dem Spiel in Ruhe zusammen. Auf dem Platz führen die

Spielerinnen konzentriert die Trainingsübungen aus. Neue Praktiken und Ideen von Amateurfußball werden während des Trainings von *América Futebol Clube* eingeführt und geschaffen.

Geschlechterpolitisches Handeln auf dem lokalen Fußballplatz

Ein weiteres Team, das auf den Sportanlagen des Parks Aterro do Flamengo trainiert, ist *Estrela Nova*. Das Team wurde 2009 gegründet und bildete sich in den kommenden Jahren zu einem Amateursportverein und einer NGO heraus, in dem junge Frauen, Mädchen und Jungen trainieren. Neben dem sonntäglichen Training im Park Aterro do Flamengo erhalten die Mädchen und Frauen dienstags und donnerstags von der Gründerin Lima und zwei ehrenamtlichen Trainer*innen auf dem Gelände eines Sportclubs im Norden von Rio de Janeiro kostenlosen Fußballunterricht. Die erfahrenen Spielerinnen von *Estrela Nova* nehmen als Team an Turnieren teil.

Im Training spielen junge Männer und Frauen gemeinsam Fußball. Durch das geschlechtergemischte Spielen soll ein gegenseitiger Lernprozess bei den Beteiligten erzielt werden. Die Spielerinnen lernen von den Jungen, laut Lima, Spielabläufe, die sie noch nicht ausreichend beherrschen¹⁰. Die Jungen erfahren, wie sich das Erlernen des Fußballspielens bei Spieler*innen gestaltet, die nicht seit ihrer frühen Kindheit in der Sportart gefördert wurden. Aufgrund von Vorurteilen lehnten einige Spieler anfangs das gemeinsame Fußballspiel ab. Die Vorstellung, dass nur ein Spiel ohne weibliche Akteure dem wahren Charakter der Sportart entspricht und attraktiv sei, manifestierte sich an diesem Verhalten. Die wiederholten gemeinsamen Spiele führten jedoch zu einer Akzeptanz der Mitspielerinnen. Dass der Fußballplatz nicht ausschließlich männlichen Akteuren zur Verfügung steht, wurde von den Teilnehmenden letztendlich nicht mehr in Frage gestellt.

Das geschlechtergemischte Fußballspielen führt jedoch auch in der Interaktion mit externen Akteur*innen zu Aushandlungsprozessen. Laut Lima wurde auf das geschlechtergemischte Fußballspiel und die Anwesenheit weiblicher Spieler auf dem Fußballplatz einige Male von männlichen Nutzern der Sportanlage in Aterro do Flamengo mit erniedrigenden und sexistischen Kommentaren reagiert. Die entsprechenden Parknutzer nahmen das Spielen von Frauen und das gemeinsame Spiel männlicher und weiblicher Akteure augenscheinlich als Verstöße gegen auf Fußballplätzen geltende Normen und Vorstellungen von männlich dominiertem Amateurfußball wahr. Durch das geschlechtergemischte Spielen dekonstruiert *Estrela*

¹⁰ Interview mit Lima am 5.11.2015, Gründerin und Trainerin des Vereins *Estrela Nova*.

Nova vorherrschende Paradigmen zum Amateurfußball und stellt städtische Raum- und Machtordnungen in Frage.

In dem Clubhaus, das *Estrela Nova* nutzt, wurde ein Ort eingerichtet, der an die Geschichte des brasilianischen Frauenfußballs erinnert. Die ausgestellten Fotos ehemaliger Spielerinnen der brasilianischen Nationalmannschaft dienen als weibliche Vorbilder für den Sport- und Lebensweg der heutigen Spielerinnen. Ihre Erfolge bei internationalen Wettkämpfen trotz gesellschaftlicher Widerstände können für die jungen Frauen eine motivierende Funktion erfüllen. Eine Geschichtsversion des brasilianischen Fußballs, in der Frauen als Spielerinnen unsichtbar sind, wird auf diese Weise angefochten. In den vergangenen Jahren hat sich *Estrela Nova* zudem an der Organisation geschlechterpolitischer Workshops und Konferenzen zu Frauenfußball in Rio de Janeiro beteiligt. Durch die Veranstaltungen tragen die Koordinatorinnen dazu bei, dem Frauenamateurfußball in Rio de Janeiro mehr Präsenz und eine Stimme im öffentlichen sportpolitischen Raum zu geben. Initiativen, die Mädchen und Frauen das Erobern städtischer Amateurfußballräume ermöglichen möchten, erhalten neue Impulse.

Die Bedeutung der sozialen Herkunft im Kontext von Geschlechterdiskriminierung im Freizeit- und Amateurfußball in Rio de Janeiro

Ein besonderes Ziel von *Estrela Nova* ist es, Mädchen und Frauen niedriger sozialer Statusklassen den Zugang zum Fußballspiel zu ermöglichen. Die Mehrheit der Spielerinnen stammt aus armen Stadtteilen in Rio de Janeiro und ist in Familien aufgewachsen, in denen wenige materielle und ideelle Ressourcen für Bildungs- und Sportangebote zur Verfügung stehen. Dem sportlichen Defizit, von dem Mädchen niedriger sozialer Statusklassen stärker als Jungen betroffen sind, möchte *Estrela Nova* entgegen wirken. Denn die Erfahrungen, die das Ausüben von Sport sowie die Mitgliedschaft in einer Mannschaft bringen, werden von den Koordinatorinnen als entscheidend für die Persönlichkeitsentwicklung eines jungen Erwachsenen gesehen.

Die Förderung von Frauen und Mädchen, die sich im Hinblick auf ihre sportliche und soziale Entwicklung in einer marginalisierten Position befinden, steht auch im Zentrum von *Craque do Amanhã*. Das Fußballprojekt der NGO *Centro Integrado de Estudos e Programas de Desenvolvimento Sustentável* bietet seit 2014 Fußballunterricht im Stadtteil Rio Comprido in Rio de Janeiro für Mädchen und Jungen aus den armen Stadtteilen der Umgebung an. Eine traditionelle Verteilung der Geschlechterrollen in den Familien und die starke Einbindung von Mädchen bei Aufgaben im Haushalt

bildet, der Projektleiterin Isabel zufolge, oftmals die Ursache dafür, dass Mädchen weniger Gelegenheiten als Jungen erhalten, sportlich aktiv zu werden.¹¹ Während sich die Jungen nach der Schule wie selbstverständlich außerhalb des Hauses bewegen und spielerische Aktivitäten wie Fußball ausüben, wird von vielen Mädchen erwartet, dass sie sich um die jüngeren Geschwister kümmern und im Haushalt mithelfen. Die traditionelle räumliche Geschlechteraufteilung – Männer im öffentlichen, Frauen im häuslichen Raum – die auf einer traditionellen Verteilung der Geschlechterrollen basiert, spiegelt sich anhand der Gelegenheiten, Sport auszuüben, wider. Traditionelle Geschlechterrollen tragen demnach auch zu asymmetrischen Geschlechterhierarchien im öffentlichen Sport- und Amateurfußballraum bei. Im Rahmen des Projekts *Craque do Amanhã* kommunizieren die Mitarbeiter*innen mit den Eltern bezüglich der positiven Auswirkungen, die das sportive Engagement auf das Leben ihrer Töchter hat. Der Amateurfußball wird als ein Schlüssel gesehen, um Mädchen und junge Frauen niedriger sozialer Statusgruppen nicht nur die brasilianische Nationalsportart, sondern auch die öffentlichen Sporträume Rio de Janeiros entdecken und erobern zu lassen und ihnen den Weg in ein gleichberechtigtes, selbstbestimmtes Leben zu zeigen.

Zusammenfassung

In der Vergangenheit dominierten Männer und Jungen die Fußballplätze in Rio de Janeiro, anderen Städten Brasiliens und anderen Ländern der Welt. Frauen wurden mittels Diskursen und Praktiken von ihnen ausgeschlossen. Die städtischen Amateurfußballräume zeichneten sich infolgedessen jahrzehntelang durch ungleiche Geschlechterhierarchien aus und bildeten zentrale Orte für die Konstruktion traditioneller Geschlechterbilder und -ordnungen. Sie repräsentierten eine Weltsicht, in der Frauen „von Natur aus“ als zu schwach und ungeeignet für Praktiken wie das Fußballspielen galten. Die Frauen, die ihren Ausschluss von der Sportart Fußball und von den Sportplätzen nicht akzeptieren wollten, mussten gegen Verbote und Vorurteile ankämpfen. Ganz im Sinne von Van Ingen und Enke, handelte es sich bei den Fußballplätzen um *gendered* und *contested space*: Räume, die von asymmetrischen Geschlechterordnungen geprägt waren und in denen das Eintreten weiblicher Akteure Konflikte und Aushandlungsprozesse auslöste (vgl. Van Ingen 2003; Enke 2007).

Heute sind Frauen in Rio de Janeiro in diesen städtischen Räumen stärker präsent. Doch auch wenn Frauen das Recht haben, in gleicher Weise

11 Interview mit Isabel, 18.11.2015, Projektleiterin von *Craque do Amanhã*.

Fußballplätze zu nutzen wie Männer, sind Vorurteile weiterhin präsent, finden Aushandlungen zwischen weiblichen und männlichen Akteur*innen statt und handelt es sich beim Amateurfußball auch heute noch um ein umkämpftes Feld. Einige der Spielerinnen, die heute im Zentrum von Rio de Janeiro trainieren, werden auf dem Fußballplatz mit diskriminierenden Kommentaren konfrontiert. Das gemeinsame Spiel von Männern und Frauen ist ebenso ein Auslöser für Konflikte auf dem Fußballfeld. Frauenteamer traditioneller und durch Männerfußball geprägter Sportvereine trainieren teilweise unter dem Druck, in der Öffentlichkeit ein „gutes Bild“ abgeben zu müssen, um die eigene Existenz nicht zu gefährden. Die geschlechterspezifischen Aushandlungen gestalten sich jedoch auch zu Gunsten der neuen weiblichen Akteure. Eine zunehmende Anzahl weiblicher Teams eignet sich während der Trainingszeiten die zentralen Sporträume der Stadt an. Anhand ihrer sportlichen und technischen Expertise beweisen Spielerinnen und Trainerinnen, dass sie gleichberechtigte Akteurinnen auf dem Platz und in der Sportart Fußball sind. Durch das wiederholte Spielen und die Einführung von nicht mit hegemonialer Männlichkeit assoziierten Verhaltensformen und Praktiken prägen die weiblichen Akteure den Amateurfußballraum.

Urbane zivilgesellschaftliche Akteur*innen wie *Estrela Nova* und *Craque do Amanhã* unterstützen Mädchen und junge Frauen aus unteren sozialen Statusklassen, die öffentlichen Sportorte der Nachbarschaft zu nutzen und ermöglichen ihnen den Zugang zum Fußballspiel. Wie die Akteurinnen, die Soto Villagrán beschreibt, nehmen die Vereine Einfluss auf die Stadtraumnutzung und werden dabei von einem emanzipatorischen Denken geleitet. Sportive und geschlechterpolitische Maßnahmen wie das gemeinsame Fußballspiel von Jungen und Mädchen dekonstruieren die Mythen eines männlichen Fußballraums und sensibilisieren Spieler*innen und Zuschauer*innen für den Gedanken der Geschlechtergleichheit. Geschlechterhierarchien im sportiven Raum werden auf diese Weise verändert. Weibliche sportive Akteur*innen überschreiten soziale und geographische Grenzen in der Stadt und eignen sich temporär für sie lange Zeit nicht existierende urbane Räume an. Am Frauenamateurfußball in Rio de Janeiro wird deutlich, dass Sportorte in Großstädten umkämpfte geographische und soziale Räume sind, an denen Geschlechterfragen ausgehandelt und gesellschaftliche Umbruchprozesse sichtbar werden.

Literatur

Anthias, Floya, & Nira Yuval-Davis (1992): *Racialised Boundaries. Race, Nation, Gender, Colour and Class and the Anti-Racist Struggle*. London.

- Canegal de Almeida, Ana Letícia (2012): *Entrando em campo: as peladas no Aterro do Flamengo*. 28th Reunião Brasileira de Antropologia, São Paulo.
- Damo, Arlei (2005): *Do dom a profissão. Uma etnografia do futebol de espetáculo a partir da formação de jogadores no Brasil e na França*. Dissertation, Universidade Federal do Rio Grande do Sul, Porto Alegre.
- Enke, Anne (2007): *Finding the Movement. Sexuality, Contested Space, and Feminist Activism*. Durham, NC.
- Fermino Beverari, Rafael (2009): *Futebol de várzea: Berço de insubordinações. Faculdade de ciências sociais*. Unveröffentlichte Abschlussarbeit, Pontifícia Universidade Católica de São Paulo, São Paulo.
- Filho, Mario (1964): *O negro no futebol brasileiro*. Rio de Janeiro.
- Franzini, Fábio (2005): „Futebol é ‘coisa para macho’? Pequeno esboço para uma história das mulheres no país do futebol“. In: *Revista Brasileira de História*, Bd. 25, Nr. 50, S. 315-328, <http://dx.doi.org/10.1590/S0102-01882005000200012>, letzter Aufruf: 24.2.2016.
- Goellner, Silvana Vilodre (2005): „Mulheres e futebol no Brasil: entre sombras e visibilidades“. In: *Revista Brasileira Educação Física Esporte*, Bd. 19, Nr. 2, S. 143-151, <http://www.revistas.usp.br/rbef/article/view/16590/18303>, letzter Aufruf: 24.2.2016.
- Haß, Julia (2013): *Soziale Integration und Geschlechtergleichheit im Fußball? Narrative von Gleichheit und Ungleichheit im Amateurfußball in Rio de Janeiro*. Unveröffentlichte Masterarbeit, Freie Universität Berlin.
- Lefebvre, Henri (1991): *The Production of Space*. Oxford.
- Massey, Doreen (1994): *Space, Place and Gender*. Cambridge.
- McDowell, Linda (1999): *Gender, Identity and Place. Understanding Feminist Geographies*. Cambridge.
- Rau, Susanne (2013): *Räume. Konzepte, Wahrnehmungen, Nutzungen*. Frankfurt a.M.
- Rial, Carmen (2013): „El invisible (y victorioso) fútbol practicado por mujeres en Brasil“. In: *Nueva Sociedad*, November-Dezember, Nr. 248, S. 115-126, <http://nuso.org/articulo/el-invisible-y-victorioso-futbol-practicado-por-mujeres-en-brasil/>, letzter Aufruf: 24.2.2016.
- Rigo, Luiz Carlos; Flávia Garcia Guidotti; Larissa Zanetti Theil & Marcela Amaral (2008): „Notas acerca do futebol feminino Pelotense em 1950“. In: *Revista Brasileira Ciências do Esporte*, Bd. 29, Nr. 3, S. 173-188, <http://www.revista.cbce.org.br/index.php/RBCE/article/view/217>, letzter Aufruf: 24.2.2016.
- Soares, Antonio Jorge (2000): „História e a invenção de tradições no futebol brasileiro.“ In: Alabarces, Pablo (Hg.): *Peligro de gol. Estudios sobre deporte y sociedad en América Latina*. Buenos Aires, S. 113-142
- Soto Villagrán, Paula (2013): „Zum Geschlecht (in) der Stadtforschung“. In: Huffschild, Anne, & Kathrin Wildner (Hg.): *Stadtforschung aus Lateinamerika. Neue urbane Szenarien: Öffentlichkeit – Territorialität – Imaginarios*. Bielefeld, S.185-202.
- Van Ingen, Cathy (2003): „Geographies of Gender, Sexuality and Race. Reframing the Focus on Space in Sport Sociology“. In: *International Review for the Sociology of Sport*, Bd. 38, Nr. 2, S. 201-216, <http://dx.doi.org/10.1177/1012690203038002004>, letzter Aufruf: 24.2.2016.
- Women and Geography Study Group (1984): *Geography and Gender*. London.

Anschrift der Autorin:

Julia Haß

julia.hass@fu-berlin.de

Im- und Export von Aufstandsbekämpfung: Von Rio de Janeiro nach Port-au-Prince und zurück¹

Keywords: counterinsurgency, pacification, Haiti, Brazil, Rio de Janeiro

Schlagwörter: Aufstandsbekämpfung, Befriedung, Haiti, Brasilien, Rio de Janeiro

Im Dezember 2008 wurde in Rio de Janeiro ein neues Sicherheitskonzept umgesetzt, in dessen Zentrum die Gründung sogenannter Pazifizierungspolizeinheiten (*Unidades de Polícia Pacificadora*, UPP) steht. Nachdem die Stadt lange Zeit in der nationalen und internationalen Öffentlichkeit mit Drogenkriminalität und -gewalt einerseits sowie massiver (und oftmals tödlicher) Polizeigewalt andererseits assoziiert wurde, versprach das neue Sicherheitskonzept eine Wende. Unter dem Schlagwort Pazifizierung sollten die Sicherheit in der Stadt ebenso wie die Menschenrechtsbilanz der lokalen Polizei nachhaltig verbessert werden. Die Pazifizierungsstrategie sieht vor, dass von Drogenkriminalität geplagte *favelas* zuerst durch Spezialeinheiten der Polizei besetzt werden. Anschließend werden UPP-Stützpunkte eingerichtet. Im täglichen Kontakt der UPP-Angehörigen mit den *favela*-BewohnerInnen sollen das Vertrauen in die Polizei gesteigert, Informationen über lokale Sicherheitsprobleme gewonnen und zudem Infrastrukturen (Elektrizität, soziale Dienstleistungen) bereitgestellt werden (Koonings & Kruijt 2015: 49f).²

BefürworterInnen sehen die UPP als Ausdruck einer sicherheitspolitischen „Wende“ mit Modellcharakter (u.a. Rodrigues 2014: 5; UN 2015: 2). Kritische Stimmen verweisen hingegen auf den engen Zusammenhang zwischen den UPP und der Versicherheitlichung neoliberaler Stadtentwicklung (Freeman 2012; Swanson 2013). Der Begriff der Pazifizierung selbst wird dabei bislang wenig diskutiert – gleichwohl er aus historischer Perspektive

1 Die Forschung für diesen Artikel wurde durch finanzielle Unterstützung der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) im Rahmen der Pilotstudie „Transnationales Peacebuilding als Süd-Süd-Kooperation: Brasiliens MINUSTAH-Engagement in Haiti“ ermöglicht.

2 http://www.upprj.com/index.php/o_que_e_upp_us, letzter Aufruf: 2.2.2016.

eine zentrale Rolle in kolonialen, imperialen Projekten der „Befriedung“ von „Aufständischen“ spielt. Zudem stellt er einen Standardbegriff militärischer Aufstandsbekämpfung oder *counterinsurgency* (COIN) dar (el Mechat 2014; Neocleous 2011).

Vor diesem Hintergrund fragen wir in diesem Beitrag danach, inwiefern die sicherheitspolitische „Wende“ in der Stadt im Namen der „Pazifizierung“ eine Militarisierung des Urbanen darstellt. Unser zentrales Argument ist, dass die in Rio de Janeiro implementierte Pazifizierungsstrategie untrennbar mit den geopolitischen Ambitionen Brasiliens als „emerging power“ und seiner *counterinsurgency*-Erfahrung im Kontext der UN-Mission in Haiti MINUSTAH sowie dem Rück-Import der brasilianischen „Slum-Befriedungserfahrungen“ im Rahmen der Pazifizierungsstrategie verbunden ist. Empirisch analysieren wir die Implementierung der Pazifizierungsstrategie in zwei *favela*-Gebieten (Complexo da Maré, im Folgenden: Maré, und Complexo do Alemão, im Folgenden: Alemão). Wir zeigen auf, wie sich der Rückimport der brasilianischen Pazifizierungserfahrung nach Rio de Janeiro an lokale Gegebenheiten angepasst und weiterentwickelt hat. Hiermit leistet der Artikel einen empirisch gesättigten Beitrag zur in der gegenwärtigen Diskussion um COIN vernachlässigten Rolle von Staaten des Globalen Südens als aktive Akteure der Produktion einer „globalen Aufstandsbekämpfung“ (Kelly u.a. 2010).

Neben Strategiepapieren der brasilianischen Sicherheitskräfte und Presseberichten über die Besetzungen der marginalisierten Stadtviertel in *O Globo*, *O Dia* und *Folha de Sao Paulo*, basiert unsere Analyse auf Interviews mit lokalen Nichtregierungsorganisationen (NROen), die in den (ehemals) besetzten Gebieten von Rio de Janeiro soziale Aufgaben übernehmen, sowie Videointerviews mit Angehörigen der brasilianischen Sicherheitskräfte. Die Interviews wurden vorwiegend zwischen Mai und September 2015 geführt, das weitere Material stammt aus der Anfangsphase der Besetzung des Maré im April 2014.

Der Artikel ist wie folgt gegliedert: Zunächst zeichnen wir die gegenwärtige Debatte um urbane Aufstandsbekämpfung und deren „Rückkehr“ nach Lateinamerika nach. Dann wenden wir uns dem brasilianischen Pazifizierungsmodell zu, welches eine direkte Umsetzung gegenwärtiger urbaner Aufstandsbekämpfung darstellt. Im dritten Teil zeigen wir am Beispiel der militärischen Besetzungen marginalisierter Stadtviertel Rio de Janeiros, wie der Strategiewandel und die Veränderungen von Praktiken in der militärisch-zivilen Interaktion die brasilianische Variante von COIN als exportierbares Produkt etablieren.

COIN und Stadt

Die Debatten um militärische Aufstandsbekämpfungsstrategien erlebten in den Jahren nach 9/11 eine Renaissance. Die „neue Aufstandsbekämpfungsära“ (Ucko 2009) ist insbesondere von „bevölkerungszentrierten“ COIN-Ansätzen geprägt, die sich „zum dominanten Paradigma westlicher Aufstandsbekämpfungsstrategien entwickelt“ (Kienscherf 2015: 348) haben. Solche Ansätze verstehen COIN weniger als Krieg, in dem es darum geht, den Feind zu töten. Vielmehr steht der „Schutz“ der Zivilbevölkerung im Zentrum. COIN wird deshalb auch oft als „bewaffnete Sozialarbeit“ präsentiert (Kilcullen 2010: 43). Markus Kienscherf hat gezeigt, dass der Aufstieg bevölkerungszentrierter Aufstandsbekämpfung mit dem dominanten liberal-demokratischen Selbstverständnis von westlicher Regierungspraxis verbunden ist. In diesem misst sich Legitimität staatlichen Handelns an der Zustimmung der Bevölkerung und dem Schutz von Menschenrechten. Damit verbunden ist die Dominanz dieser Form von Aufstandsbekämpfung darauf zurückzuführen, „dass in Zeiten globaler, medialer Berichterstattung liberale Demokratien nicht uneingeschränkt zu brutaler Gewalt greifen können und wollen“ (Kienscherf 2015: 348).

Als Folge dessen lässt sich diese Form der Aufstandsbekämpfung auch als „liberale Aufstandsbekämpfung“ bezeichnen, welche sich durch permanente Verweise auf liberale Ideale wie Rechtsstaatlichkeit, ethisches Verhalten, Humanitarismus und Entwicklungsdiskurse auszeichnet (Khalili 2013: 4).

In einer zunehmend urbanisierten Welt richtet sich bevölkerungszentrierte liberale Aufstandsbekämpfung insbesondere auf die Kontrolle urbaner Räume, die als zunehmend komplexe und mit „konventionellen“ Methoden der Kriegsführung nur schwer kontrollierbare Kriegsschauplätze und Konfliktorte portraitiert werden (Schaefer 2010: 22). Bezeichnenderweise trägt das aktuelle Buch des ehemaligen Beraters des US-Militärs in Fragen liberaler, bevölkerungszentrierter COIN, David Kilcullen (2013), den Titel *Out of the Mountains. The Coming Age of the Urban Guerrilla*.

Richard J. Norton, ehemaliger Angehöriger der US-Navy und gegenwärtig Professor für *National Security Affairs* am *Naval War College* in Newport, Rhode Island, kritisierte 2003 in einem Aufsatz mit dem Titel „Feral Cities“ im *Naval War College Review*, dass – anders als *failed states* – *failed cities* und die damit einhergehenden Herausforderungen für internationale Sicherheitspolitik bis dato keine hinreichende Aufmerksamkeit von Militärs, NROen und internationalen Organisationen erhalten hätten (Norton 2003: 97f). Laut Norton handelt es sich bei *feral cities* um Metropolen, in denen eine teilweise territoriale Kontrolle und Ordnung durch eine Reihe

von „Kriminellen, bewaffneten Aufständischen, Klans, Stämmen oder Nachbarschaftsorganisationen“ an die Stelle eines staatlichen Gewaltmonopols getreten sei (ebd.: 98). Nortons Artikel ist eine Standardreferenz in wissenschaftlichen und strategischen Publikationen zu den globalen militärischen und sicherheitspolitischen Herausforderungen der „failed cities“ des globalen Südens geworden (etwa Bunker 2014; Curry 2013). Ihm zufolge ist das urbane Terrain, in dem sich westliche AufstandsbekämpferInnen zurechtfinden müssen, nicht nur von „klassischen“ Aufständischen dominiert. Vielmehr seien die Städte des globalen Südens durch einen „Kriminalitäts-Terror-Aufstands-Nexus“ (Wechsler & Barnabo 2013: 235; President of the United States 2011: 6) geprägt, welcher die Grenzen zwischen militärischer Aufstandsbekämpfung und „normaler“ Polizeiarbeit brüchig werden ließe. Die Konstruktion dieses „Nexus“ erweitert den Anwendungsbereich liberaler urbaner Aufstandsbekämpfungsansätze jenseits klassischer militärischer Einsatzgebiete im Kontext des globalen „Krieges gegen den Terror“ und ermöglicht deren Export in Weltregionen, die auf den ersten Blick nur schwer mit dem globalen Krieg gegen den Terrorismus in Verbindung gebracht werden können, etwa Lateinamerika.

Lateinamerika wird oftmals als Teil dieses Nexus beschrieben, in dem „global vernetzte kriminelle Netzwerke mit radikalen politischen Bewegungen“ die Abwesenheit des Staates ausnutzen und miteinander „verschmelzen“ (Wechsler & Barnabo 2013: 235). Grenzstädte wie Ciudad del Este (Paraguay) und Foz de Iguazú (Brasilien) (Bunker & Sullivan 2010; Sullivan 2009) werden ebenso wie Ciudad Juárez in Nordmexiko (Curry 2013) als paradigmatische Beispiele lateinamerikanischer *feral cities* (s. auch Bunker & Sullivan 2011) sowie als Bedrohung für die regionale (und globale) Sicherheit präsentiert. Dies gilt insbesondere für die Präsenz von Straßengang und Drogenkriminalität in marginalisierten Stadtteilen lateinamerikanischer Großstädte.

Viele BeobachterInnen reagieren auf den Anstieg von Gewalt und Kriminalität in Folge der lateinamerikanischen Demokratisierungsprozesse mit einer apolitischen These einer „neuen“, überwiegend „kriminellen“ Form von Gewalt (Koonings & Kruijt 1999). Aufständischen gehe es weniger um die Übernahme der Staatsmacht als vielmehr um kriminell-ökonomische Profite ohne staatliche Einmischung (Sullivan & Elkus 2008). Städtische Straßengänge mit Verbindungen zur Drogenökonomie von Mexiko über Zentralamerika und die Andenregion bis hin nach Brasilien werden als „new urban insurgency“ beschrieben (Manwaring 2005: 12-17). Eine heterogene Koalition aus der Militär-, Polizei-, Außenpolitik- und Politikberatungsgemeinschaft sowie technokratischen Sicherheitsanalysen treibt vor diesem

Hintergrund die Implementierung liberaler Aufstandsbekämpfungsstrategien zur Bekämpfung von Gangs, Drogenkriminalität und nicht-staatlichen GewaltakteurInnen in Lateinamerika voran (s. Bunker & Sullivan 2014; Felbab-Brown 2010).

Diese Entwicklung in Lateinamerikas *violent democracies* (Arias & Goldstein 2010) lässt sich entlang klassischer geopolitischer Szenerien lesen: Externe AkteurInnen, insbesondere die USA, exportieren ihre geo- und sicherheitspolitischen Interessen und Strategien und tragen zur Entstehung einer „supranationalen Aufstandsbekämpfungsinfrastruktur“ (Grandin 2011) bei. Jedoch treiben nicht nur AkteurInnen aus dem Globalen Norden die Renaissance von Aufstandsbekämpfungspraktiken in der Region voran, sondern auch die lateinamerikanischen Staaten selbst, allen voran Brasilien.

Geopolitik und Pazifizierung: Brasiliens MINUSTAH-Erfahrung

Der Zusammenhang zwischen „Pazifizierung“ und Aufstandsbekämpfung zeigt sich bereits bei einem Blick in die Globalgeschichte von COIN. Diese weist unzählige „Befriedungsversuche“ indigener Bevölkerungen als Teil imperialer und/oder kolonialer Herrschaftsausübung auf, die zumeist in der Sprache der Pazifizierung beschrieben wurden. Auch Brasiliens Militär verfügt über eine lange historische Erfahrung mit der „Pazifizierung“ des „Anderen“. Sie reicht von der kolonialen „Pazifizierung“ der indigenen Bevölkerungsgruppe der Tupinambá, die eine „Gefahr“ für die portugiesische Eroberung von Belém während der Kolonisierung des Amazonas darstellten (de Souza Pinheiro 1996), über die Ausweitung und systematische „Befriedung“ indigener Gemeinschaften im 18. und 19. Jahrhundert (Langfur 2006: 261) bis hin zum zunehmend städtischen Kampf der brasilianischen Militärdiktatur (1964-1985) gegen „Subversion“ (Huggins 1998: Kapitel 7). Zu dieser Urbanisierung der brasilianischen Pazifizierungserfahrung trug auch der Import der französischen Pazifizierungserfahrung während des Algerienkrieges sowie der französischen COIN-Doktrin des „revolutionären Krieges“ (*guerre révolutionnaire*) bei. Algerienkämpfer und Veteranen der als „Schlacht um Algier“ bekannten urbanen *counterinsurgency*-Kampagne, wie der französische Algerienkämpfer Paul Aussaresses, bildeten brasilianische AufstandsbekämpferInnen aus (Martins Filho 2014; Robin 2004). Trotz dieser langen Erfahrung Brasiliens mit Pazifizierungspraktiken ist die aktuelle urbane Pazifizierungspraxis in Rio de Janeiro, die im Mittelpunkt dieses Artikels steht, nicht einfach ein historisches Erbe. Sie steht vielmehr in direktem Zusammenhang mit Brasiliens geopolitischen

Ambitionen in den internationalen Beziehungen sowie der damit zusammenhängenden „Entdeckung“ internationaler Friedensmissionen.

Am 29.5.2004 verabschiedete der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Resolution 1542, welche die *Mission des Nations Unies pour la stabilisation en Haïti – United Nations Stabilization Mission in Haiti* (MINUSTAH) etablierte. Dem (kontroversen) Exil von Ex-Präsident Jean-Bertrand Aristide im Februar des Jahres waren massive Unruhen gefolgt. Die Mission sollte der haitianischen Übergangsregierung von Boniface Alexandre dabei helfen, die „Stabilität“ im Lande wiederherzustellen. Zu diesem Zweck wurden 1.622 Angehörige der *UN Civilian Police*, 6.700 Militärkräfte und ein ziviles Kontingent von etwa 1.500 lokalen UN-Angehörigen entsandt und mit einem „robusten Mandat“ ausgestattet (UN 2004: 3). Brasilien übernahm nach fast 20-jähriger Abwesenheit in UN-Friedensmissionen (Uziel & Costa Vargas 2015) das Kommando über den militärischen Teil der Mission.

Brasiliens Interesse an einer führenden Rolle bei MINUSTAH erklärt sich aus einer geopolitischen Repositionierung des Landes als aufstrebende Macht, die zu einer „Entdeckung“ von Friedensmissionen als geopolitische Symbolpolitik führte (Sotomayor Velázquez 2014). Unter der Präsidentschaft von Lula da Silva (2002-2010) wurde MINUSTAH zum zentralen Aushängeschild für Brasiliens neue internationale Verantwortung (de Carvalho u.a. 2015: 4). Darüber hinaus zielte die militärische Erfahrung des brasilianischen MINUSTAH-Kontingents darauf ab, Haiti in ein Labor für urbane Pazifizierungsstrategien zu verwandeln, welche dann nach Brasilien re-exportiert wurden und werden (u.a. Harig 2015; Müller 2016).

Mit Blick auf die Bedeutung von MINUSTAH für die Pazifizierungsstrategie in Rio de Janeiro spielt die Hauptbedrohung für Haitis Stabilität und Sicherheit, zu deren Eindämmung die UN-Mission entsandt wurde, eine zentrale Rolle. Die UN-Resolution 1702 vom 15.8.2006 bezeichnet die Straßengangs „als ein vorrangiges Hindernis für die Stabilisierung in Haiti“. Die vom US-Verteidigungsministerium finanzierte *Haiti Stabilization Initiative* (HSI), welche MINUSTAH bei der Stabilisierung des Landes helfen soll, erklärte die Straßengangs zum Anzeichen eines „kriminellen Aufstandes“, den die HSI mittels einer *community counterinsurgency* Strategie zu bekämpfen versucht (Becker 2011).

Die Parallelen zwischen haitianischen Gangs und Aufständischen zogen auch Angehörige von Brasiliens MINUSTAH-Kontingent, die ihre Mission als „low intensity warfare“ beschrieben (Podur 2012: 114). KritikerInnen wiesen schon frühzeitig darauf hin, dass „das brasilianische Militär Aufstandsbekämpfungsmissionen in Haiti durchführt, gleich denen, die in Brasilien zur Unterdrückung der Armen in den *favelas* und der AktivistInnen

der Landlosenbewegung angewandt werden“ (Santos 2008). Jedoch ist die im Rahmen von MINUSTAH implementierte COIN-Strategie nicht auf den gewaltsamen Aspekt liberaler Aufstandsbekämpfung zu reduzieren. So umfasst die HSI-Strategie explizit nicht-gewaltförmige Varianten der Aufstandsbekämpfung durch Kooptation lokaler Nachbarschaftsorganisationen (Moe & Müller 2015). Die brasilianische COIN-Strategie war – insbesondere in den Anfangsjahren der Mission – unter liberalen AufstandsbekämpferInnen weltweit als *clear-hold-build* (CHB) bekannt. Das *U.S. Army and Marine Corps Counterinsurgency Field Manual*, die global einflussreichste Formulierung liberaler Aufstandsbekämpfung von 2006, beschreibt CHB wie folgt:

„Ein clear-hold-build-Einsatz wird in einem spezifischen Gebiet von höchster Priorität durchgeführt, in dem besonders viele Aufstandsoperationen stattfinden. Er verfolgt die folgenden Ziele:

- Eine physisch und psychologisch sichere Umgebung zu schaffen.
- Eine stabile staatliche Kontrolle von Bevölkerung und Gebiet.
- Die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen.

Die Unterstützung der Bevölkerung kann anhand der Teilnahme der lokalen Bevölkerung an von Seiten des Gastlandes durchgeführten Programmen zur Bekämpfung des Aufstandes gemessen werden.“ (FM 3-24a: 5-51)

Zu diesem Zweck werden Aufständische zuerst getötet, gefangen oder aus der umkämpften Zone vertrieben (*clear*). Dann wird eine permanente Präsenz lokaler Sicherheitskräfte (Polizei, Militär) etabliert (*hold*). In der als *build* bezeichneten dritten Phase finden Maßnahmen zum Aufbau von Infrastruktur und sozialen Dienstleistungen, etwa Straßenbauarbeiten, Gesundheitsdienstleistungen, Müllabfuhr, Brunnen- und Abwassersystemarbeiten, statt (FM 3-24a: 5-50 bis 5-90).

Brasiliens MINUSTAH-Operationen folgen im Wesentlichen diesem Modell, wie am Beispiel der Militäroperationen gegen Gangs in dem marginalisierten, aber aufgrund seiner Nähe zum Flughafen strategisch relevanten Stadtviertel Cité Soleil in Port-au-Prince deutlich wird. Am 24.1.2007 stürmten UN-Truppen unter brasilianischer Führung begleitet von Spezialeinheiten das Viertel. Sie besetzten ein als „blaues Haus“ bekanntes Gebäude in der Nähe des Unterschlupfes eines als „Evans“ bekannten Ganganführers. Der Besetzung des Viertels durch UN-Truppen folgten ein stundenlanges Feuergefecht mit Gangs sowie eine systematische Durchkämmung des Viertels durch UN-Truppen und haitianische Polizeieinheiten mit dem Ziel, Gangmitglieder zu verhaften, zu vertreiben, oder, falls notwendig, auch zu töten. Die Operation führte zu 800 Festnahmen und einer umstrittenen Zahl von Todesopfern unter der lokalen Bevölkerung (Dorn 2009: 812-819;

Podur 2012: 128-131; Hallward 2007: 288-295). Nach Abschluss dieser *clear*-Phase begannen brasilianische UN-Truppen mit der Errichtung von „strong points“, die sowohl die Rückkehr von Gangs verhindern als auch eine permanente UN-Präsenz in „aufständischen“ Stadtvierteln garantieren sollten (Fernández Moreno u.a. 2012: 385; Sotomayor Velázquez 2014: 150). Für die Durchführung der *build*-Phase, in welcher die „Sozialarbeits“-Dimension liberaler Aufstandsbekämpfung „Herz und Verstand“ der lokalen Bevölkerung zu gewinnen helfen soll, waren in Haiti NROen von besonderer Bedeutung (zur Rolle von NROen für COIN s. FM 3-24a: 2-30; 2-37; FM 3-24b: 1-47 bis 1-55; 1-69 bis 1-73). Denn funktionierende staatliche Institutionen, die diese Rolle hätten ausüben können, existierten de facto nicht.

Der von den brasilianischen Truppen umgesetzte CHB-Ansatz basierte auf der Indienstnahme von NROen, insbesondere von *Viva Rio*, einer NRO mit langjähriger Erfahrung in den *favelas* von Rio de Janeiro. Einem UN-Angehörigen zufolge hatten brasilianische Militärs verstanden, „dass sie, um das Gebiet von den Gangs zu befreien, auch Entwicklungsprojekte wie Viva Rio installieren mussten“ (zitiert in Sotomayor Velázquez 2014: 139). Darüber hinaus organisierte Viva Rio Workshops zu zivil-militärischen Beziehungen in Friedensmissionen (ebd.: 179) und setzte ein „integriertes Gewalt-Reduktionsprogramm“ um. Ein Sicherheitsberater erklärte in einem auf der Homepage der NRO bereitgestellten Dokument, das Programm verbinde „Sicherheit mit Entwicklung auf höchst praktische Art und Weise“ insbesondere durch die Kombination von „direkter Gang-Mediation“ mit der Bereitstellung von „Regenaufbereitung, Wassereinsparung und -verteilung, Sanitär- und Hygienemaßnahmen, Müll- und Abwasserinstallationen, Bildungsangeboten für gefährdete Jugendliche, Gesundheitsangeboten für Frauen und Freizeitangeboten“ (Muggah 2010: 454).

***Clear, Hold and Build*: Die Pazifizierung Rio de Janeiros**

Der in Haiti zum ersten Mal in voller Form umgesetzte CHB-Ansatz des brasilianischen Militärs mit der prominenten Rolle von NROen als PazifizierungshelferInnen findet sich auch in Rios aktueller Pazifizierungsstrategie wieder. Die aktuelle Pazifizierungsstrategie in Rio de Janeiro ist untrennbar mit der Einrichtung der UPP verbunden. Seit der Einführung dieses Programms haben staatliche SicherheitsakteurInnen zunehmend „soziale“ Aufgaben wie Müllbeseitigung und die Intervention in Nachbarschaftsstreitigkeiten übernommen und das Gespräch mit Nachbarschaftsvereinigungen gesucht. Die konkrete Arbeit der UPP, die gegenwärtig mit fast 40 Einheiten

in verschiedenen *favelas* der Stadt operieren, ist deutlich von dem in Haiti erprobten CHB-Ansatz inspiriert (s. auch Wikileaks 2009).

Militärbesetzungen, die Teil der Pazifizierungsstrategie sind, sind zwar in Rio de Janeiro nichts Neues. Bereits während des ECO-Rio-92-Gipfels war die Armee zur Herstellung der Sicherheit in der Stadt mit besonderen Befugnissen aufgestellt. 1994-1995 war sie bei der bis dato größten Militärbesetzung der urbanen Peripherie Rio de Janeiros im Rahmen der „Operação Rio“ mit über 20.000 Soldaten im Stadtgebiet präsent (Soares 1996). Gegenüber diesen Einsätzen unterscheidet sich die Pazifizierungsstrategie insbesondere durch ihr Ziel, die territoriale Kontrolle in den von hohen Kriminalitätsraten gekennzeichneten Stadtvierteln dauerhaft (wieder) zu gewinnen.

Für die Umsetzung des CHB-Ansatzes spielen die Zusammenarbeit von Polizei und Militär mit lokalen Stadtteilorganisationen sowie Menschenrechts-NROen eine entscheidende Rolle. Sie verwirklichen die Pazifizierungsstrategie auf lokaler Ebene. Dabei erfolgt die Einbindung zivilgesellschaftlicher AkteurInnen und humanitärer Organisationen zum Zweck einer effektiveren territorialen/militärischen Kontrolle. Anders als eine auf emanzipativen Prozessen beruhende Selbstorganisation der Stadt ist diese Indienstnahme häufig von *top-down*-Maßnahmen geprägt. Lokale NROen werden zu legitimen Interessenvertretungen der Bevölkerung stilisiert und dienen zugleich als Anbieterinnen eigentlich staatlich zur Verfügung zu stellender infrastruktureller Ressourcen (Elektrizität, Wasser, Bildungseinrichtungen und Sicherheit) sowie als Informationsquelle über lokale soziale Strukturen für einen effektiveren polizeilich-militärischen Einsatz.

COIN und die UPP: die Pazifizierung des Complexo do Alemão

Die Besetzung und der Abzug der Militärs in die und aus den Stadtteilen Alemão und Maré und der sich damit anschließende Übergang von der *clear-* zur *hold-*Phase stellen einen Bruch dar, an denen die Beziehungen zwischen den AkteurInnen neu ausgehandelt werden. Beide Besetzungen veränderten nachhaltig die Pazifizierungsstrategie. Dominierten bis Ende der 2000er Jahre v.a. gelegentliche Razzien des *Batalhão de Operações Policiais Especiais* (Bataillon für Polizeiliche Spezialeinsätze, BOPE), teils mit gepanzerten Fahrzeugen, so wurden erst mit der Besetzung und dem Großaufgebot an polizeilichen und militärischen Einheiten im Rahmen der Pazifizierung des Alemão 2010-2011 die internen Machtverhältnisse zwischen Polizei, Drogenbanden und NROen bzw. Nachbarschaftsvereinigungen destabilisiert.

Während der 18 Monate dauernden Besetzung übernahm das Militär, welches von den mehrheitlich in Haiti fortgebildeten Polizeieinheiten der BOPE im urbanen Nahkampf unterrichtet wurde, polizeiliche Aufgaben wie Personendurchsuchungen und unangekündigte Hausdurchsuchungen im Verdachtsfall (s. FM 3-24a: 5-58). Als städtische Spezialeinheit und vergleichbar mit der deutschen GSG 9 oder dem US-amerikanischen SWAT-Team³ wurde die BOPE als eine Anti-Terror-Einheit geschaffen. Auch die Unterdrückung von Aufständen in Gefängnissen, der Schutz von Megaevents und Fälle extremer Störungen der öffentlichen Ordnung zählen zu ihren Einsatzgebieten. Seit dem Beginn des Pazifizierungsprogramms im Jahr 2008 war die BOPE, der Militärpolizei zugehörig, am *clearing* und an der Lokalisierung von Drogenbanden und -bossen sowie an der Beseitigung von Straßenbarrikaden beteiligt. Diese Maßnahmen, die seit den Einsätzen in Port-au-Prince zum Repertoire der BOPE zählen (Kaiser 2010), erfüllen zugleich die Funktion, die „Aufständischen“ durch eine Reihe von „kurzen und gezielten Aktionen [...] zur Aufgabe zu bewegen“ (FM 3-24a: 5-56).

Im Unterschied zur Besetzung des Stadtteils Maré war dieser Einsatz nicht vorher datumsgenau angekündigt worden. Aus Hubschraubern des Privatfernsehens gefilmte Bilder von über die Hügel fliehenden Drogenbossen sollten den Erfolgscharakter der Aufräumstrategie untermauern. Nach diesem anfänglichen Schockmoment gegen „die Gegner, die Drogenbosse“ beginnt das Aufspüren des kriminellen Netzwerks, wie der BOPE-Kommandant Rene Alonso (2014) erklärte. Für den Erfolg dieser Durchsuchung des Viertels im Rahmen der *clear*-Phase hing die Polizeieinheit von Tipps und Wissen der Bevölkerung ab, wofür wiederum der Aufbau vertraulicher Beziehungen zu lokalen AnführerInnen und „gewöhnlichen BürgerInnen“ notwendig ist (ebd.).

Der frühere Chef der BOPE und heutige Sicherheitsminister des Bundesstaates von Rio de Janeiro, José Mariano Beltrame, gilt nicht zufällig als der Autor dieses Programms, welches auch eine Reaktion auf das gewaltsame Image der Militärpolizei darstellte. Die Besetzung des Alemão wurde zu einer konzertierten Aktion „weicher“ mit harten Polizeistrategien, die den sich verändernden Charakter des staatlichen Drogenkriegs zum Ausdruck bringen sollte. Beltrame war und ist ein Befürworter der Überführung des UPP-Programms und der Pazifizierungsstrategie in eine auf Dauer angelegte föderale Institution. In der Argumentation hierfür gilt eine auf zivile Nähe setzende Polizeieinheit als alternativlos angesichts nicht zurück gehender Mordraten.

Tatsächlich wurden in einigen der *favelas* des Alemão UPP-Einheiten stationiert und damit der auf persönliche Beziehungen und Vertrauen

3 SWAT = *Special Weapons and Tactics*.

seitens der Bevölkerung gerichtete CHB-Ansatz umgesetzt. Der frühere UPP-Kommandant Coronel Robson Rodríguez da Silva behauptete, dass „die Polizei den Hügel⁴ bereits erobert“ habe und nun „die Bevölkerung erobern müsse“ (Epoca 2010), und drückte damit explizit den Ruf nach jener liberalen Variante der Aufstandsbekämpfung aus, welche sich weniger auf ein Territorium als auf die Steuerung der Bevölkerung richtet. Anstelle eines Generalverdachts sei die Unterscheidung zwischen den „guten“ und „schlechten“ BewohnerInnen der *favelas* die Grundlage für die Effizienz und Legitimität des Einsatzes. Die effektive Demobilisierung krimineller AkteurInnen sei dabei in direkter Weise förderlich für einen als legitim wahrgenommenen Einsatz. Diese Strategie setze eine Polizei voraus, die nicht nur repressiv vorgehe, sondern auch „Sozialarbeiter und Krankenschwester“ sei (zit. in Muggah & Souza Mulli 2013: 65). Es geht also darum, „Herz und Verstand“ der lokalen Bevölkerung durch die Implementierung „bewaffneter Sozialarbeit“ zu gewinnen und damit staatliche Legitimität herzustellen: das zentrale Ziel liberaler Aufstandsbekämpfung.

Die Besetzung der Maré im Kontext von Rios Pazifizierung

Die Bedeutung von Legitimität im Handeln staatlicher Gewaltakteure wird an zwei Daten in besonderer Weise deutlich, dem 1.4.2014 und dem 30.6.2015. In der Maré, einem Konglomerat aus 17 ökonomisch schwachen Stadtvierteln, stellte sich an beiden Tagen das Machtgleichgewicht zwischen staatlichen und nichtstaatlichen AkteurInnen neu dar. Vom 1.4.2014 bis zum 30.6.2015 patrouillierten im Rahmen der „Operação São Francisco“ im zweimonatigen Wechsel je 3.000 Kräfte von Infanterie, Marine und Luftwaffe in der Maré. Die Maré wird von verschiedenen Drogenkartellen kontrolliert und umkämpft. Während der Besetzung hielten insgesamt 23.500 SoldatInnen die Stellung an strategisch wichtigen Punkten, v.a. an den Ein- und Ausgängen des *favela*-Konglomerats. Am 30.6.2015 wurden die SoldatInnen dann wieder durch eine deutlich geringere Anzahl, Schätzungen zufolge 400 MilitärpolizistInnen (O Dia 2015), abgelöst. Bei vielen AnwohnerInnen und NROen stieß diese Situation auf Ablehnung und Angst – trotz einer häufig geäußerten Kritik gegenüber der militärischen Intervention ein Jahr und drei Monate zuvor. In der Kritik stand vor allem die Amateurhaftigkeit der Polizei gegen einen vermeintlichen Professionalismus der Armee (O Globo 2015). Darüber hinaus, so verschiedene Anwohnervereinigungen (Interviews mit *Associações de Moradores*, den

4 Im Orig.: „morro“ – ein geografisches Sinnbild für die Orte, an denen die Armensiedlungen wachsen.

Nachbarschaftsvereinigungen Vila do João und Nova Holanda, 3. und 4.9.2015), hatte sich die Armee durch einen respektvolleren Umgang mit der Privatsphäre der BewohnerInnen einen Vertrauensvorsprung gegenüber der Polizei erarbeitet.

Die Besetzung, die erste Phase der CHB-Strategie, war anfänglich medienwirksam inszeniert. Die Bilder, die ein großes internationales Aufgebot an JournalistInnen am Tag der Besetzung der Maré aufgenommen hatte, zeigten über die konzertierte Einnahme strategischer Punkte den staatlichen Anspruch auf Übernahme territorialer Kontrolle. Zu Wasser, Lande und Luft drangen Einheiten des Militärs unterstützt von der Polizei-Spezialeinheit BOPE in das Gebiet ein. Der Einsatz war nach vorheriger Ankündigung geschehen. Entsprechende Videoaufnahmen aus den frühen Morgenstunden zeigen AnwohnerInnen auf den Gehwegen ihres Viertels. Sie machen Handyvideos von Panzern, Hubschraubern und Soldaten. Wenige Stunden später folgten das Hissen der brasilianischen Flagge und ein Pressetermin vor Ort.

Maré, in der laut staatlichem Zensus 129.000 Menschen leben⁵, steht für Drogenbandenriminalität, unerlaubten Waffenbesitz, sozioökonomische Marginalisierung und Polizeigewalt. Zugleich ist das Gebiet durch hohe Bevölkerungsdichte und eine Reihe militärischer Einrichtungen, u.a. militärische Ausbildungs- und Rekrutierungszentren, gekennzeichnet. Die jüngste Zunahme der Präsenz staatlicher GewaltakteurInnen steht in starkem Kontrast zur verbreiteten Sichtweise auf marginalisierte Viertel als „Territorien ohne Staatlichkeit“, in denen die erwähnten infrastrukturellen Angebote von nicht-staatlichen, häufig bewaffneten Akteuren, den sog. Milizen, angeboten werden. NROen kritisieren die Abwesenheit staatlicher Dienstleistung bei gleichzeitiger massiver Polizeipräsenz und hohen Raten an polizeilichen Befugnisübertritten als Mangel an staatsbürgerlichen Rechten (Souza e Silva o.J.). Während der Besetzung war die Armee auch mit „weichen“ Aufgaben staatlicher Sozialarbeit präsent: Sie organisierte Konzerte und Fußballspiele, bot medizinische Dienstleitungen durch Militärärzte sowie Trauungen an.

Verhandlungssache Militarisierung: vom Alemão zur Maré

Die Legitimität des Einsatzes durch eine positive Wahrnehmung seitens der Bevölkerung spielte bei der Besetzung der Maré 2014/2015 eine größere Rolle als bei jener des Alemão 2010/2011 (Folha 2015). Die Besetzung des Alemão sah noch das Eindringen in den privaten Raum (Häuser und

5 Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística, <http://cidades.ibge.gov.br>, letzter Aufruf: 2.2.2016.

Schießposten auf Hausdächern) und die Eroberung strategischer Kontrollpunkte vor. Die Handlungsanweisung für das Militär in seiner für die Maré-Besetzung gültigen Version (Ottoni 2014) beinhaltete demgegenüber eine Reihe von Kompetenzbeschnidungen während der *build*-Phase. In der Verfeinerung der vier Jahre zuvor begonnenen Strategie der Kombination von harten mit weichen Polizeimethoden im Namen der Pazifizierung wurden Hausdurchsuchungen bei verdächtigen Personen an richterliche Beschlüsse gebunden. Ferner entfiel die Möglichkeit, die Dächer von privaten Häusern zur Observation von Straßenzügen zu nutzen. Insbesondere hieran zeigt sich eine Weiterentwicklung der Strategie, die sich nun stärker an der Wahrnehmung der Legitimität der Militärpräsenz orientiert. Die Kompetenzbeschnidung beförderte die nachhaltig positive Wahrnehmung des alltäglichen Handelns der Militärs und schuf wachsendes Vertrauen (Interview mit Mitarbeiterin des *Observatorio*, 3.9.2015). Da die im zweimonatigen Austausch arbeitenden Militärs nicht ausreichend lang an Ort und Stelle seien, sei auch das Risiko geringer, dass sie in die Korruptionsspirale gezogen und dadurch kriminelle Strukturen des Drogen- und Waffenhandels verstärken würden. Zudem wurde die ständige Präsenz der Sicherheitskräfte durch vermehrte Patrouillen weitgehend ersetzt, ein weiteres zentrales Element der *hold*-Phase eines CHB-Ansatzes: „Sobald Aufstandsbekämpfer eine Unterstützungsbasis aufgebaut haben, können Sicherheitseinheiten nicht mehr statisch bleiben. Sie sollten mobil sein und eine konstante Präsenz im gesamten Gebiet etablieren.“ (FM 3-24a: 5-58; s. auch FM 3-24b: 7-68) Dies verhinderte, so ein Barbesitzer im Stadtteil Nova Holanda, den dauerhaften Eindruck eines gefährlichen Kriegszustandes, welcher sich schlecht auf das Geschäft auswirken würde (Interview, 5.9.2015).

Die beiden größten NROen der Maré, das *Observatorio de Favelas* (im Folgenden: *Observatorio*) und die *Redes de Desenvolvimento da Maré* (Netzwerk zur Entwicklung der Maré, im Folgenden: *Redes*), befürworteten diese Befugnisbeschränkung nicht nur, sie beanspruchten auch, diese durch den Dialog mit den Sicherheitskräften ausgehandelt zu haben. Sie würden damit ihre Aufgabe wahrnehmen, die (Menschen-)Rechte der betroffenen Bevölkerung vor dem Staat zu schützen (Interview mit einer Mitarbeiterin des *Observatorio*, 31.8.2015). Hierfür spielt die Kooperation mit AnwohnerInnenvereinigungen eine wichtige Rolle. Anwohnervereinigungen sind nicht demokratisch legitimiert; sie beanspruchen jedoch, so ein Sprecher der Dachorganisation *Redes*, die gemeinsamen Forderungen der 16 Vereinigungen der Viertel zu repräsentieren. Darüber hinaus fordern sie die institutionelle Anerkennung als formaler Akteur durch die Armee (*Redes* 2015). Im Fall des Präsidenten der Nachbarschaftsvereinigung der *favela* Morro

de Timbau, des Expolizisten Osmar Camelo, zeigte sich, wie umstritten eine solche Positionierung ist: Kurz nach seiner Unterstützungszusage für das Militär wurde Camelo unter ungeklärten Umständen von Unbekannten erschossen. Trotzdem, so eine Sprecherin des *Observatorio*, sei es eines ihrer Hauptanliegen, den Dialog mit Militär und Polizei aufrechtzuerhalten. Die von verschiedenen Stiftungen und staatlichen Unternehmen wie Petrobras finanzierte NRO hat sich bereit erklärt, den staatlichen Sicherheitsakteuren Informationen zur Sicherheitslage zeitnah bereit zu stellen (Interview mit einer Mitarbeiterin des *Observatorio*, 3.9.2015).

Eine Vertreterin von Redes erklärte im Interview (5.9.2015), der „Staat“ zeige durch die unübersichtliche Praxis gelegentlicher Patrouillen und mangelnder fester Polizeieinrichtungen ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Ausnahmezustandes. Hieraus entstehe die Notwendigkeit einer andauernden humanitären Intervention, wodurch ihrer Organisation, der NRO Redes, die Rolle der Verteidigung sozialer Rechte zukommt. Ihre Arbeit besteht v.a. darin, staatsbürgerliche Rechte sowie eine rechtsstaatlich handelnde, bevölkerungsorientierte Polizei einzufordern. An eben dieser Überlagerung von Menschen- und Staatsbürgerrechtsdiskursen setzt die „weiche“ liberale Aufstandsbekämpfung an und gibt lokalen Akteuren, wie etwa NROen, Gelegenheit, ihre soziale, politische und letztlich auch ökonomische Position in den marginalisierten Territorien Rio de Janeiros zu festigen.

In der *build*-Phase wird die gegenseitige Abhängigkeit von Militär und AnwohnerInnenvertretung sowie NROen deutlich: Mit Bezug auf die Schwierigkeiten zur Freund-Feind-Unterscheidung in den dicht besiedelten urbanen „Kriegsgebieten“ von Rio de Janeiro und Port-au-Prince stellt BOPE-Kommandant Alonso die Parallele her, dass hierfür ein intensives sozio-kulturelles Wissen nötig sei, welches nur durch eine dauerhafte Präsenz der Truppen erlangt werden könne (Alonso 2014; s. auch FM 3-24a 3-36 bis 3-51; Price 2011). Neben guter Schusskompetenz, so seine Erklärung weiter, sei auch das kulturell angebrachte Verhalten der Truppen für den Erfolg des Einsatzes von entscheidender Bedeutung. Hierfür wiederum, so habe die Erfahrung in Haiti gezeigt, sei der kreative Umgang mit Kommunikationskanälen, von der Verteilung von Flugblättern bis zu Graffitis an Hausmauern, die zur Kooperation und zum Verständnis des Einsatzes aufriefen, hilfreich. Die Verbindung von *softskills* mit *hardskills* ist ein Hauptelement der *build*-Phase urbaner Aufstandsbekämpfung. Dabei dient der Einsatz auch zur Verfeinerung polizeilicher Interventionsmaßnahmen bei Einsätzen im Ausland: So half die MINUSTAH-Mission bei der Entwicklung von Workshops im Ausbildungszentrum für UN-Truppen in Rio de Janeiro (Harig 2015).

Marginalisierte Teile der Stadt werden so zum „Echtzeitlabor“ (Harig 2015: 151) für Befriedungseinsätze in dicht besiedelten Gebieten. Dieses Labor hat eine transnational verflochtene Geographie. Beim von General Major Alvaro de Souza Pinheiro geleiteten Ausbildungsbesuch der BOPE in Port-au-Prince im Jahr 2008 (Folha 2008) ging es im Austausch mit haitianischen KollegInnen um eine Verbesserung urbaner Aufstandsbekämpfungstaktiken. Die Aufgabe militärischer Truppen Brasiliens in Haiti war es, die *clear*-Phase der Aufstandsbekämpfungsstrategie in das eigene Repertoire und das der haitianischen Sicherheitskräfte zu inkorporieren: „Gefährliche Subjekte“ unter der „friedlichen Bevölkerung“ zu identifizieren und zu neutralisieren. Diese Einsätze in dicht besiedelten Gebieten, so General Vendramin Nunes, bedürften eines kulturellen Kontextwissens sowie der Hilfe der Bevölkerung, um die Freund-Feind-Unterscheidung schnell und sicher treffen zu können (Vendramin Nunes 2013).

Warum aber wurde im Anschluss an diesen teuren Einsatz (600 Mio. Reais, etwa 180 Mio. €) in der Maré nicht eine nachhaltige *hold* und *build*-Phase angeschlossen und UPP-Einheiten stationiert? Weniger als um eine dauerhafte „Befriedung“ geht es um die grundsätzliche Etablierung des brasilianischen Militärs als Akteur, der Expertise zur urbanen Kriegsführung auf globalem Niveau beansprucht und soziale, kontextsensible Kompetenzen zum Export in andere Krisenregionen anbietet.

Bei Besetzung der *favelas* hat das Militär einerseits von den lokalen AkteurInnen gelernt. Die Praktiken der Intervention haben sich verändert. Sie zielen auf einen expliziten Übergang von offener staatlicher Repression auf eine eher bevölkerungszentrierte, sensiblere, kooperative Kriegsführung ab, die sich auf lokales Wissen und Unterstützung berufen kann und im Gegenzug die Arbeit der lokalen NROen würdigt und in der öffentlichen Wahrnehmung anerkennt. In der Umsetzung der CHB-Strategie wurde für die staatlichen GewaltakteurInnen die Notwendigkeit, mit NROen zusammenarbeiten, deutlich. Sie verfolgt eine klare Aufgabenteilung und etabliert eine wechselseitige Abhängigkeit ziviler und lokaler Akteure.

Zusammenfassung

MilitäranalystInnen stellen mit Blick auf die aktuelle Krisenhaftigkeit globaler urbaner Vernetzung eine direkte Verbindung von politisch motivierten mit kriminellen Aktivitäten unter der Definition des „Aufständischen“ her. Weder in Port-au-Prince noch in Rio de Janeiro wird den zu bekämpfenden „Anderen“ eine explizite politische Position zugestanden. Hingegen dient gerade die Undurchdringlichkeit des besetzten Territoriums und seines

komplexen Sozialgeflechts der Legitimierung eines bewaffneten und dem sozialen wie materiellen *clearing* gewidmeten Einsatzes. Diese diskursive Verschiebung erweitert den Handlungsspielraum von Armee und Polizei. Im Zuge der Pazifizierungsmaßnahmen treten sie als durch die humanitäre Notlage legitimierbare Stabilisierungsgaranten auf. Die brasilianischen AkteurInnen an der Spitze der MINUSTAH präsentieren sich im Rahmen der urbanen Stabilisierungsmission als ausgewiesene ExpertInnen aufgrund ihrer Trainingsmöglichkeiten im eigenen Land. Darüber hinaus eröffnet sich ihnen ein transnationales Labor zur Weiterentwicklung effizienter Methoden der Pazifizierung von Krisengebieten. Im Zuge dieser Weiterentwicklung einer spezifisch liberalen Variante urbaner Aufstandsbekämpfung erarbeiten sich die brasilianischen AkteurInnen dauerhaft die Rolle legitimer und effizienter ErfolgsgarantInnen für internationale Friedenseinsätze im Rahmen der UN, aber auch für die Entwicklung einer international exportierbaren Expertise im Bereich urbaner Sicherheitsgovernance.

Dieser Handlungsspielraum ist durch ein Geflecht aus zivilen lokalen und internationalen sowie staatlichen und nicht-staatlichen GewaltakteurInnen gekennzeichnet. Die beschriebene „bewaffnete Sozialarbeit“ der Aufstandsbekämpfung in Verbindung mit der teilweisen und vorübergehenden Übertragung von Regierungskompetenzen auf NROen und Nachbarschaftsorganisationen zielt zum einen auf einen effizienteren Einsatz staatlicher AkteurInnen der Sicherheitsherstellung; zum andern dient sie dazu, die Legitimität der „BesetzerInnen“ in den Augen der Bevölkerung zu erhöhen.

Literatur

- Alonso, Rene (2014): *Interview mit Rene Alonso*. <https://www.youtube.com/watch?v=gRGC2TSkWMg>, letzter Aufruf: 30.4.2015.
- Arias, Enrique Desmond, & Daniel E. Goldstein (2010) (Hg.): *Violent Democracies in Latin America*. Durham, <http://dx.doi.org/10.1215/9780822392033>.
- Becker, David C. (2011): „Gangs, Netwar and ‘Community Counterinsurgency’ in Haiti“. In: *PRISM*, Bd. 2, Nr. 3, S. 137-154.
- Bunker, Robert J. (2014): *The Emergence of Feral and Criminal Cities. U.S. Military Implications in a Time of Austerity*. Lan War Papers No. 99. Arlington, VA.
- Bunker, Robert, & John P. Sullivan (2010): „Cartel Evolution Revisited. Third Phase Cartel Potentials and Alternative Futures in Mexico“. In: *Small Wars and Insurgencies*, Bd. 21, Nr. 1, S. 30-54, <http://dx.doi.org/10.1080/09592310903561379>.
- Bunker, Robert J., & John P. Sullivan (2011): „Integrating Feral Cities and Third Phase Cartels/third Generation Gangs Research. The Rise of Criminal (Narco) City Networks and Black-For“. In *Small Wars & Insurgencies*, Bd. 22, Nr. 5, S: 764-786, <http://dx.doi.org/10.1080/09592318.2011.620804>.
- Bunker, Robert, & John P. Sullivan (2014) (Hg.): *Crime Wars and Narco Terrorism in the Americas*. Bloomington, IN.

- Curry, Warren J. (2013): *Ciudad Juarez: A Feral City Threat on our Doorstep?* Carlisle, PA.
- de Carvalho, Vinicius Mariano; Rafael Duarte Villa; Thiago Rodrigues & Henrik Breitenbach (2015): „Brazilian Participation in United Nations Peacekeeping Operations“. In: *Brasiliiana – Journal for Brazilian Studies*, Bd. 3, Nr. 2, S. 1-5.
- de Souza Pinheiro, Alvaro (1996): „Guerrillas in The Brazilian Amazon“. In: *Military Review, Edição Brasileira*, Bd. 76, Nr. 2, S. 58-79.
- Dorn, Walter A. (2009): „Intelligence-led Peacekeeping. The United Nations Stabilization Mission in Haiti (MINUSTAH), 2006-2007“. In: *Intelligence and National Security*, Bd. 24, Nr. 6, S. 805-835, <http://dx.doi.org/10.1080/02684520903320410>.
- el Mechat, Samia (2014) (Hg.): *Coloniser, pacifier, administrer, XIX-XXI siècles*. Paris.
- Epoca (2010): „Coronel Robson Rodrigues da Silva. O novo rosto da lei nas favelas“. In: *Epoca*, 15.7.2010.
- Felbab-Brown, Vanda (2010): *Shooting Up. Counterinsurgency and the War on Drugs*. Washington, D.C.
- Fernández Moreno, Marta; Carlos Chagas Vianna Braga & Máira Siman Gomes (2012): „Trapped Between Many Worlds. A Post-Colonial Perspective on the UN Mission in Haiti (MINUSTAH)“. In: *International Peacekeeping*, Bd. 19, Nr. 3, S. 377-392, <http://dx.doi.org/10.1080/13533312.2012.696389>.
- Folha (2008): *Bope fará „viagem da instrução“ ao Haiti*. <http://www1.folha.uol.com.br/cotidiano/2008/01/362338-bope-fara-viagem-de-instrucao-ao-haiti.shtml?mobile>, letzter Aufruf: 4.9.2015
- Folha (2015): *Oficiais do exército preferem ação no Haiti à ocupação do Complexo da Maré*. <http://www1.folha.uol.com.br/cotidiano/2015/05/1623843-oficiais-do-exercito-preferem-acao-no-haiti-a-ocupacao-do-complexo-da-mare.shtml>, letzter Aufruf: 2.9.2015.
- Freeman, James (2012): „Neoliberal Accumulation Strategies and the Visible Hand of Police Pacification in Rio de Janeiro“. In: *Revista de Estudos Universitários*, Bd. 38, Nr. 1, S. 95-126.
- Grandin, Greg (2011): „Building a Perfect Machine for Perpetual War. The Mexico-to-Colombia Security Corridor Advances“. In: *The Nation*, 11.2.2011.
- Hallward, Peter (2007): *Damming the Flood. Haiti, Aristide, and the Politics of Containment*. London.
- Harig, Christoph (2015): „Synergy Effects between MINUSTAH and Public Security in Brazil“. In: *Brasiliiana – Journal for Brazilian Studies*, Bd. 3, Nr. 2, S. 142-168.
- Huggins, Martha (1998): *Political Policing*. Durham, NC.
- Kaiser, Konrad (2010): *BOPE – Special Forces of the Rio de Janeiro Police*. http://dialogo-americas.com/en_GB/articles/rmisa/features/special_reports/2010/12/23/feature-ex-1752, letzter Aufruf: 2.9.2015.
- Kelly, John. D.; Beatrice, Jauregui; Sean T. Mitchell & Jeremy Walton (2010) (Hg.): *Anthropology and Global Counterinsurgency*. Chicago, IL.
- Khalili, Laleh (2013): *Time in the Shadows. Confinement in Counterinsurgencies*. Stanford, CA.
- Kienscherf, Markus (2015): „Zwischen legitimem Regieren und imperialem Krieg. Die Widersprüchlichkeit westlicher Aufstandsbekämpfungsstrategien“. In: *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*, Bd. 8, Nr. X, S. 347-357.
- Kilcullen, David (2010): *Counterinsurgency*. Oxford.
- Kilcullen, David (2013): *Out of the Mountains. The Coming Age of the Urban Guerilla*. Oxford.
- Koonings, Kees, & Dirk Kruijt (1999): „Introduction: Violence and Fear in Latin America“. In: Koonings, Kees, & Dirk Kruijt (Hg.): *Societies of Fear. The Legacy of Civil War, Violence and Terror in Latin America*. London, S. 1-30.
- Koonings, Kees, & Dirk Kruijt (2015): „Exclusion, Violence and Resilience in Five Latin American Megacities: A Comparison of Buenos Aires, Lima, Mexico City, Rio de Janeiro

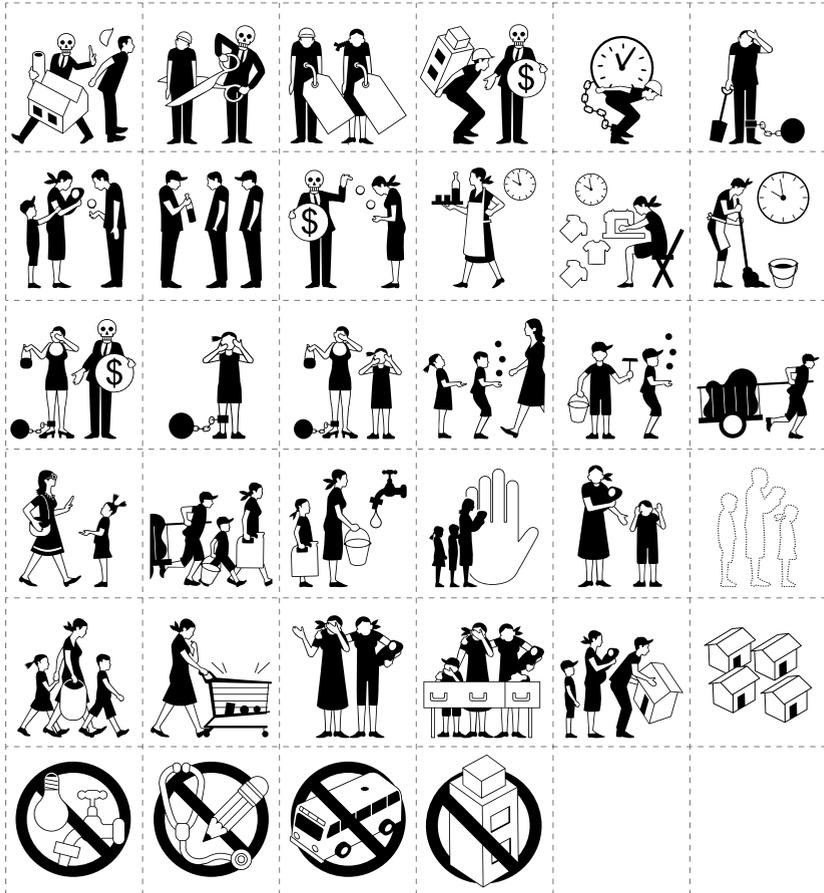
- and São Paulo“. In: Koonings, Kees, & Dirk Kruijt (Hg.): *Violence and Resilience in Latin American Cities*. London, S. 30-52.
- Langfur, Hal (2006): *The Forbidden Lands Colonial Identity, Frontier Violence, and the Persistence of Brazil's Eastern Indians, 1750-1830*. Stanford, CA.
- Manwaring, Max G. (2005): *Street Gangs. The New Urban Insurgency*. Carlisle, PA.
- Martins Filho, João Roberto (2014): „Military Ties between France and Brazil during the Cold War, 1959-1975“. In: *Latin American Perspectives*, Bd. 41, Nr. 5, S. 167-183, <http://dx.doi.org/10.1177/0094582X14544112>.
- Moe, Loïse Wiuff, & Markus-Michael Müller (2015): „Resilience as Warfare. Interventions and the Militarization of the Social in Haiti and Somalia“. In: *Kriminologisches Journal*, Bd. 47, Nr. 4, S. 279-296.
- Muggah, Robert (2010): „The Effects of Stabilization on Humanitarian Action in Haiti“. In: *Disaster*, Bd. 34, Nr. 3, S. 444-463.
- Muggah, Robert, & Albert Souza Mulli (2013): *Rio Tries Counterinsurgency*. <http://www.appg-popdevrh.org.uk/Rio%20tries%20counterinsurgency.pdf>, letzter Aufruf: 15.1.2016.
- Müller, Markus-Michael (2016): „Entangled Pacifications. Peacekeeping and Counterinsurgent Humanitarianism Between Port-au-Prince and Rio de Janeiro“. In: Hönke, Jana, & Markus-Michael Müller (Hg.): *The Global Making of Policing: Postcolonial Perspectives*. London.
- Neocleous, Mark (2011): „‘A Brighter and Nicer New Life’. Security as Pacification“. In: *Social & Legal Studies*, Bd. 20, Nr. 2, S. 191-208, <http://dx.doi.org/10.1177/0964663910395816>.
- Norton, Richard J. (2003): „Feral Cities“. In: *Naval War College Review*, Bd. LVI, Nr. 4, S. 97-106.
- O Dia (2015): *Policias Militares Relatam Medo de Ocupar Complexo da Maré*. <http://odia.ig.com.br/noticia/rio-de-janeiro/2015-06-30/policiais-militares-relatam-medo-de-ocupar-complexo-da-mare.html>, letzter Aufruf: 1.2.2016.
- O Globo (2015): *Militares de Tropas Federais sao flagrados comemorando saida do Complexo da Maré*. <http://oglobo.globo.com/rio/>, letzter Aufruf: 2.9.2015.
- Ottoni, Jeandré Magnone (2014): *A aplicabilidade da modularidade logística às operações de garantia da lei e da ordem desenvolvidas pela brigada de infantaria paraquedista*. Rio de Janeiro.
- Podur, Justin (2012): *Haiti's New Dictatorship. The Coup, the Earthquake and the UN Occupation*. London.
- President of the United States (2011): *Strategy to Combat Transnational Organized Crime. Addressing Converging Threats to National Security*. Washington, D.C.
- Price, David H. (2011): *Weaponizing Anthropology. Social Science in Service of the Militarized State*. Oakland, CA.
- Redes (2015): *Redes da Maré*. <http://redesdamare.org.br/>, letzter Aufruf: 1.2.2016.
- Robin, Marie-Monique (2004): *Escadrons de la mort, l'école française*. Paris.
- Rodrigues, Robson (2014): „The Dilemmas of Pacification: News of War and Peace in the ‘Marvelous City’“. In: *Stability: International Journal of Security & Development*, Bd. 3, Nr. 1, S. 1-16.
- Santos, Emanuel (2008): „The Forgotten Occupation“. In: *Socialist Worker* (online), <http://socialistworker.org/2008/12/12/the-forgotten-occupation>, letzter Aufruf: 1.2.2016.
- Schaefer, Robert W. (2010): *The Insurgency in Chechnya and the North Caucasus. From Gazavat to Jihad*. Santa Barbara, CA.
- Soares, Luiz Eduardo (1996): *Violência e política no Rio de Janeiro*. Rio de Janeiro.
- Sotomayor Velázquez, Arturo C. (2014): *The Myth of the Democratic Peacekeeper. Civil Military Relations and the United Nations*. Baltimore, MD.
- Souza e Silva, Jailson de (o.J.): *As Unidades Policiais Pacificadoras e os novos desafios para as favelas cariocas*. <http://observatoriodefavelas.org.br/>, letzter Aufruf: 2.2.2016.

- Sullivan, John P. (2009): *From Drug Wars to Criminal Insurgency. Mexican Cartels, Criminal Enclaves and Criminal Insurgency in Mexico and Central America. Implications for Global Security*. Paris, <https://halshs.archives-ouvertes.fr/halshs-00694083/document>, letzter Aufruf: 22.2.2016.
- Sullivan, John, P., & Adam Elkus (2008): „State of siege: Mexico’s criminal insurgency“. In: *Small Wars Journal*, <http://smallwarsjournal.com/blog/journal/docs-temp/84-sullivan.pdf?q=mag/docs-temp/84-sullivan.pdf>, letzter Aufruf: 1.2.2016.
- Swanson, Kate (2013) „Zero Tolerance in Latin America. Punitive Paradox in Urban Policy Mobilities“. In: *Urban Geography*, Bd. 34, Nr. 7, S. 972-988, <http://dx.doi.org/10.1080/02723638.2013.799369>.
- The US Army/Marine Corps Counterinsurgency Field Manual FM 3-24a* (2007). Chicago, IL.
- The US Army/Marine Corps Counterinsurgency Field Manual FM 3-24b* (2014). Washington, D.C., http://armypubs.army.mil/doctrine/DR_pubs/dr_a/pdf/fm3_24.pdf, letzter Aufruf: 1.2.2016.
- Ucko, David (2009): *The New Counterinsurgency Era. Transforming the U.S. Military for Modern Wars*. Washington, D.C.
- UN – United Nations (2004): *Security Council Resolution 1542* (2004). http://www.minustah.org/pdfs/res/1542_en.pdf, letzter Aufruf: 1.2.2016.
- UN – United Nations (2015): *13th United Nations Congress on Crime Prevention and Criminal Justice*. Meetings Coverage, <http://www.un.org/en/events/crimecongress2015/pdf/press-release/dpimc7en.pdf>, letzter Aufruf: 1.2.2016.
- Uziel, Eduardo, & João Costa Vargas (2015): „Twenty Years Wandering (but not in the Desert). Brazil’s 1967-1989 Absence from UN Peacekeeping“. In: *Brasiliana – Journal for Brazilian Studies*, Bd. 3, Nr. 2, S. 6-31.
- Vendramin Nunes, José Ricardo (2013): *Training for the Deployed Brazilian Battalion at MINUSTAH. A Model Consolidation*. <http://www.ccopab.eb.mil.br/>, letzter Aufruf: 1.9.2015.
- Wechsler, William F., & Gary Barnabo (2014): „The Department of Defense’s Role in Combating Transnational Organized Crime“. In: Miklaucic, Michael, & Jaqueline Brewer (Hg.): *Convergence. Illicit Networks and National Security in the Age of Globalization*. Washington, D.C., S. 233-242.
- Wikileaks (2009): *Counterinsurgency Doctrine Comes to Rio’s Favelas*. https://wikileaks.org/plusd/cables/09RIODEJANEIRO329_a.html, letzter Aufruf: 1.2.2016.

Anschrift der Autoren:

Frank Müller
frank.mueller@fu-berlin.de

Markus-Michael Müller
muellerm@zedat.fu-berlin.de



Trabajo explotado / precariedad de la vida / desocupación / pobreza

Quelle: http://www.iconoclasistas.net/pdfs_para_bajar/precariedad.svg,
 letzter Aufruf: 24.2.2016

Gregor Dobler

Umkämpfter Freiraum: Die Erfindung des Städtischen im Norden Namibias, 1950-1980

Keywords: urban spaces, urbanisation, Namibia, conflict, right to the city, political anthropology

Schlagwörter: Stadt, Namibia, Urbanisierung, Konflikt, Recht auf Stadt, politische Anthropologie

Wird heute das Recht auf Stadt diskutiert, so geht es meist darum, wer über die Veränderung urbaner sozialer Räume bestimmen kann und wer auf welche Weise an den sozialen Räumen partizipieren darf. Konkrete Inhalte urbanen Lebens stehen in Frage, aber Bilder urbanen Lebens selbst sind die selbstverständliche Folie, vor der das Recht auf Stadt verhandelt wird. Wir können uns ein Leben abseits der Städte vorstellen, aber nicht mehr ein Leben ohne Stadt.

Diese Selbstverständlichkeit kann auch den analytischen Blick auf das Urbane verstellen. In einer selbstverständlich urbanen Welt erscheinen Städte umso mehr als Stadt, je größer und vielgestaltiger sie sind. Urbanität wird zu einem Phänomen der Gegenwart und Zukunft, und Diskussionen um das Recht auf Stadt lassen sich nicht mehr lösen von ihren konkreten Formen im globalen zeitgenössischen Kapitalismus. Dieser Aufsatz führt dagegen zurück in einen Moment, in dem urbanes Leben als lokale soziale Praxis erst entstanden ist. Er zeigt, wie nach dem Zweiten Weltkrieg im Norden Namibias zum ersten Mal Städte entstanden sind und wie sich in diesen kleinen, aus unserer Perspektive kaum urban zu nennenden Siedlungen städtisches Leben herausbildete. Während die institutionellen, sozialen und baulichen Formen dieses städtischen Lebens sich von jenen heutiger Großstädte radikal unterschieden, ist beiden gemeinsam, was schon Georg Simmel als den Kern des Urbanen beschrieben hat: die Begegnung und Auseinandersetzung mit Menschen, die man nicht kennt, gehört zum erwarteten Alltag. Das bringt neue Arten des Umgangs miteinander und eine neue Form von Öffentlichkeit hervor, in der sich politische und soziale Formen neu bestimmen lassen. Die

Frage, wer welches Recht auf Stadt hat, gehört – so eine zentrale These des Aufsatzes – von Anfang an zum Urbanen dazu und macht Städte zu Orten individueller und sozialer Neubestimmung.

1. Voraussetzungen früher Verstädterung in Nordnamibia

Schauplatz der Verstädterungsprozesse, die ich darstellen will, ist der zentrale Norden Namibias.¹ Zwischen dem Kunene, dem Okavango und den Bergen südlich von Etoscha liegt das abflusslose Becken, das geographisch (und zu Kolonialzeiten auch politisch) als Ovamboland bezeichnet wurde, eine sandige, relative fruchtbare Ebene, in der ausreichend Regen fällt, um Ackerbau zu betreiben. Vorkolonial wurde das Gebiet von unabhängigen, aber sprachlich und kulturell eng verwandten Königreichen beherrscht, deren Siedlungsgebiete nicht direkt aneinander grenzten, sondern von breiten Gürteln von Wildnis umgeben waren, in denen während der Anbauperiode das Vieh weidete. Die koloniale Grenze teilte das Gebiet in einen angolanschen und einen südwestafrikanischen Teil auf; das größte der einheimischen Königreiche, Ukuanyama, wurde von der Grenze durchschnitten.

1.1 Siedlungsformen bis 1950

Bis 1915 war in dem Gebiet kaum etwas von kolonialer Verwaltung zu spüren, so dass die Grenze kaum Konsequenzen hatte. Das änderte sich mit den Kolonialkriegen der Portugiesen und Südafrikaner 1915-1917, in denen Mandume ya Ndemufayo, der König von Ukuanyama, 1917 getötet wurde, und der darauf folgenden Errichtung von kolonialen Verwaltungsposten auf beiden Seiten der Grenze. Im Süden lag nun das südafrikanisch verwaltete Mandatsgebiet Südwestafrika, im Norden die portugiesische Kolonie Angola. Spätestens nachdem 1926 die bis dahin umstrittene Grenze zwischen den Gebieten endgültig festgelegt und demarkiert worden war, migrierten viele Familien und ganze Dörfer von Angola nach Südwestafrika, dessen indirekte Kolonialherrschaft vor Ort bis nach dem Zweiten Weltkrieg als milder und weniger gewaltförmig empfunden wurde als die portugiesische Herrschaft in Angola. Die meisten Neuankömmlinge siedelten sich in den bis dahin

¹ Die Literatur zu Städten und Verstädterung in Namibia ist insgesamt überschaubar – s. etwa Fumanti 2003; Graefe 1999; Tvedten 2011; van Wolputte & Bleckmann 2012; Wallace 2002. Keine dieser Studien hat ihren Schwerpunkt in der Stadtentwicklung der 1950er bis 1970er Jahre. Es finden sich zwar viele empirische Parallelen zu diesem Aufsatz, aber der Bezugsrahmen ist jeweils zu unterschiedlich, als dass eine eingehende Auseinandersetzung im Rahmen eines Aufsatzes möglich wäre.

offenen Gebieten zwischen den alten Königreichen an; gleichzeitig wurden die Siedlungsgebiete vor allem nach Osten hin ausgedehnt.²

Diese Wanderungsbewegungen veränderten zwar die Siedlungslandschaft, aber zunächst nicht die Siedlungsformen. Während die inselhaften, von Wildnis umgebenen Siedlungsgebiete langsam zu einer geschlossenen Siedlungsfläche zusammenwuchsen, bildeten sich zunächst keine klaren Dörfer oder Städte heraus. Die Menschen lebten in über das Gebiet verstreuten Familiengehöften, um die herum die im Schnitt etwa zehn Hektar großen Felder und Weidegebiete lagen. Jenseits der eigenen Felder begannen die der Nachbarn, und vom eigenen Hof aus sah man auf die fünf oder sechs Nachbarhöfe. Die Felder waren von einem dichten Netz von Pfaden durchzogen, die die Höfe miteinander verbanden. Wer um 1935 – etwa als Wanderarbeiter auf dem Weg nach Süden – das Gebiet durchwanderte, konnte tagelang immer in Sichtweite von Menschen bleiben, ohne je in eine geschlossene Siedlung zu kommen.

Die einzigen zentralen Orte in dieser bäuerlichen Streusiedlungslandschaft waren Häuptlingsgehöfte und Missionsstationen. Architektonisch unterschieden sich die Gehöfte der Könige und Häuptlinge allein durch ihre Größe von normalen Gehöften. Während ein Familienhaushalt meist zwischen zehn und zwanzig Angehörige hatte, konnten auf großen Häuptlingsgehöften mehr als hundert Menschen zusammenleben. In diesen großen Haushalten – oder eigentlich eher Haushaltsclustern – ließ sich zum ersten Mal eine Verbindung von Siedlungsform und funktionaler Differenzierung beobachten. Menschen zogen nicht nur aufgrund von Verwandtschaft hierher, sondern aufgrund ihres Berufes oder ihrer individuellen Interessen: Ratgeberinnen und Krieger, Bittsteller und Bedienstete lebten auf Zeit oder auf Dauer an den Höfen.

Noch ausgeprägter fand sich eine solche funktionale – und immer stärker auch soziokulturelle – Differenzierung auf den Missionsstationen. Ab den 1870er Jahren wurden in der Region über die Jahre etwa zwanzig größere und kleinere lutherische, katholische und anglikanische Missionsstationen gegründet. Sie waren nicht nur die ersten europäisch bestimmten Zentren der Gegend, sondern auch die ersten Siedlungen, die sich architektonisch grundlegend von den bäuerlichen Gehöften unterschieden. Weil kirchlich aktivere Konvertiten gerne in die Nähe der Missionen zogen, und weil sich hier ein aus externen Ressourcen gespeister Markt für Arbeitskraft und landwirtschaftliche Produkte entwickelte, entstanden um die Missionen

2 Zur Geschichte des Ovambolandes, die ich hier nur sehr kursorisch darstellen kann, s. ausführlich etwa Dobler 2008; 2010b; 2014; Hayes 1992; Kreike 2004; McKittrick 2002.

herum oft dichtere Siedlungsgebiete, deren grundlegende Form sich aber bis in die 1950er Jahre nicht von gewöhnlichen Bauerndörfern unterschied.

Die Siedlungsformen Nordnamibias blieben also bis nach dem Zweiten Weltkrieg relativ stabil; die Gegend war dicht besiedelt, ohne dass sich dörfliche oder städtische Cluster herausgebildet hätten. Die funktionale Differenzierung blieb gering, und der Handel mit landwirtschaftlichen Produkten war im Wesentlichen auf den Austausch zwischen Nachbarn beschränkt. Längst jedoch waren in den alten Siedlungsformen jene Veränderungen zu spüren, die seit den 1950er Jahren zu rapider Verstädterung führen sollten.

1.2 Differenzierungen:

Arbeitsmigration, Ladengeschäfte, neue Berufe

Schon in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts hatten koloniale Märkte indirekt neue Beschäftigungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für junge Männer geschaffen. Elfenbein, Straußenfedern und Vieh gegen Gewehre einzutauschen, gab den lokalen Häuptlingen zum ersten Mal die Möglichkeit, wirtschaftliche Ressourcen zu zentralisieren und in Herrschaftsmittel umzusetzen. Dazu brauchten sie Krieger; für eine Weile an den Königshof zu gehen, wurde zu einer wichtigen Aufstiegsstrategie junger Männer. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts brach diese Aufstiegsmöglichkeit weg, da das Wild größtenteils ausgerottet war und die Kolonialregierungen im Norden wie im Süden mit größerem Erfolg versuchten, den Handel mit Gewehren zu unterbinden. Gleichzeitig entstanden in der kolonialen Ökonomie des Südens neue Beschäftigungsmöglichkeiten.

Seit den 1890er Jahren stieg die Zahl der jungen Männer stark an, die für einige Zeit ihre Heimat verließen, um auf europäischen Farmen, beim Eisenbahnbau oder in den Minen zu arbeiten. Zwischen den Weltkriegen entwickelte sich daraus ein neues Muster im typischen Lebenslauf von Männern. Fast alle jungen Männer arbeiteten mindestens für einige Jahre im Süden, um das Kapital für einen eigenen Hof zu erwirtschaften; viele kehrten auch als Familienväter mit eigenem Haushalt immer wieder zur Wanderarbeit zurück.

Während die koloniale Wirtschaft auf diese Arbeitskräfte angewiesen war, versuchte die koloniale Politik, die Arbeiter daran zu hindern, dauerhaft in den Städten der Siedlergebiete zu leben. Die Politik der „Rassentrennung“, die nach 1948 in die radikalere und systematischere Politik von Apartheid und „getrennter Entwicklung“ mündete, versuchte, die einheimische Bevölkerung auf bäuerliches Leben in abgegrenzten Gebieten festzulegen, die die Arbeitskräfte nur temporär für die Dauer eines Arbeitsvertrages verlassen

durften. Es gelang den Kolonialbehörden zwar nie, dieses System vollständig durchzusetzen, aber die Passgesetze und die strikte Kontrolle des Reservats (ab 1968 „Homeland“) Ovamboland hatten entscheidende Konsequenzen für die dortigen Siedlungsmuster. Solange die Wanderarbeiter ihr Einkommen primär in der Landwirtschaft reinvestierten, führten sie zu einer Intensivierung des Anbaus und der Viehzucht und zu einer Verdichtung der Streusiedlungen; nach dem Zweiten Weltkrieg, vor allem ab etwa 1960, begannen zurückkehrende Arbeiter eher nach Alternativen zum bäuerlichen Leben zu suchen, und zahlreiche neue dörfliche und städtische Kerne entstanden.

Schon seit Ende des 19. Jahrhunderts waren um die Missionsstationen herum neue Berufe entstanden. Die Missionen brauchten Köchinnen, Lehrer, Katecheten und Krankenpfleger ebenso wie Gelegenheitsarbeiter und Viehhirten. Während körperliche Arbeiten meist in Naturalia entlohnt wurden, verdienten Lehrer, Katecheten und Krankenpflegerinnen meistens Bargeld. Zu diesen Arbeitsstellen kamen, als die neue Kolonialverwaltung nach 1915 vor Ort Verwaltungsstützpunkte einrichtete, Posten als Diener, Polizist, Schreiber oder Dolmetscher für europäische Verwalter. All diese Arbeitsstellen waren in wenigen Zentren lokalisiert, um die herum sich die ersten modernen Angestellten ansiedelten.

Wer abseits dieser Zentren vor Ort Bargeld verdienen oder trotz regelmäßigen Geldeinkommens sein eigener Herr bleiben wollte, musste über genügend Startkapital verfügen, um ein eigenes Ladengeschäft aufzumachen. Die ersten dieser Läden entstanden in den 1930er Jahren, aber ihre Entwicklung wurde durch den Zweiten Weltkrieg unterbrochen. 1952 beschloss die Regierung dann offiziell, „schwarzen“ Einwohnern des Ovambolandes die Einrichtung von Ladengeschäften zu erlauben (dazu ausführlich Dobler 2014). Bis dahin hatten zurückkehrende Arbeitsmigranten meist einen Teil ihres Lohnes im Süden oder in den wenigen von der Anwerbeorganisation SWANLA betriebenen Läden des Ovambolandes in Tauschwaren investiert. Da diese in den kaum in die Geldökonomie integrierten Dörfern knapp und mit hohem Tauschwert belegt waren, konnten sie auf diese Art ihren mageren Lohn aufbessern und ihn vorteilhafter in Vieh oder Brautgaben umsetzen. Die neuen Läden schufen nun die Möglichkeit, die Kaufkraft der zurückkehrenden Arbeiter (und das wachsende Einkommen der Angestellten und Lohnarbeiter) vor Ort in Waren anzulegen. Dadurch kamen größere Mengen an Bargeld lokal in Umlauf und konzentrierten sich bei einer wachsenden, aber exklusiven Mittelschicht von Händlern und Angestellten, die ihrerseits wieder zu Arbeitgebern von Verkäufern, Bediensteten und landwirtschaftlichen Knechten und Mägden wurde.

Damit wurde es einer ab etwa 1955 immer größer werdenden Zahl von Menschen möglich, ohne eigenen Hof (oder zusätzlich zu ihm) Einkommen vor Ort zu finden: die Voraussetzung für die Entstehung städtischer Kerne war geschaffen.

1.3 Planung und ihre Grenzen

Die ersten neuen Siedlungsformen, die im Norden Namibias entstanden, wirkten auf europäische Beobachter alles andere als städtisch. Noch 1972 bestanden lediglich Oshakati und Ondangwa aus mehr als hundert Häusern, und selbst die offiziell gezählten 606 Häuser Oshakatis hätten den Ort in vielen Gegenden Europas kaum als Stadt qualifiziert (Töttemeyer 1978: 126). Doch im Kontrast zur bäuerlichen Streusiedlung wird deutlich erkennbar, dass hier etwas Neues entstand: An die Seite von Gehöften traten nun die Gebäude funktionell differenzierter Berufe – Verwaltungsbüros, Läden, Wohnhäuser ohne Landwirtschaft, Bars und Restaurants, vereinzelt Schulen und Kirchen. Diese städtischen Kerne ergänzten die ländlichen Wohn- und Wirtschaftsformen zunächst, ohne sie zu verdrängen, aber ihre Präsenz war, wie wir später sehen werden, auch symptomatisch für neue Sozialformen.

Die Kristallisationskeime der neuen Siedlungen waren fast immer Orte kolonialer oder missionarischer Präsenz. Ondangwa war der Sitz des *Native Commissioner*, des Arbeiterrekrutierungsbüros, der Stammesverwaltung von Ondonga und des größten europäischen Ladens; Oshikango als Grenzort Sitz des *Assistant Native Commissioner*; in Odibo, Onhuno, Engela oder Outapi waren es Missionsstationen, die neue Menschen und neue Sozialformen in die Gegend brachten. Die zentralen Funktionen dieser Orte führten Menschen aus einem weiteren Umkreis in ihre Nähe. Das machte sie zu bevorzugten Standorten für Ladengeschäfte, Restaurants oder informelle HändlerInnen. Von Anfang an hatten die entstehenden Städte damit ein Doppelgesicht: sie entstanden aus zentralen, oft kolonialen Interventionen heraus, aber entwickelten sich aufgrund ihrer Anziehungskraft eigenständig und durchaus oft in andere Richtungen, als die Planer vorausgesehen hatten.

Noch bis in die 1960er Jahre bezog sich „Planung“ dabei lediglich auf die zentralen Einrichtungen selbst und auf die Landstraßen, die sie verbanden, nicht auf die Siedlungen, die sie umgaben. Stadtplanung im engeren Sinne setzte immer dann ein, wenn sich den Behörden ein Problem aufdrängte, und beschränkte sich entweder auf palliative Maßnahmen oder auf Lösungen, die nur einzelne Abteilungen betrafen – etwa die Wasserversorgung, die Gesundheitspolitik oder den Straßenbau. Das änderte sich in den 1960er Jahren, als im Zuge der südafrikanischen Apartheidpolitik und im Gefolge

der Odendaal-Kommission (Republic of South Africa 1964) die bisher verstreuten Planungsbemühungen in einem Masterplan zusammengeführt wurden. Nun rückten auch die entstehenden Städte in den Fokus planerischen Interesses. Dieses Interesse war zunächst recht selektiv; es richtete sich auf die Frage der Infrastruktur, vor allem der Wasserversorgung, einerseits, jene der Kontrolle einer unzufriedener und selbstbewusster werdenden Bevölkerung andererseits. Das lässt sich an der miteinander verbundenen Entwicklung der drei wichtigsten Städte Ondangwa, Oshakati und Ongwediva deutlich zeigen.³

Ondangwa hat sich in Folge planerischer Entscheidungen als Stadt entwickelt, aber die Stadtentwicklung selbst war zunächst kaum planerisch beeinflusst. Das Büro der Traditional Authority, der Sitz des Eingeborenkommissars und vor allem das Arbeiterbüro zogen eine Vielzahl von Reisenden an. In den 1940er Jahren waren viele der Arbeitsmigranten eine Woche oder länger unterwegs, um dorthin zu kommen, und verbrachten dort einige Zeit, bevor sie medizinisch untersucht, registriert und mit einem Pass ausgestattet einen Platz in den Lastwagen fanden, die Migranten zur Bahnlinie in Tsumeb oder Grootfontein brachten.

Ondangwa war 1915 eher zufällig als Verwaltungssitz gewählt worden. Die Militärregierung konnte eine ehemalige Missionsstation übernehmen, die in der Nähe der Residenz des Königs von Ondonga und an der wichtigsten Transportroute in den Süden lag (National Archives Namibia [NAN] BAC 112, HN 5/2/3/7). Gerade diese Lage nahe dem Zentrum nur eines von sieben Häuptlingstümmern ließ den Ort auf Dauer als Hauptstadt eines Homelands Ovamboland ungeeignet erscheinen. Zudem hatte Ondangwa in den 1940er und 1950er Jahren mit Wasserknappheit zu kämpfen, die einen Ausbau der Stadt unrealistisch erscheinen ließen (Hangula 1993: 14).

Dennoch wurden 1961 neue Verwaltungsgebäude errichtet und 1965 zwei neue Wohngebiete geplant: Oluno als „schwarzes“ Wohngebiet und, in der Nähe der Verwaltungsbüros, das bessere Viertel für die weißen Einwohner Ondangwas. In Oluno, das nahe am Arbeitsbüro lag, wurden auch ein neuer Versammlungsraum des Häuptlingstums und neue Arbeiterunterkünfte gebaut. Um diese formell geplanten und größtenteils von der Regierung gebauten Stadtviertel herum entstanden rasch informelle Bauten, die in die Agrarlandschaft hineinwuchsen und einen fließenden Übergang zu ihr bildeten.

Seit den späten 1940er Jahren dachte die Verwaltung immer wieder über den Bau einer neuen Hauptstadt nach. Diese Pläne wurden nach der Arbeit der Odendaal-Kommission konkreter – einerseits, weil das neue Homeland eine zentralere und auf neutralerem Boden gelegene Hauptstadt brauchte als

3 zum Folgenden s. ausführlich und mit weiteren Nachweisen Dobler 2014: 140-170.

Ondangwa, andererseits weil der alte Plan, Wasser des Kunene zur Versorgung der Region zu nutzen, nun endlich in die Tat umgesetzt wurde und damit ausreichend Wasservorräte für eine größere Stadt zur Verfügung standen. Ein großes Reservoir und ein Wasserwerk wurden 1958 in Okatana gebaut und 1964 durch einen Kanal mit dem Kunene verbunden. Dadurch wurde der Bau eines größeren staatlichen Krankenhauses mit 350 Betten und die Planung der neuen, in der Nähe des Krankenhauses gelegenen Hauptstadt Oshakati ermöglicht.

Anders als Ondangwa, das sich zu Beginn größtenteils informell um einige zentrale formelle Bauten entwickelt hatte, war Oshakati von Anfang an eine geplante Stadt. Die Einwohner von fünf bestehenden Dörfern wurden ab 1963 in unbewohnte Gebiete nördlich von Etoscha umgesiedelt. Dann wurde sukzessive die Infrastruktur einer neuen Stadt errichtet: 1964 wurde ein Postamt eröffnet, 1965 eine Tankstelle und eine Möbelfabrik, 1966 das Krankenhaus, 1967 eine halbstaatliche Baufirma, 1968 ein Radiosender, der ein eigenes Programm in der lokalen Sprache sendete, 1970 ein Großhandelsgeschäft, das einheimische Händler bediente. In diesen Jahren zogen auch die Büros der Verwaltung nach Oshakati: der *Commissioner General for the Indigenous Peoples*, die neue *Bantu Investment Corporation* (die wichtigste Entwicklungsagentur der Apartheidzeit) und schließlich Parlament, Regierung und Verwaltung des 1968 offiziell gegründeten Homelands. Zwei formelle Stadtviertel mit zentral geplanten Häusern, das „weiße“ Oshakati East und das „schwarze“ Oshakati West boten genügend Wohnraum für die Angestellten und Arbeiter dieser Institutionen. Um sie herum bildeten sich sehr schnell informelle Viertel. 1970 hatte allein die formelle Stadt bereits 2.800 Einwohner, darunter 624 Weiße (Thomas 1978: 168f).

Dennoch blieb Oshakati nur sieben Jahre lang Hauptstadt. Als sich der Unabhängigkeitskrieg verschärfte und 1975 die südafrikanische Armee das regionale Hauptquartier in Oshakati errichtete, zog die Homelandregierung in das nahe gelegene Ongwediva um (Graefe 1999: 64). Auch am Ursprung dieser Stadt war eine finnische Missionsstation gestanden, auf deren Schulen das 1968 gegründete staatliche Lehrerseminar aufbaute. Um dieses Seminar herum gruppierten sich ruhige Wohnviertel für schwarze und weiße Verwaltungsangestellte. Ongwediva ist bis heute die formellste der drei Städte, während Oshakati auch nach dem Wegzug der Regierung die wirtschaftliche Hauptstadt des Ovambolands blieb.

Neben diesen drei Städten, in denen auch Wohnviertel teilweise formell geplant wurden, entstanden in den 1960er und 1970er Jahren eine Vielzahl kleiner Siedlungen. Den Ortskern bildeten jeweils Läden und *Shebeens*, um die herum sich Wohnhäuser gruppierten. Die meisten dieser Siedlungen

behielten zunächst dörfliche Sozialformen bei; man konnte sich im Allgemeinen darauf verlassen, nur Menschen zu treffen, die man kannte und die sich in ein gemeinsames soziales Feld einordnen ließen. Auch sie waren aber bereits Ort funktionaler Differenzierung, die nicht mehr rein landwirtschaftlich geprägt waren.

2. Städte als *Frontier*: die Herausbildung urbaner Gesellschaftsformen

Wie veränderten sich nun Sozialformen in diesen neuen Städten, deren Entstehung ich hier nur sehr kursorisch schildern konnte? Inwiefern lassen sie sich bereits als städtisch beschreiben? Welche neuen Beziehungen konnten Menschen in ihnen ausprobieren, und welche politischen Folgen hatte das für die namibische Gesellschaft als Ganze?

Um diese Fragen zu beantworten, möchte ich zunächst an den Anfang städtischer Entwicklung zurückgehen. 1940 war Ondangwa nicht viel mehr als ein Verwaltungsposten, in dessen Nähe die Zwischenstation für Arbeitssuchende immer neue Menschen für kurze Zeit in die Gegend brachte. Ein großer Laden, der von der *South West African Native Labour Association* (SWANLA) betrieben wurde, bot einen weiteren Anziehungspunkt.

Die ersten Fremden, die sich hier dauerhaft niederließen, waren Ovimbundu und Ovambuela aus Angola. Viele junge angolansiche Männer arbeiteten in dieser Zeit in den Minen Südwesafrikas; zeitweise kamen mehr als die Hälfte der im Ovamboland rekrutierten Arbeiter aus Angola. Einige Angolaner siedelten sich in der Nähe der Anwerbestation an und lebten davon, Neuankömmlinge zu beherbergen und zu beköstigen. Sie kamen rasch in Konflikt mit Chief Martin, der ihnen vorwarf, die Gesetze der Ondonga nicht zu respektieren. Er setzte einen Häuptling über sie ein und versuchte, sie nach Ombata ya Kakonya umzusiedeln, weit vom Zentrum entfernt in der Wildnis. Der Versuch scheiterte größtenteils; viele weigerten sich, umzusiedeln, und bauten stattdessen neue Hütten in der Nähe des Verwaltungspostens.

Bei dieser Aktion hatten sie einen wichtigen lokalen Verbündeten: Boy Shifandola, den Unterhäuptling der Gegend um die Verwaltungsbüros. Er war ebenfalls in Angola geboren und hatte als Diener eines europäischen Arztes in verschiedenen Ländern Europas gelebt. Als Übersetzer und Mechaniker arbeitete er seit den 1920er Jahren für den Eingeborenenkommissar Cocky Hahn und benutzte seine Stellung dazu, in der lokalen Gesellschaft aufzusteigen. (Nach Hahns Pensionierung betrieb er die erste Reparaturwerkstatt für Autos und behielt auch auf diese Weise den engen Kontakt zu den Chiefs

und zur entstehenden modernen Elite.) Boy konnte seine Machtbasis als Mittelsmann zwischen Hahn und den lokalen Häuptlingen ausbauen, deren Erfahrungen und Klientel sehr viel mehr auf dem Land lagen als in den neuen Siedlungen. Auch die angolanischen Neuankömmlinge waren für ihn eine wichtige Patronagegruppe.

Für Chief Martin dagegen stellten sie vor allem ein Ärgernis da. Sie hielten sich nicht an die von ihm verkörperten Regeln, und ihre neuen Häuser lagen in der ohnehin knapper werdenden Allmende. Martin gelang es aber nicht, die Kolonialverwaltung zu ihrer Umsiedlung zu bewegen, auch weil ihre Anwesenheit dem Arbeiteranwerber Rupert Cope – einem Schwager Hahns – gelegen kam, da sie neu ankommenden Arbeitsmigranten eine Anlaufstelle gaben. Nachdem Hahn in den Ruhestand gegangen war, versuchte Chief Martins Nachfolger Kambonde erneut, die Gruppe loszuwerden. Er schrieb an Howard Eedes, den neuen Eingeborenenkommissar, über die Angolaner:

„Ich habe beobachtet, dass diese Dinge schlecht sind. Ich musste oft über sie urteilen, nachdem sie mit Frauen des Ondongavolkes Unzucht betrieben hatten, nachdem sie untereinander gekämpft hatten oder Dinge aus den Häusern der Ondongas gestohlen hatten. Dadurch wurde ich ihrer Lebensweise immer stärker müde. Oft kamen auch Ondongas und sagten mir, dass sie des Lebens mit den Ovambuela müde seien und dass, wenn möglich, die Ovambuela nach Hause zurückkehren sollten.“ (NAN NAO 51 3/2, Brief Kambonde an Eedes, Juni 1948).

Kambonde bat deshalb Eedes um Unterstützung dabei, die Gruppe zu vertreiben.

Zu dieser Zeit war die ursprünglich kleine Gruppe schon stark angewachsen: nach einer Zählung Eedes' lebten 402 männliche Angolaner in Ondangwa. Nur 72 von ihnen zahlten Abgaben an das Häuptlingstum und waren so offiziell als seine Bürger anerkannt; allerdings waren 130 mit lokalen Frauen verheiratet. Zusammen besaßen die 402 Männer nur 216 Rinder und 159 kleine Landparzellen. Offensichtlich lag ihre wirtschaftliche Basis nicht in der Landwirtschaft – ein Faktum, das für Eedes bewies, dass man „sie als Parasiten betrachten muss“ (NAN NAO 51 3/2, Brief Eedes an den *Chief Native Commissioner*, 20.7.1948). Eigenständiges städtisches Leben war in seinem Bild des Ovambolandes noch nicht vorgesehen.

Mit dem Einverständnis der Verwaltung beschloss eine Stammesversammlung, die angolanischen „Landbesetzer“ auszuweisen und ihnen in Zukunft lediglich die Durchreise zur Anwerbestelle zu gestatten. Nach einem Protest Copes bei der Zentralverwaltung in Windhoek wurde schließlich allen, die schon zu Hahns Zeiten gekommen waren und „keine Probleme machten“ erlaubt, in Ondonga zu bleiben – vorausgesetzt, dass sie zu

Mitgliedern des Stammes wurden und die entsprechenden Abgaben bezahlten (NAN NAO 51 3/2, Brief Secretary SWA an Administrator SWA, 3.8.1948).

Zwei Jahre später zeigte sich, dass die partielle Ausweisung der Angolaner wenig Einfluss auf den sozialen Wandel hatte. Efraim Angula, einer der ersten lokalen evangelischen Pfarrer, suchte das Gespräch mit Howard Eedes, da „einige der jungen Frauen, die in Ondonga durch Hurerei schwanger werden, eine zweite Sünde begehen und ihr Kind auf schreckliche Weise ermorden, bevor es geboren wird“ (NAN NAO 72 32/13, Brief Efraim Angula an Eedes, 27 Oktober 1950). Eedes ging der Sache nach und beantragte schließlich beim *Chief Native Commissioner* in Windhoek die Einstellung von vier einheimischen Hilfspolizisten. „Ihre Aufgabe wird es sein, in der Umgebung von Ondangua und Ondjodjo auf Streife zu gehen (Laden, Arbeiterbüros, Ein- und Ausstiegsstellen der Busse), alle Prostituierten zu verhaften und sie dem Häuptling zum Urteil zu übergeben.“ Im Januar 1951 versah Eedes dieses Schreiben mit weiteren Randbemerkungen: „Jede formelle Kontrolle fehlt. James beklagte sich, dass die ‘Sittenstreife’ drei Frauen auf seinem Hof verhaftet habe“; ferner notierte er: „Schnaps aus Angola. Prostituierte, Landbesetzer, sittenlose Frauen, abgelehnte Arbeiter, abgelehnte Halbstarke [*picannins*], Bierverkäuferinnen, Schnapsbrennerinnen, halbstarke Händler, Halbstarke, die beim Laden herumlungern, Halbstarke mit Feuerwaffen“ (NAN NAO 72 32/13, Brief Eedes an *Chief Native Commissioner*, 5.12.1950).

Auch die neue Polizei konnte diese Probleme nicht lösen; drei Jahre später schrieb Eedes an Chief Kambonde: „Ich schicke Dir zwei Frauen, die im Gelände der SWANLA gefunden wurden. Wann bitte werden Deine Häuptlinge endlich anfangen, die streunenden Frauen in diesem Gelände unter ihre Kontrolle zu bekommen?“ (NAN NAO 72 32/13, Brief Eedes an Kambonde, 4.11.1953.)

Diese Sätze zeigen deutlich, wie stark sich in der Perspektive vieler Beobachter die soziale Situation geändert hatte. Abweichendes Verhalten wurde in ihrer Perspektive von einem individuellen zu einem kollektiven Phänomen. Während schon immer einzelne Frauen gegen die Normen der männlichen Elite verstoßen hatten, einzelne Jugendliche ihren Platz in der Gesellschaft weniger brav zu finden versucht hatten, als die Eltern sich das vorstellten, sahen die Autoritäten sich nun mit einer ganzen Gruppe konfrontiert, die ihre Autorität nicht anerkannte und einen gemeinsamen, abweichenden Lebensstil entwickelte.⁴

4 Dabei kann es selbstverständlich noch zu weiteren, in den Quellen nicht abgebildeten Binnendifferenzierungen gekommen sein. In ihrer klassischen Studie „Rooiyard“ beschreibt Ellen Hellman etwa, wie Frauen aus einem Slum in Johannesburg, die davon leben, illegal Bier zu brauen, nicht nur aufgrund der ökonomischen Möglichkeiten lieber unter den schwierigen

Voraussetzung dafür war ein sozialer Raum, in dem sich Menschen der unmittelbaren Kontrolle durch die Gewohnheiten ihrer Umwelt entziehen und gemeinsam neue Arten des Zusammenlebens ausprobieren konnten. Ondangwa um 1950 mag, wenn man seine architektonische Form alleine ansieht, ein unwahrscheinlicher Ort für solche Freiheiten gewesen sein: ein staubiges Dorf, dessen Kern nur aus ein paar Häusern bestand, und das stufenlos, aber schnell in die offene bäuerliche Landschaft und ihre soziale Kontrolle überging. Doch jedes Jahr kamen zwischen 15.000 und 20.000 junge Männer auf der Suche nach Arbeit durch den Ort; die meisten blieben auf dem Hinweg wie auf dem Rückweg für einige Tage oder Wochen hier.

Stets lebten also mehrere Hundert junger Männer im Ort, von denen mindestens die Hälfte Geld auszugeben hatte und von denen niemand hier zu Hause war. Die wenigen Menschen, die sie kannten, waren keine Autoritäten, sondern mehr oder weniger in ihrem Alter und ihrer Situation; ihre Anwesenheit am Ort war transitorisch und ihr Verhalten weniger folgenreich als dort, wo sie dauerhaft lebten. Viele der jungen Männer hatten in Windhoek, Walvis Bay oder Kapstadt städtische Erfahrungen gesammelt; auch zurückgekehrte Soldaten des Zweiten Weltkriegs hatten andere Arten zu leben kennen gelernt. In Ondangwa und später in den anderen entstehenden städtischen Kernen konnten sie solche Erfahrungen umsetzen, ohne dabei durch das Passsystem eingeschränkt zu werden. Das bot eine ideale Situation, um sich selbst in neuen Rollen zu versuchen.

Igor Kopytoff (1987) hat unter Bezug auch Frederick Jackson Turner (1893) die soziale Situation der *Frontier* als eine wichtige Triebfeder afrikanischer Geschichte beschrieben. In diesem vorkolonial dünn besiedelten Kontinent, so Kopytoff, boten die Räume der Wildnis zwischen den Herrschaftsgebieten all jenen Platz, die aus den Zentren vertrieben wurden oder vor der Hierarchie flohen. Abseits der geregelten sozialen Ordnung konnten sie hier Neues ausprobieren. Die *Frontier* ermöglichte soziale Kreativität, weil hier das Neue nicht nur gedacht, sondern abseits von der erstickenden Kontrolle durch den Normalzustand gelebt werden konnte.

In diesem Sinne bildete Ondangwa gegen Ende des Zweiten Weltkrieges eine *Frontier*-Situation. Durch die weitgehende Anonymität, die relative Abwesenheit sozialer Hierarchien und nicht zuletzt die Jugend und zeitweise Bindungslosigkeit der Bewohner wurde es hier möglich, mit neuen Formen des Zusammenlebens zu experimentieren, ohne gleich Sanktionen zu unterworfen zu sein. Prostitution, Trunkenheit und Diebstahl gehörten

Bedingungen des innerstädtischen Slums leben als in der „Location“ am Stadtrand: „At the kraal we have the chief“, they assert, „in Rooiyard the police, but in Orlando the Natives do what they like“ (Hellman 1948: 18).

dazu genauso wie neue religiöse Bewegungen und politische, kolonialkritische Diskussionen, die gegen Ende der 1950er Jahre in der Gründung der wichtigsten Befreiungsbewegungen mündeten. All diese Aktivitäten schufen sich ihre eigenen Infrastrukturen – von den Feuern der Bier- und Schnapshändlerinnen, die sich, regelmäßig vertrieben und ebenso regelmäßig wiederkehrend, um den Bushaltepunkt und den SWANLA-Laden scharten, über die Restaurants und *Shebeens* bis hin zu den unabhängigen Kirchen, die oft in Häusern dauerhaft ansässiger Bewohner gegründet wurden.

Dabei mag es zunächst erstaunen, die *Frontier* gerade dort zu verorten, wo die hierarchische Kontrolle am stärksten zu sein schien. Kolonialstaat, koloniale Wirtschaft, Häuptlingstum und Missionskirchen hatten ihre Zentren alle in oder bei Ondangwa. Aus den Quellen wird deutlich, dass gerade diese Häufung von Zentren und quer zueinander stehenden Hierarchien Freiräume schuf. Die angolanischen Siedler hätten sich dem Chief alleine kaum entziehen können. Solange Hahn den Staat vertrat, konnten sie sich auf seinen Schutz verlassen; als Eedes übernommen hatte, wurde ihre Situation prekärer, aber der Vertreter der Arbeitgeberinteressen riskierte den Konflikt mit Häuptling und Eingeborenenkommissar und konnte sie vor der Ausweisung bewahren. Das Nebeneinander und die Konflikte der Herrschenden schufen die Möglichkeit, sich der Kontrolle jedes einzelnen zu entziehen.

Diese Verschränkung von Zentralität und *Frontier*-Charakter zog sich bis zur Unabhängigkeit durch die nordnamibische Stadtgeschichte. Vielleicht am deutlichsten wird sie in Oshakati in den 1970er Jahren, der abgeriegelten und befestigten Garnisonsstadt im Krieg. Das militärische Hauptquartier bildete das wahre Herrschaftszentrum des Landes; die paramilitärische Polizei und ihre Gefängnisse, in denen viele Namibier gefoltert wurden, die das Regime der Unterstützung der Opposition verdächtigte, symbolisierten die Präsenz und Macht der Unterdrücker. Abends und nachts galt ab 1979 eine Ausgangssperre. Die Zugänge zur Stadt wurden streng kontrolliert, und Oshakati East war für die einheimische Bevölkerung nur mit speziellen Passierscheinen zugänglich.

Doch genau diese Faktoren machten die Stadt für viele derjenigen, die in ihr leben wollten, auch zu einem offenen Raum. Die militärische Präsenz bot der Bevölkerung lange Zeit auch Schutz vor dem Krieg, bot sichere Arbeitsplätze und brachte gleichzeitig sehr viel Geld in Umlauf. Viele junge Männer ließen sich ab 1980 von der südafrikanischen Territorialarmee oder den paramilitärischen Polizeieinheiten anwerben; viele andere profitierten von den wirtschaftlichen Möglichkeiten, die durch den Lohn der Soldaten geschaffen wurden. Auch zivile Arbeitsplätze gab es durch die großen Investitionen der Bantu Investment Corporation in Oshakati in

größerer Zahl als anderswo – sei es in der Möbelfabrik, der Brauerei, der Großbäckerei oder in einem der zahlreichen Verwaltungsbüros.

In die Stadt zu ziehen, bedeutete für viele junge Leute während der militärischen Besetzung einen Bruch mit den Verwandten auf dem Land. Oft unterstützten die Verwandten die *South-West Africa People's Organisation* (SWAPO) und standen der Entscheidung, für die Unterdrücker zu arbeiten, ohne Verständnis gegenüber. Viele junge Leute waren froh, der sozialen Kontrolle des Dorfes zumindest auf Zeit zu entkommen. Der Besatzungszustand und Verdächtigungen von beiden Seiten machte es auch den übrigen oft nicht leicht, regelmäßige Verbindungen mit dem Dorf aufrecht zu erhalten. Die Stadt wurde zu einem Anziehungspunkt für junge Leute, und in die Stadt zu ziehen, wurde zu einem radikaleren Schritt als zuvor (und als nach der Unabhängigkeit – s. etwa Tvedten 2011). 1976 gaben mehr als die Hälfte der Einwohner Oshakatis an, keine Verbindung mit ihren Verwandten auf dem Land mehr zu haben.

Das Zentrum der lebendigen neuen Stadt war zunächst Peefitola in Oshakati West. Dort lagen die meisten Geschäfte lokaler Händler, bevor das Gebiet in den 1980er Jahren zu klein wurde und das Geschäftszentrum sich nach Norden auf die heutige Hauptstraße ausdehnte, wo 1986 auch der neue Markt gebaut wurde. Um dieses Zentrum herum wuchsen Wohnviertel. Die formellen Häuser von Oshakati West reichten schnell nicht mehr aus, und um den Stadtkern herum entwickelten sich informelle Siedlungen. Infrastruktur und Lebensstandard in den informellen Vierteln blieben zwar hinter den formellen Vierteln zurück, aber gerade ihr improvisierter Charakter gab den Bewohnern auch die Möglichkeit, neue soziale und städtebauliche Formen auszuprobieren. Auch wenn viele weiterhin Hirse von ihren Verwandten auf dem Dorf bezogen, ersetzte hier Geldeinkommen weitgehend die Subsistenzwirtschaft, und moderner Konsum wurde zum Ausdrucksmittel von Lebensstilen. Armee und Polizei kontrollierte sie weniger strikt als die formellen Viertel, und auch die Ausgangssperre wurde in der befestigten und mit Wällen umgebenen Stadt weniger brutal durchgesetzt als in den kleineren Städten des Landes.

Die reicheren Einheimischen in den formellen Vierteln von Oshakati West (von den in Oshakati East lebenden Weißen ganz abgesehen) blickten oft auf die ärmeren Bewohner der *Shantytowns* herunter und hielten sich von diesen Vierteln fern. Sie sahen die städtische Kultur, die sich hier entwickelte, wie dreißig Jahre früher die älteren Bauern oder Pastoren das Leben in Ondangwa gesehen hatten: Jugendliche, die sich nicht mehr zu benehmen wussten, tranken zu viel, lebten mit Frauen zusammen, die sie nicht heirateten, trugen neumodische Kleidung und hörten dazu laute Musik.

Viele der jungen Frauen, die in die Stadt zogen, wurden von den Verwandten auf dem Land und vom entstehenden städtischen Establishment noch skeptischer beurteilt als die jungen Männer. Viele zogen mit jungen Männern zusammen, die ihnen Wohnraum, Schutz und Gesellschaft bieten konnten, und wurden (wie ihre Vorgängerinnen in Ondangwa) von außen oft als *iikumbu*, Prostituierte, bezeichnet.

Der öffentliche Raum, in dem dieses städtische Leben sich abspielte und seine Normalität verhandelt wurde, war der *Cuca Shop* – jene nach einer angolanischen Biermarke benannte Form kleiner informeller Kneipen, von denen es allein in Oshakati noch 1993, nachdem die wichtige Einnahmequelle des Soldes der Besatzungsarmee weggefallen war, mehr als 500 gab (LeBeau u.a. 1993: 69). Sie waren Treffpunkte mehr oder weniger fester Freundeskreise und Nachbarschaften – öffentlich genug, um ab und zu neue Menschen zu treffen, aber vertraut genug, um offen zu reden und sich zu Hause zu fühlen. Eigentümer (oder zumindest Betreiber) wie Kunden waren junge städtische Leute, die hier ohne Autorität Älterer ihr eigenes Leben entwerfen konnten. Im Zentrum dieses Lebens standen einerseits neue Konsumformen, andererseits, und damit verbunden, *ehumokemu* – „Selbstverwirklichung durch Entwicklung“, in Lazarus Hangulas (1993: 23) treffender Übersetzung.

Unter den Bedingungen des Unabhängigkeitskrieges und der militärischen Besetzung durch die Apartheidregierung mussten Jugendliche wählen, wo sie nach solcher Selbstverwirklichung suchten – im Exil, im politisch freieren, aber sozial beschränkten Leben auf dem Land, oder in den politisch repressiven Städten, die neue Konsum- und Lebensformen in der Freizeit ermöglichten. So eng die Stadt auch in vieler Hinsicht blieb, bot sie doch in anderer Hinsicht deutlich mehr Entfaltungsmöglichkeiten als das Leben auf dem Dorf. Auch während des Krieges blieb die Stadt ein Raum der *Frontier*.

3. Wem gehört die Stadt?

Inwieweit sind die Verhältnisse, die ich hier geschildert habe, überhaupt urban? Wo beginnt Stadt? Ist es sinnvoll, die kleinen, fließend in bäuerliche Dörfer übergehenden Siedlungen des kolonialen Ovambolandes als Stadt zu beschreiben? In welchem Sinn lässt sich selbst Oshakati der 1980er Jahre, der einzige Ort der Region, den Stadt zu nennen nicht jeder Außenstehende gezögert hätte, als Stadt beschreiben? Ivan Karp hat schon 1981 (220) kritisiert, Ethnologen sähen in Afrika auch dort Städte, wo eigentlich keine seien: „Es ist immer noch unklar, was an diesen Zentren spezifisch urban ist, oder wie die meisten der Gelehrten, die über sie schreiben, Urbanität

definieren.“ Prozesse der Vergesellschaftung, so Karp, ähnelten in solchen „Städten“ jenen in ländlichen Gebieten oft sehr deutlich.

Analog ließe sich leicht argumentieren, den von mir beschriebenen Siedlungen fehle jeglicher städtischer Charakter. Ob man von ihrer Infrastruktur ausgeht, von der bloßen Größe, von ihren Bauformen, sozialen Institutionen oder vom Grad der Arbeitsteilung – stets bleibt fraglich (oder ist schon negativ entschieden), ob den Siedlungen wirklich städtische Züge eignen. Charakterisiert man jedoch mit Georg Simmel Städte nach den Formen der Vergesellschaftung, so wird auch in diesen protostädtischen Räumen das sichtbar, was für Simmel erst moderne Großstädte ausmacht: die erwartete Anonymität sozialer Beziehungen, die „dem Individuum eine Art und ein Maß persönlicher Freiheit“ gewährt, „zu denen es in anderen Verhältnissen gar keine Analogie gibt“ (Simmel 2008: 108).

Solche Freiheit ist immer relativ – in stärkerem Maße, als Simmel es annehmen kann, wenn er ihre Entstehung an die relativierende Kraft der Geldwirtschaft knüpft. Sie ist ebenso relativ wie „die Kürze und Seltenheit der Begegnungen, die jedem Einzelnen mit dem anderen – verglichen mit dem Verkehr der kleinen Stadt – gegönnt sind“, durch die „die Versuchung, sich pointiert, zusammengedrängt, möglichst charakteristisch zu geben, außerordentlich viel näher“ liegt als dort, „wo häufiges und langes Zusammenkommen schon für ein unzweideutiges Bild der Persönlichkeit im anderen sorgen“ (Simmel 2008: 112). Freiheit wie Versuchung der Selbststilisierung und Selbstdefinition mögen in heutigen Megastädten größere Spielräume haben als in Ondangwa 1950 oder Oshakati 1975. Sie mögen hier mehr sein als in einer Lebensphase zusammengedrücktes Übergangsphänomen, wie sie es für die jungen Städter im Norden Namibias oft waren, und zu einer eigenständigen stabilen Lebensform werden. Verglichen mit dem dörflichen Leben jedoch, aus dem so gut wie alle Migranten in die neuen Siedlungen kamen, erscheinen die zentralen Orte als *Frontier*-Raum individueller und kollektiver Selbstbestimmung, in denen die soziale Kontrolle des hierarchischen bäuerlichen Gehöfts und der stabilen bäuerlichen Nachbarschaft aufgebrochen war.

Wie überall im südlichen Afrika nutzten Menschen diese Freiheiten auf unterschiedliche Weise. Binnendifferenzierungen, wie etwa Philip und Iona Mayer (1961) sie zwischen „school“ und „red“ Xhosa in East London beschreiben, existierten natürlich auch in Oshakati, und das wirtschaftliche wie das tribale Establishment betrachtete entstehende Gegenkulturen junger Leute mit ähnlich skeptischen Augen wie Arnold Epstein (1958) und Hortense Powdermaker (1962) das für den Copperbelt beschrieben haben. Die ethnologische Literatur der Zeit hat die dadurch entstehenden

Verwerfungen und Individualisierungen oft als Anpassungs- und Übergangsprozess im kolonialen Wandel beschrieben, die irgendwann in einen neuen Gleichgewichtsstatus münden würden (etwa Hellman 1948: 116f; Longmore 1959: 299f); sie hat ihre Ursache damit stärker in kultureller Verunsicherung durch die koloniale Situation denn in Urbanisierungsprozessen gesucht.

Natürlich lassen sich diese Differenzierungen nicht ohne Bezug auf die koloniale Situation beschreiben, aber sie sind auch typisch für Vergesellschaftungsformen in der Stadt (s. schon Gluckman 1960; Leubuscher 1932: 113f; Wilson & Mafeje 1963: 172ff). Sie an einem Entstehungspunkt des Urbanen aufzusuchen, lenkt unseren Blick auch auf einen Zug städtischen Lebens, der oft jenen spezifischen Bedingungen zugerechnet wird, die seine heutige Artikulation bestimmen, der aber in Wahrheit originär zum Städtischen gehört. Wo Städte Freiheit und Notwendigkeit zur individuellen und kollektiven freiwilligen Vergesellschaftung schaffen, entstehen auch neue Konflikte darüber, wer über den Raum verfügen und bestimmen darf, in dem diese Vergesellschaftung stattfindet. Die Frage, wem die Stadt gehört und wer das Recht auf Stadt hat, entsteht mit dem Urbanen selbst und ist eines seiner konstitutiven Elemente.

In Städten können sich Gruppen neu – und nach neuen Kriterien – konstituieren. Die von Simmel beschriebene Möglichkeit und oft Notwendigkeit zur Selbststilisierung durch einen Lebensstil, die unverbindlichere Begegnung mit einer größeren Zahl von wechselnden Menschen, die Möglichkeit, klaren Hierarchien zu entkommen oder sie zu unterlaufen – all das schafft in Städten Nischen der Selbstbestimmung einerseits, der kollektiven Verdichtung von Lebensstilen und Identitäten andererseits. Es erzeugt gleichzeitig aufgrund der individuellen situativen Offenheit auch einen Bedarf genau danach. Städte – und das wird in der transitorischen Stadt Ondangua, in der um 1950 immer neue junge Menschen für kurze Zeit in einen sozial städtischen Raum gelangen, besonders deutlich – ermöglichen, neue Formen der Sozialität zu finden. Als soziale Formen sind sie aber stets gesellschaftlich und stehen nicht allein im individuellen Belieben. Der soziale Raum der Stadt bleibt nicht amorph, sondern ordnet sich in neue, den Beteiligten als objektive Gebilde entgegnommene Muster.

Diese neuen Muster geraten selbst dort, wo Städte als Fremdkörper in ländlichen Gebieten neu entstehen, in den Machtbereich bestehender Hierarchien. Da ihre Maßstäbe, Ordnungsprinzipien und kulturelle Bestimmungen sich von den bisherigen unterscheiden, stellen sie gleichzeitig eine Konkurrenz und tendenziell eine Bedrohung für diese dar. Von Anfang an stehen sich in den Städten unterschiedliche Visionen städtischen Lebens

gegenüber und können, weil sie Kristallisationspunkt *sozialer* Identitäten sind, als Organisationsprinzip und Zankapfel sichtbar werden. Das wurde in den neuen Städten des Ovambolands noch durch die Pluralität bestehenden Hierarchien verstärkt, die es den Vertretern neuer Ordnungsmuster erlaubten, verschiedene Referenzsysteme gegen einander auszuspielen.

In den neuen Städten war die Verteilung des sozialen und politischen Gewichts also nicht von vornherein festgelegt. Genau deshalb lassen sie sich als *Frontier*-Situationen beschreiben, in deren Raum Menschen zwar in Auseinandersetzung mit den Machtzentren, aber nicht nach ihrem Diktat lebten.

Wie überall in solchen Situationen kam es dabei zu Allianzen zwischen alten und neuen sozialen Gruppen. In den Jahren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg standen lokale Häuptlinge, Missionen und die Kolonialverwaltung als Vertreter der alten landwirtschaftlichen und patriarchalischen Ordnung gegen die jungen ArbeitsmigrantInnen, denen Geldeinkommen und die im Süden gewonnene größere Unabhängigkeit vom Verwandtschaftsverband neue Handlungsspielräume eröffneten, und gegen die modernistischen Eliten lokaler Lehrer, Händler oder Krankenschwestern, deren Zugriff auf Geldeinkommen und Status die alten ländlichen Eliten als Bedrohung empfanden. In den 1970er Jahren hatten die Allianzen gewechselt; nun war die Apartheid-Regierung für ihr Programm „getrennter Entwicklung“ auf die modernistischen Eliten und die nichtoppositionellen Arbeiter angewiesen, während die etablierteren Händler und ländlichen Intellektuellen eher in Opposition zur städtischen Jugend gerieten. Zwischen diesen und weiteren Gruppen war die Verfügung über den sozialen Raum der Stadt umkämpft.

In diesem Gefüge war das öffentliche Leben in den kleinen Landstädten, von denen hier selten die Rede war – Orte wie Ohangwena, Outapi oder Ondobe – von der neuen kleinbürgerlichen Schicht bestimmt. Etablierte Händler oder Lehrer oder Katecheten an den Missionsschulen verkörperten hier eine neue bürgerliche Ordnung, deren wirtschaftliche Basis nur noch teilweise in der Landwirtschaft lag und die der Kolonialregierung gegenüber selbstbewusst, aber ohne fundamentale Opposition auftraten. Es waren Kleinstädte in Simmels Sinn, in denen Menschen dauerhaft miteinander lebten und einander vertraut waren. Ihre bestimmenden Vertreter waren über die ganze Region hinweg miteinander vernetzt und hatten klar das gemeinsame Bewusstsein, zu einer lokalen Elite zu gehören.

In den wirklich städtischen Zentren dagegen – hauptsächlich Ondangwa und Oshakati – standen verschiedene gesellschaftliche Gruppen von Anfang an in Konkurrenz um die Deutungshoheit. Ihr Machtgefüge differenzierte sich rasch nach Stadtteilen. Während die reicheren Händler das öffentliche Leben in den formellen Vierteln bestimmen konnten, prägten junge, oft

prekär beschäftigte Arbeiterinnen und Arbeiter Kultur und Vergesellschaftungsformen in den informellen Vierteln. Gegenüber dem Establishment der kolonialen Stadt bildeten sie ein Fanon'sches Lumpenproletariat, das aber politisch gerade in den 1960er und 1970er Jahren häufiger zum Ausführungsgehilfen der Kolonialregierung wurde als zum Träger antikolonialen Widerstandes. Dieser war eher auf dem Land und unter der formellen Arbeiterschaft verortet.

Geht man von dem Kriterium der Vergesellschaftung aus, so ist es also letztlich nicht so sehr die Größe einer Siedlung, die ihren städtischen Charakter bestimmt. Es sind vielmehr drei miteinander verknüpfte soziale Sachverhalte, die zusammen den urbanen Raum schaffen: relative Anonymität, die nur durch die funktionalen Beziehungen von Arbeitsteilung und Geldwirtschaft dauerhaft möglich wird; die auf Anonymität und unpersönlicher Funktionalität beruhende Freiheit zur Selbstverortung in Gemeinschaft mit anderen; und relativ gleiche Ausgangspositionen für verschiedene, miteinander potenziell konkurrierenden Selbstverortungen, die sich erst allmählich und stets unabgeschlossen in Hierarchien ordnen.

Keine dieser drei Sachverhalte ist selbstverständlich, und keiner von ihnen ist autonom. Gemeinsam schaffen sie jene Dynamik städtischen Lebens, in dem die Frage, wem die Stadt gehört, von Anfang an im Zentrum der Urbanität steht.

Wie überall führte die Binnendifferenzierung der städtischen Bevölkerung im Norden Namibias schon in kleinen Städten rasch zu einer räumlichen Segregierung unterschiedlicher Gruppen. Sie wurde durch die Apartheidgesetzgebung und die mit ihr verbundene segregierte Stadtplanung natürlich deutlich verschärft, behielt aber stets auch eine eigenständige Dimension, die stärker mit sozialer Differenzierung als mit formeller Planung zu tun hatte. Diese räumliche Binnendifferenzierung verhinderte Konkurrenz und Kämpfe um die Deutungshoheit zwar keineswegs, federte sie aber im Alltag ab und ließ sie nur sporadisch ausbrechen (s. etwa Dobler 2010a für die Kontroverse um illegale *Shebeens*).

Nicht erst in den Gentrifizierungsprozessen heutiger westlicher Großstädte werden die Kämpfe darum, wem die Stadt gehört, dort am heftigsten geführt, wo Gruppen oder Institutionen von außen auf als relativ homogen empfundene Räume zugreifen wollen. Von Beginn städtischen Lebens an wurde räumliche Segregation, die für Einzelne und Gruppen relativ autonome Räume schuf – so ungerecht sie auch war –, als akzeptabler empfunden als neue Eingriffe in die so definierten Lebenszusammenhänge. Die Segregation verteilte die Lebenschancen ungerecht, aber sie schuf Grenzümgebungen, die neue soziale Kreativität unter Gleichgesinnten ermöglichten.

Die andauernde Auseinandersetzung zwischen Stadtplanung und Leben in den Städten, die Theoretiker wie AbdouMalig Simone (2004) oder Jennifer Robinson (2006) gerade für afrikanische Städte hervorheben, begleitet urbane Räume denn auch von Anfang an. Ihre spezifische Ausformung hat viel mit der Regulierungskapazität der konkreten staatlichen Institutionen zu tun, aber angelegt ist sie in den Charakteristika urbaner Vergesellschaftung. Städtisches Leben kann sich vorgegebenen Rollenzuschreibungen teilweise entziehen oder sie neu mit Sinn füllen. Politische Planung im Allgemeinen und Segregation im Besonderen werden zu Instrumenten, die dadurch entstehenden Kräfte der Veränderung zu kontrollieren. Gerade dadurch werden sie von Verwaltungsmaßnahmen zu politischen Prozessen und zu einem Element im Kampf darum, wem Städte gehören.

Literatur

- Dobler, Gregor (2008): „Boundary-drawing and the Notion of Territoriality in Pre-colonial and Early Colonial Ovamboland.“ In: *Journal of Namibian Studies*, Nr. 3, S. 7-30.
- Dobler, Gregor (2010a): „License to Drink. Between Liberation and Inebriation in Northern Namibia“. In: van Wolputte, Steven, & Mattia Fumanti (Hg.): *Beer as a Local and Transnational Commodity in Africa*. Münster.
- Dobler, Gregor (2010b): „On the Border to Chaos. Identity Formation on the Angolan-Namibian Border, 1927-2008“. In: *Journal of Borderland Studies*, Bd. 25, Nr. 2, S. 22-35, <http://dx.doi.org/10.1080/08865655.2010.9695759>
- Dobler, Gregor (2014): *Traders and Trade in Colonial Ovamboland*. Basel.
- Epstein, Arnold (1958): *Politics in an African Urban Community*. Manchester.
- Fumanti, Mattia (2003): *Youth, Elites and Distinction in a Northern Namibian Town*. Unveröffentlichte Dissertation, Universität Manchester.
- Gluckman, Max (1960): „Tribalism in Modern British Central Africa“. In: *Cahier d'Études Africaines*, Bd. 1, Nr. 1, S. 55-70, <http://dx.doi.org/10.3406/cea.1960.2939>
- Graefe, Olivier (1999): *Territoires urbains, pouvoirs locaux et gestion foncière en Namibie. Oshakati, Ongwediva, Ondangwa et Rundu. Des collectivités urbaines en gestation*. Thèse de doctorat de géographie. Paris X – Nanterre.
- Hangula, Lazarus (1993): *The Oshakati Human Settlement Project: The Town of Oshakati. A Historical Background*. SSD Discussion Paper No. 2. Windhoek.
- Hayes, Patricia (1992): *A History of the Ovambo of Namibia*. PhD thesis, Cambridge.
- Hellman, Ellen (1948): *Rooiyard. A Sociological Study of an Urban Native Slum*. Cape Town.
- Karp, Ivan (1981): „Review of Arens, Frontier of Change, and Hjort, Rural ties“. In: *African Economic History*, Nr. 10, S. 220-223, <http://dx.doi.org/10.2307/3601305>
- Kopytoff, Igor (1987): *The African Frontier. The Reproduction of traditional African societies*. Bloomington, IN.
- Kreike, Emmanuel (2004): *Re-Creating Eden. Land Use, Environment and Society in Southern Angola and Northern Namibia*. Portsmouth.
- LeBeau, Debie; Wade Pendleton & Chris Tapscott (1993): *A Socio-economic Assessment of the Oshakati/Ondangwa Nexus*. Windhoek.
- Leubuscher, Charlotte (1932): *Der südafrikanische Eingeborene als Industriearbeiter und als Stadtbewohner*. Jena.

- Longmore, Laura (1959): *The Dispossessed. A Study of the Sex-Life of Bantu Women in and around Johannesburg*. London.
- McKittrick, Meredith (2002): *To Dwell Secure. Generation, Christianity, and Colonialism in Ovamboland*. Portsmouth.
- Mayer, Philip & Iona (1961): *Townsmen or Tribesmen*. Oxford.
- Powdermaker, Hortense (1962): *Copper Town. Changing Africa*. New York, NY.
- Republic of South Africa (1964): *Report of the Commission of Enquiry into South West Africa Affairs 1962-1963*. Pretoria.
- Robinson, Jennifer (2006): *Ordinary Cities. Between modernity and development*. Abingdon.
- Simmel, Georg (2008): *Soziologische Ästhetik*. Berlin.
- Simone, AbdouMaliq (2004): *For the City yet to come: Changing African Life in Four Cities*. Durham.
- Thomas, Wolfgang (1978): *Economic Development in Namibia. Towards Acceptable Development Strategies for Independent Namibia*. München.
- Töttemeyer, Gerhard (1978): *Namibia Old and New. Traditional and Modern Elites in Ovamboland*. London.
- Turner, Frederick Jackson (1893): „The Significance of the Frontier in American History“. In: *Report of the American Historical Association*, S. 199-227
- Tvedten, Inge (2011): „As long as they don't bury me here.“ *Social Relations of Poverty in a Namibian Shantytown*. Basel.
- Van Wolputte, Steven, & Lena Bleckmann (2012): „The Ironies of Pop. Local Music Production and Citizenship in a Small Namibian Town“. In: *Africa*, Bd. 82, Nr. 3, S. 413-436, <http://dx.doi.org/10.1017/S0001972012000319>
- Wallace, Marion (2002): *Health, Power and Politics in Windhoek, Namibia, 1915-1945*. Basel.
- Wilson, Monica, & Archie Mafeje (1963): *Langa. A Study of Social Groups in an African Township*. Oxford.

Anschrift des Autors:

Gregor Dobler

gregor.dobler@ethno.uni-freiburg.de

Recht auf Stadt

Weltweit haben sich in den letzten Jahren unterschiedliche städtische Initiativen zu „Recht auf Stadt“-Netzwerken zusammengeschlossen: In Argentinien, Japan, USA, Deutschland und vielen anderen Ländern kooperieren unter diesem Slogan Aktivist_innen gegen Wohnungslosigkeit, Gentrifizierung, Rassismus, neoliberale Stadtpolitik, für Gerechtigkeit, Solidarität sowie Mit- und Selbstbestimmung (Sugranyes & Mathivet 2010; Holm & Gebhardt 2011). Die Recht-auf-Stadt-Bewegungen haben in der Stadtforschung dafür gesorgt, dass das Werk des französischen Philosophen und Soziologen Henri Lefebvres neu betrachtet wird. Dieser hatte Ende der 1960er Jahre einen Text mit dem Titel *Das Recht auf die Stadt* geschrieben und damit eine radikal andere Gesellschaft gefordert (Lefebvre 2016 [1967]; vgl. *dérive*-Heft Nr. 60). Aber nicht nur in der Forschung, auch in den Recht-auf-Stadt-Bewegungen wird ein Teil von Lefebvres Arbeiten gelesen und verarbeitet.

Der Aufwind des Recht-auf-Stadt-Begriffs weht aber letztlich von der praktischen Seite her: Die Kraft und die Vielfalt des Rechts auf Stadt kommen von der Straße, nicht aus akademischen Texten oder universitären Seminaren. Die Vielzahl an Problemen, z.B. Verdrängung, Schein-Partizipation oder Umweltverschmutzung, sowie deren wachsende Ausmaße haben aus dem Begriff ein wichtiges politisches Motiv gemacht. Denn „Recht auf Stadt“ funktioniert in einem solch heterogenen politischen Feld als für viele Themen offener, aber zugleich auf eine eingängige Forderung gerichteter Slogan: Kritik an der aktuellen Stadt und Ideen für eine andere Stadt lassen sich gut darunter vereinen. Erst später erlangte der Begriff als wissenschaftlich viel diskutiertes Konzept Bedeutung.

Dennoch kann es sowohl theoretisch als auch politisch wertvoll sein, sich mit dem Recht-auf-Stadt-Begriff auseinanderzusetzen. Theoretisch, weil Arbeiten wie die Lefebvres differenzierte Analysemöglichkeiten liefern, Städte in ihrer teils widersprüchlichen Komplexität zu begreifen und zu kritisieren. Politisch, weil der Begriff für eine Überwindung kapitalistischer, tauschwertorientierter Verhältnisse steht und eine klare Begriffsarbeit die Frage stets wach hält: Welches Recht soll für wen und an welcher Stadt eingefordert werden? Diese Frage ist deswegen immer wieder zu stellen, weil die Organisationsformen unter diesem Slogan von selbstorganisierten Stadtteilgruppen bis hin zu internationalen NGOs und Gesetzesinitiativen (Bsp. Brasilien, Fernandes 2007) reichen und dabei auch solche Recht-auf-Stadt-Konzepte etabliert werden können, die eher auf reformistische

Anpassungen als auf radikale Transformationen abzielen. Patrick Bond (2013) hat dies aufschlussreich an der Übertragung des Konzepts auf ein „Recht auf Wasser“ gezeigt, mit dem letztlich nur ein individuelles, vom Staat durchzusetzendes Konsumrecht gefordert wurde. Margit Mayer warnt daher, dass je institutionalisierter die Recht-auf-Stadt-Idee implementiert wird, die fundamentale, ja revolutionäre Forderung nach einer grundlegend anderen Gesellschaft und Aufhebung kapitalistischer Machtverhältnisse verwässert und sogar kooptiert wird (ebd. 2009: 367ff).

Das Recht auf Stadt ist keine simple Forderung nach Teilhabe an der aktuellen Stadt. „Stadt“ ist bei Lefebvre kein Ort, der irgendwo genau lokalisiert werden könnte. Stadt ist immer dort, wo Menschen, Dinge und Ideen sich begegnen können: Die Stadt „schafft eine, die urbane Situation, in der *unterschiedliche* Dinge zueinanderfinden und nicht länger getrennt existieren, und zwar vermöge ihrer Unterschiedlichkeit.“ (Lefebvre 1972: 127; Hervorhebung i.O.) „Stadt“ ist also da ist, wo wechselseitige Inspiration möglich ist und kollektives Agieren stattfindet, durch das wiederum tiefgreifende politische Veränderungen erzeugt werden können. Lefebvre fordert mit dem Recht auf Stadt also eine *urbane Revolution*. In dieser werden alle überall die Möglichkeiten haben, sich zu beteiligen, sich in Interaktion mit anderen der eigenen Bedürfnisse bewusst zu werden und diese zu realisieren.

Das „Recht auf Stadt“ ist also ein Bedürfnis und eine Forderung nach einer anderen, noch zukünftigen Stadt, in der kollektiv unterschiedliche politische Ziele und persönliche Bedürfnisse realisiert werden können. Umstritten ist, inwiefern diese offene Forderung nach Selbstorganisation für Personen unterschiedlichen Geschlechts, sozialen Status oder unterschiedlicher Hautfarbe gleichermaßen relevant und zugänglich ist. Ana Sugranyes und Charlotte Mathivet (2010) geben mit ihrem Sammelband einen Überblick über globale Varianten der Prozesse und ungleiche Teilhabemöglichkeiten auch am Recht auf Stadt. Unklar ist zudem, ob das „Recht“ in diesem Zusammenhang eine offene Form der Demokratie oder die eines Gesetzes annehmen soll und inwiefern es eigentlich eine Konzeption von Gerechtigkeit oder Ungehorsam gegenüber bestehendem Recht beinhaltet (Attoh 2011).

Das aktuell große Interesse an der Begrifflichkeit „Recht auf Stadt“ hat selbst bereits zu urbanen Situationen beigetragen. Aktivist_innen aus dem politischen Umfeld lesen Texte von und über Henri Lefebvre und laden Personen ein, die sich theoretisch-konzeptionell damit auseinandersetzen; Wissenschaftler_innen wiederum suchen Kontakt zu Personen, die das Recht auf Stadt praktisch werden lassen und schärfen den Blick für die politisch-praktische Vielschichtigkeit des städtischen Alltags. Die wechselseitigen Inspirationen aus Wissenschaft und Bewegung verweisen darauf, dass die

politischen und akademischen Entwicklungen um das Recht auf Stadt zwar auch ohne einander funktionieren könnten, im Zusammenspiel jedoch viel differenzierter und wirkmächtiger ausfallen. Denn erst das Zusammenspiel weckt stets von Neuem die Aufmerksamkeit für die Bedeutung von Kollektiven unterschiedlicher Beteiligter, für die Verbundenheit heterogener Themenfelder. Das regt immer wieder zum Nachdenken über mögliche grundlegende Alternativen an. Dass dies nicht konfliktfrei abläuft, ist nicht nur nicht problematisch, sondern wichtig, weil nur so die Konflikte, die in der Widersprüchlichkeit des gesellschaftlichen Lebens angelegt sind, zugelassen werden: „Das Urbane ließe sich somit als *Ort* definieren, *an dem* Konflikte *Ausdruck finden*.“ (Lefebvre 1972: 186; Hervorhebung i.O.)

Anne Vogelpohl

Literatur

- Attoh, Kafui A. (2011): „What Kind of Right is the Right to the City?“ In: *Progress in Human Geography*, Bd. 35, Nr. 5, S. 669-685, <http://dx.doi.org/10.1177/0309132510394706>.
- Bond, Patrick (2013): „The ‘Right to the City’ – Limits to Rights Talk and the Need for Rights to the Commons“. In: *Theoria*, Nr. 27/28, S. 42-63.
- dérive – Zeitschrift für Stadtforschung*, Bd. 60, Themenheft „Henri Lefebvre und das Recht auf Stadt“, 2015.
- Fernandes, Edésio (2007): „Constructing the ‘Right To the City’ in Brazil“. In: *Social & Legal Studies*, Bd. 16, Nr. 2, S. 201-219, <http://dx.doi.org/10.1177/0964663907076529>.
- Holm, Andrej, & Dirk Gebhardt (2011) (Hg.): *Initiativen für ein Recht auf Stadt – Theorie und Praxis städtischer Aneignungen*. Hamburg, S. 7-23.
- Lefebvre, Henri (1972): *Die Revolution der Städte*. München.
- Lefebvre, Henri (2016 [1967]): *Das Recht auf Stadt*. Hamburg.
- Mayer, Margit (2009): „The ‘Right to the City’ in the Context of Shifting Mottos of Urban Social Movements“. In: *City*, Bd. 13, Nr. 2/3, S. 362-374, <http://dx.doi.org/10.1080/13604810902982755>.
- Sugranyes, Ana, & Charlotte Mathivet (2010) (Hg.): *Cities for All – Proposals and Experiences towards the Right to the City*. Santiago de Chile.

Recht auf Urbanität

Die Feststellung, eine Stadt oder ein Ort seien – in welchem Ausmaß auch immer – *urban*, ist keine schlichte Tautologie, wie sich zunächst vermuten ließe. *Urbanität* ist vielmehr ein Diskurs, der seit Beginn des 20. Jahrhunderts Debatten um städtische Lebensqualität und die moderne Stadt prägt, meist in Gestalt eines stadtplanerischen oder -politischen Leitbildes. Dabei speist sich die Vorstellung von Urbanität als spezifisch großstädtische Lebensart und Alltagsorganisation aus einer Reihe von Kriterien und Dimensionen, die je nach Provenienz und theoretischer Schule unterschiedlich gewichtet werden (vgl. dazu Häußermann & Siebel 1992: 12): sozialräumliche Dichte, Heterogenität und Simultanität, die Erfüllung von „Funktionen“ wie Wohnen, Arbeiten, Freizeit oder Mobilität, die Ausdifferenzierung in private und öffentliche Sphären oder auch das städtische Gemeinwesen als Form sozialer Selbstverwaltung und Polis, deren Zugang allein durch Bildung und Leistung reguliert sei. Allgemein gilt Urbanisierung in den etablierten Stadtwissenschaften als Geschichte einer multiplen historischen Emanzipation: des *Citoyen* vom Feudalismus, des *Bourgeois*, der sich am „befreiten“ Marktgeschehen mit seinesgleichen messen kann, des bürgerlichen Individuums aus seiner dörflichen Eingebundenheit.

Wie selektiv und beschränkt eine solche funktionalistische und lineare Vision von Urbanität bleibt, haben im deutschsprachigen Raum Hartmut Häußermann und Walter Siebel schon Anfang der 1990er gezeigt, indem sie die Historizität, das grundlegend „spannungsvolle[s] Verhältnis zwischen Urbanität und Stadtplanung“ (ebd.: 20) sowie schließlich die jeder urbanistischen Reform inhärente Tendenz zu Uniformierung und Verdrängung betonten. Vor dem Hintergrund von Kommerzialisierung und Segregation brachten sie eine „neue Urbanität“ (ebd.: 37) ins Spiel, die gegen Suburbanisierung, Zersplitterung und Verödung zunehmend ökonomisierter Städte in Stellung gebracht wurde. Auch wenn sich die Autoren ausdrücklich gegen den „Entwurf einer Idealstadt“ (ebd.) wandten und eine kritische Wendung des Konzepts postulierten, so lief ihre neue Formel doch vor allem auf eine Erweiterung des Kriterienkatalogs hinaus: Neu aufgenommen wurden nun soziale Mischung, die „Aussöhnung mit der Natur“, Kreativität, Partizipation und Multikulturalisierung – Diskursstränge, die uns mit Blick auf postmodernes *Citybranding* heute höchst vertraut vorkommen.

Bezugspunkt all dieser Urbanitätsdebatten aber ist stets die „mitteleuropäische Bürgerstadt“ (ebd.: 6) als Wiege moderner Gesellschaft/lichkeit und

Stadtbürgerschaft. Deren koloniale Grundierung und Bedingtheit bleibt selbst bei sozial und historisch aufgeklärten Stadtsoziologen wie Häußermann und Siebel ein blinder Fleck. So operiert Urbanität als letztlich anglo/eurozentrische Kategorie, die sich am Ideal der „europäischen Stadt“ ausrichtet und als urbanistisches Leitbild die Abweichungen des realexistierenden Stadtlebens zu beheben sucht.

Um Urbanität weniger als normativen Diskurs denn als analytische Kategorie zum Verständnis des Städtischen als konfliktives Feld fruchtbar zu machen, lohnt ein Blick auf urbane Entwicklungen und Debatten jenseits des europäischen Tellerrands – etwa nach Lateinamerika. Öffentlichkeit wird hier jenseits des Habermas'schen Diktums einer allseits zugänglichen Arena und rational rasonierenden Bürgergesellschaft schon seit längerem als fragmentiertes, asymmetrisches und immer wieder neu ausgehandeltes Terrain diskutiert (vgl. Braig & Huffschnid 2009). Dabei ist insbesondere die öffentliche Stadt seit den 1980er Jahren Gegenstand einer disziplinübergreifenden Stadtforschung, die an den Schnittstellen von Anthropologie, Soziologie und Humangeographie auf die Mikroräume des Urbanen ebenso wie auf die Makrostrukturen des Sozialen, Politischen und Kulturellen fokussiert und diese miteinander zu verschränken sucht (vgl. Huffschnid & Wildner 2013).

Das Städtische ist die „praktizierte Stadt“, so der auch in Lateinamerika weit rezipierte katalanische Stadtanthropologe Manuel Delgado (1999; 2007). Ihr Schauplatz ist der öffentliche Raum als Szenerie einer „diffusen Sozialität“ (Delgado 2007: 13), in Abgrenzung zur geplanten, gebauten aber auch zur privat bewohnten Stadt. Es sind nach Delgado nicht primär Stadtplaner, Architektinnen oder Bauherren, die das Städtische produzieren, sondern die Städter/innen und ihre Nutzungen urbaner Räume, und zwar auch unabhängig – und darin liegt seines Erachtens der Freiheitsgrad des Urbanen – von ihrem Wohn-, Arbeits- oder Aufenthaltsstatus. Dabei preist der Autor die Zerstreung, Horizontalität und Unberechenbarkeit des urbanen „Draußen“ (ebd.: 27) als Gegenstück zum eher strukturverhafteten „Dinnen“ und allgemein der überdeterminierten Stadt. Doch auch der öffentliche Raum produziert seinerseits urbane Subjektivitäten, indem er Ressourcen der Selbstbehauptung und Sichtbarwerdung städtischer Akteure bereitstellt: „Gewisse Kollektive nutzen den öffentlichen Raum, um sich selbst als solche in Szene zu setzen, weniger weil sie existieren, sondern *um zu existieren*“ (Delgado 1999: 45).

Dieser „Öffentlichkeitseffekt“ (Delgado 2007: 172) gründet nicht in einer organischen Gemeinschaftlichkeit, sondern in der ephemeren Performance von Gesellschaft/lichkeit, wie am Beispiel räumlicher Proteste deutlich

wird: Demonstrationen, Barrikaden, Kundgebungen oder Platzbesetzungen begründen, wie Clara Irazábal (2008: 19) treffend feststellt, „spaces of insurgent citizenship“, , so etwas wie Räume aufständischer Stadtbürgerschaft. Diese Räume kommen temporären Gemeinschaften gleich, die sich im Akt des Protestierens als solche erst öffentlich konstituieren.

Nicht minder bedeutend aber ist für Delgado, spiegelverkehrt dazu, das „Recht auf Indifferenz“ (Delgado 2007: 182ff), der Anspruch und die Möglichkeit, in der Anonymität des Urbanen abzutauchen. Denn die Stadt ermöglicht nicht nur Selbstinszenierung, sondern auch Unsichtbarwerdung, also die Befreiung von identitären Zuschreibungen, Vergemeinschaftungen und den damit einhergehenden Bild- und Raumordnungen. Hintergrund der provokanten Wendung vom „Recht auf Indifferenz“ ist die in europäischen Metropolen mittlerweile allgegenwärtige Differenzrhetorik und der verbreitete (Multi-)Kulturalismus. Dieser rezipiere den Anderen, so Delgado, vorzugsweise in migrantischer Gestalt, aufgrund seiner essenziellen Eigenschaften, also wegen dem, was er oder sie *ist* (oder zu sein scheint), und nicht dem, was er oder sie öffentlich erkennbar *tut*. Dadurch werde sein Recht auf Anonymität und „höfliche Gleichgültigkeit“, die etwa Isaac Joseph (2002) als zentrale Prinzipien des Urbanen herausgestellt hat, verletzt.

Denn nach Joseph gedeiht das Miteinander in großen Städten gerade aus der Entkopplung von Identitäten und öffentlichem Raum, also aus der Neigung des Urbanen, „die Äquivalenz zwischen kollektiver Identität [...] und Territorium durcheinander zu bringen“ (ebd.: 45). Urbanität meint danach sowohl Verdichtung wie Zerstreung, Gleichzeitigkeit wie Fragmentiertheit. Dabei ist die Stadt, oder eben das Städtische, für Joseph nicht in erster Linie Resultat von Diskursen oder Überzeugungen, sondern ein Raum räumlicher, sinnlicher und visueller Erfahrungen, der andauernden Reibungen und einer gleichsam über allem „schwebenden Indifferenz“ (ebd.: 29).

Gegen den „permanenten Ausnahmezustand“ (Delgado 2007: 193) des Anders-Seins macht Delgado daher das Recht des oder der Anderen auf Gewöhnlichkeit, Gleichbehandlung und eben Nicht-Differenzierung geltend. Dieses Recht lässt sich – so möchte ich vorschlagen – als erweiterte Variante der Recht-auf-Stadt-Forderung als „Recht auf Urbanität“ lesen. Ein solcher Anspruch scheint mir heutzutage besonders mit Blick auf die vermehrte Präsenz von Geflüchteten in europäischen Städten von Belang zu sein. Denn diesen geht es ja gerade nicht um ihre ethnische oder kulturelle Differenzierung, sondern um *citizenship* im Sinne einer menschen- und bürgerrechtlichen Teilhabe an der städtischen Polis.

Für realexistierende Urbanität, also städtisches Alltags- und Zusammenleben in seiner Ambivalenz und Konflikthaftigkeit, ist zudem das kollektive

Imaginäre von zentraler Bedeutung. Für diese imaginäre Dimension des Urbanen haben lateinamerikanische Kulturwissenschaftler/innen das Konzept des urbanen *Imaginario* entwickelt (vgl. Silva 2003; 2006 [1992]; García Canclini 1997; Vergara Figueroa 2001). Gemeint ist ein Zusammenhang sozial zirkulierender Vorstellungen, die sich aus städtischen Erfahrungen, Eindrücken und Diskursen speisen und zu wirkmächtigen Kollektivbildern fügen; bekannte Beispiele sind *Imaginario* der städtischen Angst, der kreativen Stadt oder des urbanen Dschungels: soziale Imagination, in der verfügbare Diskursstränge, Narrative und Bildfelder aufgerufen und mit eigenen Erfahrungen und Wahrnehmungen verknüpft werden. Entscheidend ist, dass es sich bei *Imaginario* nicht um soziale Phantasien oder manipulative Überbauten handelt, sondern dass diese sich sowohl aus Erlebtem und Wahrgenommenem speisen und zugleich zurückwirken auf soziales und städtisches Leben und Handeln. Sie generieren Begehren und Gefühle, bieten Erklärungen und Sinnzuschreibungen, strukturieren und vervollständigen die – stets fragmentierte und partielle – Raum- und Stadtwahrnehmung. Der Fokus auf das Imaginäre bedeutet keine Relativierung der materiellen Stadt, ihrer Ökonomie oder Architektur. Es geht vielmehr um deren Erweiterung um eine immaterielle, symbolische Territorialität, die als sozial artikulierte Imagination ebenso wie die materielle Stadt Machteffekte, Ausgrenzungen und Einschlüsse produziert.

Dabei sind urbane *Imaginario* ebensowenig monolithische oder homogene Gebilde wie die Städte, von deren Alltag und Lebensgefühl sie zeugen. Zum einen unterliegen sie steten Verschiebungen – zuweilen auch abrupten Einbrüchen – durch politische Umbrüche oder Ereignisse. Zum anderen koexistieren in der Stadt stets verschiedene oder sogar widerstreitende *Imaginario*. Ein aktuelles Beispiel dafür sind die kontrastierenden Formen europäischer Zivilgesellschaftlichkeit und Urbanität, die sich in deutschen Großstädten im Lauf des Jahres 2015 manifestierten: das *Imaginario* der weltoffenen, kosmopolitischen Stadt, die sich in der Aufnahme von Neuankömmlingen und Schutzsuchenden als Stadtgesellschaft immer wieder neu zu bewähren hat, und das der mittelalterlichen Burg, das vom Ansturm Fremder und Invasor/innen geflutet zu werden droht.

Anne Huffschmid

Literatur

- Braig, Marianne, & Anne Huffschmid (2009) (Hg.): *Los poderes de lo público. Debates, espacios y actores en América Latina*. Frankfurt a.M.
- Delgado, Manuel (1999): *El animal público. Hacia una antropología de los espacios urbanos*. Barcelona.

- Delgado, Manuel (2007): *Sociedades Movedizas: pasos hacia una antropología de las calles*. Barcelona.
- García Canclini, Néstor (1997): *Imaginarios urbanos*. Buenos Aires.
- Joseph, Isaac (2002): *El Transeúnte y el Espacio Urbano. Ensayo sobre la dispersión del espacio público*. Barcelona.
- Häußermann, Hartmut, & Walter Siebel (1992): *Urbanität*. Wien.
- Huffschmid, Anne, & Kathrin Wildner (2013) (Hg.): *Stadtforschung aus Lateinamerika. Neue urbane Szenarien: Öffentlichkeit, Territorialität, Imaginarios*. Bielefeld.
- Irazábal, Clara (2008) (Hg.): *Ordinary Places, Extraordinary Events. Citizenship, Democracy and Public Space in Latin America*. London & New York, NY.
- Silva, Armando (2003) (Hg.): *Urban imaginaries from Latin America*. Ostfildern-Ruit.
- Silva, Armando (2006 [1992]): *Imaginarios Urbanos*, Bogota.
- Vergara Figueroa, Abilio (2001) (Hg.): *Imaginarios. Horizontes plurales*. Mexiko-Stadt.

Rezensionen

Jürgen Oßenbrügge & Anne Vogelpohl (Hg.): *Theorien in der Raum- und Stadtforschung. Einführungen*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2014, 350 Seiten

In Ermangelung an Einführungswerken ist dieser Sammelband als Antwort auf die noch im Entstehen begriffene Debatte über konzeptionelle Herangehensweisen und Perspektiven in der (deutschen) Raum- und Stadtforschung zu verstehen. Er bietet eine gelungene Einführung zu vielfältigen Konzepten und Erklärungsansätzen, die für die Disziplin relevant sind. Dabei erheben die Herausgeberin und der Herausgeber weder Anspruch auf Vollständigkeit noch gibt der Band finale Antworten auf definitorische Fragen zu den Termini Stadt oder Raum. Vielmehr liegt das Augenmerk darauf, eine erste konzeptionelle Übersicht zu präsentieren sowie weitere Debatten anzustoßen.

Die Spannweite der Beiträge erstreckt sich von älteren theoretischen Denktraditionen, bspw. Pierre Bourdieu, Michel Foucault, Niklas Luhmann, Antonio Gramsci oder Henri Lefebvre, sowie deren Anwendung auf aktuelle räumliche Dynamiken bis hin zu neuen konzeptionellen Perspektiven auf gesellschaftliche Transformationen. Die Auswahl der theoretischen Ansätze, so Jürgen Oßenbrügge und Anne Vogelpohl in der Einleitung, berücksichtige auch jüngere, wissenschaftlich konzeptionelle Debatten. Aufgrund der komplexen Dynamiken in Städten und Räumen zeigten die Aufsätze unterschiedlichste Dimensionen und Schwerpunktsetzungen auf. Ziel des Buches sei es, weder „Komplexität

zu ignorieren noch 'einfach kompliziert' zu denken“ (9). Der Band soll ferner Kritik an urbanen und räumlichen Entwicklungen ermöglichen und alternative Handlungsoptionen aufzeigen.

Der Sammelband umfasst neben der Einleitung zwei Sektionen: „Disziplinäre Perspektiven auf Raum und Stadt“ sowie „Theorien in der Raum- und Stadtforschung“. Im ersten Teil befassen sich die AutorInnen der sechs Beiträge mit Perspektiven der Anthropologie, Geschichtswissenschaft, Soziologie, Politikwissenschaft, Geografie bzw. Stadt- und Regionalplanung. Zunächst verdeutlichen die Aufsätze eindrücklich, wie interdisziplinär die Stadt- und Raumforschung ist. Darüber hinaus geben sie einen guten Überblick über (jüngere) Entwicklungen innerhalb der Disziplinen. Doch trotz der Bemühungen der AutorInnen, Synergien und Schnittstellen zwischen den Perspektiven aufzuzeigen, gelingt dies nur teilweise.

Im zweiten Teil setzen sich zunächst *Kristina Dietz* und *Bettina Engels* mit dem Zusammenhang von „Raum, Natur und Gesellschaft“ (78) auseinander. Einem kritischen Verständnis der Politischen Ökologie des Raumes folgend, in das „Kämpfe, konkurrierende kulturelle Vorstellungen und soziale Beziehungen eingeschrieben sind“ (86), zeigen die Autorinnen zentrale Kategorien für die empirische Analyse auf: *Place*, *Scale*, Territorialisierung.

Christoph Scheuplein diskutiert unter der Überschrift „Glokal, Scale und Grenzen“ die Bedeutung nationalstaatlicher Grenzen und *Scales* in Zeiten zunehmender globaler Entgrenzung. Dabei stellt er anhand globaler Warenketten

das *space-of-flow*-Konzept dem regimebasierten *space-of-place*-Ansatz gegenüber. Dabei werde deutlich, wie die „weitere konzeptionelle Verschränkung von ‘flow’ und ‘spaces’ zu einer überzeugenden Theoriebildung“ führen könne (111).

Auch *Andreas Pott* und *Vassilis S. Tsianos* greifen in „Verhandlungszonen des Lokalen“ die Relevanz translokaler Netzwerke und Dynamiken auf und nehmen die Stadt- und Migrationsforschung in den Blick. Sie verstehen Migrations- und Integrationsprozesse „als Verdichtungen von sozialen Handlungen“ (121) und argumentieren, die Regimeperspektive ermögliche die empirische Analyse von global-lokalen Transformationen urbaner Lebensverhältnisse.

Aus feministischer Perspektive beschäftigen sich *Sybille Bauriedl* und *Carolin Schurr* mit dem „Zusammenprall der Identitäten“. Im Mittelpunkt stehen die Vergeschlechtlichung von Städten sowie der Einfluss von Geschlechterverhältnissen auf Räume. Nach der kritischen Darstellung von Prozessen der Suburbanisierung und Angsträumen, die Frauen in ihren Handlungsmöglichkeiten limitieren und im öffentlichen Raum disziplinieren, gehen die Autorinnen besonders auf die Problematik intersektionaler Wechselwirkungen ein. Durch diese Perspektive werfen sie nicht nur Fragen nach Macht und Wissen auf, sondern analysieren auch die Privilegierung und Diskriminierung von bestimmten Personen(gruppen) im Raum. An diese Überlegungen knüpft *Anke Strüver* in ihrem Beitrag „Zum Zusammenwirken von Materialität und Repräsentation“ an. Sie zeigt, wie Städte mehr noch als andere Räume Transformation von „Diskursen und Alltagspraktiken geschlechtlich codierte[r] Subjektidentitäten“ (306) ermöglichen.

Stefan Höhne und *René Umlauf* zeigen anhand der Artefakte Bodenschwelle und Schlagloch in afrikanischen Großstädten anschaulich, welche neuen Dimensionen durch die „Akteur-Netzwerk Theorie“ (195, sic!) (ANT) in der Raum- und Stadtforschung sichtbar werden. Auch sie verstehen Raum als „durch Praktiken und Aktivitäten konstituiert“ (204). Durch die ANT-Perspektive rückten Inklusions- und Exklusionsprozesse sowie potenzielle Handlungsoptionen in den Fokus.

Unter dem Titel „Marxistische Stadtforschung“ zeichnen *Jan Kemper* und *Felix Wiegand* deren „Marxification“ nach. Eine klassenanalytische Perspektive reduziere gesellschaftliche Transformationen und Kämpfe in urbanen Räumen jedoch nicht allein auf ihren Klassegehalt. Vielmehr stünden auch Interdependenzen zwischen Städten und Akkumulationsdynamiken sowie daraus resultierende Probleme im Blickpunkt der Analyse.

Insgesamt stellt der Band eine Bereicherung für den noch jungen Forschungsbereich dar. Die Leserin bzw. der Leser merkt, dass die AutorInnen in einen längeren Dialog miteinander getreten sind. Dennoch erscheinen einige Beiträge zu deskriptiv, während bei anderen der Bezug zur Raum- und Stadtforschung nicht deutlich genug herausgearbeitet wurde. Dies fällt besonders bei *Susanne Heegs* Beitrag „Regulationstheorie: Akkumulationsregime und Regulationsweise“ sowie bei *Julia Affolderbachs* und *Samuel Mössners* Beitrag „Der Institutionenbegriff in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ auf. Darüber hinaus wäre ein Zwischenfazit nach der ersten Sektion bzw. ein Schlusskapitel sinnvoll gewesen, um transdisziplinäre

Anknüpfungspunkte, aber auch konträre Perspektiven zusammenzufassen.

Anne Hennings

Susan Parnell & Sophie Oldfield
(Hg.): *The Routledge Handbook
on Cities of the Global South*.
London & New York, NY:
Routledge 2014, 635 Seiten

Das Handbuch widmet sich einer kontrastiv geführten Debatte um Städte und Urbanisierung des „Südens“. Für die einen verlangen Städte des Globalen Südens unsere Aufmerksamkeit, weil sie über die größten Wachstumsraten und enormes ökonomisches Potenzial verfügen, jedoch zugleich die schärfsten Krisenmomente, von Kriminalität über Ernährungssicherheit bis zu Umwelt Risiken, zu bewältigen haben. Für die anderen steht die koloniale Verflechtung der heutigen Metropolen des Südens im Vordergrund, und jede Beschäftigung mit diesen Städten setzt eine kritische Auseinandersetzung mit den globalen Abhängigkeitsverhältnissen voraus, die diese Krisen bedingen.

Die im Handbuch versammelten Aufsätze namhafter AutorInnen umreißen in sieben Themenbereichen die meisten zentralen Anliegen aktueller Stadtforschung. Jeder Teil beinhaltet fünf bis sieben Beiträge und wird von einer der beiden Herausgeberinnen, beide Stadtgeografinnen an der *University of Cape Town* eingeleitet. Im urbanen Zeitalter, so ihre Motivation, müssen sich kritische Ansätze mit den Dynamiken beschäftigen, die Städte des globalen Südens ins Verhältnis zu denen des Nordens setzen.

Ist die Entwicklung einer „southern theory“ notwendig oder hilfreich? Diese Frage motiviert die fünf Beiträge

des ersten Teils. Auf der einen Seite argumentieren *Sujata Patel* und *Carlos Vainer* für eine dekolonisierende Aufgabenteilung der Stadtforschung durch Partikularisierung regionalen Wissens bzw. plurale Wissensproduktion durch Dialog. *Ananya Roy* und *Jennifer Robinson* entwickeln komparative Ansätze zur transnationalen Stadtforschung. *Alan Mabin* spricht sich gegen einen komparativen, pragmatischen Ansatz aus. „Southern theory“ auf der Basis einer Suche nach transregionalen Gemeinsamkeiten und allgemeinen Begriffen sei nicht förderlich, da sie die empirische Fülle und historische Diversität verdecke.

Im zweiten Teil, der sich mit der Geschichte der Stadtplanung befasst, argumentieren *Vanessa Watson* und *Marie Huchzermeyer* in eine ähnliche Richtung wie zuvor Vainer und Patel: Watson zeichnet am Beispiel afrikanischer und asiatischer Städte die negativen Effekte nach, die die Implementierung normativer Ideale aus dem Norden in postkolonialen Kontexten mit sich bringen. Die stigmatisierenden Diskurse um Informalität und den Begriff „slum“ kritisiert Huchzermeyer. Stärker *policy*-orientiert ist *Richard Harris*’ Präsentation der Diversität (in)formaler Logiken von Landmärkten. Schließlich nimmt *Ivan Turok* eine innovative, da urbane Perspektive auf die „emerging powers“ der BRICS (Schwellenländer) ein und spricht sich für eine genauere Untersuchung der Dynamik des globalen Systems von Städten aus. Er relativiert zugleich die von „urban age“-VertreterInnen vorgebrachte Idee des sozialen und ökonomischen Potenzials von Urbanisierung und zeigt, wie diese Urbanisierung aufgrund ungleicher und undemokratischer Entwicklung für eine

Bevölkerungsmehrheit exkludierend ablaufen kann.

Der dritte Teil diskutiert das Verhältnis von ökonomischem Wachstum, fortbestehender Ungleichheit und Armut. *Eric Sheppard* steckt den theoretischen Rahmen zur Kritik am globalen urbanen Kapitalismus ab. Dieser schaffe sowohl im globalen Städtenetz als auch innerstädtisch ständig neue soziale Ungleichheiten. Zu deren Überwindung müssten die postkolonialen Entwicklungspfade von Städten des Südens die anerkannte Grundlage jeglicher Intervention werden. Wichtige Beiträge, das „northern imaginary“ (153) von Entwicklung zu dezentrieren, folgen aus China (*Xiangming Chen*), Afrika (*Robert Buckley & Archilles Kallergis*), Afrika und Asien (*Edgar Pieterse & Katherine Hyman*) sowie Subsahara Afrika (*Deborah Fahy Bryceson*). Besonders interessant ist die statistikbasierte Analyse informeller Ökonomien von *Martha Chen & Caroline Skinner*. Die Autorinnen zeigen, dass die Arbeitsschutzrechte und gewerkschaftliche Vertretung für ArbeiterInnen im informellen Sektor wirtschaftliche Entwicklung von Städten des Südens positiv beeinflussen können. Ähnlich positiv schätzt *Chris Benner* das Potenzial technologischer Innovationen im Bereich der Arbeitsmärkte in afrikanischen Städten ein.

Ebenso geografisch und empirisch vielseitig ist der vierte Teil zur Politik des Städtischen. So behandeln die Artikel demokratische Transformation in Osteuropa, Asien und Lateinamerika sowie Subsahara Afrika (*Kristian Stokke*), alltägliche Konflikte auf der Ebene der Selbstorganisation von Stadtvierteln in Nordafrika (*Salwa Ismail*), internationale Allianzen im Bereich prekärer Siedlungen (*Diana Mitlin & Sheela Patel*)

und konflikthaft ausgetragene territoriale Ansprüche (*Solomon Benjamin*). Eine kritische Diskussion zum „catch-all“-Slogan „Recht auf die Stadt“ bieten *Claire Bénit-Gbaffou & Sophie Oldield*, während *AbdouMaliq Simone* den Teil mit einer von ihm gewohnt theoretischen Abstraktion zum Begriff der „urbanen Mehrheit“ beschließt.

Es folgen sechs Artikel zu Kultur und Identität. Hier verhandeln *Francis B. Nyamnjoh & Ingrid Brudvig* kulturelle Zugehörigkeit im Verhältnis zu Staatsbürgerschaft im „urbanen Afrika“ und das konflikthafte Zusammenleben verschiedener Sprachgemeinschaften. Weiter noch geht *Philippe Gervais-Lambony*: Er untersucht die Entstehung einer urbanen Staatsbürgerschaft (*cityness*, 356) als politisches Identifikationsschema. Die Artikel von *Brenda S.A. Yeoh & Kamalini Ramdas* und von *Teresa P.R. Caldeira* nehmen *gender* als zentrale Kategorie ihrer Analyse des öffentlichen Raumes. Des Weiteren verdeutlicht *Sophie Watson*, dass mittels intersektioneller Betrachtung von Differenz die Vielschichtigkeit von Machtbeziehungen untersucht werden kann, bevor *Jenny Mbaye* die politische Dimension von Musik diskutiert.

Der vorletzte Teil versammelt sieben Artikel zur Materialität der Städte. Die Beiträge von *Sylvy Jaglin* und von *Garth Myers* nehmen die Informalität in den Blick, diesmal bezüglich der Bereitstellung von und dem Zugang zu Infrastruktur. *Roger Behrens* vergleicht Systeme des öffentlichen Nahverkehrs in Städten der Subsahararegion mit solchen aus Südamerika (Curitiba und Medellín), während sich die Artikel von *Julio D. Dávalos* und von *Nufar Avni & Oren Yiftachel* des Themas der Informalität angesichts zunehmender

Segregation annehmen. *Loretta Lees* bearbeitet urbane Ungleichheit am Beispiel der Gentrifizierung. *Adriana Allens* ausgezeichnete Artikel zum Nachhaltigkeitsdispositiv setzt ein Ausrufezeichen hinter die Forderung, Stadtplanung vom neoliberalen Diktum der Marktmacht zurückzuerobern und die Verdrängung von Armut an die urbanen Peripherien als seine inhärente Folge zu kritisieren.

Der letzte Teil wagt einen Blick in die Zukunft. Ernährungssicherheit benötige eine Ausweitung von Forschung und politischen Lösungen, so *Jonathan Crush*. Ganz ähnlich argumentiert *Clare Herrick* für den Bereich der Gesundheit. Eine forschungskritische Perspektive auf das Verständnis von Armut schlägt *David Satterthwaite* als Voraussetzung dafür vor, urbane Transformation gerecht steuern zu können. Urbanisierung aus einer *gender*-sensiblen Perspektive auf die demographische Entwicklung von Städten bringt *Cecilia Tacoli & Sylvia Chant* dazu, die spezifische Vulnerabilität und mangelnde Artikulationskraft von Frauen in Städten zu beklagen.

Das Buch ist eine empfehlenswerte Referenz für Studierende und ForscherInnen mit urbanem Schwerpunkt und Sensibilität für postkoloniale Fragestellungen. Die kritischen Expertisen erlauben es, die Vielschichtigkeit des Zusammenhangs von Urbanisierung, globalen Machtverhältnissen und sozialer Ungleichheit zu verstehen. Leider schafft es nur der erste, theoretische Abschnitt, kontrastive Positionen nebeneinander zu stellen. Die anderen Teile, trotz oder wegen ihrer empirischen Reichhaltigkeit, bilden weniger interne Kontrapunkte. Zudem fällt die fehlende systematische Behandlung der Themen Gewalt, Konflikt und Militarisierung auf. Dies

ist erstaunlich, wo doch diese Themen zentral für aktuelle Debatten zur Urbanisierung des Globalen Südens sind. Kritikwürdig ist zudem der Anschaffungspreis, der für die meisten Bibliotheken in den Städten, von denen es handelt, zu hoch ist. Dieses Faktum verleiht leider der im Buch häufig kritisierten asymmetrischen Wissensproduktion zwischen „Nord“ und „Süd“ Kontinuität.

Frank Ingo Müller

Ulrike Freitag; Nelida Fuccaro; Claudia Ghrawi & Nora Lafi (Hg.): *Urban Violence in the Middle East. Changing Cityscapes in the Transition from Empire to Nation State*. Oxford: Berghahn Books 2015, 334 Seiten

Spätestens seit den Ereignissen des „Arabischen Frühlings“, als die zentralen Plätze, auf denen sich Demonstranten versammelten, weltweite Bekanntheit erlangten, wurde deutlich, welche wichtige Rolle der Stadtraum in sozialen Umwälzungen spielt. Weniger offensichtlich ist, dass die urbane Umgebung auch in autokratischer Repression und in alltäglicheren politischen Prozessen involviert ist. Der vorliegende Sammelband zeigt, wie sich Politik des Widerstandes in den Städten des Nahen Ostens schon seit Jahrhunderten räumlich ausdrückt und wie der urbane Raum selbst Gewalt produzieren kann. Ziel der Herausgeberinnen ist es, in der Analyse urbaner Gewalt vor allem die Rolle des politischen Wandels und die Vielseitigkeit der Akteur*innen, Formen und räumlichen Dimensionen urbaner Gewalt hervorzuheben (13). Dies gelingt den Autor*innen der 11 Beiträge des Sammelbandes, Teilnehmer*innen eines

gemeinsamen Forschungsprojektes des *Zentrum Moderner Orient* in Berlin und der *School of Oriental and African Studies* der *University of London* durchaus. Die Kapitel werden trotz ihrer geographischen und zeitlichen Bandbreite durch die gehaltvolle Einleitung sowie ihren gemeinsamen konzeptionellen und theoretischen Ansatz zusammengehalten.

Verschiedenartige urbane Gewaltausbrüche der letzten drei Jahrhunderte werden durch die sorgfältige Neuauswertung historischer Quellen in ihren breiteren politischen Kontext eingebettet. So war das Ende des Osmanischen Reiches eine Zeit des Umbruchs – nicht nur die *Tanzimat*-Reformen, sondern vor allem nationale Bewegungen drohten das Vielvölkermodell des Reiches zu zerstören. Gleichzeitig war dies auch die Zeit der Urbanisierung, so dass nicht nur verschiedenste ethnische Gruppen auf engstem Raum zusammenlebten, sondern auch Land- auf Stadtbevölkerung traf. Westliche Mächte machten ihre ökonomischen Interessen im Nahen Osten geltend und vertieften dabei oft interne Spannungen. Die Hervorhebung des bewegten politischen Kontextes zeigt auch, dass gewalttätige Ausbrüche nicht auf tief verankertem Hass zwischen verschiedenen Volksgruppen beruhten, sondern oft differenzierte Motive hatten. Interkommunale Gewalt erwuchs nicht nur aus kulturellen und ethnischen Differenzen, sondern „Animosität hatte ihre Wurzeln in sozialer Ungleichheit und räumlicher Kontrolle“ (210), wie *Rasmus Christian Elling* in seinem Aufsatz zu den „Öl-Städten“ Irans zusammenfasst.

Der „mikrohistorische“ Ansatz (156) der Beiträge auf Stadt- oder Nachbarschaftsebene, bringt nicht nur neue Details zutage, sondern erlaubt es den

Leser*innen, die Auswirkungen makropolitisch-er Entwicklungen auf der Stufe des Alltagslebens zu erkennen. Die Stadt ist mehr als nur ein Mikrokosmos der nationalen Ebene, und so wird differenziert dargestellt, wie Machtpolitik mit gelebter Realität interagiert: Wie *Feras Krimsti* zeigt, finden Konflikte oft nicht zwischen religiösen Gruppen statt, sondern zwischen Fraktionen innerhalb dieser Gruppen (146). Politische Parteien, die auf nationaler Ebene verbündet sind, können, so *Reza Masoudi Nejad*, innerhalb einer Stadt aufgrund lokaler Konflikte gegeneinander Position beziehen (102f). *Roberto Mazza* zeigt, dass zuweilen persönliche Feindschaften oder opportunistische Vorteilnahme Gewalt erklären, die auf den ersten Blick konfessionell begründet zu sein scheint (174f). Generell argumentieren die Autor*innen nachdrücklich, dass inter-ethnische oder -konfessionelle Gewalt tieferliegende, zumeist ökonomische Gründe hat. Oft wurde diese Gewalt, so Krimsti, durch die bevorzugte Behandlung bestimmter Gruppen (v.a. Christ*innen) durch europäische Mächte veranlasst oder vertieft: „anstelle von einem Anschwellen latenter religiöser Ur-Solidaritäten und -Animositäten wurde der Konfessionalismus zu dieser Zeit aktiv produziert“ (147). Dies zeigt implizit, dass die konfessionelle Auslegung von Gewalt zwischen verschiedenen Gruppierungen oft die wahren Ursachen des Konfliktes verschleiert.

Die Veröffentlichung des Bandes in der Berghahn-Publikationsreihe *Space and Place* – welche vor allem zeitgeschichtliche Themen bearbeitet – deutet auf das Bemühen der Herausgeberinnen hin, Räumlichkeit ernst zu nehmen und mit der akademischen Literatur zu urbanen Konflikten in Dialog zu

treten. In den Sozialwissenschaften ist der *spatial turn* bereits tief verankert – das Besondere an diesem Band ist die Kombination tiefgreifender historischer Recherchen mit nuancierten räumlichen Analysen. Speziell angefertigte Karten dienen nicht nur zur Veranschaulichung des Textes, sondern bereichern und vertiefen auch die Argumente – man kann von „räumlicher Forschungsarbeit“ sprechen, da die Visualisierung zum Teil neue Erkenntnisse hervorbringt. So zeigt etwa *Reza Masoudi Nejad*, wie die Muharram-Prozessionen, welche traditionell die konfessionelle Spaltung der iranischen Stadt Dezful widerspiegelten (99), in den 1950er Jahren urbane Grenzen zu überschreiten begannen und so zur Integration der Stadtteile beitrugen (106). Durch Vergleich zweier historischer Karten des saudischen Dschidda verdeutlicht *Ulrike Freitag* die urbanen Veränderungen infolge eines Massakers von 1858 (119f). Die theoretische Ausarbeitung der Rolle des Raumes als „Akteur“ von Gewalt (165), die *Florian Riedler* anstößt, hätte womöglich vertieft werden können, da urbaner Raum meist lediglich als Bühne für soziale Gewalt beschrieben wird. Um das Verständnis des *bebauten* Umfeldes der Stadt als Gewalt ausübenden Akteur zu vertiefen, wäre ein theoretischer Dialog mit der Literatur zur *Actor-Network-Theorie*, Posthumanismus, oder „neuem Materialismus“ denkbar gewesen. Trotz der Spezifität der Fallstudien zeigt der Sammelband insgesamt tieferliegende Konstanten, die nicht nur auf Städte des Nahen Ostens zutreffen. Da die Beiträge höchst unterschiedliche Ausdrucksformen, Akteur*innen und Ursachen urbaner Gewalt analysieren, bietet das Buch einen beinahe topologischen Überblick über die Möglichkeiten,

wie sie sich räumlich ausdrücken kann. Es beleuchtet nicht nur längst vergangene oder lange vergessene Episoden, sondern trägt auch zum besseren Verständnis weiterhin andauernder räumlicher Konflikte bei (so beispielsweise Mazzas Beitrag zu Jerusalem). In der Einleitung nutzen die Herausgeberinnen die „Grüne Revolution“ im Iran und den „Arabischen Frühling“ als aktuelle Aufhänger für den Band und zeigen, dass es zahlreiche Parallelen zwischen aktueller und historischer urbaner Gewalt gibt. Bedauerlich ist jedoch, dass *Khaled Adham* im Nachwort zur ägyptischen Revolution von 2011 keine explizitere Ausarbeitung der historischen Brüche und Kontinuitäten zwischen historischer urbaner Gewalt und den zeitgeschichtlichen Entwicklungen vornimmt.

Urbane Gewalt, so wird bei der Lektüre immer klarer, besteht nicht nur aus plötzlichen Gewaltausbrüchen. Die Stadt fungiert nicht lediglich als Angel- und Angriffspunkt für Kritiker*innen der existierenden sozialen Ordnung. Vielmehr sind diese Momente Ausdruck unterschwelliger struktureller Gewalt. Dies ist die Verräumlichung von Politik: Einerseits wird der Stadtraum von verschiedenen Akteur*innen als Bühne für manifeste Gewalt genutzt, andererseits spiegelt die Stadt samt ihrer Infrastruktur und Architektur auch länger währende politische Prozesse und soziale Ungerechtigkeiten wider. Da dieser Band zu einem tieferen Verständnis solcher globaler Prozesse beiträgt, ist er nicht nur für Historiker*innen des Nahen Ostens oder Stadtforscher*innen, sondern für all jene lesenswert, die daran interessiert sind, wie Politik in den Raum eingeschrieben ist.

Hanna Baumann

Anne Huffs Schmid: *Risse im Raum. Erinnerung, Gewalt und städtisches Leben in Lateinamerika. Wiesbaden: Springer VS 2015, 487 Seiten*

Risse tun sich auf bei der Lektüre der vorliegenden Monografie, nicht nur „im Raum“ zwischen alltäglichen Erinnerungspraktiken und allgemeineren Imaginationen dessen, wie städtisches Leben sein soll. Auch für Leser_innen aus den Kulturwissenschaften und der Stadtforschung sowie für all jene mit Interesse an Diktatur- und Gewalterfahrungen in Lateinamerika bietet das Buch zahlreiche Irritationsmomente – im äußerst positiven Sinne. Bereits in den ersten beiden Kapiteln zeigt Anne Huffs Schmid gekonnt theoretische und methodologische Widersprüche und Kontroversen zu der Frage auf, „was“ und „wie“ (16) erinnert wird, ohne dabei die Schauplätze ihrer Untersuchung, Buenos Aires und Mexiko Stadt, aus den Augen zu verlieren. Nicht zuletzt der sprachlichen Virtuosität der Autorin ist es hierbei zu verdanken, dass sich ihre Angebote, abstrakte Überlegungen zu Raum und Zeit, dem Urbanen und dem Öffentlichen sowie zu Imaginarien, Materialitäten und Verkörperungen von Erinnerung in konkrete Forschungsprogramme zu übersetzen (Stichwort „Werkzeugkasten“), in einem Atemzug lesen. Die konsequente Entscheidung gegen eine glatte Geschichte zieht sich auch durch das anschließende Kapitel III. Hier geht es nicht nur darum, „Gewaltgeschichten“ und „Geschichtsbilder“ (79) Mexikos, Argentiniens und ihrer jeweiligen Hauptstädte zu kontextualisieren, sondern gerade die Bruchstellen solcher großen Erzählungen herauszuarbeiten.

Den Hauptteil des Buches bilden die unter drei Leitfragen gebündelten Kapitel IV bis VI. Die Frage, wie sich Gewalterfahrungen an konkreten Orten materialisieren und welche gesellschaftlichen Erinnerungsräume so entstehen, steht im Mittelpunkt des Kapitels IV. Es geht um geheime Militärgefängnisse, Gedenkstätten und öffentliche Plätze, Rechtsprechung und Musealisierung – vor allem aber um die zahlreichen Widersprüche, die diesen Orten innewohnen. Wer Erinnerung verkörpert, fragt Kapitel V und zeigt, wie sowohl Mütter und Kinder, als auch „Überlebende“ und „Täter“ den öffentlichen Raum politisieren und seine geschlechtlichen Kodierungen offenlegen. Mit der Frage, wie wir Bilder kollektiver Erinnerung (lesbar) machen können, beschäftigt sich Anne Huffs Schmid schließlich in Kapitel VI. Der Wert, eben solchen Forschungstuitionen zu folgen, die zunächst das vorab geplante Vorgehen „irritieren“, wird anhand der Reflexionen der Autorin zu „Bildermacht“ und „Bildermachen“ (377, 403) deutlich. Huffs Schmid geht über einen rein forschungsbegleitenden Einsatz von Fotografie hinaus und begreift diese vielmehr als eigenständiges Recherchemedium, welches erlaubt, Prozesse des Un-/Sichtbarmachens zu untersuchen.

Einen Schlüssel zur Überzeugungskraft des Buches bietet sich dort, wo die Autorin ihr Verständnis einer „dichten analytischen Erzählung“ (76) erläutert. Diese bewegt sich bewusst pendelnd zwischen distanzierterer „wissender“ Beobachtung und unmittelbar an die Orte heranführenden, ethnografischen Feldnotizen und zeigt so die Gleichzeitigkeit und Verflechtung der auf den ersten Blick so unterschiedlichen Perspektiven und Lektürestandorte. Sehr deutlich macht

Huffschmid hier die Motivation für eine solche Textform: Ihre Leser_innen sollen so nah wie möglich an die Orte des Geschehens gelangen, um nicht nur den Eindrücken und Empfindungen der Forscherin, sondern insbesondere den „Widerhaken“ (78) nachzuspüren, welche sich im Material verbergen und es unmöglich machen, die so entstehenden „Risse“ analytisch zu „kitten“. Während der Lektüre kann so ohne bemühte Erklärungen oder sperrige methodologische Ausführungen die Entwicklung eines 8-jährigen (2005-2013) Forschungsprozesses verfolgt werden. Letztlich geht es um die Frage, wie sich kollektive soziale Erinnerungen in den sozialen Raum einschreiben – und aus diesem herauslesen lassen. Huffschmid macht diesbezüglich ein umfassendes Angebot, welches sich metaphorisch als „Geisterbeschwörung“ fassen lässt (37). Hier geht es zentral um das Spannungsverhältnis zwischen Verschwinden, Verdrängung und heraufbeschworener, materialisierter Erinnerung – zwischen Ausnahme und Alltag.

Die entsprechenden semiotischen und politischen Prozesse liest Anne Huffschmid in der Öffentlichkeit. Die Autorin zeigt, wie zwischen dem an das mexikanische Studentenmassaker von 1968 erinnernden „Tatort Tlatelolco“ (191) und der zentralen „Plaza de Mayo“ (224) im Herzen von Buenos Aires gesellschaftliche Erinnerungen, Räume und Imaginarien produziert werden. Erneut bewegt sich die Forschung bewusst zwischen kulturwissenschaftlichen und stadtforscherischen Ansätzen. So macht Huffschmid das in der lateinamerikanischen Anthropologie entwickelte *Imaginario*-Konzept fruchtbar, um die Materialisierung von Erinnerungen im Raum, in Bildern, in Diskursen und

Körpern, aber eben auch ihre Verknüpfung mit sozialen Handlungen und nicht-materiellen Wünschen und Versprechen zu untersuchen. Immer wieder jedoch irritiert sie das so herausgearbeitete „Bündel geronnener kollektiver Vorstellungen“ (444), sei es, wenn Praktiken und städtische „Bühnen“ der weltbekannten Mütter vom Platz der Mairevolution durch Kinder der angeklagten Militärs angeeignet werden, sei es, wenn Huffschmid anhand zahlreicher Beispiele auf all die Mitläufer, Außenstehenden, Zuschauer hinweist, die in der Grauzone zwischen „Opfern“ und „Tätern“ agieren (449). Deutlich wird: Erinnerungsorte und -räume mögen zwar kollektive Gewalterfahrungen materialisieren, sie generieren jedoch nicht unbedingt ein einstimmiges, stabiles Kollektiv. Vielmehr zeugen gerade die Orte, an denen Erinnerung „Platz schafft“, von sozialer Differenzierung, gesellschaftlichen Konflikten und Ausschlüssen.

Ziel des Buches ist nicht allein die Diskussion „transgressiver Erinnerungsarbeit“ (49). Huffschmid leistet einen eigenen Beitrag, indem sie einerseits zeigt, wie gesellschaftliche Ausnahmezustände verdrängt und normalisiert werden, und dieser Verdrängung und Normalisierung andererseits scharfe Beobachtungen zur Koexistenz von Alltag und Gewalt entgegenhält. Die Mütter der *Plaza de Mayo* verweigern sich nicht dem Anerkennen, dass ihre Kindern verschwunden sind, sondern vielmehr der hiermit einhergehenden De-Politisierung und Entmündigung. Auf eine ähnliche Art laufen mexikanische Gedenkstätten zwischen 1968er-Verklärung und präkolonialen Geschichtsmythen Gefahr, das Außergewöhnliche auszulagern, um gesellschaftliche

Normalität zu erhalten. Um solchen Beispielen „urbaner Indifferenz“ (i.A. an Delgado, 462) zu begegnen, so zeigt die Autorin, muss die Instabilität sowohl städtischen Lebens als auch sozialer Erinnerung erkannt werden. Geister werden also nicht ausgetrieben, sondern ständig wieder heraufbeschworen, Raumordnungen herausgefordert. Gleiches gilt für die Leser_innen, die sich mit Rissen konfrontiert sehen, zwischen dem „wissenschaftlich“ Fassbaren und praktisch Raumproduzierenden. Das Buch bietet somit eine Quelle von Inspiration für all jene, die an professionellen Schnittstellen arbeiten oder den akademischen Blick über den Tellerrand nicht als Risiko, sondern willkommene Bereicherung suchen.

Laura Kemmer

Hölzl, Corinna: *Protestbewegung und Stadtpolitik. Urbane Konflikte in Santiago de Chile und Buenos Aires*. Bielefeld: transcript 2015, 419 Seiten

In den letzten Jahren häufen sich städtische Konflikte sowohl im Globalen Süden als auch im Globalen Norden; Proteste gegen Gentrifizierung oder Großbauprojekte lassen sich in vielen Städten vorfinden. Diese Beobachtung bildet den Ausgangspunkt für die vorliegende Dissertation, in der die Autorin aus einer stadtgeographischen Perspektive die politischen Auswirkungen von Stadtentwicklungskonflikten in Buenos Aires und Santiago de Chile untersucht. Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Zustände wie mangelnde Möglichkeiten politischer Teilhabe und einer konsequenten Ausrichtung städtischer Politiken an wirtschaftlichen Interessen geht das Buch der Frage nach, ob bzw.

wie die Konfliktfälle zu einem Wandel des Politischen oder gar zu einer (Re-) Politisierung des Städtischen führen.

Um zu verstehen, „unter welchen Umständen und in welcher Weise sich Arrangements und Strukturen von lokaler Politik wandeln“ (12), behandelt Corinna Hölzl im ersten Teil der ethnographischen Studie sowohl postpolitische, radikaldemokratische und autonomietheoretische Ansätze als auch räumliche Dimensionen von Konflikten und *contentious politics*. Hierfür führt sie in das Konzept der sozialräumlichen Positionalität ein und stellt die für den politischen Konflikt relevanten skalaren, territorialen, orts- und netzwerkbezogenen Handlungsstrategien gegenüber.

Mit Rückgriff auf die soziale Bewegungsforschung und der Debatte über Bedingungebenen und Wirkungsdimensionen von Konflikten generiert sie anschließend einen Analyserahmen für den Fallvergleich. So gibt es verschiedene auslösende Faktoren, die die Entstehung von Konflikten begünstigen, bspw. interne Bewegungsbedingungen, Interaktionsdynamiken bei den AkteurInnen und *political opportunity structure*.

Die Auswirkungen der städtischen Konflikte misst Hölzl an Verschiebungen in Bezug auf herrschende Diskurse, politischen (Ordnungs-)Politiken und sozialräumlichen Positionalitäten. Letzteres dient ihr als Analysekonzept, wobei damit eine mit dem Raum verbundene, täglich reproduzierte Rolle bezeichnet wird, die sich relational und dynamisch zu anderen Subjekten herausbildet und die in Netzwerke ungleicher Machtbeziehungen eingebunden ist.

In dem zweiten, empirischen Teil des Buches vergleicht die Autorin mittels einer Rahmenanalyse vier konkrete

Stadtentwicklungskonflikte in den Hauptstädten Chiles und Argentiniens aus den Jahren 2008 bis 2011. Dafür hat sie zahlreiche Interviews mit StadtentwicklerInnen und AktivistInnen geführt und Zeitungsartikel ausgewertet. In Santiago de Chile gehören dazu die erfolgreichen Proteste gegen den geplanten Hochhausbau im Stadtteil Vitacura und gegen den neuen Flächennutzungsplan im Stadtteil Peñalolén. Die Fallbeispiele für Buenos Aires bilden die Proteste gegen die Vertikalisierung und Umstrukturierung des historischen und von der Mittelklasse geprägten Stadtteils Caballito. Konkrete Folge dieses Konfliktes war die erstmalige Begrenzung der Gebäudehöhe. Der vierte Stadtentwicklungskonflikt stellt die Besetzung des Parque Indoamericano im ärmlichen Süden von Buenos Aires durch 13.000 Menschen dar. Auf die Landnahme folgte umgehend die gewaltsame Räumung der informellen Siedlung.

Durch die Auswertung der Empirie kann Hölzl nachweisen, wie und ob durch die Proteste die *masterframes* (etwa hin zu einem Recht auf Stadt) beeinflusst wurden. Die soziale Klasse der AkteurInnen, ihre sozialräumliche Positionalität und ihr Zugang zu Kapital und Wissen sind dabei entscheidend. Der Vergleich der Fallbeispiele legt nahe, dass eine Beteiligung von Angehörigen der Mittel- und Oberklasse und das Nutzen komplexer, skalenübergreifender Netzwerke zu einem Erfolg der Proteste führen. Die Angehörigen der unteren Schichten können in Konflikten, etwa bei der Besetzung des Parks, keine Forderung durchsetzen, erst recht nicht, wenn sie indigene Wurzeln oder einen Migrationshintergrund aufweisen. Ein demokratisches Moment bescheinigt die Autorin jedoch allen Konflikten, da

sie ein verändertes Bürgerschaftsverständnis und teilweise eine Erweiterung des Wissens bei den sozialen Bewegungen beobachten konnte. Das Novum in der Geschichte städtischer Konflikte Südamerikas sieht Hölzl vor allem darin, dass es zu einer Aktivierung der Mittelschichten und in Santiago de Chile kurzzeitig zu einem Bündnis zwischen den unteren und mittleren Schichten kam.

Die Autorin erhebt den Anspruch, in ihrem Buch kritische theoretische Konzepte zum Neoliberalismus des Städtischen und radikaldemokratische Ansätze sowie Perspektiven auf Raum und Widerstand miteinander zu verweben (12). Auch wenn sie diese theoretischen Konzepte eloquent und ausführlich erläutert, gelingt es ihr freilich nicht, ihren Anspruch zur Gänze einzulösen. So habe ich eine ausführlichere Diskussion und Kritik der vorgestellten Konzepte vermisst. Beispielsweise hat mich die Anwendung des postpolitischen Ansatzes nicht vollends überzeugt, zeichnen sich doch die lateinamerikanischen Länder gerade durch die Existenz deutlich antagonistischer politischer Positionen aus. Außerdem wäre eine stärkere Verbindung der theoretischen Ansätze mit den empirischen Ergebnissen der Studie wünschenswert gewesen, um den analytischen Erkenntnisgewinn beim Vergleich der interessanten Fallbeispiele zu erhöhen.

Dennoch leistet Hölzls Arbeit einen wichtigen Beitrag für ein Verständnis von urbanen Konflikten, weil sie soziale und politische Phänomene untersucht, die in der deutschen Wissenschaft stark unterbelichtet sind. Insbesondere die Diskussion um die räumliche Dimension von Protesten und die Untersuchung von Konflikten außerhalb des europäischen Wahrnehmungshorizontes sind

von besonderem Wert. In den hiesigen wissenschaftlichen Auseinandersetzungen wurde beispielsweise den sozio-territorialen Bewegungen bisher kaum Beachtung geschenkt, obwohl sie in Süd- und Mittelamerika sehr einflussreich sind und dieser Terminus bereits etabliert ist. Diese oft aus konkreten sozialen Notwendigkeiten heraus entstandenen Bewegungen gewinnen ihre Handlungsmacht vor allem, indem sie *politics of place*, *politics of scale* und *politics of territory* miteinander verbinden. Dabei gelingt es ihnen, lokale Identitäten in Bezug auf kleine abgegrenzte Räume herzustellen. Außerdem zielen sie darauf, neue Territorien nach eigenen sozialen und politischen Maßstäben aufzubauen. Somit kann die Untersuchung dieser Bewegungen auch für Kontexte außerhalb Südamerikas von Relevanz sein, um zu verstehen, welche Antworten soziale Bewegungen auf die derzeitigen sozialen und politischen Ausschlüsse in den verschiedenen Gesellschaften finden.

Sarah Uhlmann

Eva Youkhana & Larissa Förster (Hg.): *Grafficity – Visual Practices and Contestations in Urban Space*. Paderborn: Wilhelm Fink 2015 (= Morphomata, Bd. 28), 316 Seiten

Das vorliegende Buch ist ein in vielerlei Hinsicht vielseitiger Sammelband, hervorgegangen aus der gleichnamigen, internationalen Konferenz, die im April 2013 in Köln vom *Research Network on Latin America* und von *Morphomata* ausgerichtet wurde. Vereint sind hier Auseinandersetzungen mit „visuellen Praktiken im städtischen Raum“ aus so unterschiedlichen Disziplinen wie Soziologie, Archäologie, Kulturanthropologie,

Kriminologie, Kunstgeschichte, Design, Journalismus und Lateinamerikastudien. Auch der regionale Kontext der AutorInnen reicht von europäischen und nordamerikanischen Universitäten über Mexiko Stadt und Rio de Janeiro bis Kairo. Noch vielseitiger sind die in zehn Beiträgen diskutierten visuellen Praktiken und die spezifischen Kontexte, in welchen sich diese Praktiken jeweils entwickeln.

Der Band ist in drei Abschnitte unterteilt. Zunächst stellt er Formen des Graffiti und der *Streetart* in unterschiedlichen historischen Settings vor: europäische Antike, präkolumbianisches Peru, New York der 1970er Jahre. Die Beiträge des zweiten Abschnitts diskutieren die Rolle und das progressive Potenzial visueller Praktiken im öffentlichen Raum, in verschiedenen (stadt-)politischen Kontexten in Lateinamerika, Vancouver und Berlin. Der letzte Abschnitt widmet sich schließlich der Kommerzialisierung vormals subversiver(?) Interventionen, durch internationale Kunstmärkte und neoliberale Stadtentwicklungsprojekte. Allen Abschnitten gemeinsam ist ihre Konzentration auf das komplexe Spannungsfeld zwischen jugendkultureller Subversivität und militantem Protest einerseits und Repression, sowie Kooperation andererseits.

Mit Hilfe einer vergleichenden Lesebrille werden die sich stark kontrastierenden Fallbeispiele, disziplinären Hintergründe und Deutungsansätze zu einer bereichernden Lektüre. Auch mit der Materie eng vertraute oder theoretisch, disziplinär und regional verortete LeserInnen werden hier neue Erkenntnisse und weiterer Diskussion würdige Aussagen finden. Besonders bereichernd sind die Analysen dort, wo sie die Praktiken streng in ihrem jeweiligen sozialen

und historisch-geographischen Kontext untersuchen und dabei auch bereit sind, sich von trügerischem „allgemeingültigem“ Wissen über Graffiti zu lösen.

Martin Langner räumt mit der verbreiteten Vorstellung auf, Graffiti sei in allen Gesellschaftsformen eine spontane, von subalternen Gruppen praktizierte Ausdrucksform gewesen. Im antiken Pompeji, so stellt er fest, waren schriftliche und bildliche Interventionen auf Wänden ein weit verbreitetes Kommunikationsmedium – nicht, wie oft vermutet, Ausdruck von Klassendifferenzen, sondern vielmehr Spielfeld für verbindende, identitätsstiftende Mottos und Ikonographien. Sascha Schierz diskutiert die Rolle des „Kontrollparadigma(s) gegenüber Graffiti im New York der 1970er und 1980er als Teil der Etablierung neoliberaler Stadt- und Kriminalpolitiken“ (112), die bald auch in anderen städtischen Kontexten Anwendung finden sollten. Die Beiträge des zentralen Abschnitts – „Focus on the Americas“ – nehmen vergleichende Perspektiven auf Praktiken in so unterschiedlichen Kontexten wie Rio de Janeiro, Berlin, Santiago de Chile zur Zeit der Pinochet-Diktatur, verschiedene Metropolen in den 2000ern oder Vancouver und Oaxaca ein.

Die Beiträge des abschließenden Abschnitts nehmen das Verhältnis von Subversion und Kooptation in den Blick. So zeigt Allan Gretzki, wie ähnlich die von Graffiti, Streetart und Werbung verwendeten Stilelemente und Strategien sind. Kriminalisierte Praktiken und kommerzielle Werbung, so stellt er fest, teilen sich den urbanen Raum, „ohne sich diesen wirklich streitig zu machen“ (261). Mona Abaza diskutiert „revolutionäres“ Graffiti und Streetart während des ägyptischen Frühlings im Kontext von „new military

urbanism“. Ohne den Wandbemalungen ihren progressiven politischen oder ästhetischen Wert abzuspochen, kommt sie zu dem Ergebnis: „Es wäre naiv, zu glauben, Kommodifizierung [von revolutionärer Kunst] könne vermieden werden.“ (292).

Schon die hier erwähnte Auswahl deutet die Vielfalt und Differenz der in *Grafficity* diskutierten Kontexte und Praktiken an. Dabei nehmen die einzelnen Beiträge kaum Bezug aufeinander und verwenden teilweise sehr unterschiedliche Begrifflichkeiten. Trotzdem ist es den Herausgeberinnen gelungen, den gemeinsam diskutierten Aspekten in einer sinnvollen Gliederung dezent Ausdruck zu verleihen, ohne dabei die einzelnen Aufsätze in ihrer Bewegungsfreiheit einzuschränken.

Schließlich sind auch die den Beiträgen zugrunde liegenden Methoden sowie das Verhältnis der AutorInnen zu den Akteuren visueller Praktiken vielfältig. Die Beteiligung von AutorInnen, die als KünstlerInnen, KuratorInnen und BloggerInnen mit GraffitiwriterInnen und Streetartists zusammenarbeiten, ist eine weitere Stärke des Bandes und verleiht den entsprechenden Beiträgen auf spürbarem Insiderkenntnisse gestützte Geltung. Schade ist, dass einzelnen AutorInnen diese Nähe zum Feld zu fehlen scheint. Vereinzelt tauchen eben jene „orientalistisch [...] eindimensionalen Porträtierungen“ der Akteure auf, die Soraya Morayef im Interview mit Mona Abaza an der Berichterstattung und Forschung zu Protestgraffiti in Kairo beklagt (299f). Unzureichend differenzierte und kontextualisierte Aussagen über „Essenz und Treibstoff der Graffitizene“ oder „die gemeinsame Kraft, die alle GraffitiwriterInnen bewegt“ (222f) können der Komplexität der involvierten Persönlichkeiten,

Motivationen und sozialen Hintergründe wohl kaum gerecht werden.

Letztlich weckt die Spannweite der Diskussion – die unterschiedlichen verwendeten Terminologien, methodischen Vorgehen, disziplinären Hintergründe und Interpretationen – vor allem auch das Interesse an einer weiteren *Graffcity*-Konferenz, um die in diesem Band gesammelten, wertvollen Anstöße im direkten Austausch der AutorInnen weiterzuführen und die Debatte für neue Beiträge zu öffnen.

Paul Schweizer

Anmerkung

* Alle Übersetzungen aus dem Englischen durch den Rezensenten

Adam Branch & Zachariah Mampilly: *African Uprising. Popular Protest and Political Change*. London: Zed Books 2015, 251 Seiten

Zu sozialen Bewegungen in Afrika sind in den letzten Jahren einige Publikationen erschienen, insbesondere Sammelbände und Schwerpunktausgaben von Fachzeitschriften. Sie liefern wichtige empirische Erkenntnisse und die meist einleitenden Überblicksbeiträge auch konzeptuelle Ansatzpunkte. „Africa Uprising“ stellt die erste Monographie zu dem Thema dar, die sowohl umfassende theoretische Überlegungen als auch fundierte empirische Einblicke bietet.

Ausgangspunkt der Autoren ist die Beobachtung, dass der lange Zeit vorherrschende „Afro-Pessimismus“ sich partiell in einen „Afro-Optimismus“ umgekehrt habe, der das beeindruckende volkswirtschaftliche Wachstum in einigen afrikanischen Staaten, die aufstrebenden Mittelschichten und – jedenfalls in

bestimmten politischen und sozialwissenschaftlichen Debatten – auch die gegenwärtigen lebhaften afrikanischen Protestbewegungen hervorhebe. Die hoffnungsvollen Parolen vom „Afrikanischen Erwachen“ seien jedoch zu einseitig, analytisch und politisch wenig aussagekräftig: „Wir müssen uns vom vereinfachenden Narrativ des afrikanischen Erwachens (‘Africa Rising’) verabschieden und stattdessen den Akzent auf den afrikanischen Aufstand (‘Africa’s Uprising’, Herv. i. O.) setzen.“ (2) Die Analyse dieser Aufstände müsse sie in den Kontext der gegenwärtigen weltweit zu beobachtenden Protestbewegungen einbetten, dürfe dabei jedoch nicht den Fehler machen, „westliche“ Konzepte und Normen von sozialen Bewegungen, Zivilgesellschaft und politischem Protest zu universalisieren. Eben dies habe dazu geführt, dass ein Großteil der Proteste in Subsahara-Afrika in internationalen, insbesondere europäischen und nordamerikanischen Debatten nicht wahrgenommen würde. Konstruktionen von Afrika als einem ländlichen, traditionellen, von Armut, bewaffneten und ethnischen Konflikten geprägten Kontinent hielten sich auch in der Darstellung zeitgenössischer politischer Proteste hartnäckig: „Solche Vorurteile führen dazu, dass die wenigen afrikanischen Proteste, die es tatsächlich in die internationalen Medien schaffen, tendenziell als Ausschreitungen oder Plündererei abgetan werden. Selbst wenn populäre Proteste wie 2011 in Tunesien und Ägypten als politisch wahrgenommen werden, werden sie in einen *Arabischen Frühling* umgedeutet.“ (2f, Herv. i. O.)

Die Autoren setzen dem eine historisch und sozial differenzierte Analyse entgegen, die aktuelle Proteste in Afrika

nicht einfach als Widerhall weltweiter Bewegungen (etwa der *Occupy*-Bewegungen) konzeptualisiert, sondern sie an die jüngere Geschichte afrikanischer sozialer Kämpfe zurück bindet. Sie wenden sich dabei explizit gegen eine vermeintlich universelle Konstruktion davon, „wie Protest aussehen sollte“ (7), eine Konstruktion, die insbesondere in vom Begriff der Zivilgesellschaft ausgehenden Debatten weit verbreitet sei. Übereinstimmend mit großen Teilen der entsprechenden Forschung stellen Adam Branch und Zachariah Mampilly drei zentrale Wellen von Protesten in Afrika seit Mitte des 20. Jahrhunderts dar: die antikolonialen Befreiungsbewegungen seit den 1950er Jahren, die Anti-Austäritätsproteste ab den späten 1980er Jahren und die aktuellen Bewegungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Im ersten Teil des Buchs ist jeder dieser Wellen ein Kapitel gewidmet, das die entsprechenden Proteste konzeptualisiert und mit empirischen Beispielen illustriert. Der zweite Teil umfasst, gestützt auf eigene empirische Forschungen der Autoren, vier Fallstudien zu aktuellen Protestbewegungen: *Occupy Nigeria*, die „walk to work“-Bewegung in Uganda, die Auseinandersetzungen um die Wahlen in Äthiopien im Jahr 2005 sowie die jüngsten regierungskritischen Proteste im Sudan der Jahre 2013–2014. Die exemplarischen Studien bieten sorgfältig recherchierte Erkenntnisse dahingehend, wie die Mobilisierung jeweils funktioniert hat, über die Akteure und Konfliktgegenstände sowie über die Protestrepertoires und strukturelle Bedingungen. Zwar bleibt unklar, warum gerade diese Beispiele ausgewählt wurden. Zweifelsohne handelt es sich aber um vier wichtige aktuelle

Protestbewegungen und zugleich nicht um jene Fälle, die bereits in anderen Publikationen wiederholt dargestellt wurden.

Ausgehend von ihrer Kritik an bestehenden Debatten, die sich unter anderem auf das Konzept der Zivilgesellschaft richtet, entwickeln die Autoren den Begriff der „political society“. Mit diesem Begriff beschreiben sie die städtischen marginalisierten Klassen, welche die zentrale Basis der Proteste in den drei identifizierten Wellen bilden. Kennzeichnend für diese Gruppen und ihre Proteste seien die Kombination aus Informalität, Illegalisierung sowie die Tatsache, dass sie seitens des Staates mit Zurückweisung und Gewalt konfrontiert seien. Offen bleibt, inwiefern dieses Konzept sich vom in der Forschung über soziale Bewegungen in Afrika verankerten Begriff der „popular classes“ (mit dem Branch und Mampilly sich nicht befassen) unterscheidet. Im Schlusskapitel gehen die Autoren nochmals auf zwei aus ihrer Sicht zentrale Narrative ein, nach denen gegenwärtige Protestbewegungen von vermeintlich aufstrebenden Mittelschichten getragen oder durch eine zunehmende Prekarisierung bedingt seien. Sie zeigen, dass beide Narrative nicht geeignet sind, die jüngste Welle afrikanischer Proteste angemessen zu beschreiben. Hiervon ausgehend entwickeln sie ein starkes Argument: Der „Blick nach Afrika“ mache Schwächen gegenwärtiger Diskussionen über und Analysen von Protest deutlich – und zwar nicht nur, weil diese Diskussionen und Analysen afrikanische soziale Kämpfe weitgehend und geradezu systematisch ausblendeten, sondern in gleichem Ausmaß auch analytische Defizite und Leerstellen im Blick auf Proteste im Globalen Norden aufweisen.

Das Buch schließt eine zentrale Lücke in der bestehenden Literatur und stellt zweifelsohne eine der bedeutendsten sozialwissenschaftlichen Publikationen zu aktuellen politischen Protesten in Afrika dar. Spannend geschrieben, theoretisch reflektiert und empirisch fundiert, ist es eine enorme Bereicherung für die Afrika-, Entwicklungs- und Bewegungsforschung zugleich – ein „must read“ nicht nur zum Thema sozialer Bewegungen in Afrika, sondern für alle, die sich für gegenwärtige soziale Kämpfe interessieren.

Bettina Engels

Zivilgesellschaft in der Türkei

Ömer Çaha: *Women and Civil Society in Turkey. Women's Movements in a Muslim Society*. Farnham: Ashgate 2013, 232 Seiten

Anil al-Rebholz: *Das Ringen um die Zivilgesellschaft in der Türkei. Intellektuelle Diskurse, oppositionelle Gruppen und Soziale Bewegungen seit 1980*. Bielefeld: Transcript 2013, 406 Seiten.

Ömer Çahas Studie beschreibt bereits im Untertitel die Gesellschaft der Türkei als primär „muslimisch“. Eine im Osmanischen Reich gegebene politisch-gesellschaftliche Pluralität und rege Bewegungspolitik sieht der Autor mit der Gründung der Republik abgebrochen. Ihm zufolge sind es die Ziele der „Gleichheit, Diversität und Autonomie“ (10), die soziale Gruppen in modernen Gesellschaften zu erreichen versuchen – wobei die Diversität bzw. ein Ideal der „Differenz“ klar im Zentrum seines Interesses stehen. Dies führt ihn zur positiven Vision einer „Pluralität legaler Rechte“ (11) – ein

Topos, auf den sich auch Strömungen des politischen Islam regelmäßig in politischen Auseinandersetzungen beziehen. Eine Distanz zu diesem Konnex fehlt. Vielmehr sieht der Autor das Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen nach 1980 als Ausdruck einer Demokratisierung und Transformation der Gesellschaft in eine „Neue Türkei“, eine jahrelang Wissenschaft wie Medien dominierende Sicht, die inzwischen unter dem Eindruck der autoritären Regierungspolitik einer pessimistischeren Einschätzung der Gesamtentwicklung gewichen ist.

Das einleitende Theoriekapitel behandelt aufklärerische Ansätze zur Zivil- bzw. bürgerlichen Gesellschaft und feministische Kritiken daran. Allerdings bleibt Çaha hier ganz bei den westlichen Klassikern. Das ist schade, gerade weil diese Klassiker für die Charakterisierung des Feminismus zentral auf die Kategorien privat und politisch zugreifen (2ff), deren Übertragung und Übertragbarkeit in islamische Kontexte ein bedeutsames und vielerorts in der Fachliteratur diskutiertes Thema ist. Spannender liest sich das zweite Kapitel zu „Frauen und Zivilgesellschaft in der türkischen Politik“. Hier gibt Çaha eine Darstellung der osmanischen und frührepublikanischen Frauenbewegung (27ff) und stellt fest, dass sich die politische Elite wesentlich auf Frauen als soziale Gruppe gestützt habe, weil einerseits eine starke Arbeiterklasse gefehlt habe und andererseits ein enger politischer Bezug auf die bäuerliche Bevölkerung nicht gewünscht gewesen sei. Frauen seien nicht nur erreichbar, sondern auch Hauptteil der Opposition und das politisch bewussteste Segment der osmanischen Gesellschaft gewesen. Die Gewährung des Frauenwahlrechts stellt der Autor als

wesentlich taktisch dar und weist auf die anhaltende große Loyalität von Frauen gegenüber der damaligen Führung hin (49f). Die Wurzeln des kemalistischen Segments der Frauenbewegung sind damit skizziert. Çaha zufolge war dieses zu sehr in die staatliche Sphäre integriert, um „Bewegung“ zu sein (61). So geht dieser Bewegungsteil nicht in die Riege der nach 1980 erstarkten Segmente ein, denen als Teil der dem Staat entgegengesetzten Zivilgesellschaft gedachten jeweils ein Kapitel gewidmet ist.

Das Buch bietet drei kompakte Abschnitte zu Hauptströmungen der zeitgenössischen Frauenbewegung in der Türkei mit vielen interessanten Zitaten. Es stellt die feministische Bewegung nach 1980 als Referenzbewegung für die beiden anderen, die „islamische“ und die kurdische, dar. Leider lässt sich der Autor immer wieder zu tendenziösen und angesichts der Quellenlage unbegreiflichen Aussagen hinreißen. So unterstellt er der in Kapitel 3 – „Entstehungsphase“ – und in Kapitel 4 – „Institutionalisierungsprozess“ – behandelten feministischen Bewegung eine antilesbische Ausrichtung (186; vgl. auch 183f). Zwar trifft zu, dass die frühe feministische Bewegung das Thema lesbische Beziehungen politisch kaum ansprach. Gleichzeitig wurden sie jedoch vereinzelt gelebt und eine antilesbische Ausrichtung war ganz gewiss nicht charakteristisch. Sozialistischen Feministinnen wirft Çaha vor, Frauen durch ihre politischen Forderungen zu „maskulinisieren“ (84). Wie manches andere ist dies angesichts seiner anfänglichen Positionierung gegen „essentialistische“ Konzeptualisierungen (z.B. IX) eine seltsame Kritik. Zur kurdischen Frauenbewegung gibt er zunächst einen kurzen historischen Abriss. Obwohl er

wichtige Entwicklungsmomente aufzeigt, macht er den breiten PKK-nahen Teil und den zahlenmäßig viel kleineren, sich „feministisch“ nennenden Teil nicht als aufeinander bezogen, doch aus unterschiedlichen Dynamiken entstanden sichtbar. Der Autor spricht von „angeblichen Folterungen“ (157) im Gefängnis von Diyarbakir: Für diesen bitteren Sozialisationsort vieler kurdischer Frauen sind Folterungen jedoch vielfach belegt. Quasi im Vorbeigehen charakterisiert er die 1980er Jahre in frauenpolitischer Hinsicht durch ihre erweiterten Bildungschancen (159), an anderer Stelle spricht er von der Öffnung eines „ideologiefreien“ (180) Raumes in dieser Zeit, in dem sich die feministische Bewegung habe entwickeln können. Gerade letzteres macht die Parteilichkeit seiner Sicht auf den Militärputsch überdeutlich.

Çaha bezieht sich in theoretischer Hinsicht auf einen postmodernen Stimmenkanon, mehrfach auch auf „französische Feministinnen“ (11; 20; 180), womit er in gängiger, aber verkürzter Weise die Poststrukturalistinnen meint. Deren Arbeiten folgend, löst er die Dialektik von Gleichheit und Differenz in feministischer Politik einseitig in Richtung Differenz auf (21). Die Partizipationsforderungen von Frauen, speziell von Feministinnen, charakterisiert er als Forderungen nach „Pluralität“ (21); dies übersetzt sich dann in den positiv konnotierten Begriff der „weiblichen Zivilgesellschaft“, Titel des Schlusskapitels. Im Kapitel zur kurdischen Frauenbewegung referiert Çaha deren Bezug auf Schwarze Feministinnen (152ff) und behauptet, beide, die kurdische und die „religiöse“ Frauenbewegung, seien Opfer nationalistischer Assimilationspolitik (155).

An einigen Stellen setzt er sich als männlichen Autor ins Verhältnis zu seinem Thema: einmal in der Danksagung mit der unverträglichen Äußerung, er sei sich „sicher“, seine Tochter werde als Erwachsene aufgrund seiner Untersuchung „stolz“ auf ihren Vater sein. An seinen ebenso erwähnten Sohn ist eine solche vorgreifende Erwartung nicht gerichtet (X). Ein anderes Mal nimmt er die ihm offenbar häufig gestellte Frage, weshalb er als Mann sich dieses Themas angenommen habe, zum Anlass, auszuführen, Frauen würden „nicht nur durch Männer aufgrund von patriarchaler Kultur“ unterdrückt, sondern auch „durch politische Autoritäten im Namen von Projekten wie Verwestlichung und Modernisierung“ (IX). Dies ist an sich nicht falsch, jedoch positioniert sich der Autor als Mann damit eben gerade *nicht*.

Empirisch beruht die Untersuchung auf umfangreichen Zeitschriftenanalysen und Interviews mit „Führerinnen“ der erforschten Bewegungen (IX). Eine genauere Erläuterung der Methodik fehlt jedoch. So fällt zwar der Begriff Diskursanalyse (XV), welche Kriterien der Autor dafür jedoch anlegt, bleibt ungesagt.

Es finden sich zahlreiche treffende Einzelthesen und -beobachtungen, wie etwa die, dass die politische Repression die Entfaltung von Kritikfähigkeit und Selbstkritik in der „islamischen Frauenbewegung“ behinderte (150). Die unverbindliche Epistemologie der Differenz, die Rede von „multiple(n) Wahrheiten“ (184) in Çahas Arbeit lässt indes verschwimmen, dass viele Aussagen und Interpretationen eigentlich als inkompatibel mit feministischer Kritik gelten könnten. Die sich durchziehenden politisch motivierten Interpretationen und Kurzzusammenfassungen

einzuordnen, wird gerade für StudienanfängerInnen nicht leicht sein. Aus Sicht der Rezensentin macht diese Eigenschaft das Buch, so ansprechend die Kompaktheit der Kapitel auch sein mag, nur mit intensiver Diskussion begleitet zu einer sinnvollen Seminarlektüre.

Anıl Al-Rebholz' Buch beruht auf ihrer Dissertation und behandelt ausführlich und kritisch den nach 1980 entstandenen Diskurs um den Begriff Zivilgesellschaft in der Türkei aus hegemonietheoretischer Sicht. Neben der Entstehungsgeschichte der Türkischen Republik betrachtet die Autorin zentral und mit gänzlich anderer Interpretation als Çaha den Putsch von 1980 und dessen gesellschaftliche Folgen. Dieser, so schreibt sie, habe wie kein anderer zuvor einen gesellschaftlichen Wendepunkt markiert (18). Ihre Fragestellung ist entsprechend, wie dieser radikale Umbruch sich in veränderten „kollektiven Wissenspraktiken“, „Paradigmen, Denkweisen und Ideologien“ (19) ausdrückt.

Dies beinhaltet weitere Fragen wie beispielsweise: „Welche Konflikte werden verdeckt, welche offengelegt? (...) Auf welche Erinnerung rekurriert der Diskurs (z.B. Rückgriff auf das Osmanische Reich als multikulturelle Gesellschaft (...))?“ (19). Passend sind auch mehrere frühere Publikationen Çahas sowie ein 2002 mit ihm geführtes Interview in das von Al-Rebholz untersuchte Material eingegangen (171ff). Al-Rebholz fragt für die Türkei durchaus mit Übertragungspotenzial: „Ist der Zivilgesellschaftsdiskurs eine Konstruktion des neoliberalen Wahrheitsregimes?“ (371f) Während Çahas Buch im Kontext der omnipräsenten Rede von Differenz, die viele Bewegungsdiskurse dominiert, verbleibt, macht Al-Rebholz eben dies zum Gegenstand ihrer Kritik

und zum Anlass der Suche nach verbindlicheren theoretischen Rahmungen.

Die Gestaltung des Buches ist in manchem etwas schwer zugänglich: Die Kapitel zergliedern sich verwirrend, so dass sie am besten per Rösselsprung gelesen werden; es finden sich hin und wieder Redundanzen; schließlich zeigt die Aufarbeitung der theoretischen Mittel formal noch stark die Mühsal der Dissertierenden; inhaltlich aber hat sich diese Mühsal über die Maßen gelohnt. Die Autorin theoretisiert Hegemoniebildung mit Antonio Gramsci entgegen der liberalen Trennung von Staat und Zivilgesellschaft, schreitet die türkeispezifische Diskussion um Zivilgesellschaft ab und positioniert sich kritisch gegenüber einem „liberal-normativen“ (151ff) und „post-kemalistischen liberalen“ Verständnis von Zivilgesellschaft. Sie stellt fest, dass es trotz unterschiedlicher Lager Übereinstimmungen in den „post-kemalistischen Diskursen“ (91) gibt: etwa, dass der Begriff Kemalismus selbst enthistorisierend diskutiert werde (172f). Das Terrain, auf dem überhaupt gesellschaftliche Konflikte ausgetragen wurden, habe sich grundlegend verändert. Hier sieht Al-Rebholz sowohl „Unterdrückung“ wie auch „Befreiung“ am Werk (117) – etwa im Aufkommen eines Diskurses über das Private, wie ihn auch Feministinnen mittrugen. Lebensstil- und Generationsfragen prägten das Vokabular, den Bewegungen der 1960er und 1970er Jahre galt wie der Stadt Istanbul Nostalgie. „Das Denken der 68er-Generation“, so Al-Rebholz, sei so zur „Ideologie einer elitären Generation ohne geschichtlichen Inhalt“ erklärt worden. Begriffe wie Klasse, Arbeit, Armut oder Interessenkonflikt seien „negativ besetzt“ und in akademischen Arbeiten diskreditiert

worden (119). Dieselbe Periode sei indes als Zeit des „Aufstands der Massen gegen die strenge Modernisierungsideologie des kemalistischen Zentrums“ und dessen die Mehrheit der Bevölkerung ausschließender Hochkultur interpretiert worden. Nurdan Gürbilek folgend, bilanziert Al-Rebholz, die 1980er hätten den „Zusammenbruch des Modernisierungsversprechens des Kemalismus“ symbolisiert (120) – von „Ideologiefreiheit“, wie bei Çaha zu lesen, ist all dies weit entfernt.

Die zeitdiagnostische Perspektive der Autorin – Schwerpunkt der Studie sind die 1990er Jahre – bildet die Grundlage dafür, sich mit der Frauen-, der liberalen und der Menschenrechtsbewegung und den in ihnen dominanten Diskursen und Topoi auseinanderzusetzen. Besonderes Gewicht kommt der NGO-isierung sozialer Bewegungen (und explizit dem Projekt-Feminismus, 314ff) zu. Als Beitrag der feministischen Bewegung zur demokratischen Kultur und Zivilgesellschaft sieht die Autorin u.a. deren basisdemokratische, antihierarchische Organisationsformen – referiert aber auch Kritik an der dadurch bedingten Selbstbeschränkung (190ff; 319) – und eine durch frauenpolitische Bündnisse und Interventionen in andere Bewegungen und Öffentlichkeiten erreichte „Transformation der politischen Kultur“ (195). Die Kategorien öffentlich und privat sind ihr nicht Axiom in der eigenen Herangehensweise, sondern werden als „dominierendes Modell“ im feministischen Diskurs, neben dem „Bild des omnipotenten Staates“ (309ff), analysiert. Im umfangreichen Schlusskapitel extrahiert die Autorin sechs Merkmale einer neuen, wie auch „prekären“ (346ff) Hegemonie nach 1980: neoliberale Restrukturierung des Verhältnisses von

Staat und Gesellschaft, Apolitisierung, Islamisierung, Militarisierung, das Aufkommen von Identitätspolitiken sowie die bereits erwähnte NGO-isierung.

Al-Rebholz leistet auch eine kritische Würdigung und Einordnung zweier v.a. in der Türkei prägender SoziologInnen: Nilüfer Göle, mit deren Interpretationen sich Al-Rebholz an etlichen Stellen, auch zustimmend, auseinandersetzt – und Serif Mardin. Mardins „dichotomes Modell von der türkischen Gesellschaft“, so Al-Rebholz, wurde „zum dominanten

diskursiven Schema der vermeintlich kritischen Intellektuellen“ (150). Ihr Buch leistet einen wichtigen Beitrag zum Verständnis der Intellektuellengeschichte in der Türkei im deutschsprachigen Raum. Ihre Analyse des gemeinsamen Kontextes verschiedener sozialer Bewegungen und die zumindest in Ausschnitten geleistete Thematisierung von Wechselwirkungen eröffnen weitreichende Perspektiven für die Bewegungs-, Demokratie- und Transformationsforschung.

Corinna Trogisch

Eingegangene Bücher

- Bourcier, Beatrice: *Mein Sommer mit den Flüchtlingen. Der bewegende Bericht einer freiwilligen Flüchtlingshelferin*. Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel 2015, 176 S.
ISBN: 9783955581640
- Caouette, Dominique, & Dip Kapoor (Hg.): *Beyond Colonialism, Development and Globalization. Social Movements and Critical Perspectives*. London: Zed Books 2015, 304 S.
ISBN: 9781783605842
- Goldberg, Jörg: *Die Emanzipation des Südens. Die Neuerfindung des Kapitalismus aus Tradition und Weltmarkt*. Köln: PapyRossa Verlag 2015 (= Neue Kleine Bibliothek, Bd. 210), 326 S.
ISBN: 9783894385798
- Haugen, Gary A., & Victor Boutros: *Gewalt – die Fessel der Armen. Worunter die Ärmsten dieser Erde am meisten leiden – und was wir dagegen tun können*. Heidelberg: Springer xxix + 326 S.
ISBN: 9783662470534
- Hillmann, Felicitas; Marie Pahl; Birte Rafflenbeul & Harald Sterly (Hg.): *Environmental Change, Adaptation and Migration. Bringing in the Region*. London: Palgrave-Macmillan 2015, 328 S.
ISBN: 9781137538901
- James, Deborah: *Money from Nothing. Indebtedness and Aspiration in South Africa*. Redwood City, CA: Stanford University Press 2014, 304 S.
ISBN: 9780804792677
- Jenss, Alke: *Grauzonen staatlicher Gewalt. Staatlich produzierte Unsicherheit in Kolumbien und Mexiko*. Bielefeld: transcript 2016, 494 S.
ISBN: 9783837632514
- Ness, Immanuel: *Southern Insurgency. The Coming of the Global Working Class*. London: Pluto Press 2015, 240 S.
ISBN: 9780745336008
- Neuhauser, Johanna: *Sextourismus in Rio de Janeiro. Brasilianische Sexarbeiterinnen zwischen Aufstiegsambitionen und begrenzter Mobilität*. Bielefeld: transcript 2015, 334 S.
ISBN: 9783837631906
- Pfleiderer, Georg; Peter Seele & Harald Matern: *Kapitalismus – eine Religion in der Krise II. Aspekte von Risiko, Vertrauen, Schuld*. Baden-Baden: Nomos 2015 (= Religion – Wirtschaft – Politik, Bd. 9), 218 S.
ISBN: 9783848706983
- Piette, Albert: *Existence in the Details. Theory and Methodology in Existential Anthropology*. Berlin: Duncker & Humblot 2015, 119 S.
ISBN: 9783428146772
- Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): *Smarte Neue Welt*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung – Vorstand 2015 (= Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, 3/2015), 139 S.
ISSN: 1869-0424
- Rosenthal, Gabriele (Hg.): *Etablierte und Außenseiter zugleich. Selbst- und Fremdbilder in den palästinensischen Communities im Westjordanland und in Israel*. Frankfurt a.M. & New York, NY: Campus 2015, 344 S.
ISBN: 9783593504834
- University of Cologne Forum „Ethnicity as a Political Resource“ (Hg.): *Ethnicity as a Political Resource. Conceptualizations across Disciplines, Regions, and Periods*. Bielefeld: transcript 2015, 260 S.
ISBN: 9783837630138

Summaries

Erhard Berner: ‘The Housing Question’ in the 21st Century: Market Failure, Hapless Policies and the Global Proliferation of Slums. In large cities in the developing world, only a privileged minority of the population has access to land and housing through the commercial market. Mushrooming ‘irregular’ settlements are filling the gap but are beset by deficiencies and insecurity. This article argues that the failure of formal markets is systemic and structural, and that attempts to open them up to the poor have fallen short of overcoming these inherent limitations. In order to mitigate the widening gap between gated communities and ghettos, government intervention needs to rediscover the ‘enabling approach’ and become much smarter than the present mix of negligent tolerance, brutal eviction, market-fundamentalist privatisation, and populist titling.

Paul Schweizer & Paula Gil Larruscahim: Pixação – Difference, Cleansing Policies and Resistance in ‘Global City’ São Paulo. In recent years, Brazil has been discussed as an emergent or booming economy. São Paulo plays a central role in these development narratives, being presented as the country’s economic powerhouse and an island of modernity within Brazil and Latin America. Policies aiming to consolidate São Paulo’s global or world city-ness deepen inequalities and exclusions. Nevertheless, these policies are confronted with visual intervention practices in public spaces that do not fit modern Euro-American business capital imaginaries and standards. Pixação is a typical style of graffiti found in Brazilian cities, originally practiced by youth in São Paulo in the 1980s. Though the signatures, spread across Brazilian cities’ façades, generally do not contain any explicit political content, we discuss pixação as an everyday practice of resistance in the context of spatial segregation and the repressive policing of public space. Furthermore, we refer to recent cases of pixadores getting involved in broader social struggles, making their techniques and knowledge prolific instruments for social movements. Finally, we show that practitioners in European cities have recently adopted these techniques. Thus, we argue that the multidirectional knowledge exchange claimed by post-colonial urban theory is being practiced in the field of visual interventions in public space.

Julia Haß: Women’s Amateur Football in Rio de Janeiro – A Contested Urban Sport Space. This article offers a discussion on the role of sport as an everyday practice for the (re)negotiation of gendered spatial relations in Rio de Janeiro, Brazil. As the national sport, football spaces dominate the urban architecture and everyday life in Rio de Janeiro. Due to a history of exclusion and discrimination, women only started to use football spaces in the last decades of 20th century. Through focusing on women’s amateur football in Rio de Janeiro, the article analyses unequal gender relations in sport and in urban space. In the last few years, women’s amateur football has become more popular and new clubs, teams, and competitions have been created. Yet while today men share football spaces with women, women’s teams and

football related social projects still struggle to make more sporting space for women and girls in Rio de Janeiro.

Frank Müller & Markus-Michael Müller: (Re)Importing Counterinsurgency: From Rio de Janeiro to Port-au-Prince and Back Again. This paper addresses the global re emergence of counterinsurgency in the Urban South by focusing on Brazil's pacification experience in the context of the MINUSTAH (United Nations Mission in Haiti) and its ongoing application in Rio de Janeiro's marginalized areas, the favelas. We argue that the transnational export-import of 'favela-pacification experience' is closely connected to Brazil's geopolitical aspirations. By empirically grounding our argument in the perspectives of local actors on the implementation of this pacification strategy in two marginalized areas of Rio de Janeiro, Maré and Alemão, we trace the strategy's modifications and local adaptations and demonstrate that the colonial project of pacification, which is central to urban counterinsurgency, extends the domestic competences of the Brazilian military. In developing these arguments, this paper contributes to the largely neglected role of states from the Global South as central actors in the making of global counterinsurgency.

Gregor Dobler: Towns as Frontiers: Contesting the Urban in Northern Namibia, 1950-1980. This article traces the development of towns as a spatial form, a concept, and as a practice in northern Namibia. During pre-colonial times northern Namibia was characterised by scattered homesteads, with towns only first starting to emerge in the 1950s. From the start, planning from above and lived practice from below intersected and mutually influenced each other. The emergence of northern Namibian towns is inseparable from the migrant labour system and from oppressive apartheid policies, but towns were also spaces of relative autonomy and freedom from societal control; they constituted frontier spaces, in the sense outlined by Kopytoff, in which people could experiment with new social forms, resulting in conflicts surrounding power and control. Conflict over the rights to the city, the article concludes, is not new; it is an essential part of the urban condition.

Zu den Autorinnen und Autoren

Erhard Berner, Dr. phil., ist *Associate Professor* der Entwicklungssoziologie am *Institute of Social Studies* in Den Haag.

Gregor Dobler, Dr. phil., ist Professor am *Institut für Ethnologie* der *Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i.Br.*

Paula Larruscahim, MA, unterrichtete an der *Universidade de Caxias do Sul* und war Teil der Arbeitsgruppe *Ciências Criminais* an der *Universidade Federal do Rio Grande do Sul*. Seit 2012 promoviert sie im *Erasmus-Mundus-Programm* über „Global and Cultural Criminology“.

Julia Haß, MA, promoviert in Ethnologie an der *Freien Universität Berlin* zum Thema „Frauenamateurfußball in Rio de Janeiro. Aushandlung von Gender und urbanem Raum“.

Anne Huffschmid, Dr. phil., Kulturwissenschaftlerin und Autorin, lehrt und forscht u.a. am *Lateinamerika-Institut* der *Freien Universität Berlin*.

Frank Müller, Dr. phil., Politologe, lehrt und forscht er am *Geographischen Institut* der *Universidade Federal do Rio de Janeiro* zu Aufstandsbekämpfung, Informalität und Konflikten um Wohnraum in urbanen Räumen..

Markus-Michael Müller, Dr. phil., ist Juniorprofessor für Politikwissenschaft am *Lateinamerika-Institut* an der *Freien Universität Berlin*.

Paul Schweizer, BA, studiert im Master-Studiengang *Geographische Stadtforschung* an der *Goethe-Universität Frankfurt a.M.* und an der *Universidade de São Paulo*. Er ist freier Mitarbeiter des *Graffitiarchivs* im *Archiv der Jugendkulturen e.V.* und Mitglied des Kollektivs *orangotango*.

Fabio Vieira, ist aktiver Pixador in São Paulo seit 2001. Als Fotojournalist dokumentiert er die Entwicklung des paulistanisches Pixação in Fotos und Videos.

Anne Vogelpohl, Dr. phil., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am *Institut für Geographie* der *Universität Hamburg*.

Gute Buchläden, in denen die PERIPHERIE zu haben ist

Ort	Name	Strasse
Aachen	Mayersche Buchhandlung /LS	Matthiashofstr. 28-30
Augsburg	Probuch GmbH	Gögginger Str. 34
Bayreuth	Helmut Weigel	Luitpoldplatz 18
Berlin	Schweitzer Sortiment oHG	Französische Str. 13/14
Berlin	Akademische Buchhandlung	Ehrenbergstr. 29
Berlin	Ebsco International Inc. USA	Sachsendam 2-7
Berlin	Lehmans Fachbuchhdlg. GmbH	Hardenbergstr. 4-5
Berlin	Der Kleine Buchladen	Weydingerstr. 14-16
Berlin	Schwarze Risse	Gneisenaustr. 2a
Berlin	Buchladen zur schwankenden Weltkugel	Kastanienallee 85
Bielefeld	Eulenspiegel Buchladen	Hagenbruchstr. 7
Bielefeld	Karibuni – Weltladen	Breite Str. 26
Bochum	Janssen	Brüderstr. 3
Bonn	Hanns-Georg Jost	Hausdorffstr. 160
Bonn	Dr. Rudolf Habelt GmbH	Am Buchenhang 1
Bonn	Buchladen 46 GmbH	Kaiserstr. 46
Braunschweig	Graff GmbH	Sack 15
Bremen	Kamloth & Schweitzer OHG	Ostertorstr. 25-29
Bremen	Ostertor GmbH	Fehrfeld 60
Dortmund	Litfass Bücher und Medien	Münsterstr. 107
Erlangen	Dritte Welt Laden	Neustädter Kirchenplatz 7
Erlangen	Rupprecht GmbH	Nürnberger Str. 22
Frankfurt	Land in Sicht	Rotteckstr. 13
Frankfurt	Karl-Marx Buchhandlung GmbH	Jordanstr. 11
Freiburg	Rombach GmbH	Bertoldstr. 10
Gelnhausen	Weltladen Gelnhausen	Langgasse 27
Hamburg	Boysen & Mauke oHG	Burchardstr. 21
Hannover	Hennies und Zinkeisen	Marktstr. 52
Kassel	Uni-Buch W. Krutz	Gottschalkstr. 8-10
Köln	Der Andere Buchladen GmbH	Weyertal 32-34
Kreuztal	Thorleif Zimmermann	Siegener Str. 6
Leipzig	LSL AG	Gerichtsweg 28
Leipzig	Bube's Buch	Natonekstr. 23
Lüneburg	F. Delbanco	Bessemerstr. 3
Magdeburg	Behrens, Keil & Lorenz OHG	Ulrichplatz 2
Mannheim	Der Andere Buchladen	M 2 ,1
Marburg	Roter Stern GmbH	Am Grün 28
München	Arabella Versandbuchhandl.	Wimmerstr. 5
München	Heinrich Frank	Schellingstr. 3
Osnabrück	H.Th. Wenner	Große Str. 69
Regensburg	Atlantis-Buchhandlung	Wahlenstr. 8
Saarbrücken	Bock & Seip GmbH	Futterstr. 2
Speyer	Oelbermann GmbH	Wormser Str. 12
Tübingen	Beneke GmbH	Gartenstr. 16
Wiesbaden	Thalia Medienservice GmbH	Otto-von-Guericke-Ring 10
Wiesbaden	Otto Harrassowitz	Kreuzberger Ring 7 b-d
A-Wien	Lhotzkys Literaturbuffet	Rotensterngasse 2
CH-Basel	Karger Libri AG	Petersgraben 31
CH-Bern	Hans Rohr	Rathausgasse 30
CH-Bern	Huber & Lang Hogrefe AG	Länggass-Str. 76
I-Bozen	Athesia Buch GmbH	Lauben 41
I-Firenze	Licosa	Via Duca di Calabria 1/1